57. Jahrgang / Heft 1 / Januar 2009 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Hans-Peter Schwarz Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Kim Christian Priemel
Die Krise des Flick-Konzerns in den siebziger Jahren

Edward D. R. Harrison
Hugh Trevor-Roper und „Hitlers letzte Tage"

Hedwig Richter und Ralf Richter
Der Opfer-Plot
Probleme und neue Felder der deutschen Arbeitsmigrationsforschung

Olaf Blaschke
Konjunkturen der Zeitgeschichtsschreibung und ihre Verleger seit 1945

Stephan Lehnstaedt und Kurt Lehnstaedt
Fritz Sauckels Nürnberger Aufzeichnungen
Erinnerungen aus seiner Haft während des Kriegsverbrecherprozesses

Institut für Zeitgeschichte
Oldenbourg

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

57. Jahrgang Heft 1/09

Inhalt

Warum scheiterte Flick?

Kim Christian Priemel
Industrieunternehmen, Strukturwandel und Rezession . . . . . 1 Aufsätze
Die Krise des Flick-Konzerns in den siebziger Jahren

Wie entsteht ein Bestseller?

Edward D. R. Harrison
Hugh Trevor-Roper und „Hitlers letzte Tage" 33

Migrationsforschung zu staatsfixiert?

Hedwig Richter und Ralf Richter
Der Opfer-Plot 61
Probleme und neue Felder der deutschen Arbeitsmigrationsforschung

Machen Verleger Geschichte?

Olaf Blaschke
Die „Hand am Puls der Forschung" 99
Konjunkturen der Zeitgeschichtsschreibung und ihre Verleger seit 1945

Bekenntnisse eines Kriegsverbrechers.

Stephan Lehnstaedt und Kurt Lehnstaedt
Fritz Sauckels Nürnberger Aufzeichnungen . . . . . 117 Dokumentation
Erinnerungen aus seiner Haft während des Kriegsverbrecherprozesses

Hermann Graml, dem langjährigen Chefredakteur der VfZ, zum 80. Geburtstag 151 Notizen

Die Krise der Arbeitsgesellschaft 1973–1989. Eine Sektion des Instituts für Zeitgeschichte auf dem 47. Deutschen Historikertag in Dresden 157

Schreib-Praxis. Das Institut für Zeitgeschichte und der Oldenbourg Verlag organisieren zum dritten Mal ein anwendungsorientiertes Schreibseminar (7.–11. September 2009) 159

161 Rezensionen online

167 Abstracts

169 Autoren

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Das Ende des Flick-Konzerns steht meist im Zeichen des großen Bestechungsskandals, der in den achtziger Jahren die Gemüter bewegte. Kim Priemel, Autor einer großen Flick-Geschichte, begnügt sich nicht mit diesem Kurzschluss. Der Niedergang von Flick begann lange vor dem großen Skandal. Er hatte seine Wurzeln in den komplizierten Besitzverhältnissen, vor allem aber in der Konzeptlosigkeit der Konzernspitze, die es nicht verstand, den Erfolg der Wirtschaftswunderjahre nach dem Boom zu wiederholen. Der Versuch, ein großes Aktienpaket zu verkaufen und den Gewinn steuerfrei zu reinvestieren, war so eher ein Akt der Hilflosigkeit als Ausdruck weitsichtigen unternehmerischen Denkens.

Kim Christian Priemel

Industrieunternehmen, Strukturwandel und Rezession

Die Krise des Flick-Konzerns in den siebziger Jahren

I. Einführung

Das Titelblatt des britischen Nachrichtenmagazins *Economist* vom 28. Oktober 2006 war unmissverständlich: Vom weißen Mittelteil der Trikolore blickte, mit leicht sardonischem Lächeln und erhobenem Zeigefinger, Margaret Thatcher den Leser an. Die Überschrift lautete: „What France needs“[1]. Die provokante Montage stand für eine historisch inspirierte Lesart, der zufolge Frankreich unter denselben Problemen litt, die Großbritannien dreißig Jahre zuvor in Atem gehalten hatten, ehe die 1979 ins Amt gewählte Premierministerin mit ihrer Agenda aus Deregulierung, Privatisierung und gewerkschaftsfeindlicher Gesetzgebung lange verkrustete Strukturen aufgebrochen hatte[2]. In dieser Interpretation erscheinen die siebziger Jahre als eine Dekade, in der gleichsam alles schief ging – ob nun die Ölpreiskrisen die westliche Wirtschaft schüttelten, separatistische und linksradikale Terrorismen die europäischen Demokratien herausforderten oder Punkrock alle bürgerlichen Vorstellungen von Kultur attackierte. Fest etabliert hat sich diese Deutung auch in den historischen Großerzählungen, denen die siebziger (und nachfolgenden) Jahre zum Negativabzug der oft bemühten Erfolgsfolie der *Trente Glorieuses* geraten[3].

[1] The Economist, Vol. 381 vom 28. 10. 2006. Der vorliegende Text hat sehr von der gründlichen Lektüre und den präzisen Anmerkungen profitiert, die Christoph Boyer, Stefanie Middendorf, Jörg Osterloh und Friederike Sattler beigetragen haben. Ihnen allen dafür meinen herzlichen Dank.

[2] Zum role model Thatcher vgl. Glenn Perusek/Ken Worcester, Introduction, in: Dies. (Hrsg.), Trade Union Politics. American Unions and Economic Change 1960s–1990s, New Jersey 1995, S. 4.

[3] Vgl. unter Rekurs auf Jean Fourastiés Begriff z. B. Eric Hobsbawm, Age of Extremes. The Short Twentieth Century, London 1994, S. 257 u. S. 403, und Tony Judt, Post-War. A History of Europe since 1945, London 2007, S. 453.

VfZ 1/2009 © Oldenbourg 2009 DOI 10.1524/vfzg.2009.0031

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Jüngere Studien nehmen diese Periodisierung auf, betonen dabei jedoch nicht nur den Bruch mit der vermeintlichen Erfolgsperiode der Nachkriegsära, sondern fragen auch nach dem Charakter des Jahrzehnts als eigenständige „Umbruchszeit“[4], „Epochenschwelle“[5] und unmittelbare „Vorgeschichte unserer Gegenwart“[6]. Auch der von Anselm Döring-Manteuffel formulierte Appell, die stereotypen interpretatorischen Muster von Verlust und Niedergang nicht umstandslos zu übernehmen, sondern durch eine ergebnisoffene Fragestellung zu ersetzen, mit der „das Neuartige, Andere, Ungewohnte historisch aufgeschlüsselt und erklärt werden“ könne, zielt ausdrücklich auf eine Historisierung des ausgehenden 20. Jahrhunderts[7]. Aufgefordert wird indes weniger zu einer inhaltlichen Neubestimmung als zu einer nüchternen Analyse und Einordnung. Sein Leitbegriff der „Industriemoderne“ hat unterdessen noch immer dieselbe Stoßrichtung wie schon die zeitgenössischen Transformations- und Krisendiagnosen Alain Touraines und Daniel Bells – freilich um die zentrale Erkenntnis bereichert, dass die Entindustrialisierung gesellschaftlicher Arbeit keineswegs mit dem Ende der Industriegesellschaft identisch ist[8].

Dass das Erkenntnisinteresse nach wie vor mit Begriffen wie technologischer Stil, reformiertes Produktionsregime und gesellschaftliche Anpassungsleistungen formuliert wird, verweist auf die ausgeprägte Persistenz zeitgenössischer Wahrnehmungsmuster, die vor allem die ökonomische Dynamik der fraglichen Wandlungsprozesse thematisierten. Zugleich wird aber der Wandel selbst nicht aufgeschlossen, sondern in einem in sich geschlossenen, doch grobmaschigen Netz großer, strukturgeschichtlicher Entwicklungslinien interpretiert: die beschleunigte Integration globaler Märkte, die Friktionen im internationalen Währungssystem und die beiden Ölpreiskrisen, die dritte industrielle Revolution und volatilere Nachfrageformen, die Überforderung des Wohlfahrtsstaats und der Bruch mit einem keynesianisch inspirierten Steuerungsglauben. Bei diesen mit breitem Strich gezogenen Linien handelt es sich gleichermaßen um Anamnese und Diagnose, wobei die Frage allgegenwärtig ist, wie auf die beobachteten Transformationen *re*agiert wurde[9].

---

[4] Konrad H. Jarausch, Krise oder Aufbruch? Historische Annäherungen an die 1970er-Jahre, in: Zeithistorische Forschungen 3 (2006), S. 334–341, bes. S. 337.

[5] Vgl. Kai F. Hünemörder, 1972 – Epochenschwelle der Umweltgeschichte?, in: Franz-J. Brüggemeier/Jens Ivo Engels (Hrsg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt a. M./New York 2005, S. 124–144.

[6] Winfried Süß, Der bedrängte Wohlfahrtsstaat. Deutsche und europäische Perspektiven auf die Sozialpolitik der 1970er-Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 47 (2007), S. 95–126, hier S. 97.

[7] Anselm Doering-Manteuffel, Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970, in: VfZ 55 (2007), S. 559–581, hier S. 560 (Zitat) u. S. 564; ähnlich Jarausch, Krise; vgl. auch Gerold Ambrosius/Hartmut Kaelble, Einleitung: Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen des Booms der 1950er und 1960er Jahre, in: Hartmut Kaelble (Hrsg.), Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa, Opladen 1992, S. 7–32.

[8] Vgl. Alain Touraine, La société post-industrielle, Paris 1969; Daniel Bell, The Coming of Post-Industrial Society. A venture in social forecasting, London 1974.

[9] Vgl. Derek Howard Aldcroft, The European Economy 1914–1980, London 1980, S. 189 u. S. 192; Judt, Post-War, S. 453–462; Anthony Sutcliffe, An Economic and Social History of Western Europe Since 1945, London/New York 1996, S. 199–204.

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dies stellt in zweifacher Hinsicht ein Problem dar. Zum einen treten in dieser analytischen Anordnung die historischen Akteure in den Hintergrund und somit auch ihr Anteil an der Generierung, Beschleunigung und Gestaltung der beobachteten Wandlungsprozesse. Das gilt in um so stärkerem Maße, je mehr sich das Interesse auf die Wechselwirkungen von Expertendiskursen und Politikerhandeln konzentriert und damit vor allem die Makroebene und Repräsentationsformen in den Blick genommen werden[10]. Die klassischen *dramatis personae* der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte hingegen, Unternehmer und Beschäftigte – in geringerem Maße auch die Gruppe der Verbraucher –, stehen dahinter deutlich zurück[11]. Zum anderen ist noch keineswegs ausgemacht, dass der industrielle Strukturwandel „insgesamt erfolgreich" bewältigt wurde[12], wenn dafür bislang wenig mehr Anzeichen vorliegen als die Weiterexistenz privater Industrieunternehmen. Als Hypothese mag dies plausibel sein, zur historischen Evidenz genügt es nicht. Generell besteht eine beträchtliche Kluft zwischen scheinbar gesichertem Wissensstand und tatsächlich geleisteter Forschung. Die beachtliche Konjunktur, die Gesamtdarstellungen zur deutschen Nachkriegsgeschichte und gerade zu den Jahren nach 1970 zuletzt erfahren haben, suggeriert einen Erkenntnisstand, der – zumindest in einer Breite, welche der Zahl der Synthesen adäquat wäre – noch gar nicht existiert[13].

---

[10] Vgl. Gabriele Metzler, Am Ende aller Krisen? Politisches Denken und Handeln in der Bundesrepublik der sechziger Jahre; in: Historische Zeitschrift 275 (2002), S. 57–103; Alexander Nützenadel, Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1959–1974, Göttingen 2005; Tim Schanetzky, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007. Für einen Querschnitt gesellschaftlicher Akteursgruppen, der ökonomische Fragen allerdings ausspart, vgl. Ulrich Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980, Göttingen 2002.

[11] So dünnt die bis 1945 reiche unternehmensgeschichtliche Forschung für die nachfolgende Zeit quantitativ wie qualitativ merklich aus. Auch arbeitergeschichtliche Studien sind für das letzte Quartal des 20. Jahrhunderts rar gesät. Zum unternehmensgeschichtlichen Stand siehe den Literaturbericht von Paul Erker, „Externalisierungsmaschine" oder „Lizenznehmer der Gesellschaft"? Trends, Themen und Theorien in der jüngsten Unternehmensgeschichtsschreibung, in: Archiv für Sozialgeschichte 46 (2006), S. 605–658, sowie frühere Berichte desselben Autors. Vgl. zur Arbeitergeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg Karl Lauschke, Die Hoesch-Arbeiter und ihr Werk. Sozialgeschichte der Dortmunder Westfalenhütte während der Jahre des Wiederaufbaus 1945–1966, Essen 2000; Georg Goes, Arbeitermilieus in der Provinz. Geschichte der Glas- und Porzellanarbeiter im 20. Jahrhundert, Essen 2001; Dietmar Süß, Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976, München 2003; Markus Raasch, „Wir sind Bayer". Eine Mentalitätsgeschichte der deutschen Industriegesellschaft am Beispiel des rheinischen Dormagen (1917–1997), Essen 2007; Peter Birke, Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt a. M./New York 2007.

[12] Döring-Manteuffel, Nach dem Boom, S. 569.

[13] Vgl. Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999; Konrad Jarausch, Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945–1995, München 2004; Werner Abelshauser, Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004; Andreas Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990, München

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Für den deutschen Fall haben jüngere Arbeiten darauf aufmerksam gemacht, dass der tiefgreifende Umbruch der Industriegesellschaft mit den immer gleichen Schlagworten – Bretton Woods, Ölkrise, Globalisierung – allein nicht zu erklären ist. Diese Faktoren griffen vielmehr mit kurzfristigen, oft nationalen Spezifika ineinander, etwa mit rückläufigem Investitionsverhalten, beschleunigten Preis- und Lohnsteigerungen sowie mit dem grundsätzlichen Strukturproblem eines Produktionsregimes industrieller Massenfertigung, das veränderten Nachfragemustern nur noch partiell angemessen war[14]. Hinter dem abstrakten Konzept des Strukturwandels und seiner krisenhaften Wahrnehmung standen somit konkrete Rationalisierungs- und Innovationsdefizite, die auf unternehmerische Pfadabhängigkeiten, individuelle und kollektive Präferenzen sowie strategische Entscheidungen zurückgingen. Die „revolutionäre Wucht"[15] des Wandels traf die ökonomischen Akteure daher nicht nur von außen, sondern gerade auch von innen; Transformation und Krise wurden nicht nur erfahren, sondern (mit)gemacht.

Vor welche Schwierigkeiten sich westdeutsche Großunternehmen seit den späten sechziger Jahren gestellt sahen, inwieweit sich diese als Teilmenge der gesamtwirtschaftlichen Krise präsentierten und mit welchen Strategien ihnen begegnet wurde, ist jedoch nur über Branchen- und Unternehmensstudien zu erschließen. Hier setzt der vorliegende Beitrag an – und zwar am besonders exponierten Beispiel des Flick-Konzerns. Dieser zählte nicht nur zu den herausragenden Gewinnern der „Wirtschaftswunder"-Jahre, seine Führungsetage genoss auch einen buchstäblich fabulösen Ruf als Anpassungskünstler an die Zeitläufte. Seit den sechziger Jahren jedoch fand sich das Flicksche Firmenimperium in der ersten Reihe jener Unternehmen wieder, die in ihrer industriellen Ausrichtung und Struktur erheblichem Veränderungsdruck ausgesetzt waren. Kaum weniger schwer wogen die Sorgen des Konzerns, die in seinem Charakter als Familienunternehmen begründet lagen: die Vereinbarkeit von familiärer Kontrolle und professioneller Führung, die Prägung durch die Gründergestalt und die tradierte personalistische Managementkultur.

Im Fall Flick überlagerten sich somit zwischen 1965 und 1985 verschiedene, miteinander eng verknüpfte Problemkonstellationen. Exemplarisch veranschaulichen sie die sozioökonomische Krise und die Antwort darauf als verdichteten

2004; Edgar Wolfrum, Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1990, Stuttgart 2005; Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium 1981–1990. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 6, Stuttgart 2006; Axel Schildt, Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, München 2007.

[14] Vgl. André Steiner, Bundesrepublik und DDR in der Doppelkrise europäischer Industriegesellschaften. Zum sozialökonomischen Wandel in den 1970er Jahren, in: Zeithistorische Forschungen 3 (2006), S. 342–362; Schanetzky, Ernüchterung, S. 46 u. S. 165; Judt, Post-War, S. 452–455 u. S. 458; Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 308–314 u. S. 423–433; Harm G. Schröter, Von der Teilung zur Wiedervereinigung 1945–2004, in: Michael North (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. völlig überarb. u. akt. Aufl., München 2005, S. 356–426, hier S. 399 f.

[15] Döring-Manteuffel, Nach dem Boom, S. 560.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auflösungsprozess von Strukturen, Funktionsmechanismen, Regelvertrauen und Verhaltensnormen, wie sie Hansjörg Siegenthaler charakterisiert hat[16]. Entsprechend gilt es, nach den Entscheidungen und Entwicklungen zu fragen, welche diese Auflösungserscheinungen bedingten, nach Art und Ausmaß, das sie annahmen, sowie nach Lerneffekten und Anpassungsleistungen im Konzernmanagement. Nicht zuletzt deutet das Beispiel Flick an, wie unternehmerische, volkswirtschaftliche und politische Faktoren in der kollektiven Krisenwahrnehmung seit den siebziger Jahren zusammenfielen.

II. Nachkriegspfade und verfehlte Ziele, 1952–1965

Die Feststellung, dass die Krise bereits im vorausgegangenen Boom angelegt war[17], gilt nicht nur für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, sondern beschreibt auch den schrittweisen Wechsel von einer offensiven Wachstumsstrategie des Flick-Konzerns zu einer defensiven und wenig kreativen Unternehmenspolitik im Jahrzehnt vor dem schweren Konjunktureinbruch 1974/75. Bis Mitte der sechziger Jahre stand der Unternehmensverbund noch ganz im Zeichen eines ebenso rapiden wie herausragenden Aufschwunges, den der Gründer Friedrich Flick und ein enger Kreis langgedienter Spitzenmanager bewirkt hatten. Binnen weniger Jahre hatte die Friedrich Flick KG (FFKG) nicht nur die Überreste des unter alliierter Herrschaft demontierten, enteigneten und entflochtenen Besitzes konsolidiert, sondern auch eine weitgehende, wenngleich nicht vollständige Transformation vom schwerindustriellen zum diversifizierten Unternehmensverbund vollzogen. Vor allem mit den Gewinnen, die aus dem Verkauf der entflochtenen Steinkohlegruben erlöst worden waren, hatte sich die FFKG zwischen 1952 und 1960 in die Wachstumsbranchen der westdeutschen Nachkriegswirtschaft eingekauft. In der Chemie-, Kunststoff- und Papierindustrie kontrollierte Flick die beiden bedeutenden Anbieter Feldmühle und Dynamit Nobel, in der Gusstechnik zählten die Traditionsunternehmen Buderus und Krauss-Maffei zum Konzern. Der Münchener Lokomotiv-, Bus- und Panzerbauer schlug zudem die Brücke in das Rüstungs- und Fahrzeuggeschäft, in dem Flick aus dem Stand heraus zu einer beherrschenden Größe auf dem deutschen Markt avanciert war: Seit Mitte der fünfziger Jahre verfügte er über die stärkste Position bei Daimler-Benz, dem Erfolgsmodell der bundesdeutschen Industrie schlechthin; zudem beherrschte er die kleineren Motoren- und Autobauer Maybach und Auto Union. Schließlich hatte Friedrich Flick – nicht nur als bloße Reminiszenz an seinen früheren Montankonzern, sondern mit dem Ziel der Schaffung vertikaler Zulieferer- und Absatzstrukturen, die allerdings in der Praxis nie die angestrebte Bedeutung erlangt hatten – ein Bein in der Stahlindustrie behalten. Aus seinem früheren Besitz waren ihm die Metallhüttenwerke Lübeck und die Eisenwerkgesellschaft

[16] Vgl. Hansjörg Siegenthaler, Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmäßigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens, Tübingen 1993; zur Anwendung des Analyserahmens siehe auch Steiner, Bundesrepublik.
[17] Vgl. Ambrosius/Kaelble, Einleitung, in: Kaelble (Hrsg.), Der Boom, S. 9 f. u. S. 13 f.

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Maximilianshütte in der Oberpfalz verblieben, zu denen der Montanzweig von Buderus sowie die Stahlwerke Südwestfalen hinzugekommen waren[18].

Diese rapide Firmenaquise hatte das Konzernmanagement bis 1960 weitgehend abgeschlossen und sich zudem durch mehrere, teils öffentlich heftig umstrittene *squeeze out*-Beschlüsse bei den wichtigsten Tochterunternehmen, mit Ausnahme von Daimler-Benz, die unumstrittene Kontrolle über den Beteiligungsbesitz gesichert[19]. Die Verdrängung der übrigen Aktionäre diente vor allem dazu, den über verschiedene Branchen und Bundesländer verteilten Konzern organisatorisch zu konsolidieren, um danach zu einem neuerlichen Ausbau der Kernsegmente ansetzen zu können. Zum einen erweiterte Flick den Zugriff auf den Buderus-Komplex und erwarb 1965 die bis dato beim Land Hessen bzw. beim Röchling-Konzern befindlichen Anteile der Hessischen Berg- und Hüttenwerke AG (74 Prozent) sowie der Stahlwerke Röchling-Buderus AG (50 Prozent). Fortan kontrollierte er den nach dem Krieg entflochtenen Buderus-Verbund vollständig und verfügte somit über eine klassisch vertikal gegliederte Produktionskette vom Roherz bis zum Gießereifertigprodukt[20].

Erheblich weiter reichten die Ziele, die Flick im Fahrzeugsektor verfolgte. Hier ließ seine Beteiligungspolitik die Vision eines westdeutschen Automobiltrusts erkennen, etwa in der Kombination von Daimler-Benz mit Maybach und der Auto Union. Indes hatten sich Flicks Pläne nicht realisieren lassen. Der gemeinsam mit Herbert Quandt unternommene Versuch, auch BMW anzugliedern, war 1959 am Votum der bayerischen Kleinaktionäre gescheitert[21], während die Kooperation von Daimler mit der Auto Union sich als wenig glücklich erwiesen und dem Stuttgarter Premiumanbieter nur die stetig wachsenden Verluste der Kleinwagenbauer eingebracht hatte[22]. Um den Fehlschlag wiedergutzumachen und den angestrebten Autokonzern doch noch zu errichten, hatte der Daimler-

[18] Vgl. dazu Kim Christian Priemel, Flick. Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Göttingen 2007, S. 697–702 u. S. 716–728.

[19] Vgl. Feldmühle: Mit gerichtlichem Schlußakkord, in: Die Zeit vom 1. 1. 1960; vgl. das Karlsruher Urteil: BVerfGE 14, 263, 7. 8. 1962, in: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 14, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, Tübingen 1963, Rn. 276–283; Buderus: Umgang mit Minderheitsaktionären, in: Die Zeit vom 23. 7. 1965; zu Krauss-Maffei vgl. Hermann Bössenecker, Bayern, Bosse und Bilanzen. Hinter den Kulissen der weiß-blauen Wirtschaft, München u. a. 1972, S. 196; zu Buderus Hans Pohl, Buderus 1932–1995, Band 3 der Unternehmensgeschichte, Wetzlar 2001, S. 168–172.

[20] Vgl. ebenda, sowie Detlev Heiden, Sozialisierungspolitik in Hessen 1946–1967. Vom doppelten Scheitern deutscher Traditionssozialisten und amerikanischer Industriereformer, Münster 1997, S. 767–784.

[21] Vgl. Daimler-Benz AG, Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1959, S. 14; Uwe Jean Heuser, Die unglaubliche Rettung von Weiß-Blau, in: Die Zeit vom 8. 1. 2004, S. 26; Jürgen Seidl, Die Bayerischen Motorenwerke (BMW) 1945–1949. Staatlicher Rahmen und unternehmerisches Handeln, München 2002, S. 204 f., S. 220 f. u. S. 237.

[22] Vgl. Wilfried Feldenkirchen, „Vom Guten das Beste". Von Daimler und Benz zur DaimlerChrysler AG. Die ersten 100 Jahre (1883–1983), München 2003, S. 315–319; Max Kruk/Gerold Lingnau (Hrsg.), 100 Jahre Daimler-Benz. Das Unternehmen, Mainz 1986, S. 233–236; Hans-Rüdiger Etzold/Ewald Rother/Thomas Erdmann, Im Zeichen der vier Ringe, Bd. 2: 1945–1968, Bielefeld 1995, S. 285–293.

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Hauptaktionär Flick 1964 die Mehrheit der Auto Union an die Volkswagen AG abgegeben. Mit der Zusammenarbeit der beiden größten deutschen Autobauer, möglicherweise unter Einschluss BMWs, war die Perspektive verbunden, einen konkurrenzfähigen *global player* à la Ford ins Leben zu rufen[23].

Nicht zuletzt weil der – medial mit einigen Vorschusslorbeeren bedachte[24] – Plan letztlich nicht zur Umsetzung gelangte, stellte das Jahr 1965 den Scheitelpunkt der Beteiligungspolitik Flicks dar. Die Monopolisierung der Eigentumsrechte am Buderus-Komplex und insbesondere die ambitionierten Ziele in der Automobilbranche bewirkten noch einmal einen strategischen Schub, der im Erfolgsfall das Schwergewicht des Flickschen Firmenimperiums auf den Fahrzeugsektor verlagert und so weiteren Plänen eindeutig die Richtung gewiesen hätte. Statt dessen blieb die Flick KG zwar maßgeblich bei Daimler-Benz engagiert, ohne das Unternehmen aber autonom lenken zu können; an der Absprache mit den gemeinsam etwa gleich starken Großaktionären Quandt und Deutsche Bank führte kein Weg vorbei. Dagegen gestaltete sich die Einnahmeseite hocherfreulich, denn die Daimler-Aktie blieb ein „Papier mit einem doppelten Goldrand“: Allein 1965 wies die Stuttgarter Tochter von Flick bei einem Umsatz von 4,475 Milliarden DM einen Reingewinn in Höhe von über 85 Millionen aus und verteilte eine 18-prozentige Dividende[25].

Dass das Jahr 1965 für den Abschluss der Nachkriegsexpansion stand, zeigte sich auch in der Konzernleitung. Zum einen konnte Friedrich Flick den jahrelangen Rechtsstreit um Eigentumsverhältnisse und Erbregelung mit seinem Sohn Otto-Ernst 1965 endgültig für sich entscheiden. Im Jahr darauf wurde zudem im Familienkreis eine Einigung erzielt, die den jüngeren Sohn Friedrich Karl zum Nachfolger des Konzernchefs bestimmte, zugleich aber die spätere Berücksichtigung der Kinder Otto-Ernsts sicherte[26]. Damit schienen der quälende Familienstreit beendet und die familiäre Kontinuität an der Konzernspitze gesichert. Allerdings war Friedrich Karl – im internen Sprachgebrauch meist als F. K. abgekürzt – keineswegs der Wunschkandidat des Gründers, und dessen Zweifel an seiner unternehmerischen Befähigung waren in Firma und Familie seit langem ein offenes Geheimnis[27]. Aus diesem Grund hatte Flick sen. vorgesorgt und parallel zur Ausweitung der Geschäfte das Spitzenmanagement sukzessive ausgebaut. In

[23] O. A. Friedrich an E. Schäfer, 20. 1. 1965, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik (künftig: ACDP), I-093-001/2; Daimler-Benz AG, Geschäftsberichte über die Geschäftsjahre 1964 und 1965, S. 21 bzw. S. 30; vgl. Heidrun Edelmann, Heinz Nordhoff und Volkswagen. Ein deutscher Unternehmer im amerikanischen Jahrhundert, Göttingen 2003, S. 258–260; Etzold/Rother/Erdmann, Zeichen, Bd. 2, S. 290 f.

[24] Vgl. Dieter Stolze, Größe ist keine Sünde, in: Die Zeit vom 30. 10. 1964.

[25] Das Wunder des Daimler-Kurses, in: Die Zeit vom 24. 7. 1959 (Zitat); Daimler-Benz AG Stuttgart, Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1965, S. 51.

[26] Vgl. Verhandlung im Schenkungsprozess Flick gegen Flick, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 1. 1965; Otto-Ernst Flick muß seinen Anteil zurückgeben, in: Ebenda vom 15. 4. 1965; Rechtsstreit im Hause Flick beendet, in: Ebenda vom 10. 9. 1966; Wieder Friede im Hause Flick, in: Handelsblatt vom 12. 9. 1966.

[27] Notiz betreffend Verhandlung mit Herrn Dr. Friedrich Flick am 17. 6. 1958, 20. 6. 1958 [O.-E. Flick], in: Thyssen Krupp Konzernarchiv Duisburg, RC/424.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

einem ersten Schritt waren seit 1950 mit Fritz Welz, Günter Max Paefgen, Max Paul Meier und Wolfgang Pohle vier neue Generalbevollmächtigte berufen und zudem mit Eberhard von Brauchitsch ein Jugendfreund F. K. Flicks in die Düsseldorfer Konzernführung geholt worden[28].

Zum anderen hatte Flick Mitte der sechziger Jahre persönlich haftende Gesellschafter installiert, die über keinen Besitz, wohl aber über Gewinnbeteiligung und Stimmrechte in der Kommanditgesellschaft verfügten. Als erstem wurden diese Privilegien Flicks Cousin und langjährigem Vertrauten Konrad Kaletsch zuteil, der 1963 vom Generalbevollmächtigten zum Gesellschafter befördert wurde. Zwei Jahre später folgten ihm mit Pohle und Brauchitsch zwei Kollegen aus der Konzernspitze sowie mit Otto A. Friedrich ein prominenter Neuzugang. Gemeinsam sollte das Quartett den teilweisen Rückzug des Gründers – der aus gesundheitlichen Gründen nach Konstanz übersiedelte, freilich ohne die Gesamtleitung aus den Händen zu geben[29] – abfedern und den Nachfolger F. K. einrahmen. Aufgrund der Sonderrechte, die sich Flick sen. gesichert hatte, waren die vier Gesellschafter faktisch nur von ihm, nicht aber vom designierten Nachfolger und fünften Komplementär F. K. Flick absetzbar. Gemeinsam bildeten sie ein kaum antastbares Kollegium von Mandarinen – mit naheliegenden Folgen für das interne Standing des Flick-Sohnes[30].

III. Neue Anforderungen und alte Strategien: Das verlorene Jahrzehnt, 1965–1975

Nach dem bewegten Jahr 1965 verlor die Entwicklung des Flick-Konzerns spürbar an Dynamik. Nennenswerte Expansionsvorhaben und aufsehenerregende Transaktionen stellten in den folgenden Jahren eher die Ausnahme dar. So wurden 1966 die seit geraumer Zeit virulenten Überlegungen, in den Reaktorbau einzusteigen, lebhaft diskutiert und Fühler zu den Brüsseler Planungsbehörden der Euratom ausgestreckt. Allerdings erkannte man in Düsseldorf bald, dass keines der Tochterunternehmen die nötigen Voraussetzungen für den Bau von Großanlagen bzw. die Herstellung von Brennstoffelementen hatte, ohne zuvor ganz

[28] Vgl. Maxhütte Mitteilungen 8 (1969), Nr. 1; Eberhard von Brauchitsch, Der Preis des Schweigens. Erfahrungen eines Unternehmers, Berlin 1999, S. 72 f.; Joachim Feyerabend, Die leisen Milliarden. Das Imperium des Friedrich Karl Flick, Düsseldorf/Wien 1984, S. 136.

[29] Vgl. Allein am Ruder, in: Die Zeit vom 28. 7. 1972; Flick blieb bis zu seinem Tode als einziger der Gesellschafter alleinzeichnungsberechtigt; die übrigen, inklusive seines Sohnes, konnten rechtsgültige Geschäftshandlungen nur gemeinsam mit einem weiteren Gesellschafter, Bevollmächtigten oder Prokuristen abschließen; Unterschriftenverzeichnisse der FFKG, März 1968 und Januar 1971, in: Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv (künftig: RWWA), 132-29-1.

[30] Flick-Konzern: Für die Ewigkeit, in: Der Spiegel vom 4. 12. 1963; Konzern-Verweser, in: Die Zeit vom 20. 12. 1963; Die Flick KG erweitert ihre Leitung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 2. 1965; Flick hat sein Wirtschafts-Imperium neu organisiert, in: Frankfurter Rundschau vom 20. 2. 1965; Diether Stolze, Friedrich Flicks jüngster Majordomus, in: Die Zeit vom 19. 3. 1965.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erheblichen Aufwand betreiben zu müssen[31]. Vor allem F. K. Flick und Brauchitsch scheuten die entsprechenden Risiken und votierten für eine abwartende Strategie. „In der Vergangenheit", argumentierte Brauchitsch, „hat es sich als richtig erwiesen, dass wir uns nicht mit grossen Entwicklungsaufwendungen an dem Wettlauf der ersten Vorstufe für die zivile Nutzung beteiligt haben. Es wird darauf ankommen, dass wir den richtigen Zeitpunkt erwischen, zu dem wir ggf. ein Engagement prüfen müssen."[32]

Dieser Zeitpunkt sollte jedoch nicht mehr kommen, und die Gelegenheit zur strategischen Weichenstellung zugunsten des Hochtechnologie-Segments verstrich. Schon 1963 hatte Friedrich Flick von einer weiteren Diversifizierungsoption Abstand genommen und das von ihm einige Jahre zuvor erworbene Mehrheitspaket am Versand- und Reiseunternehmen Neckermann wieder abgegeben[33]. Im einzig größeren Geschäft, das zwischen 1965 und 1975 getätigt wurde, trennte sich die Holding 1968 zudem von ihrer 52-prozentigen Beteiligung an den Stahlwerken Südwestfalen. Damit wurde der Umfang der Montansparte merklich reduziert, mit dem Ziel, die Qualität der verbleibenden Werke zu stärken. Dies galt namentlich für die Maxhütte, die erheblichen technologischen Nachholbedarf aufwies. Dementsprechend floss der Löwenanteil des Verkaufserlöses in Höhe von 110 Millionen DM in die Modernisierung der bayerischen Anlagen; eine Rolle spielte dabei auch, dass die Investitionen in der strukturschwachen Oberpfalz einen entscheidenden Vorteil boten: Die beim Südwestfalen-Verkauf aufgelösten stillen Reserven konnten unter Verweis auf die volkswirtschaftlich förderungswürdige Wiederanlage in eine steuerfreie Rücklage nach § 6 b Einkommenssteuergesetz (EStG) eingestellt werden; der Konzern sparte mithin eine hohe zweistellige Millionensumme an Abgaben[34].

Die Entscheidung, zu diesem Zeitpunkt einen Teil des Beteiligungsbesitzes zu verflüssigen[35], kam nicht von ungefähr, mehrten sich doch die Anzeichen, dass die Sonderkonjunktur auslief, die – neben den positiven Entflechtungseffekten – den Aufstieg des Flick-Konzerns getragen hatte. Die hohen Dividendenausschüt-

[31] Notiz, Herrn Kaletsch, Betr. Interessennahme der Gruppe am Atomreaktorenbau, 11. 3. 1966 [Friedmann]; Notiz für Herrn Dr. Flick, 17. 10. 1966 [O.A. Friedrich]; Zahn an Friedrich, 19. 8. 1966, alle in: ACDP, I-093-094.

[32] Schreiben Brauchitsch an Friedmann, 19. 3. 1966, in: Ebenda.

[33] Vgl. Neckermann bleibt Herr im Haus, in: Die Zeit vom 22. 2. 1963; nur bedingt zuverlässig: Josef Neckermann. Erinnerungen, aufgezeichnet von Karin Weingart und Harvey T. Rowe, Berlin 1990, S. 282–284 u. S. 287–291. Allerdings rutschte Neckermann in den siebziger Jahren tief in die roten Zahlen, vgl. Neckermann: 25 Prozent weniger Gewinn, in: Wirtschaftswoche vom 16. 5. 1975; Neckermann-Schrumpf: Mit vorbestimmter Konsequenz, in: Ebenda vom 31. 3. 1978.

[34] Herrn Direktor Kämpfer. Betr. Verkauf SW, 24. 4. 1968, Herrn Direktor Brosch. Betr.: Verkauf der Beteiligung an Stahlwerke Südwestfalen AG, 3. 1. 1977, beide in: Betriebsarchiv Neue Maxhütte i. L. (jetzt: Bayerisches Wirtschaftsarchiv München, Bestand F 70).

[35] Die Südwestfalen-Aktien hatten ursprünglich nur als Tauschposten dienen sollen, waren aber als Dividendenbringer wie auch aus verbandspolitischen Gründen für die Maxhütte, bei der die Anteile lagen, zunehmend wichtiger geworden; vgl. Priemel, Flick, S. 725.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tungen namentlich der Chemieerzeuger und Fahrzeugbauer[36] sowie die rapide steigenden Aktienkurse hatten das Konzernvermögen massiv anschwellen lassen, die Kreditwürdigkeit verstärkt und Investitionen bis dato leicht gemacht[37]. Hingegen waren die Investitionen privater Unternehmen 1965 erstmals wieder rückläufig, desgleichen die Industrieproduktion in der kurzen Rezession von 1966/67. Für aufmerksame Beobachter kam diese Entwicklung kaum überraschend. Flicks Konzernführung etwa konnte schon 1966 im Geschäftsbericht ihrer Tochter Daimler-Benz lesen, dass nach „der Befriedigung des großen Nachholbedarfs in der Motorisierung nach dem Kriege […] die deutsche Automobilindustrie nunmehr einen Stand erreicht [hat], bei dem sich die normalen Zyklen der Konjunktur auch auf diesen Industriezweig auswirken"[38].

Über die nicht bloß terminologische Rückkehr der Konjunkturzyklen[39] täuschte auch das nach der Krise von 1966/67 rasch wiederanziehende Wirtschaftswachstum allenfalls partiell hinweg. Obschon 1969/70 reale Wachstumsraten von 8,1 respektive 4,9 Prozent erzielt wurden, deuteten steigende Lohnkosten, die abnehmende Preisstabilität und die hohen Aufwendungen für Ersatzbeschaffung bei sinkenden Produktivitätssteigerungen die tieferliegenden Strukturprobleme an[40]. Diese betrafen insbesondere jene Konzernfirmen, die wie Flick von der zwischenzeitlichen Erholung nur in geringem Umfang profitiert hatten. Seit Ende der sechziger Jahre befand sich der Konzern an mehreren Fronten unter wachsendem finanziellem Druck: Während die Bilanzen nach außen glänzten[41], meldeten intern zahlreiche Tochterunternehmen gravierende Fehlentwicklungen. So mussten im Buderus-Verbund zwischen 1971 und 1975 mehrere Standorte wegen anhaltender Verluste geschlossen werden; Erträge an die Spitzenholding konnten die hessischen Betriebe unter diesen Bedingungen nicht abführen[42]. Dasselbe galt für die Maxhütte und die Feldmühle, obgleich

[36] So führten allein Daimler-Benz, Feldmühle und Dynamit-Nobel 1964 rund 47 Mio. DM an die FFKG ab; vgl. Erntezeit bei Flick, in: Die Zeit vom 14. 8. 1964.

[37] Selbst der Börsenkurs der MHW Lübeck lag Anfang 1959 bei 380 %, die Notierung der Dynamit Nobel AG kletterte von 340 (Dezember 1956) auf 1.500 DM im Juli 1959. 1971 betrug der Kurswert des Daimler-Pakets rund 2,9 Milliarden DM. Notiz für Herrn Dr. Flick, 21. 1. 1959, in: Archiv der Hansestadt Lübeck, Metallhüttenwerke Lübeck Nr. 139; Notiz, 19. 1. 1960, in: Bundesarchiv Koblenz, B 136/1038, Bl. 89 f.; Betrifft: Geschäftsbericht 1972 der Flick-Gruppe, 7. 8. 1973, in: RWWA, 74-97-9.

[38] Daimler-Benz AG, Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1966, S. 10.

[39] Vgl. Nützenadel, Stunde der Ökonomen, S. 72 f.

[40] Vgl. Deutsche Bank AG, Geschäftsbericht für das Jahr 1970, S. 19–23; Daimler-Benz AG, Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1970, S. 10; Flick: Investitionen werden durchgeforstet, in: Handelsblatt vom 14./15. 5. 1971, in: RWWA, 74-97-9; vgl. Steiner, Bundesrepublik; Schanetzky, Ernüchterung, S. 42 f.

[41] So wurde 1969 noch die konsolidierte Liquidität des Konzerns mit rund 520 Mio. DM beziffert, die im Folgenden jedoch rasch schrumpften; vgl. Töchter an der langen Leine, in: Die Zeit vom 1. 8. 1969.

[42] Buderus, das 1970 noch über elf Mio. DM an die Konzernkasse abgeführt hatte, konnte bis 1976 keine Dividende mehr auszahlen, vielmehr übernahm die FFKG Verluste der Tochter in zweistelliger Millionenhöhe; Aus Unternehmungen, in: Die Zeit vom 9. 10. 1970; Buderus-Bilanz. Verlust für Flick, in: Wirtschaftswoche vom 16. 7. 1976; Heiden, Sozialisierungspolitik,

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gerade letztere lange zu den wichtigsten Aktivposten des Konzerns gezählt hatte. Bis 1969 noch im Plus, rutschte der Papiererzeuger danach in tiefrote Zahlen und wies im Folgejahr einen Betriebsverlust von 15 Millionen, 1972 gar von 36 Millionen DM aus. Während Flick die Feldmühle vollständig kontrollierte und somit ein Dividendenverzicht unproblematisch war, stand diese Option nicht allen Tochterfirmen offen. Im Zuge der früheren Bemühungen, die Verfügungsrechte zu monopolisieren, hatte man den alten Anteilseignern vergleichsweise hohe Renten zugestanden. In Zeiten stetiger und hoher Gewinne waren diese kaum ins Gewicht gefallen, nun aber wurden sie zu unbequemen jährlichen Belastungen, da Düsseldorf die erforderlichen Gelder im Zweifel hinzuschießen musste. Der von der Konzernholding ausgewiesene Gewinn vor Steuern schmolz dementsprechend von rund 91 Millionen (1969) auf 46 Millionen (1970) und schließlich minimale 0,6 Millionen DM (1971) zusammen[43].

Die Konzernführung reagierte mit Entlassungen – allein 1971/72 verloren rund 11.000 Mitarbeiter in den konsolidierten Tochterunternehmen, d. h. ohne Daimler-Benz, ihre Arbeitsplätze – und mit prozyklischen Investitionskürzungen. Angesichts der stark verminderten Betriebsgewinne wurden die Sachanlageaufwendungen 1971 von 585 auf 385 Millionen DM zusammengestrichen, für 1972 war eine weitere Reduzierung auf 255 Millionen DM vorgesehen. Dementsprechend sanken die laufenden Ausgaben und der akute Geldbedarf der Töchter. Ausschlaggebend dafür, dass der Konzern seine Liquidität ungeachtet der schlechten Zahlen der Mehrzahl seiner Beteiligungen nicht nur wahren, sondern 1972 sogar wieder ausbauen konnte, war indessen Daimler-Benz. Zwar litt der Automobilsektor unter schwankender Nachfrage und steigenden Exportpreisen infolge der Dollarabwertung, doch Daimler blieb der sprichwörtliche Fels in der Brandung. Die Erträge, die aus Untertürkheim nach Düsseldorf flossen, waren, so eine externe Analyse, von „[e]ntscheidender Bedeutung für das Konzernergebnis“[44].

Diese Querfinanzierung entlastete einstweilen die Konzernkasse und linderte die dringendsten Sorgen – die Strukturprobleme löste sie nicht. Zunehmend fragwürdiger erschien es beispielsweise, ob es zehn Jahre zuvor richtig gewesen war, im hessischen Montanzweig die Mehrheit zu erwerben. Die wachsende Konkurrenz der Kunststoffe und die technologische Neuerung des Sauerstoffblasverfahrens verengten den Markt für Stahlprodukte, erforderten hohe Neuinvestitionen und setzten die Flick-Töchter unter Druck[45]. Auch bei den übrigen Tochterfirmen waren grundlegende Umstrukturierungen erforderlich, um die Betriebe

S. 787 f.; Rainer Haus/Hans Sarkowicz, Feuer und Eisen. 275 Jahre Wärme von Buderus, München/Zürich 2006, S. 162 f.

[43] Betrifft: Gruppe „Friedrich Flick“. Geschäftsbericht für 1971, 15. 8. 1972, in: RWWA, 74-97-9; vgl. Umgang mit Minderheitsaktionären, in: Die Zeit vom 23. 7. 1965.

[44] Betrifft: Geschäftsbericht 1972 der Flick-Gruppe, 7. 8. 1973 (Zitat), in: RWWA, 74-97-9; Daimler-Benz AG Stuttgart. Geschäftsberichte 1970 (S. 9), 1971 (S. 18) u. 1972 (S. 11 u. S. 15).

[45] Vgl. Stahlindustrie: Schlimmste Flaute seit Jahrzehnten, in: Wirtschaftswoche vom 27. 3. 1975; vgl. Gloria Müller, Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945–1975, Essen 1991, S. 371–375 u. S. 386–397.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

konkurrenzfähig zu halten. Dies galt für die Umstellung Dynamit Nobels vom Sprengstoff- auf das Chemiespezialitäten-Segment ebenso wie für die Konzentration der verstreuten und wenig effektiven Buderus-Verarbeiter[46]. Zudem erwiesen sich einzelne Vorhaben zur strategischen Neuausrichtung bald als Millionengrab. Beispielhaft galt dies für den Versuch Krauss-Maffeis, die Schwankungen im Rüstungsgeschäft – seit der Wiederaufrüstung der wichtigste Zweig des Münchener Unternehmens[47] – zu kompensieren und mit dem Magnetkissenzug Transurban die Führung in der innovativen Nahverkehrstechnologie zu übernehmen. Zum Jahresende 1974 stand das Projekt trotz hoher Aufwendungen und Bundeszuschüsse faktisch vor dem Aus[48].

Die dringend notwendige Neupositionierung des Konzerns erforderte enorme Anstrengungen konzeptioneller wie finanzieller Art: Die bedeutendsten unter Flicks Tochter- und Enkelunternehmen waren klassische Vertreter der anlageintensiven, auf serielle Massenfertigung konzentrierten Industrieproduktion. Für ihre Modernisierung, Rationalisierung und Neuausrichtung – die man durch die Beschneidung des Investitionsprogrammes 1970–1972 zusätzlich verzögert hatte – waren hohe Kapitalaufwendungen unumgänglich. Gerade hier lag jedoch eine zentrale Schwäche der familialen Struktur. Die mit einer verhältnismäßig geringen Kapitaldecke ausgestattete Holding konnte die Investitionsmittel nur sehr eingeschränkt aufbringen. Die Generierung zusätzlicher Mittel durch Kapitalerhöhungen, die auch außenstehenden Anlegern eine Chance zur Beteiligung gaben, drohte hingegen die Kontrolle der Familie zu gefährden. So blieb nur die Fremdverschuldung, seit den Gründerzeiten die bevorzugte Form der Mittelbeschaffung. Anfang der siebziger Jahre stand dieser Weg jedoch nur noch eingeschränkt offen, da die internationalen Währungsturbulenzen, beschleunigt durch den Zerfall von Bretton Woods, negative Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung hatten. Die restriktive Geldpolitik, welche die Bundesbank seit 1966 eingeschlagen hatte, ließ die Zinsen in die Höhe schießen und verteuerte die Kreditaufnahme beträchtlich. Bei zweistelligen Zinssätzen für nahezu alle Kreditformen und Laufzeiten war die Fremdverschuldung ein kostspieliger, kaum noch gangbarer Weg der Unternehmensfinanzierung[49]. Dies galt um so mehr, als die Flicksche Firmengruppe zur selben Zeit „an die Grenze ihrer Verschuldungsfähig-

[46] Betrifft: Geschäftsbericht 1972 der Flick-Gruppe, 7. 8. 1973, in: RWWA, 74-97-9.

[47] Vgl. Alois Auer (Hrsg.), Krauss-Maffei. Lebenslauf einer Münchener Fabrik und ihrer Belegschaft. Bericht und Dokumentation von Gerald Engesser, München 1988, S. 252–255.

[48] Vgl. Zurück zum Rad, in: Der Spiegel vom 2. 12. 1974. Für das folgende Geschäftsjahr mußte Buderus als Muttergesellschaft von Krauss-Maffei mehr als elf Millionen DM Verlust übernehmen; Krauss-Maffei-Bilanz. Warten auf das Jahr der Katze, in: Wirtschaftswoche vom 26. 7. 1976.

[49] Vgl. Gabriele Jachmich/Hans Pohl, Verschärfung des Wettbewerbs (1966–1973), in: Hans Pohl (Hrsg.), Geschichte der deutschen Kreditwirtschaft seit 1945, Frankfurt a. M. 1998, S. 203–248, hier S. 203; siehe auch Bastian Frien, Vom Wechsel zur Eigenkapitallücke: Unternehmensfinanzierung in Deutschland, in: Albrecht Hertz-Eichenrode (Hrsg.), Süßes Kreditgift. Die Geschichte der Unternehmensfinanzierung in Deutschland, Frankfurt a. M. 2004, S. 11–168, hier S. 132–134.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keit“ stieß. Angesichts langfristiger Schulden in Höhe von 1,665 Milliarden DM und einem Sachanlagevermögen von 1,739 Milliarden DM war das Potential nahezu ausgereizt[50].

Schwerwiegende strukturelle Anpassungsprobleme, immer engere finanzielle Bewegungsspielräume und der Bedarf an grundlegend neuen Strategien und kreativen Lösungsansätzen charakterisierten die Konstellation, in der sich der Flick-Konzern befand. Auch wenn es anlässlich des Todes der Gründergestalt im Juli 1972 ehrfurchtsvoll und nahezu unisono geheißen hatte, der „große Unternehmer“[51] habe „ein von starker Hand geführtes, festgefügtes Industrie-Imperium“ hinterlassen[52], stellte sich die tatsächliche Situation weit weniger glänzend dar. Richtiger lagen jene kritischen Stimmen, die auf die Schwachpunkte des Konzerns hinwiesen: „Friedrich Flick hat seine weitverzweigte Unternehmensgruppe nicht im Zenit ihrer Ertragskraft verlassen, sondern in einer Phase sinkender Renditen, rückläufiger Investitionen und unzulänglicher Abschreibungen.“[53]

Auch das vielfach bemühte Bild, Flick sen. habe sein Haus gut bestellt und die Weichen in der Konzernführung „bis in das nächste Jahrtausend“ gestellt[54], erwies sich bei genauerem Hinsehen als wenig zutreffend. Dies galt vor allem für die testamentarischen Bestimmungen, in denen Flick kurz vor seinem Ableben die Verfügungsrechte im Konzern neu verteilt hatte. Durch die Zuweisung einer weiteren Stimme in der Gesellschafterversammlung an Flicks Enkel Gert-Rudolf und Friedrich Christian wurden die Söhne Otto-Ernsts gestärkt, der unmittelbare Nachfolger F. K. hingegen desavouiert[55]. Dieser war über die Änderung gar nicht erst informiert worden, und ob er der gleichfalls verfügten Rückkehr Brauchitschs in die Konzernführung zugestimmt hatte, blieb unklar[56]. Unübersehbar aber war, dass er auch nach außen geschwächt war, zumal die Zweifel an seiner unternehmerischen Kompetenz und Führungsstärke nicht abnahmen[57]. Die Entscheidung des Seniors, jüngere Kräfte, namentlich die dritte Generation, in das Topmanagement einzubinden, zielte darauf, die längerfristige Kontinuität zu sichern. Dies war auch nötig, denn ein zentraler Konstruktionsfehler der Einrahmungsstrategie sollte sich bald zeigen: Mit Ausnahme Brauchitschs verstarben die schon bei ihrer Berufung betagten Gesellschafter sämtlich bis 1978, der erste mit

[50] Betrifft: Geschäftsbericht 1972 der Flick-Gruppe, 7. 8. 1973, in: RWWA, 74-97-9.
[51] Friedrich Flick. Der Mann und sein Werk, in: Wirtschaftswoche vom 28. 7. 1972.
[52] Erbstreit, in: Die Zeit vom 8. 9. 1972.
[53] Konzernstelle. Betrifft: Gruppe „Friedrich Flick“. Geschäftsbericht für 1971, 15. 8. 1972, in: RWWA, 74-97-9 (unter Verweis auf eine nicht namentlich genannte Börsenzeitung).
[54] Max Kruk, Der scheue Konzernarchitekt. Friedrich Flick und sein Lebenswerk, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. 8. 1972; Friedrich Flick. Der Mann und sein Werk, in: Wirtschaftswoche vom 28. 7. 1972; Friedrich Flick †, in: Der Spiegel vom 24. 7. 1972 (Zitat).
[55] Notarielle Verhandlung, 13. 5. 1972, als Faksimile abgedruckt in: Der Spiegel vom 11. 9. 1972.
[56] Brauchitsch war 1970 nach Differenzen mit F. K. aus der Konzernführung ausgeschieden. Kaletsch an Menges, 15. 6. 1970, in: RWWA, 74-97-9; Brauchitsch, Preis, S. 162 f.
[57] Vgl. Dritte Stimme, in: Der Spiegel vom 11. 9. 1972; Deutsche Banken. Nicht immer ist ein Ulrich zur Stelle, in: Wirtschaftswoche vom 24. 1. 1975.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wolfgang Pohle bereits ein Jahr vor Flicks Tod. Der Handlungsbedarf war somit evident. Fraglich blieb jedoch, ob der gewählte Weg über Brauchitsch und die Enkelgeneration dazu beitragen würde, den Konzern intern zu festigen und die strategischen Herausforderungen zu meistern.

IV. Vom Plan zum Chaos: Die missglückte Neuausrichtung, 1975–82

Den gordischen Knoten verschiedener, miteinander verflochtener Probleme wollte die Düsseldorfer Konzernführung mit einem Schlag lösen. In einem spektakulären Schritt vereinbarte man im Dezember 1974 mit der Deutschen Bank, die Beteiligung an Daimler-Benz zum 31. Dezember 1975 um knapp drei Viertel zu reduzieren. Aufsehen erregte dieses Geschäft gleich aus mehreren Gründen: Der Flick-Konzern trat damit seine dominante Stellung bei einer der wertvollsten westdeutschen Positionen ab und verkleinerte so seinen Einfluss in der nationalen Industrielandschaft schlagartig, in welcher der Konzern bis dahin die Liste der umsatzstärksten Unternehmen der Bundesrepublik deutlich angeführt hatte. Mit der Reduzierung auf eine zwar nennenswerte, aber nicht länger ausschlaggebende Stellung bei Daimler-Benz, die eine Zurechung des Autobauers zum Konzern nicht mehr rechtfertigte, rangierte Flick nur noch auf Rang 20[58]. Angesichts dieser Größenverschiebung fiel immerhin der Gewinn gewaltig aus: Für 1,995 Milliarden DM gingen die Daimler-Aktien auf die Deutsche Bank über[59]. Darüber hinaus hatte die Transaktion eine distinkte politische Seite, die im Rechenschaftsbericht des Daimler-Vorstandes zum Ausdruck kam:

> „Die Friedrich Flick KG hat sich im Zuge der Orientierung auf andere zukünftige Aufgaben entschlossen, ihre 39%ige Beteiligung an der Daimler-Benz AG auf 10 % zu begrenzen. Sie hat 29 % des Daimler-Benz-Aktienkapitals auf Grund des traditionell freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den Häusern der Deutschen Bank AG angeboten. Die Deutsche Bank AG hat nach Rücksprache mit der Bundesregierung und im Einvernehmen mit der Daimler-Benz AG ihre Bereitschaft erklärt, die Aktien zu übernehmen, um eine Abwanderung ins Ausland zu vermeiden und die unternehmerische Unabhängigkeit der Daimler-Benz AG sicherzustellen.“[60]

Der für die übliche Geschäftsberichtsprosa ungewöhnliche Hinweis auf die politische Rückendeckung der Transaktion verwies auf die hektischen Verhandlungen, die Vertreter von FFKG, Deutscher Bank und Bundesregierung Ende 1974 führten. Dabei ging es um Gerüchte, F. K. Flick sei sich bereits mit dem persischen

[58] Vgl. Die zwanzig größten Unternehmen, in: Ebenda vom 15. 4. 1976.
[59] Deutsche Bank AG, Geschäftsbericht 1975, S. 33; vgl. Hans E. Büschgen, Die Deutsche Bank von 1957 bis zur Gegenwart. Aufstieg zum internationalen Finanzdienstleistungskonzern, in: Lothar Gall/Gerald Feldman/Harold James u. a. (Hrsg.), Die Deutsche Bank 1870–1995, München 1995, S. 657 f. u. S. 696.
[60] Daimler-Benz AG, Geschäftsbericht 1974, S. 18. Andere Schätzungen taxierten die Flick-Beteiligung an Daimler auf 42 %; Aus Unternehmungen, in: Die Zeit vom 13. 8. 1971.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schah über den Verkauf des kompletten Daimler-Pakets handelseinig. Diese Mutmaßungen erhielten ihre besondere Brisanz durch die vorherigen Aktienkäufe, die der Schah 1974 bei Krupp und kuwaitische Investoren im selben Jahr bei Daimler – dort hatte die Familie Quandt ihren Aktienbesitz abgegeben – getätigt hatten. Vor dem Hintergrund der gerade erst überstandenen Ölkrise, in der sich die gewandelten Kraftverhältnisse auf dem Energiemarkt erstmals deutlich gezeigt hatten, schien die persische Offerte den Ausverkauf der Wirtschaftsmacht Westdeutschland anzukündigen[61]. Um diese Bedrohung abzuwenden, sprang – so der offizielle Tenor – die Deutsche Bank ein, übernahm umstandslos den größten Teil der Daimler-Aktien von Flick und überredete den Konzernerben obendrein, die übrigen zehn Prozent zu halten. Am Ende schien es somit nur Gewinner zu geben: Das Kreditinstitut sonnte sich im patriotischen Ruhm, die Bundesregierung erhielt Lob dafür, dass sie ihre grundsätzlichen Bedenken gegen die wachsende Bankenmacht in der Industrie zurückgestellt hatte, und bei der FFKG konnte man sich über die binnen kürzester Zeit erlöste Milliardensumme freuen. Als F. K. Flick unmittelbar danach seine beiden Neffen sowie deren Schwester auszahlte und fortan als alleiniger Eigentümer auftreten konnte, zollte ihm die *Wirtschaftswoche* mit der Titelgeschichte „Friedrich Karl der Größte“ Respekt – eine Anspielung auf die vielgelesene Biographie seines Vaters[62].

Tatsächlich gestalteten sich die Verhältnisse jedoch viel komplizierter. So waren die Verkaufsverhandlungen F. K. Flicks mit dem Schah nie in ein konkretes Stadium eingetreten, mehr noch: Wiederholt protestierte Brauchitsch in den folgenden Monaten gegen die seiner Meinung nach „falsche Geschichtsschreibung“. Weder habe eine Offerte aus Teheran vorgelegen, noch eine Verkaufsabsicht in Düsseldorf bestanden. In seiner Autobiographie wies der Manager viele Jahre später sogar darauf hin, dass die Deutsche Bank über ein Vorkaufsrecht verfügt habe, dem eine Abgabe der Daimler-Aktien an Dritte zuwidergelaufen wäre. Das persische Szenario hatte laut Brauchitsch im Wesentlichen dazu gedient, etwaiger Kritik am Einfluss der Großbanken entgegenzuwirken[63]. Dabei unterschlug Brauchitsch freilich, dass die Täuschung von Bundesregierung und Öffentlichkeit auch im Interesse des Konzerns gelegen hatte, denn ein Bonner Veto hätte den Geschäftabschluss erheblich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Zudem erhielt das Verfahren zusätzlichen Charme durch eine Reminiszenz an die Firmengeschichte, erinnerte der Kunstgriff der persischen Bedrohung doch an jene Überfremdungsszenarien, die Flick sen. mehrfach in seiner Karriere her-

[61] Vgl. Krupp-Verkauf. Der Kaiser füllt die Kasse, in: Wirtschaftswoche vom 29. 10. 1976; Ausverkauf der deutschen Industrie?, in: Die Zeit vom 6. 12. 1974.

[62] Das neue Flick-Imperium: Friedrich Karl der Größte, in: Wirtschaftswoche vom 31. 1. 1975; der Artikel enthielt jedoch auch kritische Anmerkungen und nahm die kursierenden Zweifel an den Fähigkeiten F. K. Flicks auf. Vgl. Deutsche Bank buys control of Mercedes, in: The Times vom 15. 1. 1975; Schneller als der Schah, in: Wirtschaftswoche vom 17. 1. 1975; vgl. Günter Ogger, Friedrich Flick der Große, Bern u. a. ^{3}1971.

[63] Auszüge der Notizen, abgedruckt in: Retter des Vaterlands, in: Der Spiegel vom 13. 1. 1986; vgl. Brauchitsch, Preis, S. 129–131, S. 138 f. u. S. 145.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

aufbeschworen hatte, um politische Instanzen in die gewünschte Richtung zu lenken, namentlich im Zuge der Gelsenberg-Affäre von 1932[64].

Diese Traditionslinie fand in den ebenso raren wie nichtssagenden öffentlichen Stellungnahmen der Konzernführung wohlweislich ebenso wenig Erwähnung wie die Auseinandersetzungen in der Familie[65]. So diente der Daimler-Verkauf auch dem Ziel, kurzfristig die flüssigen Mittel zu beschaffen, mit denen keinen Monat nach dem lukrativen Geschäft die Kinder Otto-Ernst Flicks aus ihrem Erbe herausgekauft wurden. Damit endete die kurze Phase, in der die beiden männlichen Enkel – ihre Schwester Dagmar hatte Flick sen. von vornherein nicht für die Geschäftsführung vorgesehen und ihr einen geringeren Erbteil als ihren Brüdern zugedacht – in der Führung der Kommanditgesellschaft mitgewirkt hatten. Allerdings waren die beiden Nachwuchskräfte, die ihren Anspruch auf Mitsprache und Gestaltungsmöglichkeiten selbstbewusst formulierten[66], nie in den engeren Führungszirkel integriert worden. Der Daimler-Verkauf war gegen ihren vehementen Widerspruch – den auch einige der angestellten Manager aus der zweiten Reihe des Konzerns, nicht aber die Gesellschafter Kaletsch, Friedrich und Brauchitsch für richtig hielten – erfolgt[67].

Mit der Abfindung des älteren Familienzweiges sollten die Verfügungsrechte eindeutig verteilt werden, sodass intern wieder Ruhe einkehren konnte. Dies war ein willkommener, jedoch schwerlich der einzige und sicher nicht der entscheidende Grund für die Daimler-Transaktion, die das Gesicht des Konzerns nachhaltig veränderte. Die wirtschaftliche Entwicklung des Autobauers kann ebenfalls nicht den Ausschlag gegeben haben. Selbst mitten in der schweren Rezession zeigte sich Daimler-Benz bemerkenswert stabil und finanziell gesund; einen echten Einbruch konnte das Unternehmen anders als die meisten Konkurrenten vermeiden[68]. Auch der wiederholte Verweis auf die steuerlich bedingt geringe Rendite der Daimler-Beteiligung von kaum einem Prozent[69] dürfte die Verkaufsentscheidung nur am Rande beeinflusst haben, zeigten doch die folgenden Neuinvestitionen, dass die Erträge auch in anderen Segmenten kaum höher aus-

[64] 1932 hatte Flick die Reichsregierung unter anderem mit Hilfe von Gerüchten über französische Kaufinteressenten dazu veranlasst, seinen westdeutschen Beteiligungsbesitz zu übernehmen, und seine überschuldete Holding auf diese Weise saniert. Vgl. dazu Alfred Reckendrees/Kim C. Priemel, Politik als produktive Kraft? Die „Gelsenberg-Affäre" und die Krise des Flick-Konzerns (1931/32), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2006, H. 2, S. 63–93; Priemel, Flick, S. 237–244.

[65] Vgl. „Hinnehmen, daß Dinge nicht gut sind", in: Der Spiegel vom 20. 1. 1975; ähnlich undurchsichtig äußerte sich der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Franz Ulrich: „Wir bekamen unzählige Briefe", in: Wirtschaftswoche vom 24. 1. 1975.

[66] Vgl. das Interview „Gesunder Egoismus schafft neue Werte", in: Der Spiegel vom 19. 3. 1973.

[67] Vgl. Industrie-Familien: Der große Ausverkauf, in: Der Spiegel vom 20. 1. 1975; Flick-Konzern. „Wir wollen nicht Kasse machen", in: Wirtschaftswoche vom 31. 1. 1975; Thomas Ramge, Die Flicks. Eine deutsche Familiengeschichte über Geld, Macht und Politik, Frankfurt a. M./New York 2004, S. 204 f., der sich auf Aussagen H.-A. Vogels stützt.

[68] Daimler-Benz AG Stuttgart, Geschäftsberichte 1974 (S. 15 f.) und 1975 (S. 15–17).

[69] Vgl. „Hinnehmen, daß Dinge nicht gut sind", in: Der Spiegel vom 20. 1. 1975; Was tun mit einer Milliarde?, in: Die Zeit vom 14. 4. 1975.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fielen. Für den Befreiungsschlag sprachen vielmehr die Strukturprobleme jener Unternehmen, die den Konzernkern bildeten und dringenden Kapitalbedarf aufwiesen, sowie die Diagnose des Flick-Managements, nicht breit genug und teilweise in den falschen Branchen aufgestellt zu sein. Diese Einsicht führte dazu, dass sich die FFKG noch 1974 von den Lübecker Metallhüttenwerken trennte und 1976/78 in zwei Tranchen auch die Maxhütte verkaufte. Noch einigermaßen rechtzeitig, um den schwersten Schlägen der Stahlkrise zu entgehen, wurden somit die montanindustriellen Traditionsbestände abgestoßen, maßgeblich auf Drängen jüngerer Manager wie dem Generalbevollmächtigten Hanns-Arnt Vogels[70].

Auf diese Weise erzielte der Konzern noch einmal eine dreistellige Millionensumme, die ebenso wie der Daimler-Erlös möglichst rasch reinvestiert werden sollte, um – in Brauchitschs Worten – ein „neues Kleid für die achtziger Jahre" zu schneidern[71]. Die Wiederanlage drängte indes nicht nur aus Gründen der strategischen Positionierung, sondern lag in den Modalitäten des Daimler-Verkaufs selbst begründet. Von Beginn an hatte man nämlich fest damit kalkuliert, für die Einnahmen aus dem Geschäft eine weitgehende Befreiung von den Steuern zu erlangen, die bis zu 1,2 Milliarden DM zu erreichen drohten. Zu diesem Zweck standen mit dem bereits beim Südwestfalen-Verkauf erprobten § 6 b EStG (volkswirtschaftlich förderungswürdige Wiederanlage) sowie dem § 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes, der vergleichbare Anforderungen formulierte, zwei geeignete rechtliche Instrumente zur Verfügung. Nur unter der Bedingung, dass diese Wege erfolgreich beschritten wurden, ergab die Trennung von Daimler-Benz überhaupt Sinn, und nur so waren ausreichende flüssige Mittel zu erzielen. Alle entsprechenden Reinvestitionen hatten binnen zwei Jahren nach dem Verkauf zu erfolgen, mithin bis Ende 1978[72].

Wer daher nach mehrjähriger Stagnation nun eine erneute, zügig vorgetragene Expansion des Flick-Konzerns erwartet hatte – nicht umsonst hatte Brauchitsch nach dem Daimler-Verkauf bekundet, dass sein Chef „nicht konzeptionslos dieses Paket aufgegeben" habe[73]–, sah sich jedoch enttäuscht. Noch am wenigsten galt dies für die Finanzierung jener Modernisierungsvorhaben, die bei den Tochterunternehmen seit geraumer Zeit anstanden. An Dynamit Nobel flossen 100 Mio. DM, weitere 135 Mio. gingen an den Buderus-Verbund, und rund 200 Mio. DM erhielt die Feldmühle. Indes machte dies nur den kleinsten Teil der anzulegenden Gelder aus, zumal erhebliche Summen aus dem Verkauf der Maxhütte und der Metallhüttenwerke (rund 369 Mio. DM) stammten[74]. Darüber hinaus aber

[70] Vgl. Leben und Arbeit in Herrenwyk. Geschichte der Hochofenwerk Lübeck AG, der Werkskolonie und ihrer Menschen, hrsg. vom Museum für Kunst und Kulturgeschichte der Hansestadt Lübeck, Lübeck ²1987, S. 334–336; Süß, Kumpel, S. 369–379; Zur rechten Zeit verkauft, in: Die Zeit vom 4. 8. 1978.

[71] Vgl. Abschied von gestern, in: Die Zeit vom 20. 8. 1976; Flick, in: Der Spiegel vom 23. 8. 1976.

[72] Vgl. Flick-Konzern. „Wir wollen nicht Kasse machen", in: Wirtschaftswoche vom 31. 1. 1975; Rainer Frenkel, Die große Bescherung/Was ist förderungswürdig, in: Die Zeit vom 26. 12. 1975.

[73] „Hinnehmen, daß Dinge nicht gut sind", in: Der Spiegel vom 20. 1. 1975.

[74] Zahlenangaben in: Ein Bein in München, in: Wirtschaftswoche vom 17. 12. 1979; Mut zu schweren Aufgaben, in: Ebenda vom 28. 1. 1983.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

stand die Investitionspolitik des Spitzenmanagements in den folgenden Jahren im Zeichen von Unsicherheit, Zaghaftigkeit und eines gerüttelten Maßes an opportunistischer Anpassung an den unternehmerischen Zeitgeist. Die Anlageobjekte, welche die Konzernführung zögerlich aussuchte, fügten sich in die geläufigen Muster modischer Krisenlösungsstrategien, namentlich Internationalisierung und Diversifizierung (etwa in Spitzentechnologie und ins Dienstleistungsgewerbe), gaben aber einen eigenen, kohärenten und zielbewussten Zukunftsentwurf kaum zu erkennen.

Lediglich eine Neuanlage erfolgte noch im Jahr des Daimler-Abschlusses. Für einen Preis von 290 Mio. DM beteiligte sich Flick mit zwölf Prozent an dem US-amerikanischen Mischkonzern W. R. Grace & Co., eine der 100 weltweit größten Unternehmensgruppen[75]. Während aufmerksame Beobachter darauf hinwiesen, dass die Renditeaussichten nur unter günstigen Umständen die vermeintlich niedrigen Daimler-Erträge übertrafen, betonte das Flick-Management den zu erwartenden Technologietransfer der Grace-Chemiesparte auf die eigene Tochter Dynamit Nobel, vermied jedoch sorgsam, Details zu nennen. Dass diese Perspektive vor allem mit Blick auf die nachzuweisende volkswirtschaftliche Förderwürdigkeit formuliert wurde, sollte sich einige Jahre später bei einer Überprüfung der tatsächlichen Kooperationsverhältnisse zeigen; zu einer nennenswerten transatlantischen Zusammenarbeit kam es nie[76]. Ebenso vage blieben die Verfügungsrechte, die aus der Beteiligung resultierten. Obgleich Flick sein Engagement bei Grace im Oktober 1978 um weitere 500 Mio. DM auf über 30 Prozent ausbaute, blieb Peter Grace in dem amerikanischen Familienunternehmen der strategische und taktische Kopf. Ob und in welchem Umfang F. K. Flick und seine Manager Einfluss auf die New Yorker Geschäftsführung nehmen konnten, war kaum zu ermessen. Der zweite Anteilskauf bei Grace kurz vor Toresschluss der Steuerbefreiung legte den Verdacht nahe, dass man in der FFKG über keine Alternativen verfügte und anstelle mutiger Projekte lieber „Geldanlagen mit soliden Renditen [und] kaum unternehmerische[m] Risiko“ bevorzugte[77]. Eine vergleichbare Stoßrichtung zeigte die zweite US-Investition Flicks, die Drittelbeteiligung an dem Chemie- und Rohstofftechnikunternehmen US-Filter Corporation, in das man sich ebenfalls erst 1978 für rund 100 Millionen Dollar einkaufte[78]. Hier bestan-

[75] Vgl. Die 100 größten Firmen der Welt, in: Wirtschaftswoche vom 22. 8. 1975; Grace rangierte auf Platz 96. Die beiden einschlägigen Monographien reichen nicht bis in die jüngere Unternehmensgeschichte; vgl. Marquis James, Merchant Adventurer. The Story of W. R. Grace, Wilmington 1993; Lawrence A. Clayton, W. R. Grace & Co. The formative years 1850–1930, Ottawa/Illinois 1985.

[76] Die Vision war ein Trugbild, in: Die Zeit vom 16. 12. 1983; Flick-Affäre. Heiße Luft, in: Der Spiegel vom 27. 5. 1985.

[77] Flick-Gruppe: Ein Haus in Texas, in: Der Spiegel vom 6. 9. 1976 (Zitat); vgl. Flick-Strategie. Chemie-Zukunft für 100 Millionen Dollar, in: Wirtschaftswoche vom 3. 10. 1975; Flicks Millionen-Ding, in: Die Zeit vom 3. 10. 1975; Flick/Grace. 500 Millionen nach Amerika, in: Wirtschaftswoche vom 13. 10. 1978; It’s Hard to Spend a Million, in: Time vom 5. 6. 1978.

[78] Public notice Arnhold & S. Bleichroeder, Inc., New York Times vom 15. 6. 1978. Nach eigenen Angaben hatte das Bankhaus die Transaktion initiiert.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den in der Tat Anknüpfungspunkte für die deutschen Tochterfirmen, namentlich in der Kohlendruckvergasung, doch schon zwei Jahre später trennte sich Flick wieder von den US-Filter-Aktien. Obgleich dabei ein hoher Zwischengewinn erzielt wurde, blieb die Frage des Konzernprofils weiterhin offen[79].

Eine Antwort auf diese Frage vermochte auch der dritte Großkauf nicht zu geben. Überraschend stieg die FFKG 1978 bei der Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG ein, neben der Allianz der größte deutsche Industrieversicherer. Gerling, ebenfalls ein Familienunternehmen, war im Zuge des Herstatt-Zusammenbruchs unter so starken Druck geraten, dass die Holding 51 Prozent ihrer Aktien an ein Industriekonsortium abtreten musste[80]. Die Mehrheit der Konsortialanteile erwarb Flick, der damit über die Majorität bei Gerling verfügte. Unklar blieb aber, inwiefern sein Management im wenig vertrauten Versicherungsgewerbe effektive Führungsarbeit leisten konnte. Das war auch insofern fraglich, als die Flick-Vertreter wegen ihres undiplomatischen Auftretens die entschiedene Gegenwehr von Versicherungschef Hans Gerling provozierten. Brauchitschs Versuche, umgehend gesellschaftsrechtliche und personelle Veränderungen vorzunehmen, konterte Gerling mit der juristischen Anfechtung des Flickschen Aktienerwerbs, um so Zusagen auszuhandeln, die ihm auch künftig die Leitung seines Lebenswerks sichern sollten. Zwar war Gerlings juristische Position wenig aussichtsreich, doch wusste er die Zeit auf seiner Seite. Aufgrund der zum Jahresende auslaufenden Frist, bis zu welcher der Gerling-Einstieg als Reinvestition im Sinne des § 6 b EStG anzumelden war, stand Flick unter erheblichem Druck, das Geschäft perfekt zu machen. Angesichts der Zwickmühle, in die man sich selbst manövriert hatte, mussten F. K. Flick und Brauchitsch im November 1978 einem ungeliebten Kompromiss zustimmen, der Hans Gerling als eindeutigen Punktsieger sah, wie die *Wirtschaftswoche* nüchtern festhielt: „Ihm [Gerling] bleibt die Macht, Hauptanteilseigner Flick eine gute Geldanlage."[81]

Als zum Jahresende die Anmeldefrist für die Reinvestitionen des Daimler-Erlöses auslief, hatte der Flick-Konzern, wie Brauchitsch sagte, „mit hechelnder Zunge"[82] rund 1,5 Milliarden DM unter den beiden Steuerbefreiungsklauseln in Bonn annonciert. Finanziell befand sich die Düsseldorfer Holding somit im Soll. Ein strategischer Kurswechsel aber war nicht zu erkennen. Das Anlagemuster der Neuinvestitionen wirkte vielmehr überhastet, zufällig und undurchdacht, gerade mit Blick auf den unbefriedigenden Status bei Gerling und den Wiederverkauf

[79] Vermerk, Betr.: Telephonat mit Nemitz, 30. 10. 1972, in: RWWA, 74-97-9; vgl. Was geschieht mit den Daimler-Milliarden?, in: Die Zeit vom 13. 10. 1978; Ein Bein in München, in: Wirtschaftswoche vom 17. 12. 1979; Feyerabend, Milliarden, S. 97–99.

[80] Vgl. Gerling-Neuordnung. Es ist einfacher geworden, in: Wirtschaftswoche vom 3. 3. 1978. Zur Herstatt-Krise vgl. Thomas Krüwer, Iwan David Herstatt, in: Hans Pohl (Hrsg.), Deutsche Bankiers des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2008, S. 227–239.

[81] Gerling-Konzern. Flick die Suppe versalzen, in: Wirtschaftswoche vom 10. 11. 1978 (Zitat); vgl. Flick/Gerling. Coup unter Zeitdruck, in: Wirtschaftswoche vom 14. 4. 1978; Gerling. Herr im Haus, in: Der Spiegel vom 17. 7. 1978; Mit harten Bandagen, in: Die Zeit vom 22. 9. 1978.

[82] Zit. nach Flick-Konzern. Wahlkampf-Emotion, in: Wirtschaftswoche vom 5. 11. 1976.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

von US-Filter[83]. Die größte Hypothek jedoch, die sich der Flick-Konzern in den zurückliegenden drei Jahren aufgeladen hatte, lag in den Steuerbefreiungsanträgen, um derentwillen man die Suche nach präsentablen, d. h. als volkswirtschaftlicher Gewinn darstellbaren, Investitionen betrieben hatte. Die von Beginn an umstrittene steuerrechtliche Konstruktion sollte, als die Pfeiler sichtbar wurden, auf denen sie ruhte, zu einer der tiefsten Krisen in der Konzerngeschichte führen.

V. Unterschätzte Öffentlichkeit: Von der Unternehmens- zur Vertrauenskrise, 1982–1985

Die Absicht der Flick-Führung, den Milliardenerlös aus dem Daimler-Geschäft von der Steuer befreien zu lassen, war bereits unmittelbar nach der Transaktion bekannt geworden. Seitdem standen der Konzern und die zuständigen Bonner Behörden – vor allem das Bundeswirtschaftsministerium, das für die Bescheinigung der volkswirtschaftlichen Förderwürdigkeit zuständig war – unter scharfer Beobachtung und anhaltender Kritik. Diese entzündete sich vor allem an der enormen Höhe des in Rede stehenden Betrages, der alle Präzedenzfälle weit in den Schatten stellte: Die Gesamtsumme belief sich auf das Vierfache aller Steuerbefreiungen, die im Rechnungsjahr 1975 zur Entscheidung anstanden[84]. Dass die Düsseldorfer Konzernholding, der ohnehin der Ruf vorauseilte, bei ihren undurchsichtigen Geschäften auf Beziehungen nach Bonn zu setzen, nur wenig später die Rechtsform einer GmbH in die weniger rechenschaftspflichtige und mitbestimmungsfreie Kommanditgesellschaft auf Aktien änderte, ließ die Kritiker noch hellhöriger werden[85], und so war es auch kein Wunder, dass der Vorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft schon 1976 davon sprach, bei den Flickschen Freistellungsanträgen rieche es förmlich nach Schmiergeld[86].

Ungeachtet solcher Einwände und unbeeindruckt von den Bedenken, die einige SPD-Bundestagsabgeordnete gegen die Steuerbefreiung anmeldeten[87], wurde diese – abgesehen von einem sogenannten „Türken", das heißt eines vorsätzlich zur Ablehnung eingereichten Antrages – in Höhe von rund 1,5 Milliarden DM bewilligt. Erst die Enthüllungen im Zuge der Flick-Affäre, die einen Konnex zwischen Parteispenden und Steuerbefreiung belegten, rückten die gesamte Entscheidungspraxis der Wirtschafts- und Finanzressorts in Bonn und Düsseldorf in ein zweifelhaftes Licht[88]. Zwar nahmen sich die etwa 26 Millio-

[83] Vgl. dagegen das ungewöhnlich freundliche Portrait von Robert Ball, Flick Goes on a Billion-Dollar Shopping Spree, in: Fortune vom 26. 2. 1979.
[84] Vgl. Was ist förderungswürdig?, in: Die Zeit vom 26. 12. 1975; Flick. Liebevolle Behandlung, in: Der Spiegel vom 19. 1. 1976.
[85] Vgl. Der Flick-Konzern wird eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, in: Die Zeit vom 25. 11. 1977; Mitbestimmung bei Flick, in: Wirtschaftswoche vom 2. 12. 1977.
[86] Vgl. Mit Schmiergeld-Charakter, in: Wirtschaftswoche vom 12. 11. 1976.
[87] Vgl. Flick. Ab nach Monte Carlo, in: Der Spiegel vom 29. 9. 1975; Was ist förderungswürdig?, in: Die Zeit vom 26. 12. 1975; Flick. Liebevolle Behandlung, in: Der Spiegel vom 19. 1. 1976.
[88] Vgl. zu den Einzelheiten von Steuerbefreiungsanträgen und Affäre die ergiebige journalistische und populärwissenschaftliche Literatur: Feyerabend, Milliarden; Hans Werner Kilz/Joa-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nen DM, die zwischen 1969 und 1980 vom Flick-Konzern an die politischen Parteien flossen, im Vergleich zur fraglichen Steuersumme bescheiden aus. Doch fügten sich diese Tatsachen trefflich in die seit Jahren geführte Diskussion um die Parteienfinanzierung ein und bestätigten die Befürchtungen intensiver Verquickungen und Abhängigkeiten zwischen Politik und Privatwirtschaft. Schon seit den späten siebziger Jahren war bekannt, dass CDU, CSU, FDP und SPD von rund 700 Unternehmen über affiliierte Organisationen, Stiftungen und Institute hohe Summen erhalten, darüber aber keinerlei Rechenschaft abgelegt und den Spendern dank der steuerlichen Absetzbarkeit erhebliche Einsparungen ermöglicht hatten[89].

Das neue Moment, das der Flick- dem Parteienskandal hinzufügte, lag in der Parallelität von Spenden und Steuerbefreiungsanträgen und dem damit einhergehenden Korruptionsverdacht begründet. Zusammen mit dem Umstand, dass die Protagonisten beider Affären vielfach identisch waren, führte dies dazu, dass beide Komplexe in der öffentlichen Wahrnehmung miteinander verschmolzen. Zwar pflegte die Flick-Konzernführung ihre Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern traditionell auch über Parteispenden. Doch just für die Jahre nach 1975 stellten die Ermittler eine erhebliche Zunahme der Geldflüsse sowie eine aufschlussreiche Umschichtung im Empfängerkreis fest: Die Zahlungen an die zuvor in geringerem Maße bedachte SPD kletterten bis 1980 auf Rekordhöhen und beliefen sich allein 1976 auf eine Million DM[90]. Dass diese Akzentverschiebung kein Zufall war – immerhin war es ein sozialdemokratischer Finanzminister, dessen Ressort gemeinsam mit dem federführenden, FDP-geleiteten Wirtschaftsministerium über die Steuerbefreiungsanträge befand – dokumentierte nichts besser als die Wortwahl in der Konzernspitze: Die Zuwendungen an die Parteien firmierten explizit als „Geleitzüge" der Anträge und wurden wiederholt an genau den Tagen übergeben, an denen man wegen der Steuerbefreiung in Bonn vorsprach[91]. Als der *Spiegel*, das unumstrittene Leitorgan bei der journalistischen Begleitung des Skandals, diese Zusammenhänge ab Anfang 1982 Stück für Stück ans Licht brachte, war die Flick-Affäre geboren. Über mehrere Jahre hinweg bot sie Stoff für publizistisches Dauerfeuer. Sie stand im Zentrum eines der am meisten beachteten parlamentarischen Untersuchungsausschüsse der Nachkriegsgeschichte sowie einer Entscheidung des

chim Preuss, Flick. Die gekaufte Republik, Reinbek 1983; Hubert Seipel, Der Mann, der Flick jagte. Die Geschichte des Steuerfahnders Klaus Förster, Hamburg 1985; Rainer Burchardt/Hans-Jürgen Schlamp (Hrsg.), Flick-Zeugen. Protokolle aus dem Untersuchungsausschuß, Reinbek 1985; Otto Schily, Politik in bar. Flick und die Verfassung unserer Republik, München 1986. Als kurze wissenschaftliche Zusammenfassungen vgl. Thomas Bartholmes, Die „Flick-Affäre" – Verlauf und Folgen, Speyer 2003, und Christine Landfried, Parteifinanzen und politische Macht. Eine vergleichende Studie zur Bundesrepublik Deutschland, zu Italien und den USA, Baden-Baden ²1994, S. 152 f. u. S. 188–207.

[89] Vgl. Parteienfinanzierung. Zwang zur Geldwäsche, in: Wirtschaftswoche vom 8. 1. 1982.

[90] Vgl. die Aufstellungen bei Landfried, Parteifinanzen, S. 152 f. u. S. 187 f., und Schily, Politik, S. 54 f. u. S. 60–66.

[91] Vgl. beispielhaft ebenda, S. 124–127, und Kilz/Preuss, Flick, S. 145–148 u. S. 152 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bundesverfassungsgerichts. Nicht zuletzt zog sie mehrere Rücktritte und schließlich auch rechtskräftige Verurteilungen hochrangiger Bundespolitiker nach sich[92].

Zusätzliche Brisanz erhielt die Affäre dadurch, dass sowohl die betroffenen Politiker als auch die Konzernmanager die öffentliche Debatte unterschätzten und aufreizend wenig Unrechtsbewusstsein zeigten. Die unverhohlenen Versuche der Parteien, die Parteispendenfrage mit einer Rundumamnestie vom Tisch zu bekommen[93], trugen ebenso zu einem empörten Echo bei wie die eklatanten Gedächtnislücken, die nicht wenige der Befragten vor dem Untersuchungsausschuss an den Tag legten[94]. Größer konnte die Distanz zu dem auch, aber nicht nur medial geführten gesellschaftlichen Diskurs über das Verhältnis von Partikularinteressen und Gemeinwohl, von Politik, Parteien und Privatwirtschaft kaum sein. Das über viele Monate hinweg nicht erlahmende Interesse an der Ausleuchtung und Aufklärung der Affäre dokumentierte, dass eine breite und gut artikulierte Gruppe der westdeutschen Öffentlichkeit eine Taktik des *back-to-business* nicht akzeptieren wollte. Darin drückte sich nicht zuletzt der demokratische Kontrollanspruch einer pluralistischen öffentlichen Meinung aus, zumal in ihren Institutionen nicht wenige, erfolgreich durchmarschierte Angehörige der „68er" Studentengeneration zu finden waren[95].

Auch der konjunkturelle Einbruch von 1980/81 und die rapide hochschnellenden Arbeitslosenzahlen trugen erheblich dazu bei, dass sich die Kritik an den westdeutschen Eliten in der Flick-Affäre bündelte. Die Experten in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft hatten seit 1973 die selbst geweckten Erwartungen an ihre Lenkungsfähigkeiten enttäuscht und keine besondere Kompetenz in der Kri-

[92] Vgl. Schily, Politik, sowie die Vernehmungsauszüge bei Burchardt/Schlamp (Hrag.), Flick-Zeugen; BVerfGE 67, 100, 17. 7. 1984, in: Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, Bd. 67, Rn. 100–193; betroffen waren insbesondere Otto Graf Lambsdorff (Bundeswirtschaftsminister), Hans Friderichs (früherer Bundeswirtschaftsminister, zum Zeitpunkt des Rücktritts Vorstandssprecher der Dresdner Bank) und Rainer Barzel (Bundestagspräsident).

[93] Vgl. Amnestiegesetz. Den Wind unterschätzt, in: Wirtschaftswoche vom 18. 5. 1984; Gunter Hofmann, Alle sitzen in der Tinte, in: Die Zeit vom 23. 11. 1984.

[94] Vgl. Burchardt/Schlamp (Hrsg.), Flick-Zeugen, S. 127–140 u. S. 200–216; Seipel, Der Mann, der Flick jagte, S. 153–159 u. S. 169–177.

[95] Vgl. grundlegend Christina von Hodenberg, Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973, Göttingen 2006. Vgl. auch die frühe Kritik bei Helge Pross, Das Bild des Unternehmers, in: Dies., Kapitalismus und Demokratie. Studien über westdeutsche Sozialstrukturen, Frankfurt a. M. 1972, S. 59 f., die westdeutschen Unternehmer hätten versäumt, sich auf die soziokulturellen Veränderungen ihrer Umwelt einzustellen. Für den Umgang mit öffentlicher und veröffentlichter Meinung konstatierte dies der Wirtschaftsjournalist Rudolf Mühlfenzl noch 1983. Vgl. Das Unternehmerbild der Deutschen, 3. Teil, in: Wirtschaftswoche vom 4. 11. 1983. Anders akzentuiert aber die Betonung des unternehmerischen Akteursstatus' in den Wandlungsprozessen seit den sechziger Jahren: Christian Kleinschmidt, Das „1968" der Manager: Fremdwahrnehmung und Selbstreflexion einer sozialen Elite in den 1960er Jahren, in: Jan-Ottmar Hesse/Christian Kleinschmidt/Karl Lauschke (Hrsg.), Kulturalismus, Neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Eine Zwischenbilanz der Unternehmensgeschichte. Essen 2002, S. 19–31; vgl. Werner Plumpe, 1968 und die deutschen Unternehmen. Zur Markierung eines Forschungsfeldes, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 49 (2004), S. 45–66.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

senbewältigung gezeigt. Als die Konjunktur 1983 wieder fühlbar anzog, waren es nur die Unternehmen, die bessere Ergebnisse meldeten, während die Not am Arbeitsmarkt nicht gelindert werden konnte. Die wachsende Kluft zwischen betriebs- und volkswirtschaftlichen Interessen – deren Deckungsgleichheit das zentrale Argument des gesellschaftlichen Führungsanspruchs der privatwirtschaftlichen Elite im Allgemeinen und der Steuerbefreiungsanträge von Flick im Besonderen bildete – war immer weniger zu übersehen[96].

Schließlich spielte auch der Koalitionswechsel in Bonn 1982 in die Flick-Affäre hinein – und zwar nicht nur dort, wo es um die offenkundigen Defizite der „geistig-moralischen Wende" ging, sondern gerade auch mit Blick auf den sozial- und wirtschaftspolitischen Kurs, den die neue Regierung steuerte. Dass die Einschnitte in die sozialstaatlichen Leistungen just von jenen forciert wurden, die finanziell und politisch eng mit den Großen der Privatwirtschaft verbunden waren, diskreditierte ihre Vorschläge und ließ sich leicht als „Abkoppelung" der Eliten von der Breite der Gesellschaft deuten[97], die Privilegierte einseitig begünstigte: „Alle sollen sparen, nur einer nicht" – in diesem Falle der Flick-Konzern[98]. Als Flicks Partner in Bonn galt vor allem Otto Graf Lambsdorff. Ein Positionspapier aus seiner Feder lieferte 1982 den Anlass zum Koalitionsbruch und das – freilich so nie umgesetzte – *passe partout* der neuen Wirtschaftspolitik. Fast zeitgleich wurde Lambsdorff zu einem der bekanntesten Gesichter der Flick-Affäre und musste einen scharfen, wenngleich nicht dauerhaften Karriereknick hinnehmen[99].

In der Flick- und Spendenaffäre artikulierte, verfestigte und verschärfte sich die desillusionierte Haltung gegenüber den Akteuren an den politischen und ökonomischen Schalthebeln, die nicht nur in linken und liberalen Kreisen verbreitet war, hier aber besonders prägnant formuliert wurde. Das Buch zum Skandal führte im Untertitel die vielzitierte Wendung von der „gekaufte[n] Republik"[100], und Hans Magnus Enzensberger fragte polemisch, „wieviel Zukunft einem Gemeinwesen noch beschieden sein kann, das von vornherein darauf verzichtet, sich einen anderen moralischen Aggregatzustand als das Püree auch nur vorzustellen"[101]. Dass diese Kritik nicht nur auf die bloßgestellten Politiker zielte, sondern auch das Unternehmerbild massiv schädigte, dokumentierten zahlreiche

[96] Vgl. Schanetzky, Ernüchterung, S. 228–238; Schröter, Teilung, in: North (Hrsg.), Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 398 f.; Rödder, Bundesrepublik, S. 86 f.; Judt, Post-War, S. 460; Wirsching, Abschied, S. 25 f.

[97] Zitat in: Landfried, Parteifinanzen, S. 234; vgl. Wirsching, Abschied, S. 29–33, S. 49–55 u. S. 68–72; Rödder, Bundesrepublik, S. 64 f.

[98] Steuern. Groteskes Ding, in: Der Spiegel vom 31. 8. 1981.

[99] Vgl. Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, 9. 9. 1982, abgedruckt in: Manfred Schell, Die Kanzlermacher, Mainz 1986, S. 27–48. Vgl. zu Anspruch und Wirklichkeit der christliberalen Wirtschaftspolitik Schanetzky, Ernüchterung, S. 253–259. Beispielhaft für die auch in der Wirtschaftspresse wachsende Kritik an Lambsdorff: Flick-Affäre. Eine fatale Wirkung, in: Wirtschaftswoche vom 6. 1. 1984.

[100] Vgl. Kilz/Preuss, Flick.

[101] Hans Magnus Enzensberger, Ein Bonner Memorandum, in: Der Spiegel vom 28. 11. 1983.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zeitgenössische demoskopische Untersuchungen. Die Reputation von Unternehmern war in rapidem Sinkflug begriffen; Konjunkturbrüche, dauerhafte Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Zunahme der Unternehmensgewinne und die Spendenskandale diskreditierten die Vertreter der Privatwirtschaft und hier besonders der Konzerne. Hatte das Allensbach-Institut 1976 noch ein überwiegend positives Unternehmerbild in der westdeutschen Bevölkerung ausgemacht[102], verschlechterte sich der Eindruck in den folgenden Jahren spürbar. Neben der wachsenden Sorge um den Umweltschutz wurden Profitstreben und Korruption mit zunehmender Schärfe diskutiert. Die Annahme, dass Unternehmer politische Entscheidungen gezielt mit Geld beeinflussten, war nach der Flick-Affäre mehrheitsfähig[103].

Damit nicht genug, konstatierte eine Allensbach-Erhebung von 1983 sinkende Zustimmungswerte zu nahezu allen positiv konnotierten Unternehmereigenschaften, während negative Urteile immer häufiger zu hören waren. So nahm die Zahl derer, die Unternehmer für rücksichtslos hielten, gegenüber 1976 von 33 auf 41 Prozent zu, die Vorwürfe der Raffgier und der Ausbeutung erreichten mit 35 respektive 34 Prozent weit mehr Zustimmung als sieben Jahre zuvor (27 bzw. 26 Prozent). Besonders eklatant verschlechterte sich die Wahrnehmung des privatwirtschaftlichen Einflusses auf die Politik: Hatten diesen 1976 nur 42 Prozent der Befragten problematisiert, so war es nun eine absolute Mehrheit mit 55 Prozent. Zwar verzeichneten die Demoskopen auch verbesserte Werte für Tugenden wie Tüchtigkeit, Fleiß und Innovationskraft, jedoch wurden diese vielfach nur auf den Eigennutzen der Unternehmen gemünzt. Zudem zeigte sich, dass insbesondere unter den jüngeren und den arbeitslosen Befragten negative Zuschreibungen überdurchschnittlichen Zuspruch erhielten, mithin generationeller Wertewandel und Krisenerfahrung zusammenspielten und das Unternehmerbild eintrübten. „Das assoziative Umfeld“, konstatierte Allensbach, „ist seit 1976 kälter geworden, von weniger Anerkennung, mehr Kritik geprägt.“[104]

Eine besondere Rolle schrieben die Demoskopen dabei dem Flick-Spenden-Skandal zu. Affären wie diese schadeten demnach dem Unternehmerbild, weil die allgemeinen negativen Konnotationen Gesicht und Namen erhielten, die

[102] Vgl. Meinungsumfrage. Lob für die Unternehmer, in: Wirtschaftswoche vom 20. 8. 1976.

[103] Vgl. Landfried, Parteifinanzen, S. 235. In einer weiteren Erhebung hielten 47 % der Befragten Schmiergelder für üblich, 55 % kritisierten Profite und Preisniveau, und 61 % kreideten ökologische Verantwortungslosigkeit an; Unternehmer-Image. Wenig Schmiergeld, viel Gewinn, in: Wirtschaftswoche vom 2. 9. 1977.

[104] Das Unternehmerbild der Deutschen, Teil 1, in: Wirtschaftswoche vom 21. 10. 1983, Wenig überraschend wich die Selbsteinschätzung des unternehmerischen Führungspersonals spürbar ab. Allerdings zeigte eine zeitnahe Untersuchung an der Universität Bamberg, dass die Wertemuster von Führungskräften großer Unternehmen nicht wenige der in der Allensbach-Umfrage ermittelten negativen Zuschreibungen bestätigten. So überwog die Einschätzung, dass das Firmenwohl dem Allgemeinwohl vorgehe; die Umgehung – allerdings nicht die Verletzung, wenngleich der Unterschied zwischen beiden unklar blieb – von Gesetzen und Steuern fand sogar höchste Zustimmung; Werte von Führungskräften. Autoritär fürs Firmenwohl, in: Wirtschaftswoche vom 22. 1. 1982.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

leicht und dauerhaft erinnert wurden[105]. Mit dieser Einschätzung standen die Meinungsforscher nicht allein. Auch viele Vertreter der Privatwirtschaft sahen im Flick-Konzern eine Belastung für den Ruf der deutschen Unternehmer. Daran, dass dem „Hause Flick" prototypische Eigenschaften für eine ganze Berufsgruppe zugesprochen wurden, konnte niemand ein Interesse haben. Prominente Industrierepräsentanten distanzierten sich deshalb von den Flickschen Methoden, um die öffentliche Diskussion auf das Exempel zu konzentrieren und weitergehende Kritik einzuhegen. Wenn mit BDI-Präsident Rolf Rodenstock eben jener Funktionär, für dessen Nachfolge Eberhard von Brauchitsch bereits designiert gewesen war, öffentlich von Flick abrückte[106], so zielte dies auch darauf ab, die Parteispenden- weiter hinter die Flick-Affäre zurücktreten zu lassen. Eine nicht minder bemerkenswerte Volte stellte ein Interview dar, das Heinrich Weiss Ende 1984 dem *Spiegel* gab. Weiss war nicht nur Chef einer der bedeutendsten deutschen Maschinenbaufirmen und Vorsitzender des CDU-Wirtschaftsrates, sondern auch ein Verwandter F. K. Flicks; sein Vater Bernhard hatte mehrere Jahre als Generalbevollmächtigter der FFKG gewirkt. Nun distanzierte sich Weiss in unzweideutiger Weise von seinem Großcousin, wobei er sich gleichzeitig um eine Ehrenrettung der westdeutschen Industrie im ganzen bemühte: Die Causa Flick hielt er für „einen singulären Fall"[107].

Angesichts so unverblümter Kritik aus den eigenen Reihen war der Konzernerbe spätestens seit 1983 weitgehend auf sich allein gestellt. Seine ohnehin nie große Reputation als Unternehmer und Stratege war durch die verheerende Spendenaffäre regelrecht demoliert, Netzwerke auf Branchen- oder Verbandsebene standen ihm kaum noch zur Verfügung. Für Politiker wäre nichts schädlicher gewesen, als Partei für Flick zu ergreifen, und auch die Konkurrenz fand wenig gute Worte, geschweige denn Rat und Unterstützung für den angeschlagenen Konzernherrn. Hinzu kam, dass F. K. Flicks Krisenmanagement nur als unglücklich bezeichnet werden konnte. Weder schien er über Mittel und Wege zu verfügen, günstige Pressestimmen zu mobilisieren, noch schloss er die eigenen Reihen, um zumindest im engeren Kreise den Sturm überstehen zu können. Statt dessen entließ er 1983 unter dem Eindruck des PR-Desasters wie auch schlechter Ertragszahlen fast aller Konzerntöchter[108] nahezu das kom-

[105] Vgl. Das Unternehmerbild der Deutschen, Teil 1, in: Wirtschaftswoche vom 21. 10. 1983. Vgl. auch die Erhebung bei Peter Imbusch/Dieter Rucht, Wirtschaftseliten und ihre gesellschaftliche Verantwortung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 4-5/2007, S. 3–10, bes. S. 7.

[106] Vgl. Der Mann, der den Rücktritt wählte, in: Die Zeit vom 5. 3. 1982; Manager und Märkte, in: Ebenda vom 12. 3. 1982; Flick – Ein Mann kauft die Republik, in: Der Spiegel vom 29. 10. 1984.

[107] „Die Kriminalisierung ist unangemessen", in: Der Spiegel vom 10. 12. 1984.

[108] In den Jahren 1980 und 1981 erwirtschafteten die wichtigsten Tochterfirmen fast durchweg Verluste, welche die Muttergesellschaft ausgleichen mußte, allein 1981 über 64 Mio. DM. Das Konzernvermögen wuchs allerdings dennoch dank der Erträge aus sonstigen Beteiligungen, Buchgewinnen aus dem US-Filter-Verkauf sowie Zinsen. Vgl. Kahlschlag bei Flick, in: Die Zeit vom 26. 11. 1982; Flick. Wohlhabender geworden, in: Wirtschaftswoche vom 16. 7. 1982; Flick. Dem Erbe droht der Ausverkauf, in: Wirtschaftswoche vom 26. 11. 1982; Flick-Konzern. Trotz Sturm gewachsen, in: Ebenda vom 12. 8. 1982.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

plette Spitzenmanagement, darunter mit Brauchitsch und Vogels zwei Gesellschafter; auch Klaus Götte, die dritte profilierte Galionsfigur, verließ daraufhin das sinkende Schiff[109].

Hinter diesen überstürzten Entscheidungen stand nicht nur die Hoffnung, sich mit der Trennung von Brauchitsch – „dem eigentlichen Mister Flick“[110] – zugleich der Verantwortung für die Spendenaffäre zu entledigen. Das Revirement dokumentierte auch die zerrütteten Verhältnisse in der Holding, in der F. K. Flick schon lange nicht mehr in der Lage war, die ambitionierten und zunehmend außerhalb des Konzerns aktiven Manager in seinem Sinne zu lenken; mehr Eigenständigkeit in der Formulierung von Unternehmenszielen gestand er ihnen jedoch auch nicht zu. Dass er mit dem Buderus-Vorstandsvorsitzenden Hans-Werner Kolb einen verdienten, aber bereits am Karriereende stehenden Manager zum neuen persönlich haftenden Gesellschafter bestellte, dem kaum der Ruf vorauseilte, für strategische oder organisatorische Innovationen zu stehen, passte dabei ins Bild[111]. Zwar flossen dem Konzern 1982/83 aus seinen Beteiligungen wieder höhere Einnahmen zu, nach Ansicht der Fachpresse zeichneten dafür jedoch nicht Kolb und F. K. Flick verantwortlich, sondern die konjunkturelle Aufhellung und die Weichenstellungen der entlassenen Managerriege[112]. Strategisch trat die FFKG nach wie vor auf der Stelle. Hinter den Zukunftsaussichten der großen Tochterunternehmen Buderus, Krauss-Maffei und Dynamit Nobel standen weithin sichtbare Fragezeichen; lediglich die Modernisierung bei der Feldmühle hatte – ebenfalls begünstigt durch eine branchenweite Besserung der Geschäftslage – zu signifikanten Erfolgen geführt[113].

Vor diesem Hintergrund konnte es nicht überraschen, dass schon frühzeitig kolportiert wurde, F. K. Flick trage sich mit Verkaufsabsichten. Seit Herbst 1982 kursierten Gerüchte, der Konzernerbe wolle sich von seinem industriellen Vermögen trennen und endgültig „Kasse machen“. Das Bild des überforderten, unter der Bürde des Erbes leidenden, führungsschwachen Lebemannes war spätestens jetzt ubiquitär[114]. Zwar bestritt Flick noch Anfang 1985 solche Pläne vehe-

[109] Vgl. Flick krempelt Management um, in: Der Spiegel vom 15. 3. 1982; Geschirr zerschlagen, in: Die Zeit vom 26. 11. 1982; Flick. Dem Erbe droht der Ausverkauf, in: Wirtschaftswoche vom 26. 11. 1982; Hanns Arnt Vogels. Mut zu schweren Aufgaben, in: Wirtschaftswoche vom 28. 1. 1983.

[110] New Look für Flick, in: Die Zeit vom 29. 10. 1976.

[111] Vgl. Kolb/Wössner. Männer aus der zweiten Reihe, in: Wirtschaftswoche vom 14. 1. 1983.

[112] Vgl. US sale helps German group, in: The Times vom 14. 7. 1982; Flick-Konzern. Trotz Sturm gewachsen, in: Wirtschaftswoche vom 12. 8. 1982.

[113] Vgl. ebenda; Krauss-Maffei. Sorgen nach 1987, in: Wirtschaftswoche vom 17. 2. 1984; Herman Bößenecker, Freier für die Tochter, in: Die Zeit vom 6. 1. 1984; Papierindustrie. Qualität zahlt sich aus, in: Wirtschaftswoche vom 30. 7. 1982; Papierindustrie. Rekord nach der Flaute, in: Wirtschaftswoche vom 23. 3. 1984.

[114] Vgl. Muß Flick 450 Millionen nachzahlen?, in: Der Spiegel vom 22. 11. 1982; Flick. Dem Erbe droht der Ausverkauf, in: Wirtschaftswoche vom 26. 11. 1982; Flick. Starker Freund, in: Der Spiegel vom 21. 3. 1983; Flick-Affäre. Eine fatale Wirkung, in: Wirtschaftswoche vom 6. 1. 1984; Flick – Ein Mann kauft die Republik, in: Der Spiegel vom 29. 10. 1984.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ment: Einen „Winterschlußverkauf“ werde es mit ihm nicht geben[115]. Gleichwohl blieben aufmerksamen Beobachtern die erbrechtlichen Motive nicht verborgen, die für einen Verkauf sprachen. Flick sen. hatte vor seinem Tode eine Reihe von Stiftungen gegründet, um die Stimmengewichte innerhalb der Familie auszutarieren und in den Genuss günstiger Steuersätze zu gelangen. Der erstere Grund war schon 1975 obsolet geworden, der zweite drohte sich ein Jahrzehnt später ins Gegenteil zu verkehren. Die 1974 eingeführte Erbersatzsteuer simulierte nämlich für Familienstiftungen alle 30 Jahre den Erbfall und veranschlagte einen Abgabensatz von 35 Prozent, der turnusmäßig 1988 und 1990 fällig werden sollte. Als eine von den ebenfalls betroffenen Klöckner-Erben eingereichte Klage in Karlsruhe scheiterte, löste F. K. Flick zwei der drei Stiftungen auf und übernahm die Kommanditanteile persönlich. Gegen die daraus resultierende Steuererhebung von bis zu 50 Prozent des Vermögenswertes klagte der Konzernherr mit aufschiebender Wirkung, allerdings mit bescheidenen Erfolgsaussichten. Die einzige Chance Flicks bestand darin, die aus dem Rechtsaufschub resultierende zeitliche Frist zu nutzen, um beim Fiskus alle legalen Optionen auszuloten, die Steuerlast zu reduzieren. Doch gerade hierbei erwies sich die Spendenaffäre als schwerwiegende Hypothek. Angesichts anhaltender staatsanwaltlicher und parlamentarischer Ermittlungen sowie des ungebrochenen Medieninteresses war es nahezu ausgeschlossen, dass sich in Bonn oder in den nordrhein-westfälischen Behörden jemand bereitfinden würde, über Steuererleichterungen für Flick zu verhandeln[116].

In der Konsequenz bedeutete dies, dass Flick in absehbarer Zeit hohe liquide Mittel benötigen würde, zumal zur gleichen Zeit die Daimler-Anträge erneut überprüft wurden und Nachforderungen in dreistelliger Millionenhöhe drohten[117]. Damit war das Motivbündel vollständig: Die unbewältigte Führungskrise und die fehlenden Anlagekonzepte, der fatale Reputationsverlust und die Isolation in politischen wie unternehmerischen Kreisen – dies alles führte mit den jetzt drohenden Steuerzahlungen zu der Entscheidung, einen Schlussstrich zu ziehen. Zehn Jahre nach dem Daimler-Verkauf war es erneut die Deutsche Bank, die den Handel mit Flick perfekt machte. 1985 trat F. K. Flick seinen gesamten Beteiligungsbesitz – mit Ausnahme jener Aktienpakete, für die Vorkaufsrechte bestanden wie bei Gerling und Grace – an das Bankhaus ab, dem nun die bis dato größte Börsenplazierung der westdeutschen Geschichte oblag. Allein das zehnprozentige Daimler-Restpaket wurde mit einem Wert von 3,8 Milliarden DM beziffert, die Anteile von Buderus, Feldmühle und Dynamit Nobel beliefen sich auf eine Summe von rund zwei Milliarden DM. Das Flick-Geschäft erhöhte das Betriebsergebnis der Deutschen Bank um volle 28 Prozent gegenüber dem Vor-

[115] So etwa im Stern-Interview vom Januar 1985, abgedruckt in: Seipel, Der Mann, der Flick jagte, S. 183 f.

[116] Vgl. Familienstiftungen. Alle 30 Jahre zur Kasse, in: Wirtschaftswoche vom 15. 4. 1983; Flick. Angst vorm Fiskus, in: Ebenda vom 20. 1. 1984; Katharina Otzen, Flick-Konzern. Probleme programmiert, in: Ebenda vom 16. 11. 1984.

[117] Vgl. Muß Flick 450 Millionen nachzahlen?, in: Der Spiegel vom 22. 11. 1982.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

jahr[118], wie den Geschäftsberichten des Kreditinstituts für die Jahre 1985/86 zu entnehmen war. Zugleich endeten damit sieben Jahrzehnte Konzerngeschichte. Im engeren Sinne unternehmerisch trat F. K. Flick fortan nicht mehr auf, er lebte als Privatier von den Zinsen seines Milliardenvermögens. Das Resümee des *Spiegel* mochte hämisch klingen, unzutreffend schien es dennoch nicht: „Die Deutsche Bank erlöst[e] Friedrich Karl Flick von seinem Erbe."[119]

VI. Schluss

Der reibungslosen Abwicklung des Flick-Konzerns[120] waren zwei Jahrzehnte der Stagnation, des Abstieges und der Desintegration vorausgegangen. Ihr Ausgangspunkt überschnitt sich keineswegs zufällig mit dem Anfang vom Ende des Booms. Mit der 1966/67 ausklingenden Sonderkonjunktur war auch die Phase selbstverständlicher stabiler Erträge vorbei, die zum Erfolg des Konzerns entscheidend beigetragen hatte. Nach zwei Jahrzehnten unbeschwerten Wachstums zeigte sich nun, dass es der Flick-Konzern wie viele andere Industrieunternehmen versäumt hatte, beizeiten in die Modernisierung seiner Produktionsbetriebe zu investieren und das Portfolio neu zu gliedern. Der Konjunktureinbruch von 1974/75 verursachte daher nicht die Krise, er legte lediglich die Unterlassungssünden schonungslos offen. Formen und Folgen des Strukturwandels waren buchstäblich hausgemacht. In der deutschen Industrielandschaft wurden die Dynamiken von Tertiarisierungsprozessen, volatileren Nachfragen und technologischem Fortschritt nur unvollständig erkannt und ihre Konsequenzen für das überkommene Produktionsregime und Anlagestrategien, die auf klassische Industriezweige setzten, lange unterschätzt. Es waren die in den sechziger Jahren versäumten Weichenstellungen, welche die siebziger Jahre als transformatorische, krisenhafte Dekade erscheinen ließen. Der Fall Flicks war dafür durchaus beispielhaft: Die Herausforderungen, vor denen die Konzernspitze stand, gingen unmittelbar auf die Präferenz für industrialistische Beteiligungsstrategien, vertikale Konzernstrukturen und familiale Leitung zurück. Zwischen 1965 und 1975 – dem verlorenen Jahrzehnt – war die Frage der unzulänglichen, aus der Eigentumsstruktur resultierenden Konzernfinanzierung ungelöst geblieben, Richtungsentscheidungen waren versäumt und sinkende Ertragszahlen bloß registriert, aber kaum zum Anlass für tiefgreifende Investitionsentscheidungen genommen worden.

---

[118] Vgl. Deutsche Bank AG, Geschäftsberichte 1985, S. 53 f., u. 1986, S. 39 u. S. 53; Grace nutzt sein Vorkaufsrecht, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 12. 1985. Deutsche Bank/Flick. Das Milliardenspiel, in: Wirtschaftswoche vom 13. 12. 1985; Büschgen, Deutsche Bank, in: Gall/Feldmann/James u. a. (Hrsg.), Deutsche Bank, S. 658 f. u. S. 758 f.

[119] Zitat in: Flick. Ende eines Imperiums, in: Der Spiegel vom 9. 12. 1985; vgl. Interview Friedrich Karl Flick, in: manager magazin vom 1. 8. 1998. Zu den spekulativen Coups der Flick-Enkel im Nachgang der Konzernauflösung vgl. „Natürlich geht es auch ums Geldverdienen", in: Der Spiegel vom 29. 5. 1989.

[120] Lediglich die Linie Otto-Ernst Flicks protestierte mit gewissem Erfolg; die beiden Neffen handelten schließlich noch eine Nachzahlung auf die seinerzeitige Abfindung heraus; vgl. Der Fall der Familie Flick, in: manager magazin vom 1. 3. 1988.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf diese Probleme reagierte das Flick-Management, geblendet durch die lange beeindruckenden Liquiditätszahlen, spät; danach durchlief es einen langsamen, schmerzhaften und unvollständigen Lern- und Anpassungsprozess. Seit 1975 wurden gerade noch rechtzeitig weite Teile des verbliebenen Montanbesitzes abgestoßen, dessen Ausweitung im Jahrzehnt zuvor bereits ein strategischer Anachronismus gewesen war. Zum Dreh- und Angelpunkt, um die strukturellen Defizite des Unternehmensverbundes zu beheben und den Konzern wieder in die Offensive zu bringen, wurde jedoch der Verkauf von Daimler-Benz, der das verlorene Jahrzehnt mit der folgenden Dekade des Niederganges wie ein Scharnier verband. Die Daimler-Transaktion war als Urknall für den Konzernumbau gedacht, doch sie wurde zur Urkatastrophe für das „Haus Flick". Zwar schuf die jetzt mögliche Auszahlung der Neffen Klarheit über die Verfügungsrechte im Konzern. Die wichtigere Frage der unternehmerischen Konzeption blieb indes unbeantwortet: Was für eine Art von Konzern das Flicksche Beteiligungsimperium künftig sein wollte, wie und wo das Geld verdient werden sollte, welcher Zentralisierungsgrad angestrebt wurde – über all dies gaben die folgenden Investitionen keinen Aufschluss. Mit der Entscheidung, in Gelegenheitskäufe, sichere Geldanlagen sowie in Objekte zu investierten, die sich in den Mainstream zeitgenössischer Diversifizierungsstrategien fügten, bestätigte die Flick-Führung die verbreitete Kritik an jenen Managern, die „weniger Pioniere als Plagiatoren" waren[121]. Zur Jahreswende 1978 war die Ernüchterung dementsprechend groß. Aus einem der bedeutendsten bundesdeutschen Konzerne war eine voluminöse, inkohärente, an Einfluss ärmere Ansammlung von Beteiligungen geworden.

Den zweiten roten Faden, der vom Daimler-Deal 1975 zur Auflösung 1985 führte, bildeten die Steuerbefreiungen. Die Konzernführung setzte sich durch die damit verbundenen Fristen für Reinvestitionen nicht nur selbst unter erheblichen Zeitdruck, mit den fest einkalkulierten Abgabenbefreiungen stand und fiel der komplette Verkauf. Entsprechend massiv gestaltete sich die Lobbyarbeit bei den Bonner Behörden und Parteien. Der Firmentradition folgend, in Krisenfällen fiskalische Unterstützung zu mobilisieren, baute das Flick-Management in hohem Maße auf die Kooperation mit Bonn – und verschätzte sich damit eklatant. In der FFKG verkannte man vollkommen, welch verheerenden Eindruck das beispiellose Ausmaß der Vergünstigungen in der Öffentlichkeit hinterlassen musste, die von der Wirtschaftskrise und der Parteispendenaffäre in Atem gehalten wurde. Nach den Enthüllungen der Flick-Affäre befand sich die Konzernspitze unvermittelt im Zentrum einer scharfen Debatte über das Verhältnis von Parteipolitik und Privatwirtschaft – vielleicht sogar über demokratische Kultur als solche. F. K. Flick stand dabei bald allein: Über stabilisierende Netzwerke verfügte der wenig angesehene Konzernherr kaum, zumal er sich zuvor erst von seinen Neffen und dann von seinen Spitzenmanagern getrennt hatte. Schon Anfang 1983 erschien die Holding daher faktisch führungslos und nicht in der Lage, ihre Funktion als strategische Leitstelle auszufüllen. Den erheblichen Mühen, die

[121] Konzerne. Rudern in leckem Boot, in: Wirtschaftswoche vom 2. 9. 1983.

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

es gekostet hätte, den Konzern wieder zu einer handlungsfähigen Einheit zu formen, wollte sich Flick – unter dem Druck, rasch hohe liquide Mittel aufbringen zu müssen – schließlich nicht mehr unterziehen und schritt zum Verkauf.

Gleichwohl wäre es zu einfach, die Verantwortung allein dem „lebenslangen Unternehmer-Dilettanten“[122] F. K. Flick zuzuschreiben. Für die Kopflosigkeit vor und nach dem Daimler-Verkauf zeichneten die noch von seinem Vater übernommenen Berater ebenso verantwortlich wie die jüngere Gesellschaftergeneration. Gerade der Anteil Brauchitschs am Niedergang des Konzerns ist angesichts seiner in der Spendenaffäre zutage getretenen Ambitionen, in der Bonner Parteienlandschaft kräftig mitzumischen, nicht gering zu veranschlagen[123]. Und nicht zuletzt war es der Gründer selbst, der über seinen Tod hinaus ganz entscheidend zu dem Problemgemenge beigetragen hat: Die Präferenzen von Flick sen. für ein in klassischen Industrien aufgestelltes Beteiligungsimperium, der autoritäre, auf seine Person zugeschnittene Führungsstil der Konzernspitze und die begrenzte Einsicht in die Unwägbarkeiten der familiären Erbfolge lasteten schwer auf seinen Nachfolgern.

Das Ende des Konzerns schien somit all jene zu bestätigen, die – an Alfred D. Chandler geschult – bereits das Ende der „Firmendynastien“ und den endgültigen Übergang ins Managerzeitalter ausgerufen hatten[124]. In der Gegenüberstellung von Familien- und Managerstruktur und im Verweis auf den „Buddenbrook-Effekt“ des untauglichen Erben wird jedoch übersehen, dass das Scheitern auch, aber keineswegs ausschließlich aus der familialen Organisation zu erklären war. Zwar spielte das spezifische Erbe Friedrich Flicks, namentlich die zweifelhafte Reputation und die Neigung, sich politischer Ressourcen zu bedienen, maßgeblich in den Skandal hinein, welcher der Abwicklung voranging. Die Gründe, aus denen sich die Konzernführung überhaupt in die Affäre manövriert hatte, waren jedoch in erster Linie strategischer Natur und keineswegs singulär. Die unbewältigten unternehmerischen Herausforderungen begründeten die Zwangslage des Konzerns, deren Symptome ihrerseits die Krisendiagnose der siebziger und frühen achtziger Jahre bestätigten: Wettbewerbsprobleme aufgrund von Modernisierungsrückstand und geringer internationaler Ausrichtung, Gewinnrückgang und Massenentlassungen, Ausverkauf ins Ausland und Auflösung. Der Niedergang war indes nicht alternativlos. Namhaften Vertretern der alten Industrien wie Mannesmann gelang der Übergang in neue Technologien und Geschäftsfelder[125]. Die Haniel-Familie erkannte Mitte der sechziger Jahre, dass die Montanindustrie Investitionen erforderte, die ihre Möglichkeiten überstiegen, zugleich aber ver-

[122] Flick. Ende eines Imperiums, in: Der Spiegel vom 9. 12. 1985.

[123] Vgl. Ein Manager im Zwielicht, in: Die Zeit vom 10. 12. 1982. Gleichwohl erscheint die seinerzeit geäußerte Einschätzung Golo Manns, Brauchitsch habe mehr oder weniger in Unkenntnis des Eigentümers „Flicks Geld zum Fenster hinausgeschmissen“, überpointiert; „Brauchitsch hat Flicks Geld rausgeschmissen“, in: Der Spiegel vom 3. 12. 1984.

[124] Vgl. Deutsche Firmendynastien. Ende der Großfamilien, in: Wirtschaftswoche vom 20. 12. 1985; Flick. Ende eines Imperiums, in: Der Spiegel vom 9. 12. 1985.

[125] Vgl. dazu Horst A. Wessel, Kontinuität im Wandel. 100 Jahre Mannesmann 1890–1990, Düsseldorf 1990, S. 381–401 u. S. 446–499.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gleichsweise geringe Erträge einbrachten. Die Trennung unter anderem von Rheinpreußen und Gutehoffnungshütte nach 1965 ebnete den Weg in den Einzelhandelskonzern Metro. Zudem wurde, ähnlich wie bei den Häusern Quandt oder Henkel, die familiale *Eigentums*struktur erfolgreich bewahrt[126].

Ein Einzelfall war Flick aber keineswegs, wie die ähnlich gravierenden Transformationsprobleme bei Krupp, Klöckner und Otto Wolff zwischen den sechziger und achtziger Jahren dokumentieren[127]. Wie repräsentativ diese Fälle waren – und für welche Problemlagen –, werden erst weitere Firmen-, Branchen- und Verbandsstudien zeigen, die auch Aufschluss darüber geben können, wann und wie technologische, ökonomische und gesellschaftliche Wandlungen wahrgenommen sowie ob Konsequenzen gezogen wurden – und welche gesamtwirtschaftlichen Folgen sie zeitigten. Entscheidend scheint, wie schnell, wie grundsätzlich und wie innovativ die Lernprozesse innerhalb der Führungsetagen erfolgten und nicht zuletzt, welche Unternehmenskulturen sie prägten. Hier erwies sich das Flick-Konzernmanagement erst als wenig kreativ und zögerlich, dann einer verhängnisvollen Pfadabhängigkeit verhaftet. Wenn die eigenen (finanziellen) Alternativen ausgeschöpft schienen, setzte man auf politische Rückendeckung. Allerdings verschärfte in diesem Fall politisch instinktloses Verhalten das vorausgegangene unternehmerische Versagen und beschleunigte eine keineswegs unvermeidliche Abwärtsspirale. Dass die historisch erprobten Methoden der Firmensanierung bei F. K. Flick und seinem Stab fehlschlugen, mochte auch in mangelnder Fortune begründet liegen. Wichtiger aber war, dass die späte Einsicht in den ökonomischen Strukturwandel mit dem fehlenden Verständnis für gesellschaftliche Veränderungen korrespondierte. An der Schwelle zur Ära nach dem Boom erwies sich der Flick-Konzern in mehr als nur einer Hinsicht als von gestern. Immerhin aber waren mit dem Verkauf die schwierigen siebziger Jahre zumindest für das Unternehmen und seine Führung an ihrem Ende angelangt. Die Wandlungsprozesse hingegen, welche das industrialistische Produktionsregime und die internationalen Marktbeziehungen, die Arbeitsgesellschaft und die wohlfahrtstaatliche Verfasstheit der westlichen Staaten kennzeichneten, hielten an – mit offenem Ende.

[126] Vgl. Harold James, Familienunternehmen in Europa. Haniel, Wendel und Falck, München 2005, S. 264–266 u. S. 270–277; Wilfried Feldenkirchen/Susanne Hilger, Menschen und Märkte. 125 Jahre Henkel KGaA, Düsseldorf 2001.

[127] Vgl. Lothar Gall, Von der Entlassung Alfried Krupp von Bohlen und Halbachs bis zur Errichtung seiner Stiftung 1951 bis 1967/68, in: Ders. (Hrsg.), Krupp im 20. Jahrhundert. Die Geschichte des Unternehmens vom Ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung, Berlin 2002, S. 473–589, hier S. 558–576; 100 Jahre Klöckner & Co. Milestones 1906–2006, hrsg. von der Klöckner & Co AG, Duisburg 2006, S. 67–75; Volker Ackermann, Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und die Entwicklung im Konzern, in: Peter Danylow/Ulrich Soénius (Hrsg.), Otto Wolff. Ein Unternehmen zwischen Wirtschaft und Politik, München 2005, S. 297–383, hier S. 340–383.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Hugh Trevor-Roper hat Wissenschaftsgeschichte geschrieben. Sein Buch „Hitlers letzte Tage“ wurde ein Best- und Longseller, der noch heute die Leser zu packen vermag. Ted Harrison zeichnet die verwickelte Entstehungsgeschichte nach, er schildert die Probleme vor der Veröffentlichung und der deutschen Übersetzung, und er analysiert die heftigen Debatten, die das „Meisterwerk“ auslöste.

Edward D. R. Harrison

Hugh Trevor-Roper und „Hitlers letzte Tage“

Vor mehr als sechzig Jahren ist Hugh Trevor-Ropers Untersuchung der letzten Tage Hitlers erstmals publiziert worden[1]. Sowohl in der Öffentlichkeit wie in Fachkreisen war ihr ein ungewöhnlicher Erfolg beschieden. Lewis Namier, der damals herausragendste Historiker Großbritanniens, schrieb an Trevor-Roper, er habe das „Buch mit größtem Interesse und mit Bewunderung gelesen. Sie haben wahrlich exzellente Arbeit geleistet und gründlichste Gelehrsamkeit mit Leichtigkeit des Anschlags und brillantem Stil vereint, die also, wie ich zu meiner Freude sehe, in Oxford noch nicht ausgestorben sind.“ Der Oxforder Historiker A. J. P. Taylor sah in „Hitlers letzte Tage“ ein „unvergleichliches Buch, das bei weitem beste, das zu irgendeinem Aspekt des zweiten Deutschen Krieges geschrieben worden ist: ein Buch, ausgezeichnet durch untadelige Wissenschaftlichkeit und glänzende Darstellung […]. Kein Wort des Lobes ist zu stark.“

„Hitlers letzte Tage“ sind ein Standardwerk geworden. Noch in der besten der jüngsten Schilderungen von Hitlers Ende preist der Verfasser, Joachim Fest, Trevor-Ropers „souveränen Überblick […], seine Urteilssicherheit und seinen glanzvollen Stil“. Solch unmittelbare Wirkung und solch anhaltende Bedeutung einer historischen Untersuchung liefern der hier vorgelegten Studie eine ausreichende Rechtfertigung. Wie kam Trevor-Roper dazu, „Hitlers letzte Tage“ zu schreiben? Was waren seine Forschungsmethoden und wie nützte er sein Material? Welche zeitgenössischen Reaktionen auf das Buch sind zu verzeichnen und in welchem Maße hat Trevor-Ropers Analyse des nationalsozialistischen Regimes der Zeit standgehalten? Diese Fragen können jetzt beantwortet werden, und zwar durch die Ausschöpfung nicht nur der öffentlich zugänglichen Quellen, sondern erstmals auch des persönlichen Archivs Trevor-Ropers, eines bemerkenswert umfänglichen und sorgsam gepflegten Schatzes[2].

[1] Vgl. Hugh Trevor-Roper, The last Days of Hitler, London 1947.

[2] Christ Church Oxford, Dacre Papers (künftig: DP), 729, L. B. Namier an H. R. Trevor-Roper, 28. 4. 1947. Das Zitat von A. J. P. Taylor stammt vom Umschlag der 4. Auflage, London 1971. Vgl. auch Joachim Fest, Der Untergang. Hitler und das Ende des Dritten Reiches. Eine historische Skizze, Berlin 2002, S. 200. 1979 ist Hugh Trevor-Roper zum Peer erhoben worden als Baron Dacre of Glanton. Die Erlaubnis, die Dacre Papers zu benutzen, ist freundlicherweise von Professor Blair Worden erteilt worden, Lord Dacres literarischem Nachlassverwalter, der

VfZ 1/2009 © Oldenbourg 2009 DOI 10.1524/vfzg.2009.0032

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Trevor-Roper erwarb sich Ruhm als Historiker, doch begann er seine Karriere in Oxford mit dem Studium der klassischen Philologie. Da er die Arbeiten des Philologen Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff in deutscher Sprache lesen wollte, ging er im März 1935 nach Freiburg, um sein Deutsch zu verbessern. Später erinnerte er sich daran, dass der Sohn seiner Hauswirtin Anhänger Hitlers war: „Ich wurde zum Zeugen von Umzügen und Aufmärschen gemacht, von flatternden Hakenkreuzfahnen und Ansprachen von Parteigrößen. Ich fand dieses aufreizende Gerede widerlich, widerlich auch die elende Anpassung der Deutschen." Als er nach Oxford zurückkam, zog er die nüchterne Bilanz, dass sich sein Aufenthalt in Deutschland nicht gelohnt habe. Zwar beherrschte er nun die deutsche Sprache und konnte Wilamowitz lesen, doch brachte ihn die Lektüre zu dem Schluss, dass der große Gelehrte ein törichter Geselle sei; die ganze Anstrengung war also umsonst gewesen[3].

Erst das Münchner Abkommen vom September 1938 lenkte Trevor-Ropers Aufmerksamkeit wieder auf Deutschland. Vor allem beeindruckte ihn der Scharfblick des britischen Historikers Sir Robert Ensor, der 1935 vorhergesagt hatte, Hitler werde im Frühjahr 1938 Österreich annektieren und im Herbst des gleichen Jahres entweder einen europäischen Krieg provozieren oder ein Europa, das einen Krieg wegen der Tschechoslowakei vermeiden wolle, zur Kapitulation zwingen. So studierte Trevor-Roper nun Ensors Schriften über Hitler und den Nationalsozialismus. Da Ensor betonte, dass es zum Verständnis der internationalen Entwicklung unerlässlich sei, Hitlers „Mein Kampf" zu lesen, nahm sich Trevor-Roper die deutsche Fassung des Buches vor und kam zu dem Ergebnis, Hitler sei ein Mann mit Ideen und Zielen. Später, während des Zweiten Weltkriegs, sollte Trevor-Ropers Kenntnis der deutschen Sprache die Grundlage einer bemerkenswerten Karriere im britischen Nachrichtendienst werden. Im Herbst 1939 trat er in den „Radio Security Service" ein und brach Anfang 1940 einen Geheimcode, den der deutsche Nachrichtendienst benutzte. Dieser Erfolg ebnete den professionellen britischen Codebrechern den Weg, die danach eine beachtliche Menge von Mitteilungen der deutschen Abwehr entschlüsseln konnten[4].

1941 kam Trevor-Roper zum britischen Secret Intelligence Service (SIS, auch als MI6 bekannt) und wurde zu dessen führendem Experten für den deutschen geheimen Funkverkehr. Bereits im SIS begann ihn Hitlers Hof zu faszinieren. Er las die Mitschriften von Unterhaltungen zwischen zwei in Nordafrika gefangen genommenen deutschen Generälen, Ludwig Crüwell und Wilhelm Ritter von Thoma, die sich ganz ungeniert äußerten, da sie nicht wussten, dass ihre Gespräche abgehört wurden. Trevor-Roper notierte privat: „Selbst die Politiker sind vor

auch wertvollste Hinweise zum Kontext der Dokumente gab. Ferner möchte ich Judith Curthoys, Richard Davenport-Hines, Roy Hughes, Elizabeth James, Jeremy Noakes, Alysoun Saunders, Adam Sisman und Nathan Winter danken.

[3] DP, 384.

[4] Vgl. Recherchen der ersten Stunde. Hugh Trevor-Roper über ‚Hitlers letzte Tage', in: Henning Ritter (Hrsg.), Werkbesichtigung Geisteswissenschaften. Fünfundzwanzig Bücher von ihren Autoren gelesen, Frankfurt a. M. 1990, S. 45; ders., Hitlers Kriegsziele, in: VfZ 8 (1960), S. 124.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Thomas erbarmungsloser Zunge nicht sicher. – Heß […] ißt nur Gemüse, das bei Vollmond angebaut worden war; Hitler […] kann nachts nicht mehr schlafen und hat ständig heftiger werdende Wutanfälle, – in München nennen sie ihn Teppichbeißer […]. Thoma fährt fort, es ist wirklich wahr, er liegt auf dem Boden und schnappt um sich wie ein toller Hund […]. Am schönsten ist aber Thomas Porträt Görings. […] Er sei vollständig in weiße Seide gekleidet gewesen – ein weißes Hemd, wie es die Dogen zu tragen pflegten, mit großen Puffärmeln […]. Auf seinem Kopf trug er das Geweih eines Hubertus-Hirschen mit einem Hakenkreuz aus schimmernden Perlen zwischen den Enden.“ Während seines Studiums der klassischen Philologie hatte Trevor-Roper natürlich Tacitus’ Schilderung des Luxus und der Grausamkeit am römischen Kaiserhof gelesen. Der groteske, barbarische Hof der Nationalsozialisten schrie förmlich nach einem neuen Tacitus[5].

Ab 1943 leitete Trevor-Roper eine Sektion im SIS, in der die Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht und der Sicherheitsdienst der SS analysiert, ferner die Rivalitäten zwischen diesen beiden Organisationen beleuchtet wurden. Er untersuchte aber nicht nur das Kompetenzgerangel im nationalsozialistischen Deutschland, sondern machte sich auch ein Bild von Admiral Wilhelm Canaris, dem Chef der Abwehr, und von Heinrich Himmler, dem Reichsführer SS, zu dessen Imperium der SD gehörte[6].

Das Rätsel um Hitlers Tod

Warum konzentrierte sich Trevor-Roper bei seiner größeren Studie über das Dritte Reich vornehmlich auf den Todeskampf des NS-Regimes und auf die letzten Tage Hitlers? In diese Richtung wurde sein Interesse am nationalsozialistischen Deutschland durch die politischen Gegebenheiten des Kalten Krieges gelenkt. Das Chaos und die Zerstörung, die den Fall Berlins begleiteten, ließen die Umstände von Hitlers Tod mysteriös erscheinen. Ungewissheit aber konnte die deutsche Bevölkerung nur irritieren und von der Aufgabe des Wiederaufbaus ablenken. Es war politisch notwendig, die Rätsel um Hitlers Ende zu lösen. Brigadegeneral Dick White, Leiter der Abwehr-Stelle in der britischen Besatzungszone, hat sich später daran erinnert, dass „mir das damals im Hinblick auf die allgemeine Sicherheit und Stabilität der Besatzungszonen wichtig schien. […] Das Schicksal Hitlers zu untersuchen, war allein meine Idee. Ich erklärte die Sache [Feldmarschall] Montgomery [Oberbefehlshaber der britischen Besatzungstruppen in Deutschland], der vorschlug, ich solle mit einer persönlichen Vorsprache bei den Russen beginnen, und sogleich [Marschall] Schukow davon verständigte. Ich kam nach Berlin […] und wurde […] von einem russischen General zum Lunch eingeladen – eine muntere, geräuschvolle und recht feuchtfröhliche Angelegenheit. Er versicherte mir, Hitler und Goebbels hätten in der Reichskanz-

[5] DP, 879, S. 167–175.

[6] Vgl. E. D. R. Harrison, British Radio Security and Intelligence, 1949–43, in: The English Historical Review (erscheint demnächst).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lei Selbstmord begangen, und ihre Leichen seien verbrannt worden. Als Beweis wies er Hitlers identifizierte falsche Zähne vor."[7]

Während aber dieser sowjetische General seinen britischen Gast beruhigte, hielt es Stalin für richtig, die Wasser zu trüben. Am 1. Mai 1945 war er von Hitlers Tod unterrichtet worden, und am 5. Mai hatten Offiziere von der sowjetischen militärischen Abwehr Hitlers Leiche ausgegraben. Wenige Tage danach bestätigten Fritz Echtmann, der Hitlers Gebiss angefertigt hatte, und die Zahntechnikerin Käthe Heusermann, die während der Behandlung anwesend war, dass es sich bei der Leiche tatsächlich um Hitler handelte. Am 31. Mai wurde Lawrenti Beria von dem zahnärztlichen Befund unterrichtet, und Beria gab den Befehl, Stalin zu informieren[8]. Der sowjetische Diktator aber überging das Beweismaterial, da die Behauptung von einem noch nicht toten Hitler, den der Westen versteckt hielt, propagandistisch verwertbar sein konnte. Am 6. Juni 1945 teilte Stalin Präsident Trumans Sondergesandten Harry Hopkins mit, er sei „überzeugt", dass „Hitler noch lebt"[9]. Am 9. Juni wurde Marschall Schukow, der sowjetische Befehlshaber in Deutschland, auf einer Pressekonferenz gefragt, was mit Hitler geschehen sei. Der Marschall erwiderte: „Wir haben noch keine Leiche gefunden, die als die Hitlers identifiziert werden konnte."[10] Der Kommandant des sowjetischen Sektors von Berlin setzte hinzu, Hitler hätte Berlin im letzten Augenblick mit einem Flugzeug verlassen können, nach seiner Meinung sei Hitler irgendwo untergetaucht, möglicherweise im Spanien Francos. Dann gab die sowjetische Nachrichtenagentur TASS bekannt, Hitler sei in Dublin gesehen worden. Obwohl raffiniert mit Frauenkleidern maskiert, habe er sich gleichwohl durch sein Oberlippenbärtchen verraten. Außerdem warfen die Russen den Briten vor, Eva Braun und Hitler in ihrer Besatzungszone zu verstecken. Die letzte Behauptung machte es naturgemäß erst recht notwendig, dass der britische Nachrichtendienst alle erreichbaren Informationen über Hitlers Schicksal zusammentrug und die Wahrheit feststellte[11].

---

[7] DP, 720, White an Lord Dacre, Juni 1958.

[8] Vgl. Henrik Eberle/Matthias Uhl (Hrsg.), Das Buch Hitler. Geheimdossier des NKWD für Josef W. Stalin, zusammengestellt aufgrund der Verhörprotokolle des Persönlichen Adjutanten Hitlers, Otto Günsche, und des Kammerdieners Heinz Linge, Moskau 1948/94, Bergisch Gladbach 2005, S. 467; V. K. Vinogradov/J. F. Pogonyi/N. V. Teprzow, Hitler's Death. Russia's Last Great Secret from the Files of the KGB, London 2005, S. 108 f.; dieses Buch stützt sich auf Dokumente, die vom Russischen Föderalen Sicherheitsdienst (FSB) stammen, darunter Befragungen von Insassen des Bunkers, die in sowjetische Hand gefallen waren. Diese Befragungen sind informativ und scheinen auch authentisch zu sein, wenngleich Hans Rattenhubers Aussage, die Verteidigungsanlagen von Hitlers Berliner Hauptquartier seien „den Befestigungen der Berliner Mauer gleichgekommen", nicht gerade Vertrauen einflößt, in: Ebenda, S. 186. Vgl. auch Ada Petrova/Peter Watson, The Death of Hitler. The Full Story with New Evidence from Secret Russion Archives, New York 1995, S. 57.

[9] Hugh R. Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, Frankfurt a. M. 1965, S. 30 (Zitat); vgl. Anthony Beevor, Berlin. The Downfall, London 2003, S. 399.

[10] DP, 729, Auszug aus Evening Standard vom 9. 6. 1945, beruhend auf einer Meldung von Reuters.

[11] Vgl. Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, S. 6; DP, 720, 12 A. G. Interrogation Report of Friedrich Olmes, 19. 5. 1945; DP, 729, „Public Statements by the Russians on Hitler's Death"; DP,

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Auftrag

Aber wen sollte Dick White mit der Untersuchung betrauen? Er hielt Trevor-Roper für den hervorragendsten Deutschland-Experten im britischen Nachrichtendienst. Im März 1943 notierte White: „Ich kenne keinen einzigen Offizier, ob in MI5 [dem britischen Sicherheitsdienst], ob in MI6, der eine so umfassende Kenntnis der Organisation der deutschen Abwehr besitzt, besonders ihrer Kommunikationsformen, wie Hauptm. Trevor-Roper.“ Dieser erinnerte sich später an die Gelegenheit im September 1945, als White bei ihm anklopfte: „Es war, als ich mit Dick White […] in Bad Oeynhausen [Hauptquartier der britischen 21. Armeegruppe] Rheinwein trank, daß meine Nachforschungen erstmals institutionelle Gestalt annahmen. […] Bei der dritten Flasche Wein fragte […] mich Dick, ob ich die Sache übernehmen würde, und natürlich sagte ich ja.“[12]

Ehe Trevor-Roper beginnen konnte, musste ihn White jedoch aus seinen laufenden Arbeiten für das „Lagezimmer“ der Alliierten Abwehr in London herauslösen. Bei dem Lagezimmer handelte es sich um einen zwar temporären, aber äußerst wichtigen Teil des alliierten Kriegsapparats. Die Anregung, ein solches Büro zu schaffen, war von Generalmajor K. W. D. Strong ausgegangen, dem Chef des Nachrichtendienstes im Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (SHAEF). Am 10. November 1944 hatte Strong an Sir David Petrie, den Chef von MI5, geschrieben, dass „ein ausreichend großes und komplettes deutsches Lagezimmer notwendig ist […]. Es sollte mit dem besten Personal besetzt werden, das die einzelnen Zweige für die Aufgabe freimachen können.“ In einer Begleitnote betonte er nochmals, dass „die CI [Counter Intelligence] Gruppen im Feld […] eine umfassende Organisation benötigen, die als Expertenstab zu ihrer Beratung in allen Fragen geheimer deutscher Aktivitäten konstituiert wird“. Wie man in MI5 erkannte, bestand der große Vorteil der Einrichtung darin, „daß Informationen aus allen Quellen erstmals effektiv vereinigt werden“[13].

Unter der Leitung des von M15 gestellten Obersten T. A. R. Robertson nahm das Lagezimmer am 1. März 1945 seine Arbeit auf. Es versorgte die alliierten Armeen an der Front mit Ratschlägen und mit Informationen über die Organisation, die Unternehmungen und die Personen des deutschen Nachrichtendienstes. Zu der Dienststelle gehörte auch eine Sektion für Publikationen. Die Bezeichnung war freilich irreführend, da ihre schriftlichen Produkte über den deutschen Nachrichtendienst als geheim eingestuft wurden und nur an ausgewählte Offiziere im alliierten Nachrichtendienst gingen, deren Aufmerksamkeit auf bestimmte Lücken in den Kenntnissen der Alliierten und auf Methoden zu ihrer Schließung gelenkt werden sollte. Die Sektion bestand aus drei Offizieren,

720, Interrogation Report of Friedrich Olmes, 19. 5. 1945; National Archives United Kingdom (künftig: NAUK), WO 208/3787, CX CF/IV/73, 17. 9. 1945.

[12] NAUK, KV 4/217, A. D. B. 1. (White) an D. B. (Liddell), 14. 3. 1943; DP, 879, S. 338 f.

[13] NAUK, KV 4/100, Generalmajor K. W. D. Strong an Sir David Petrie, 10. 11. 1944, Role of the special agencies in combatting underground activities in Germany, Protokoll einer Konferenz, die am 23. 11. 1944 um 5 Uhr nachmittags im Büro des General-Direktors stattfand, um die SHAEF-Vorschläge für die Schaffung eines deutschen Lageraums in London zu diskutieren.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

abgestellt vom SIS, nämlich aus Trevor-Roper, Stuart Hampshire und Charles Stuart. Solange sie dem SIS angehörten, hatten sich die drei mit dem Funkverkehr und anderem Material des deutschen Nachrichtendienstes beschäftigt und darüber regelmäßig berichtet. So blieb ein gut Teil ihrer Tätigkeit praktisch gleich, doch hatten sie jetzt viel mehr Informationen zu verarbeiten. Die Sektion hatte Zugang zu dem kompletten Material, das die Dienststelle passierte, etwa zu den dechiffrierten Funksprüchen des deutschen Enigma-Apparats, den erbeuteten Dokumenten und den Aufzeichnungen der Befragungen von Kriegsgefangenen[14].

Der Stab der Dienststelle beriet diejenigen, die gefangen genommene Angehörige des deutschen Nachrichtendienstes verhörten, nahm aber auch selbst an Befragungen teil. So konnte Trevor-Roper sein Vernehmungsgeschick ebenso entwickeln wie seine Kenntnisse von Deutschland. Seine Sektion suchte vor allem Lücken im Wissen der Alliierten zu schließen, und eigentlich gab es keine größere Lücke als die Rätsel um Hitlers Tod. Aber wie das in bürokratischen Einrichtungen stets geschieht, hatte Trevor-Ropers Tätigkeit Eigengewicht und Eigengesetzlichkeit gewonnen. Seine Sektion begann eine streng geheime definitive Bewertung der Erfolge und der Fehlschläge des deutschen Nachrichtendienstes vorzubereiten, ferner ein kurzes Memorandum über Wirtschaftsspionage[15].

Aus dieser bürokratischen Tretmühle wurde Trevor-Roper von White herausgeholt, der am 10. September 1945 T. A. R. Robertson brieflich darauf aufmerksam machte, dass „die Presse eine große Menge von Kommentaren zu der Frage bringt, ob Hitler noch am Leben ist oder nicht […] und daß der Mann, der diesem Thema am nächsten ist, Trevor-Roper zu sein scheint. Ich bin daher der Meinung, daß er eine klärende Untersuchung erarbeiten sollte. […] Ihr Einverständnis vorausgesetzt […] eine solche Arbeit wird, wenn sie nicht jetzt geleistet wird, nie getan werden, und sie wird niemanden nutzen, wenn sie nicht von einem erstklassigen Mann besorgt wird. [...] Die Untersuchung wird, so denke ich, von erheblichem historischen Interesse sein.“ Robertson antwortete: „Ich stimme mit Ihnen völlig überein, daß der Gedanke, diese Sache mit Hitler aufzuklären, richtig ist und daß er jetzt verwirklicht werden sollte. Nur eines macht mir etwas Sorgen, nämlich daß Sie auf Trevor-Roper verfallen sind, um die Aufgabe zu übernehmen, da er, auch wenn er das vielleicht nicht glaubt, vor einer recht formidablen Arbeit steht, der Abfassung zweier Abhandlungen: eine über Wirtschaftsspionage und die andere über Erfolge und Fehlschläge des deutschen Nachrichtendienstes; erst danach kann er auf irgend etwas anderes angesetzt werden.“

Indes hatte gerade am 10. September eine Konferenz von Vertretern der alliierten Nachrichtendienste und Besatzungsbehörden beschlossen, das Lagezimmer

[14] NAUK, WO 208/4701, History of the Counter Intelligence War Room, private Information. Wie die Geschichte selbst, so enthält diese Akte auch alle Anhänge, die nicht sämtlich in KV 4/100 zu finden sind, wo aber die in KV 208/2701 gelöschten Namen der französischen Nachrichtenoffiziere auftauchen.

[15] NAUK, WO 208/4701, History of the Counter Intelligence War Room.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

am 1. November zu schließen, obwohl die wichtigsten Berichte, wie eben der über Wirtschaftsspionage und der über die Bilanz des deutschen Nachrichtendienstes, noch der Vollendung harrten. Gleichwohl brachte es Trevor-Roper fertig, Robertson von der Bedeutung der White'schen Idee zu überzeugen, vor allem jedoch davon, dass die anderen Aufgaben später erledigt werden könnten[16].

Trevor-Ropers Recherchen

Wie hat Trevor-Roper die Untersuchung durchgeführt? Seine Position als Offizier im britischen Nachrichtendienst verschaffte ihm natürlich beträchtliche Vorteile. Er konnte die Unterstützung des britischen nachrichtendienstlichen Personals, der Feldsicherheitspolizei und der Verwaltung der Kriegsgefangenenlager in Anspruch nehmen. Er hatte Zugang zu einem großen Teil der erbeuteten deutschen Dokumente, so zu den Akten des Kabinetts Dönitz, das kurze Zeit als Nachfolger der Regierung Hitlers amtierte, oder zu den Tagebüchern Karl Kollers, dem Chef des Luftwaffengeneralstabs, und von Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk. Die Besatzungsbehörden in Frankfurt stellten ihm ihr Material ebenso zur Verfügung wie das amerikanische Counter Intelligence Corps (CIC). Viele relevante Vernehmungsprotokolle, britische wie amerikanische, und die Aufzeichnungen abgehörter Gespräche von Kriegsgefangenen gingen an das Lagezimmer in London oder an die Abwehrstelle in Deutschland und von dort automatisch an Trevor-Roper. Er durfte britische und amerikanische Stellen ersuchen, für ihn Nachforschungen anzustellen oder Personen zu verhören. Er gebot also über ein Team von Forschungsassistenten, die überdies mit amtlicher Autorität auftreten konnten. Gewöhnlich hatten Zeugen nicht gerade den Wunsch, gefunden zu werden. Wenn sie aber ins Gesichtsfeld irgendeines Teils des westlichen Besatzungsapparats gerieten, konnte Trevor-Roper Zugang zu ihnen finden. Allerdings musste er ohne russische Unterstützung auskommen, obwohl sie zugesagt war. Daher fehlten ihm etliche Schlüsselzeugen, von denen er einige – mit Hilfe von Hans Rothfels – erst aufzuspüren vermochte, als sie 1955 aus sowjetischem Gewahrsam entlassen wurden[17].

Die Suche nach Zeugen in der britischen Zone dirigierte Major Peter Ramsbotham, der zum Nachrichtendienst des Hauptquartiers der britischen Rheinarmee gehörte. Am 18. September 1945 schrieb Ramsbotham an die nachrichtendienstlichen Abteilungen der drei britischen Armeekorps und des Berliner Hauptquartiers: „Von diesem Hauptquartier werden umfassende Nachforschungen zu Hitlers Tod unternommen, damit definitiv geklärt werden kann, ob er tatsächlich gestorben ist oder nicht und unter welchen Umständen es zu seinem Tod kam.“

[16] NAUK, WO 208/3787, C. I. B. (Dick White) an Oberstleutnant T. A. R. Robertson, 10. 9. 1945, Counter Intelligence War Room (T. A. R. Robertson) an Brigadegeneral D. G. White, 14. u. 19. 9. 1945; ebenda, WO 208/4701, History of the Counter Intelligence War Room.

[17] DP, 879, S. 338 f.; vgl. Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, S. 12 u. S. 20.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Er fügte eine Liste von dreiunddreißig Namen bei und erbat jede Information, die es zu diesen Zeugen gab[18].

Trevor-Roper wiederum konzentrierte sich darauf, Zeugen zu dem Zeitraum zwischen dem 22. April, als ein Großteil der NS-Elite Berlin verließ, und dem 2. Mai, als russische Truppen Hitlers Bunker erreichten, aufzutreiben: So spürte er „bis zum 1. November 1945, an dem der Bericht über meine Schlussfolgerungen vorliegen sollte, sieben Zeugen für den unaufgeklärten Zeitabschnitt aus verschiedenen und voneinander unabhängigen Gruppen auf und befragte sie". Zu den sieben Zeugen gehörten ein Polizist vom Reichssicherheitsdienst, Bormanns Sekretärin und Hitlers Chauffeur. Die Fragen, die Trevor-Roper den Zeugen stellte, waren kurz und spezifisch, in der Regel auf Ereignisse konzentriert oder darauf, wen der Zeuge bei einer bestimmten Gelegenheit gesehen hatte[19]. Er nahm die Aussagen mit Skepsis auf, wie er in einem Brief vom 6. Februar 1946 erklärte: „Es ist völlig unmöglich, zu einem kompletten Bild des Geschehens zu gelangen, wenn man damit beginnt, irgendeine individuelle Angabe als ganz genau anzunehmen. Im vorliegenden Fall sind alle Zeugen fehlbar, was angesichts des zeitlichen Abstands nur zu erwarten ist. Sie sind besonders fehlbar bei der Datierung; das konnte nicht anders sein, wenn man ihre Lebensumstände bedenkt, ständig unter der Erde, die Nacht nicht mehr vom Tag unterscheidend, belagert und unter Feuer, um dann mindestens fünf Monate später aufgefordert zu werden, sich an Einzelheiten zu erinnern […]. Alle Daten, die ich gegeben habe, stützen sich auf externes Beweismaterial."[20]

Der erste Bericht

In seinem Bericht räumte Trevor-Roper ein, der „einzige schlüssige Beweis dafür, daß Hitler tot ist, wäre die Entdeckung und zweifelsfreie Identifizierung der Leiche". Dennoch war er der Meinung, dass „der Beweis für Hitlers Tod positiv, auf ausreichenden Indizien basierend, schlüssig und unparteiisch ist. Es gibt nicht das geringste Indiz, das eine der Theorien stützen würde, […] die von der Annahme ausgehen, daß Hitler noch am Leben ist […]. Man muß es für ganz unmöglich halten, daß die Versionen der verschiedenen Augenzeugen einen abgestimmten Vertuschungsversuch darstellen; sie waren alle viel zu sehr damit beschäftigt, sich um ihre eigene Sicherheit zu kümmern, […] als daß sie imstande gewesen wären, sich eine ausgeklügelte Scharade einzupauken und diese dann auch noch nach fünf Monaten Isolierung voneinander und in einem detaillierten und bohrenden Kreuzverhör zu behaupten."

Am 10. November 1945 legte Trevor-Roper seinen Bericht persönlich dem Viermächte-Ausschuss für nachrichtendienstliche Angelegenheiten vor, den die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich in Berlin ins Leben geru-

[18] NAUK, WO 208/3787, GSI (b), HQ, BAOR (Peter Ramsbotham) an GSI 1 Corps District etc., 18. 9. 1945.
[19] Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, S. 10–12, Zitat S. 12.
[20] DP, 720, Trevor-Roper an Randall, 6. 2. 1946.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fen hatten. In einem Anhang stand die Frage, ob eine der vier Mächte weitere acht Zeugen aus dem Bunker in Gewahrsam habe, und die Aufforderung an die Russen, sich zu der Leiche zu äußern, die anhand der Zähne als die Hitlers identifiziert worden war. Aber „sehr interessant“ lautete der einzige Kommentar, zu dem die Russen bewogen werden konnten[21].

Trevor-Ropers Bericht erwies sich nur in einem wichtigeren Punkt als etwas ungenau. Er hatte gesagt, Hitler habe Eva Braun am 30. April geheiratet. Tatsächlich fand die Eheschließung einen Tag früher statt. Dieses Detail konnte erst nach der Entdeckung der Testamente Hitlers, der Trauungsurkunden und jener Kuriere, denen die Dokumente anvertraut worden waren, geklärt werden. Trevor-Roper erinnerte sich später: „Ende November 1945 wurde im Jackenfutter eines von den britischen Behörden in Hannover festgehaltenen Verdächtigen [Heinz Lorenz] ein Dokument gefunden, das Hitlers Testament zu sein schien, und man bat mich, nach Deutschland zurückzukehren und auch diese Sache zu prüfen.“ Lorenz wurde wegen der Benutzung falscher Papiere in einem Gefangenenlager festgehalten; ein Sergeant, vor dem er dort stand, wies ihn an, weiterzugehen. Unzufrieden mit Lorenz’ Reaktion, packte ihn der Sergeant an der Schulter und drehte ihn in die richtige Richtung. Dabei spürte er im Futter Papier. Als die Jacke untersucht wurde, kam Hitlers Testament zum Vorschein[22].

Lorenz hatte Hitlers privates und politisches Testament in seinem Besitz; bei letzterem fand sich ein von Goebbels stammender Zusatz. Lorenz war leitender Redakteur bei der Deutschen Nachrichtenagentur gewesen, verantwortlich für die Zusammenstellung der Aufzeichnungen von Rundfunknachrichten, die er dann in den Bunker zu bringen hatte. Am 29. April händigte ihm Bormann die Testamente aus, die er nach München schaffen sollte. Lorenz zufolge hatte auch Wilhelm Zander, ein Funktionär der Parteikanzlei, Kopien des privaten wie des politischen Testaments erhalten, und zwar mit dem Auftrag, sie Großadmiral Dönitz zu überbringen, der von Hitler zu seinem Nachfolger bestellt worden war. Major Wilhelm Johannmeier, ein Gehilfe des Chefadjutanten der Wehrmacht bei Hitler, erhielt ebenfalls einen Durchschlag des politischen Testaments, der für Feldmarschall Ferdinand Schörner bestimmt war, den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Mitte in Böhmen, der darin zum Oberbefehlshaber des Heeres ernannt wurde. Zwar gelang es allen drei Kurieren, aus Berlin herauszukommen, doch erkannten sie rasch die Hoffnungslosigkeit ihrer Mission und gaben sie auf[23].

[21] DP, 728, The Death of Hitler and The Death of Hitler Revision note, 11. 2. 1946; Trevor-Roper, Recherchen, in: Ritter (Hrsg.), Werkbesichtigung, S. 43.
[22] DP, 720, The Enquiry into Hitler’s End; DP, 707, R. W. Leon an Lord Dacre, 23. 5. 1995.
[23] DP, 707, Willi Johannmeier HRT-R, 17. 12. 1945; vgl. Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, Frankfurt a. M. 1997, S. 505.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Nachbesserungen

Am 14. Dezember 1945 brach Trevor-Roper zu einer weiteren Reise nach Deutschland auf, wo er drei Wochen lang blieb. Lorenz und seine Dokumente waren bereits in britischer Hand. Trevor-Roper machte sich nun auf, Zander und Johannmeier aufzuspüren. Letzterer wurde in der britischen Zone gefunden, behauptete aber, er habe die beiden anderen Kuriere nur begleitet. Trevor-Roper war nicht ganz überzeugt, da Johannmeier schließlich ein Veteran der Ostfront war: „Wenn Johannmeier als erfahrener und entschlossener galt als die anderen, als einer, dem man es zutrauen durfte, durch die russischen Linien zu kommen, […] schien es doch natürlich und richtig zu sein, ihn nicht nur als Begleiter zu verwenden, sondern auch als Träger. Gleichermaßen schien es unwahrscheinlich, daß Johannmeier, wenn er lediglich Kuriere mit wichtigen Dokumenten zu eskortieren hatte, keine Instruktionen haben sollte, was zu tun sei, falls […] die Träger auf ihrem Weg verunglückten oder getötet wurden.“[24]

Da Johannmeier bockbeinig blieb, befragte Trevor-Roper am 18. Dezember 1945 Lorenz, der beteuerte, Hitlers politisches Testament in Johannmeiers Hand gesehen zu haben. Bevor sich Trevor-Roper Johannmeier erneut vornahm, begann er mit der Suche nach Zander. Als Frau Zander in Hannover von der britischen Feldpolizei vernommen wurde, erklärte sie, „das letzte Lebenszeichen von ihrem Mann habe sie am 12. April 1945 bekommen. Sie sagte, sie warte selber sehnsüchtig auf Nachrichten, und nannte so viele Details, daß sie als aufrichtig erschien; auch lieferte sie Fotographien wie die Namen und Adressen der Mutter und der Brüder Zanders in Saarbrücken. In Wahrheit […] sollte all dies nur Sand in unsere Augen streuen […]. Brillant erfinderisch, hatte sie so umfassend falsche Spuren gelegt, daß selbst Zanders Mutter glaubte, ihr Sohn sei tot.“ Der Durchbruch kam, als ein amerikanischer Nachrichtenoffizier feststellen konnte, dass Zander unter falschem Namen in einem bei München gelegenen Lazarett behandelt worden war, und zwar wegen Verletzungen, die er sich auf dem Fußmarsch von Hannover nach Bayern zugezogen hatte[25].

Mit Hilfe des CIC gelang es Trevor-Roper am 26. Dezember 1945, Kontaktpersonen Zanders bei München zu interviewen, von denen einer Zanders falschen Namen preisgab. Dies versetzte Trevor-Roper in die Lage, Zander bis zu einer Adresse in der Nähe von Passau zu verfolgen. Später erinnerte er sich: „Nachdem ich den ganzen Tag und die ganze Nacht mit einem Jeep durch Schlamm und Schneematsch und Schnee gefahren war, stand ich um 3 Uhr morgens in dem Dorf Aidenbach, nicht allzu weit von der österreichischen Grenze entfernt, und nachdem ich je einen Mann mit Revolver auf jeder Seite des fraglichen Hauses postiert hatte, ließ ich, da auf unser Klopfen niemand reagierte, einen deutschen Polizisten durchs Fenster ins Haus klettern und die Türe öffnen. Dann drang ich

[24] DP, 1002, Eintragungen in Trevor-Ropers Taschentagebüchern für Dezember 1945 und Januar 1946; DP, 707, Willi Johannmeier HRT-R, 17. 12. 1945.
[25] DP, 707, CSDIC (WEA) an IB, 21. 12. 1945, Wilhelm Zander H. R. Trevor-Roper, Major, Int. Corps, 1. 1. 1946; DP, 879.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in ein Schlafzimmer ein und sah aus dem Bett auftauchen […] eine riesige Nase, die unverkennbare Nase des Bormann-Gehilfen Standartenführer Wilhelm Zander.“ Bei seiner Befragung bestätigte Zander vieles, was Trevor-Roper über die letzten Tage Hitlers schon wusste; er gab auch zu, Kopien der Testamente Hitlers bekommen zu haben, ferner zwei weitere Dokumente, nämlich Hitlers Heiratsurkunde und eine für Dönitz bestimmte Notiz Bormanns. Diese Schriftstücke kamen damit in den Besitz des amerikanischen Nachrichtendienstes[26].

Zander erklärte außerdem, dass auch Johannmeier eine Kopie des politischen Testaments Hitlers gegeben worden sei. Am 1. Januar 1946 nahm sich Trevor-Roper daher erneut Johannmeier vor, der aber zunächst an seiner Version festhielt: Da er keine Dokumente habe, könne er auch keine herausgeben. Nun appellierte Trevor-Roper an Johannmeiers Vernunft: Alle anderen seien schon mit der Wahrheit herausgerückt, und auch die übrigen Beweise sprächen gegen seine Behauptungen. Die Briten hätten kein Interesse daran, ihn weiter in Gewahrsam zu halten, seien dazu aber gezwungen, solange diese Widersprüche existierten. Zwei Stunden lang hielt Johannmeier stand. Dann machte Trevor-Roper eine Pause, und das gab Johannmeier die Gelegenheit, sich das Vergebliche und Unsinnige seines Schweigens klarzumachen. Nach Wiederaufnahme der Befragung und nach einem Geplänkel, in dem er um die Zusicherung focht, nicht bestraft zu werden, gestand er schließlich, die Papiere zu haben. Er führte Trevor-Roper zu einem Eck seines Gartens in Iserlohn und grub eine Flasche aus, die Hitlers politisches Testament enthielt, dazu eine für Schörner bestimmte Begleitnotiz des Chefadjutanten der Wehrmacht[27].

Das Aufspüren der Testamente Hitlers war Trevor-Ropers „finest hour“ als britischer Nachrichtenoffizier. Danach schrieb ihm Peter Ramsbotham: „Jedermann […] ist voller Bewunderung für die Schnelligkeit und Effizienz, mit der Ihre Untersuchungen abgeschlossen wurden.“[28] Wie schon sein ursprünglicher Bericht, wurde freilich auch Trevor-Ropers Triumph bei der Suche nach Hitlers Testamenten nur durch Stalins Schweigen ermöglicht. Schon am 17. Mai 1945 hatte Hitlers persönlicher Adjutant Otto Günsche den Nachrichtendienst der Roten Armee davon in Kenntnis gesetzt, dass Johannmeier, Lorenz und Zander Kopien der Testamente Hitlers ausgehändigt worden seien, allerdings wurde diese Information geheim gehalten. Doch fiel in den Becher des Erfolgs, den Trevor-Roper in Händen hielt, bald ein Wermutstropfen. Als er Anfang Januar 1946 München verließ, bat er seinen amerikanischen Kollegen, über den Fund bei Zander bis zu einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Verlautbarung Stillschweigen zu bewahren. Man versicherte ihm, die Dokumente würden im Safe von General Truscott, dem Befehlshaber der 6. US-Armee, deponiert und dort bis zu einer solchen Verlautbarung unter Verschluss bleiben. Doch schon am nächsten Tag, nachdem Trevor-Roper in Frankfurt angekommen war, zeigte man

[26] DP, 707, Wilhelm Zander H. R. Trevor-Roper, Major Int. Corps, 1. 1. 1946; DP, 879.
[27] DP, 720, The Enquiry into Hitler’s End; DP, 707, Fortnightly Notes The Discovery of Hitler’s Wills, third Interrogation of Willi Johannmeier.
[28] DP, 707, Major P. E. Ramsbotham an Trevor-Roper, 7. 1. 1946.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ihm ein Exemplar der „Stars and Stripes“, eines Blattes der amerikanischen Streitkräfte, mit dicken Schlagzeilen über den großen Coup der 6. US-Armee, den General Truscott persönlich der Öffentlichkeit mitgeteilt hatte. Von irgendeiner britischen Mitwirkung keine Silbe. So fuhr Trevor-Roper zum britischen Hauptquartier und hielt dort eine Pressekonferenz, auf der er Einzelheiten der von den Briten bei Lorenz gefundenen Dokumente bekannt gab[29].

Kurz danach bekam Trevor-Roper einen Telefonanruf von Oberst Sands, der dem amerikanischen Nachrichtendienst in Frankfurt angehörte. Sands fragte: „Haben Sie, während Ihres kürzlichen Aufenthalts in der US-Zone, neben den Dokumenten, die dem Hauptquartier der 6. US-Armee übergeben wurden, noch weitere entdeckt?“ Die Frage implizierte, dass die Lorenz-Dokumente aus der US-Zone stammten. Trevor-Roper verneinte und gab Sands die Versicherung, dass er keine Dokumente aus der amerikanischen Zone herausgeschafft habe. Gleichwohl war Trevor-Roper nach dem Januar 1946 eine Zeitlang persona non grata in der US-Zone. Sands sagte ihm das, versprach ihm aber, er werde persönlich dafür sorgen, dass jede gewünschte Befragung nach seinen Instruktionen durchgeführt werde. Trevor-Roper dazu: „Das war natürlich nicht sehr befriedigend, da die Vernehmer nicht über das erforderliche Hintergrundwissen verfügten, um während des Verhörs auftauchende Fragen weiterzuverfolgen oder um sofort Lügen und mögliche Irrtümer zu erkennen.“ Trevor-Ropers unfreiwillige Abwesenheit war bei der Befragung verschiedener Gefangener in der Tat ein Handicap, vor allem bei Artur Axmann, dem Nachfolger Baldur v. Schirachs als Reichsjugendführer, der von den Amerikanern im Dezember 1945 festgenommen worden war. Im Rückblick fand Trevor-Roper, dass ihn General Truscott zweimal übervorteilt hatte, zuerst durch die vorzeitige Veröffentlichung der Zander-Geschichte und das Einheimsen des ganzen Ruhms dafür, zweitens durch eine derart grob und bewusst verfälschende Darstellung der Pressekonferenz, auf der Trevor-Roper die Lorenz-Papiere vorgestellt hatte, dass er den Briten als Dokumentendieb anschwärzen und so sein eigenes Vorprellen in den „Stars and Stripes“ rechtfertigen konnte. Truscotts böser Anfall von Hitler-Fieber hat Trevor-Ropers bemerkenswerten Triumph als Entdecker der Hitler-Testamente fraglos etwas verdorben[30].

Vor der Veröffentlichung

Das publizistische Potential der Untersuchung über Hitlers Tod war dem graduierten Historiker Dick White gleich zu Beginn bewusst geworden. Trevor-Roper hingegen hatte, während er seine Nachforschungen anstellte, keine Pläne für eine Veröffentlichung; er glaubte, dass dies nicht genehmigt würde. Im Januar 1946 trat er eine Dozentenstelle am Oxforder Christ Church an. Dann schlug ihm White aber vor, seine Eindrücke und Einsichten doch in einem Buch darzustellen, das allerdings vom britischen Joint Intelligence Committee (JIC) autori-

[29] DP, 707, Trevor-Roper an Brian Melland, Cabinet Office, Historical Section, 8. 4. 1966; vgl. Vinogradov/Pogonyi/Teprzow, Hitler's Death, S. 163.
[30] DP, 707, Trevor-Roper an Brian Melland, Cabinet Office, Historical Section, 8. 4. 1966.

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

siert werden müsse. White gab Trevor-Roper jedoch den Rat, beim JIC nicht vor Beendigung der Niederschrift anzuklopfen: „Keine Regierungsstelle wird je einen Vorschlag sanktionieren, dessen Folgen sie nicht abzuschätzen vermag […]. Aber wenn Sie erst schreiben, die Entscheidung eben riskierend, und ihr am Ende den fertigen Text vorlegen, wird sie jedenfalls übersehen können, was sie genehmigen soll.“[31]

So von White beruhigt, fand Trevor-Roper die Idee eines Buches sehr attraktiv: „Doch vor allem zog mich die außergewöhnliche Chance an: die Chance, ein Buch der Zeitgeschichte zu schreiben, von dem ich glaubte, daß es, sorgfältig ausgeführt, würde Bestand haben können.“ Normalerweise veralten zeitgeschichtliche Werke rasch, weil stets neue Quellen verfügbar werden. „Aber hier waren die Umstände besondere, sogar einzigartige. Hitler verbrachte seine letzten Tage eingeschlossen in einem belagerten unterirdischen Bunker. Die Zahl der Zeugen war begrenzt, die der Primärquellen sehr gering. Alles sprach dafür, daß die Tatsachen rekonstruiert werden konnten, ohne daß man eine spätere Widerlegung befürchten mußte. […] Ich war eitel und jung genug zu glauben, ich könnte ein Buch schreiben, das unmittelbare Anschauung und historische Aussage verbindet. So beschloß ich, die Ereignisse, obwohl sie so nah und dramatisch waren, von einem distanzierten, historischen Standpunkt zu betrachten.“[32]

Trevor-Roper erinnerte sich später daran, dass er „Hitlers letzte Tage“ im Frühjahr und Sommer 1946 schrieb, „während des Semesters an den Abenden“. Daten auf dem Manuskript deuten aber darauf hin, dass er den größten Teil des Textes noch schneller zu Papier gebracht hat, als er im Gedächtnis hatte. Daten sind in roter Farbe auf etlichen Seiten eingetragen und lassen auf ein erstaunliches Tempo schließen. Anscheinend schrieb er mehr als zwei Drittel des Buches zwischen dem 18. Februar und dem 15. März 1946, in vier Tagen Ende Februar allein 12.000 Wörter. Solcher Schwung hilft sicherlich den Fluss und die Klarheit des Stils zu erklären, die das Werk auszeichnen. Nachdem er den Gegenstand im Geiste fixiert hatte, vermochte Trevor-Roper die Niederschrift der Studie sehr rasch vorzunehmen. Die Masse des Textes war bis 22. Mai abgeschlossen und trug den Titel „Hitler’s End“[33].

Schon am 16. März hatte Trevor-Roper seinen Berater White brieflich gebeten, das Buch zu lesen. Am 18. März antwortete White voller Enthusiasmus: „Ich denke, der Welt sollte Ihre Geschichte erzählt werden, und ich zweifle nicht daran, daß Ihre elegante Feder der Aufgabe gerecht geworden ist. Übrigens lese ich Ihre Texte leicht, schicken Sie mir daher das Manuskript, bitte, so bald wie möglich. Ich brenne darauf.“ White bemühte sich außerdem um die amtliche Genehmigung der Veröffentlichung. Am 16. Mai erörterte er das Buch mit Harold Caccia, einem hochrangigen britischen Diplomaten und Vorsitzenden des JIC. Caccia erklärte White, dass für die politischen Aspekte, nämlich für alle

[31] DP, 879, S. 367 f.; vgl. Trevor-Roper, Recherchen, in: Ritter (Hrsg.), Werkbesichtigung, S. 43.
[32] Trevor-Roper, Recherchen, in: Ritter (Hrsg.), Werkbesichtigung, S. 44 f.; DP, 720, The Enquiry into Hitler’s End.
[33] DP, 731; DP, 879, S. 368 f.; DP, 730, Trevor-Roper an Macmillan, 22. 5. 1946.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

internationalen Implikationen, das Foreign Office zuständig sei, während das Joint Intelligence Committee ein Urteil über die Sicherheitsfragen abgeben sollte[34].

Anschließend legte White dem JIC ein Memorandum über das Buch vor, das auf der Sitzung vom 14. Juni besprochen wurde. Oberst Tim Milne vom SIS sagte, „zwar hat Mr. Roper seinerzeit dem SIS angehört, doch ist das Material für sein Buch nicht als Produkt seiner SIS-Arbeit zusammengetragen worden. ‚C'[General Stewart Menzies, Chef des SIS] stimmt der Veröffentlichung zu, was das Thema und nachrichtendienstliche Quellen betrifft, lehnt aber gleichwohl jede Verantwortung für die Veröffentlichung amtlich erworbenen Materials zum Zweck kommerziellen Gewinns ab. Abgesehen davon hat ‚C' nichts dagegen, wenn einer seiner Offiziere ein solches Buch nach seiner Demobilisierung veröffentlicht." Andere Ausschuss-Mitglieder verwiesen auf den „positiven Vorteil, den die Publikation des Buches bringen wird, welche Ansicht das Foreign Office voll unterstütze. Das Buch verfolge den Zweck, die Entstehung eines ‚Hitler-Mythos' zu verhindern, und werde in seiner detaillierten und lesbaren Form wahrscheinlich eine breite Leserschaft anlocken. Auch könnte das Foreign Office aufgefordert werden, die Übersetzung des Buchs in fremde Sprachen in Erwägung zu ziehen, auch ins Deutsche, um als Propaganda verbreitet zu werden." Allerdings könnten „Einwände gegen eine Veröffentlichung vor dem Ende der Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg geltend gemacht werden". Ferner wurde gesagt, dass „dem Buch angesichts seines Propagandawertes noch zusätzliches Gewicht gegeben würde, wenn es ein Vorwort erhielte, geschrieben von einem der zur Zeit der geschilderten Vorgänge in verantwortlicher Stellung dienenden Befehlshaber. Das Vorwort […] würde dem Buch die Unterstützung eines berühmten Mannes gewinnen. Mr. Roper könnte zum Beispiel bei Lord Montgomery oder Lord Tedder [dem stellvertretenden Befehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa 1944/45] anklopfen." Schließlich bat das JIC das Foreign Office, für die endgültige Freigabe des Buches zu sorgen. Aber das war nur noch eine Formalität, wie White in einem Brief an Trevor-Roper schrieb, dem er auch die relevanten Teile des Protokolls der Sitzung beilegte[35].

Dass das Foreign Office für eine Übersetzung ins Deutsche gewonnen werden sollte, nahm Trevor-Roper mit Befriedigung auf. So schrieb er am 19. Juni an White: „Ich wäre sicherlich froh, wenn eine solche Behörde die Entscheidung treffen würde (zumindest was die Übersetzung ins Deutsche betrifft), da es mir derzeit schwer fällt, selber zu entscheiden. Das Buch ist ja eher als historisches Werk angelegt denn als Propaganda: Ich denke, die Fakten sind so, wie dargestellt; und es lag mir mehr daran, die Ereignisse und ihre Ursachen und Zusammenhänge zu verstehen, als eine bestimmte Ansicht durchzudrücken." Trevor-Roper sagte auch zu, mit der Veröffentlichung bis zum Ende des Hauptkriegsverbrecherprozesses in Nürnberg zu warten. Den Grund dafür nannte Caccia auf

[34] DP, 730, White an Trevor-Roper, 18. 3. u. 17. 5. 1946.
[35] DP, 730, Extract from Minutes of the Meeting held on 14th June 1946, White an Trevor-Roper, 19. 6. 1946.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einer späteren JIC-Sitzung: „Das Buch früher zu publizieren, könnte das Gericht und seinen britischen Vorsitzenden – der ja das Urteil verkünden muß – in Verlegenheit setzen. Das wäre gänzlich inakzeptabel.“ Trevor-Roper machte sich auch daran, eine bedeutende Persönlichkeit für das Vorwort zu gewinnen. Seinem Freund Solly Zuckermann schrieb er: „Von den erwähnten zwei Namen würde ich Tedder unbedingt vorziehen. Glaubst Du, er würde ein solches Vorwort schreiben, wenn man ihn fragt (was heißt, wenn Du ihn fragst)? […] Ich glaube nicht, daß ich ein Vorwort von irgend jemand anderem haben möchte.“ Am 4. Juli konnte Zuckermann mitteilen: „Ich habe mit Tedder gesprochen und ihm Deinen Einleitungsentwurf wie auch die Inhaltsübersicht gezeigt. Er ist durchaus interessiert.“ Tatsächlich hat Tedder das Vorwort am 21. Oktober 1946 abgeschlossen[36].

Während Zuckermann dabei war, Tedder für das Vorwort zu rekrutieren, legte Dick White das Manuskript Harold Caccia vor. Am 4. Juli schrieb er Trevor-Roper: „Harold Caccia ist noch dabei, Ihr Buch zu lesen, hofft aber, daß er es mir Ende der Woche zurückgeben kann. Übrigens nennt er es ‚fesselnd‘ und ist des Lobes voll.“ Caccia gewann jedoch den Eindruck, dass sich jeder intelligente Leser fragen müsse, wie diese mehr als seltsamen Herrschaften Deutschland kontrollieren konnten, und meinte, Trevor-Roper sollte vielleicht zu diesem Aspekt noch eine Seite schreiben. Der Autor antwortete White am 6. Juli: „Ich stimme vollständig mit Caccia überein, daß noch eine Erklärung notwendig ist, und bin auch gerade dabei, das Buch mit einem Epilog abzuschließen, der genau jene Frage zu beantworten versucht.“ Als er den Epilog zur Kenntnis nehmen konnte, konstatierte Caccia, er „gibt ohne Zweifel treffliche Antworten auf die von mir angeführten Punkte und ist, wie alles andere, was der Verfasser schreibt, luzide und geschlossen. Aber wer bin ich, daß ich mich zum Kritiker eines so exzellenten Werkes aufwerfen könnte?“ Indes hatte das JIC das Foreign Office um die endgültige Freigabe des Buches gebeten, und so suchte Trevor-Roper am 27. September Caccia auf, um zu fragen, ob vor der Veröffentlichung noch weitere bürokratische Formalitäten zu erfüllen seien. Caccia sagte ihm einfach, das sei nicht der Fall, und so ging eine Gelegenheit verloren, über eine deutsche Übersetzung für jene Propagandazwecke zu sprechen, die das JIC ausdrücklich von Caccia geprüft wissen wollte[37].

In den Monaten, in denen das Buch die Stationen der amtlichen Kritik zu passieren hatte, wartete Trevor-Ropers Verleger voller Ungeduld auf eine Antwort. Anfänglich hatte Trevor-Roper mit Hamish Hamiltons Verlag geliebäugelt, da er glaubte, Macmillan, wo sein früheres Buch über Erzbischof Laud erschienen war,

[36] DP, 730, Trevor-Roper an White, 19. 6. 1946, Trevor-Roper an Solly Zuckerman, 19. 6. 1946, Extract from JIC (46) 38th Meeting (held on 29th June 1946 3). Publication of „The last days of Hitler“ by Mr Trevor-Roper, Zuckerman an Trevor-Roper, 4. 7. 1946; H. R. Trevor-Roper, The Last Days, Foreword by Marshal of the R. A. F. Lord Tedder, G. C. B., Deputy Supreme Commander Allied Expeditionary Force, 1943–45. Tedders Vorwort ist in die späteren Taschenbuchausgaben nicht aufgenommen worden, auch nicht in die deutsche Ausgabe von 1965.

[37] DP, 730, White an Trevor-Roper, 4. 7. 1946, Trevor-Roper an White, 6. 7. 1946, Caccia an White, 17. 7. 1946, Memorandum (von Trevor-Roper).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sei unentschlossen. Am Ende blieb er aber bei Macmillan, und Lovat Dickson, ein Lektor des Verlags, schrieb ihm am 14. Juni: „Haben Sie schon was Neues? Wir möchten das Manuskript so bald wie möglich haben." Am 8. Juli bestätigte Dickson den Eingang des Textes und des unterschriebenen Vertrags. Dickson fungierte auch als Vermittler zwischen Trevor-Roper und Macmillans amerikanischer Filiale. In einem Brief vom 8. August stellte Trevor-Roper die Frage, wieso im amerikanischen Vertrag der Titel geändert sei. Am 17. September antwortete Dickson: „Die amerikanische Gesellschaft will das Buch ‚The Last Days of Hitler' nennen. Uns schien das ein viel besserer Titel zu sein als ‚Hitler's End', und da ich glaube, daß Sie einmal sagten, es sei Ihnen gleichgültig, welchen Titel wir nehmen, schlagen wir vor, es jetzt bei dem [amerikanischen] Titel zu belassen." Trevor-Roper erklärte sich einverstanden, wurde aber misstrauisch. Um die Veröffentlichung zu beschleunigen, bot Macmillan an, die Fahnenkorrektur zu übernehmen, doch bestand Trevor-Roper darauf, dies selbst zu tun. Dickson beklagte danach, dass „es eine weitere Verzögerung in der Setzerei gegeben hat, auf Grund der Tatsache, daß Sie Korrekturen in roter Tinte auf den Aufzeichnungen gemacht haben, statt sie am Rand zu machen. Diese Korrekturen mußten vorsichtig wieder beseitigt werden." Im Dezember konnte Dickson jedoch erfreut mitteilen, dass die „Buchgesellschaft" „The Last Days of Hitler" für den März zum Buch des Monats erklären und mindestens 15.000 Exemplare abnehmen werde. Macmillan entschloss sich daraufhin zu einer Erstauflage von 30.000 Stück, doppelt so hoch wie die höchste Erstauflage eines jeden anderen Buches, das im Dezember 1946 von der Firma bestellt wurde[38].

Das Buch und seine Grenzen

„The Last Days of Hitler" kam im März 1947 auf den Markt. Das Buch fand sofort großes Interesse in der Öffentlichkeit. Ein Großteil der Reaktionen war positiv, doch mischte sich in das Lob manchmal auch Kritik. So räumte David Thomson, Rezensent aus Cambridge, zwar ein, dass Trevor-Roper mit der Sammlung und der Ordnung des Materials bewundernswerte Arbeit geleistet habe, zugleich meinte er aber, mit seinen „umfassenden Generalisierungen über den Charakter des Nazi-Regimes und einige seiner Führer […] bewegt sich Mr. Trevor-Roper auf dünnerem Eis […], und zwar auf eine Art, die unter Oxforder Historikern nur allzu häufig ist". Trevor-Roper hatte sein Buch mit allgemeinen Thesen zum NS-Regime begonnen. „Wir müssen erkennen, daß Hitler kein Strohmann war; daß der Nazistaat in keinem bezeichnenden Sinne des Wortes totalitär war; schließlich, daß seine führenden Politiker keine Regierung, sondern einen Hof bildeten […]. In Nazideutschland waren weder Kriegsproduktion noch Arbeitskräfte noch

[38] DP, 730, Trevor-Roper an Dick White, 10. 5. 1956, Trevor-Roper an Hamish Hamilton, 21. 5. 1946; British Library, Macmillan Archive (künftig: BLMA), Briefe von Dickson an Trevor-Roper, Briefordner 490/420, 14. 6. 1946, Briefordner 491/95, 8. 7. 1946, Briefordner 491/415, 8. 8. 1946, Briefordner 492/273, 17. 9. 1946, Briefordner 493/119, 17. 10. 1946, Briefordner 494/339, 18. 12. 1946; ebenda, New Books and New Editions, 23.11., 2/43, Sept. 11/47.

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

auch die Verwaltung oder das Spionagesystem vernünftig zentralisiert […]. Der Aufbau der deutschen Politik und Verwaltung war, im Gegensatz zur Behauptung der Nazis, nicht ‚pyramidal‘ und ‚monolithisch‘, sondern in Wirklichkeit ein Durcheinander von privaten Reichen, privaten Armeen und privaten Spionagediensten.“ Hitlers unanfechtbarer Herrschaft über die Nationalsozialisten habe keine Klarheit bei der Ausübung der Macht im NS-Regime gegenübergestanden, das vielmehr in einzelne Imperien in den Händen der Gefolgsleute des Diktators zerfallen sei: „Die Herrschaft einer Hofkamarilla verdeckt eine politische Anarchie […] eifersüchtige[r] Lehnsmänner mit ihren Privatarmeen und ihren Reservaten öffentlicher Mittel.“[39]

Trevor-Ropers Thesen waren nicht neu. In „Behemoth“ hatte Franz Neumann schon 1942 hervorgehoben, dass die herrschende Schicht der Nationalsozialisten eine fragmentierte Ansammlung diverser Machtgruppen sei. Neumann sagte, der NS-Staat sei weit davon entfernt, homogen zu sein; kein einzelner Träger verfüge über das politische Machtmonopol. Aber Trevor-Roper führte Neumanns Argumentation weiter und drückte sie in verständlicher Sprache aus. Seine scharfsichtige Analyse, wonach im Dritten Reich diverse, von Hitler partiell unabhängige Institutionen um die Macht rangen, ist von späteren Historikern, zum Beispiel von Martin Broszat, bestätigt worden. Ian Kershaw kam sogar zu dem Schluss, dass Hitler „nicht von brennendem Mißtrauen gegen Macht-Basen erfüllt war, die von seiner eigenen Führer-Autorität abgeleitet und von Paladinen gehalten waren, die er selbst erwählt hatte“[40].

Wie wir gesehen haben, hatte Lewis Namier eine hohe Meinung von „The Last Days“. Er schrieb aber auch, „eine Sache, in der ich nicht mit Ihnen übereinstimme, ist Ihre Wertschätzung Hermann Rauschnings. […] Wie ein echter Deutscher, reitet er jedes Argument zu Tode, und der generelle Stil von ‚Hitler Speaks‘ mit seinem imaginären Ende flößt mir nicht genügend Vertrauen zu dem Mann ein, um je eine Passage aus dem Buch als autoritativ zu zitieren.“ Hermann Rauschning hatte als nationalsozialistischer Präsident des Danziger Senats fungiert, war jedoch 1935 ins Ausland geflüchtet. Im Exil wurde Rauschning zu einem Kritiker des Nationalsozialismus, und 1938 veröffentlichte er „Die Revolution des Nihilismus“. Im folgenden Jahr erschien dieses gedankenreiche Buch auch in England (Germany's Revolutions of Destruction). 1939 publizierte Rauschning ein weiteres Buch, „Hitler Speaks“, das vorgab, eine Sammlung von Gesprächen mit Hitler in den Jahren 1932 bis 1934 zu sein, als Rauschning ein Angehöriger des innersten Kreises um den „Führer“ gewesen sein wollte[41].

[39] DP, 729, David Thomson, Rezension von The Last Days of Hitler, in: Cambridge Review, Mai 1947; Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, S. 40 f. u. S. 219 f.

[40] Vgl. Franz Neumann, Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism, New York 1944, S. 396 u. S. 469; Martin Broszat, Der Staat Hitlers, Lausanne 1969; Ian Kershaw, The Nazi Dictatorship. Problems and Perspectives of Interpretation, London [4]2000, hier S. 83.

[41] DP, 729, L. B. Namier an Trevor-Roper, 28. 4. 1947; vgl. Dieter Schenk, Hitlers Mann in Danzig, Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen, Bonn 2000, S. 195; Wolfgang Hänel, Wolfgang Rauschnings „Gespräche mit Hitler“. Eine Geschichtsfälschung, Ingolstadt 1984, S. 5.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Anfang 1940 notierte Goebbels in seinem Tagebuch, Rauschnings Werk sei „außerordentlich geschickt geschrieben“ und „für uns eine Riesengefahr“[42]. Er glaubte, der ehemalige Danziger Senatspräsident sei „augenblicklich unser raffiniertester und gefährlichster Propagandagegner“[43]. „Er mischt sehr geschickt Wahrheit und Dichtung.“[44]

In einer Schrift der „Historical Association“, die 1943 herauskam, sagte Professor Norman Baynes, der damit einen wunden Punkt traf: „Die Gespräche haben in den Jahren 1932 bis 1934 stattgefunden; das Buch wurde 1939 veröffentlicht. Die Form, in der diese Gespräche hier präsentiert werden, erweckt, muß man gestehen, Mißtrauen. Man sagt uns, daß ‚der Schreiber [diese Gespräche] unter der unmittelbaren Wirkung des Gehörten aufgezeichnet hat. Vieles dürfe als praktisch wörtliche Wiedergabe gelten.‘ Die Frage lautet natürlich: ‚Wieviel?‘ Der Wissenschaftler wäre für eine Reproduktion der zeitgenössischen ‚Aufzeichnungen‘ dankbar gewesen.“[45]

In „The Last Days“ setzte sich Trevor-Roper mit Baynes auseinander: „Die riesige Menge intimeren Materials, die jetzt zur Verfügung steht, hat Rauschning als vollkommen zuverlässig gezeigt.“ Trevor-Roper hat in seinem Buch wiederholt aus „Hitler Speaks“ zitiert und ist dann nochmals in seiner Einleitung zu „Hitler’s Table Talk“ für Rauschning eingetreten. Er war der Meinung, dass sich Rauschnings Aussagen bewahrheitet hätten, und so schrieb er an Namier: „Die Annahme, daß Rauschning die Wahrheit berichtet hat, scheint mir vernünftiger zu sein als die Ansicht, er habe zufällig das erfunden, was sich später als wahr erwies.“ Rauschnings Buch ist auch von Alan Bullock in seiner klassischen Hitler-Biographie herangezogen und von A. J. P. Taylor mit Beifall bedacht worden. 1971 hat Rauschning jedoch zugegeben, dass die „Gespräche mit Hitler“ keine Wiedergabe seiner damaligen Aufzeichnungen sind: „Ich habe […] ein Gesamtbild Hitlers aus Notizen, aus dem Gedächtnis und sogar aus Mitteilungen anderer über Hitler […] zusammengewoben.“

Schließlich hat im April 1981 Rauschnings Presseagent Emery Reves dem Schweizer Historiker Wolfgang Hänel erklärt, wie Rauschning dazu kam, die „Gespräche“ zu verfassen: Im Jahr 1939 habe sich Rauschning in Paris befunden, mit hohen Arztrechnungen, einer teuren Wohnung und fünf unmündigen Kindern. Er, Reves, habe Rauschning aufgefordert, seine Erfahrungen und Gespräche mit Hitler niederzuschreiben, und zwar in Form wörtlicher Zitate, um die Öffentlichkeit zu interessieren; auch habe er ihm den größten Vorschuss gegeben, der je in Frankreich gezahlt worden sei. In Wahrheit habe Rauschning den „Führer“ nur viermal gesprochen; selbst angesichts der Monologe Hitlers sei das

[42] Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Band 7: Juli 1939–März 1940, bearb. von Elke Fröhlich, München 1998, S. 307, Eintrag vom 13. 2. 1940.

[43] Ebenda, S. 314, Eintrag vom 18. 2. 1940.

[44] Ebenda, S. 348, Eintrag vom 14. 3. 1940.

[45] Norman H. Baynes, A Short List of Books on National Socialism, in: Historical Association Pamphlet Nr. 125, 1943, S. 3.

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kaum genügend Stoff für ein Buch mit mehr als dreihundert Seiten gewesen. Also sind die „Gespräche mit Hitler“ nicht als wörtliche Niederschriften von Unterhaltungen mit Hitler anzusehen, wenn auch Teile des Buchs tatsächlich Notizen aus den vier Begegnungen sein mögen. Im Wesentlichen hat Rauschning einfach Material aus seinem vorhergehenden Buch und aus zeitgenössischen Veröffentlichungen, einschließlich der Reden Hitlers und seines „Mein Kampf“, zusammengestellt[46]. Trevor-Ropers Exemplar der Broschüre Hänels zeigt, dass der Oxforder Historiker dessen Bericht genau durchgearbeitet und besonders eindrucksvolle Passagen angestrichen hat. Er kam zu dem Schluss: „Wolfgang Hänel hat mich überzeugt, daß ich in diesem Punkte vorsichtiger hätte sein sollen.“ Indes darf dieser Schwäche auch nicht zuviel Gewicht beigemessen werden, wie Ian Kershaw betont hat: „Wenn auch [die Gespräche mit Hitler] […] nicht als akkurate Wiedergabe dessen genommen werden können, was Hitler tatsächlich gesagt hat, so steht doch nichts in ihnen, was dem widerspräche, was wir sonst von Hitlers Charakter und Meinungen wissen.“[47]

Für „Hitlers letzte Tage“ nutzte Trevor-Roper auch Rauschnings „Revolution des Nihilismus“, ein Buch, das eine weitreichende Analyse der Beweggründe und der Ziele der Nationalsozialisten bot. Rauschnings Deutung ist nicht ohne Fehl. Die Hauptschwäche ist seine Weigerung, dem Nationalsozialismus Ideen zuzugestehen. Rauschning meinte, der Nationalsozialismus habe seine rassistischen Ursprünge aufgegeben und seit 1938 den Rassismus lediglich als ein notwendiges Element der Propaganda benutzt. „Das Völkische ist Kulisse.“ Ferner behauptete er, dass umfassende deutsche Siedlung in Osteuropa nicht länger das zentrale Ziel nationalsozialistischer Außenpolitik sei, sie sei nicht mehr von Bedeutung. Er stellte Hitler als einen Opportunisten dar, nicht als einen Mann mit Vorstellungen: „Es gab und gibt kein Ziel, das nicht der Nationalsozialismus um der Bewegung willen jederzeit preiszugeben oder aufzustellen bereit wäre.“ Wie schon der Titel besagt, sind Revolution und Zerstörung die Hauptthemen von Rauschnings Buch. So könne sich die revolutionäre Elite in ihrer permanent prekären Lage nur an der Macht halten, wenn sie den revolutionären Prozess ständig weitertreibt. „Sie wird, sofern das innenpolitische Ordnungsgefüge radikal abgetragen ist, sich über die Grenzen wenden, um auch die außenpolitische Ordnung umzustürzen.“[48]

Trevor-Roper machte von Rauschnings Buch nur klug differenzierenden Gebrauch. So übernahm er zwar Rauschnings scharfsichtige These des zerstöreri-

[46] Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, S. 42; The Last Days of Hitler (1947), S. 4; Hitler's Table Talks 1941–1944, mit einem einleitenden Essay „The Mind of Adolf Hitler“ von H. R. Trevor-Roper, London 1953, S. x; DP, 729, Trevor-Roper an Namier, 30. 4. 1947; Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat, hrsg. von Hermann Graml und Klaus-Dietmar Henke, München 1986, S. 249; vgl. Hänel, Geschichtsfälschung, S. 25–27 u. S. 31–42.

[47] Trevor-Roper, Recherchen, in: Ritter (Hrsg.), Werkbesichtigung, S. 49; Ian Kershaw, Nazi Dictatorship, S. 156; vgl. Hermann Rauschning, Hitler m'a dit. Confidences du Führer sur Plan de Conquetes du Monde, Paris 1939.

[48] Hermann Rauschning, Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich, Zürich/New York 1939, S. 35, S. 38 f. u. S. 56.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schen oder nihilistischen Elements, nicht aber die Vernachlässigung der Ideen Hitlers. Trevor-Roper identifizierte als Zweck des NS-Systems „Weltmacht oder Niedergang“. Weltmacht bedeutete „die Eroberung Rußlands, die Ausrottung der Slawen und die Kolonisierung des Ostens“. Sollte das Streben nach Weltmacht scheitern, gab es als Alternative nur den Ruin; das war Nihilismus. Rauschnings Einfluss ist zu erkennen, wenn Trevor-Roper schreibt: „Nihilismus […] hat die Nazibewegung in ihren Frühtagen inspiriert; […] in den letzten Tagen […] kehrte sie zu diesem Nihilismus als ihrer Elementarphilosophie und ihrem Lebewohl zurück.“ Trevor-Ropers Betonung der dem Wesen nach zerstörerischen Natur des Nationalsozialismus findet die Zustimmung von Joachim Fest, der schreibt: „Sie [die letzten Durchhalte- und Zerstörungsbefehle Hitlers] waren […] allezeit Hitlers erstes und bevorzugtes Mittel gewesen, der Demolierungsvorsatz nichts anderes als der Ausdruck seiner authentischen Stimme. Jetzt wurde sie wieder hörbar.“ Auch Jeremy Noakes kommt zu dem Schluss, dass der „Nazismus wahrhaftig eine ‚Revolution der Zerstörung‘ gewesen ist – seiner selbst und anderer in einem beispiellosen Ausmaß“[49].

Wir haben gesehen, dass Trevor-Roper anfänglich glaubte, die Isolierung des Bunkers und die Begrenztheit des verfügbaren Materials würden spätere Korrekturen ausschließen. Das erwies sich als falsch, da er nicht in der Lage war, seine Darstellung des NS-Systems auf den Bunker zu beschränken und die breitere Entwicklung im nationalsozialistischen Deutschland zu ignorieren. Der weitere Horizont gab dem Buch seine Tiefe und seine erhellende Kraft, trug aber andererseits dazu bei, dass sich Fehler einschlichen. So illustriert die Rolle Albert Speers, Hitlers Rüstungsminister, die Undurchführbarkeit des Planes, die Analyse auf den Bunker zu beschränken. Speer hat Trevor-Ropers Aufmerksamkeit ganz besonders auf sich gezogen, war aber keine Figur des Bunkers. Er hat den Bunker nur gelegentlich aufgesucht, war aber im Übrigen in ganz Deutschland unterwegs. Trevor-Roper behandelte Speer zu nachsichtig. 1946 schrieb er: „Speer war eigentlich […] weder Künstler noch Politiker. In seinen Interessen und Ansprüchen hatte er mit dem übrigen Hof nichts gemein. Er spielte ihre Posse mit, trat aber auf ihrem eigentlichen Gebiet nicht in Wettbewerb mit ihnen […]. Speer war ein Technokrat und hatte die Philosophie eines Technokraten. Dem Technokraten ist, wie dem Marxisten, Politik belanglos.“ Trevor-Ropers Schilderung Speers hob dessen Versuche hervor, die Politik der „verbrannten Erde“, die Hitler am Ende des Krieges in Deutschland exekutiert sehen wollte, zu vereiteln und den „Führer“ in seinem Bunker zu töten. Dennoch charakterisierte Trevor-Roper den Rüstungsmanager als den „wahre[n] Verbrecher Nazideutschlands“, und zwar, paradoxerweise, gerade weil Speer Politik für irrelevant gehalten habe[50].

[49] Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, S. 42 f.; Fest, Der Untergang, S. 149; Noakes-Zitat in: Kershaw, Nazi Dictatorship, S. 171. Trevor-Roper hat die zentrale Rolle, die in seinen Augen Russland für Hitler spielte, trefflich in dem Satz zusammengefasst: „Mit dem Rußlandkrieg stand oder fiel der Nationalsozialismus“, in: Ders., Hitlers Kriegsziele, in: VfZ 8 (1960), S. 129.

[50] Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, S. 100 u. S. 225. Siehe auch ders., Porträt des wirklichen Nazi-Verbrechers (1949), in: Adelbert Reif (Hrsg.), Albert Speer. Kontroversen um ein deutsches Phänomen, München 1978, S. 233–239.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler John Kenneth Galbraith gratulierte Trevor-Roper im Juli 1947 zu „einer außerordentlich feinen und wunderbar zurückhaltenden historiographischen Leistung“. Speer wurde jedoch von ihm anders gesehen. Galbraith hatte in seiner Eigenschaft als einer der Leiter des amerikanischen „Strategic Bombing Survey“ Speer ebenfalls befragt: „Nach den ersten Tagen der Befragung kam ich zu dem Schluß, daß er, von seinen anderen bemerkenswerten Qualitäten abgesehen, ein superber Schauspieler war […]. Er war sich bewußt, daß seine Kollegen, in jenen frühen Tagen, eine ziemlich schlechte Vorstellung gaben. Den unbelehrbaren Nazi zu mimen, wie das später Göring tat, war sowohl unklug wie unziemlich. […] Speer wählte statt dessen den Mantel des unbeteiligten Beobachters und spielte diese Rolle überzeugend, indem er seine persönliche Loyalität zu Hitler beteuerte. Außerdem nahm er, da er persönlichen Mut besitzt und weiß, daß niemand einen Feigling achtet, die Haltung vollständiger Indifferenz an, was sein eigenes Geschick betrifft. Das Ganze verstehe ich als ein bewundernswert ausgedachtes und in Szene gesetztes Überlebenskonzept […]. Nicht einer in einer Million hätte sich in einer solchen Krise so gut halten können.“[51]

Die spätere Forschung hat Galbraiths Ansicht bekräftigt und gezeigt, dass Speer in der Tat ein unübertrefflicher Politikus war, der sich in den Machtkämpfen des Dritten Reiches bewegte wie ein Fisch im Wasser und dessen Amt gestohlenen jüdischen Besitz in Berlin weiter verteilte[52]. Noch 1945 suchte Speer Deutschland im Krieg zu halten, indem er die Interessen der Streitkräfte und der Rüstungsindustrie den Nöten der Zivilbevölkerung überordnete. Am 15. März versandte er eine Weisung Hitlers, der nach einem Vorschlag Speers anordnete, dass jenen Transporten Priorität einzuräumen sei, die unmittelbaren Nutzen für die Kriegführung hätten. Die Bedürfnisse der Wehrmacht erhielten also Vorrang vor dem Elend der Flüchtlinge, die nach Westen zu entkommen suchten. Als Ergebnis gab es für Flüchtlinge praktisch keine Züge mehr, und Millionen Zivilisten wurden von der Roten Armee überrollt. Speer hat Hitler nie zur Kapitulation aufgefordert, statt dessen in einem Memorandum vom 18. März drastische Maßnahmen verlangt, um das Reich noch an Oder und Rhein verteidigen zu können. Ohne Skrupel schickte er Angehörige

[51] DP, 729, J. K. Galbraith an Trevor-Roper, 15. 7. 1947.

[52] Vgl. Matthias Schmidt, Albert Speer. Das Ende eines Mythos. Speers wahre Rolle im Dritten Reich, Bern 1982. Trevor-Ropers persönliches Exemplar des Buches von Schmidt zeigt, dass er es auf die für ihn charakteristische Weise durchgearbeitet hat, wichtige Passagen anstreichend und seinen eigenen Index auf den Schlussseiten wie auf Einlagen ausarbeitend. Sein Fazit: „Dennoch kann ich in der Revision nicht so weit gehen wie Schmidt“, in: Recherchen, in: Ritter (Hrsg.), Werksbesichtigung, S. 49. Zur Diskussion über Speer siehe Gregor Janssen, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Berlin 1968; Willi A. Boelcke (Hrsg.), Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945, Frankfurt a. M. 1969; Karl-Heinz Ludwig, Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1974; Gitta Sereny, Albert Speer. His Battle with Truth, London 1995; Joachim Fest, Speer. The Final Verdict, London 2001, S. x. Fest schreibt: „Ich stehe besonders in der Schuld von Hugh Trevor-Roper, der selber eine Biographie Speers zu schreiben beabsichtigte. Jedoch kam er nie dazu, und so schlug er vor, daß ich es tun sollte.“

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Hitler-Jugend und alte Männer als Kanonenfutter in aussichtslose Gefechte; er wollte in einer letzten Schlacht „die Achtung des Feindes gewinnen“ und so ein günstiges Kriegsende erreichen. Er litt mithin unter der gleichen Illusion wie Hitler[53].

Mehr als vierzig Jahre später auf „The Last Days“ zurückblickend, räumte Trevor-Roper freimütig ein, dass ihn Speer in die Irre geführt hatte. Die meisten der von ihm vernommenen Nationalsozialisten hatten in der Niederlage jede Würde verloren. Speer hingegen war weder kriecherisch, noch suchte er seine Vergangenheit zu leugnen: „Speer zog mich an durch den Anschein der Fähigkeit, aufrichtig auf Ereignisse und auf sich selbst zu blicken und seine eigene Verantwortung zu ermessen und zuzugeben – oder wenigstens einen großen Teil davon. Später, als das Beweismaterial wuchs und ich Speer besser kennenlernte, war ich gezwungen, meine Sicht von ihm zu modifizieren. Seitdem sehe ich ihn als einen hochintelligenten Mann, in dem das Gefühl für Gut und Böse […] durch das Erlebnis der Macht verkümmert war. […] Gespräche mit ihm nach seiner Entlassung aus Spandau bestätigten es. Wie, fragte ich mich, hatte dieser kultivierte Mann es aushalten können, am 28. Februar 1943 im Berliner Sportpalast ein Podium mit Goebbels zu teilen [und] jener fürchterlichen Haßtirade gegen die Juden zu applaudieren […]. Nachdem ich einen Tag mit ihm in München verbracht hatte, ging ich ins Institut für Zeitgeschichte und las sie [die Rede]. Mir wurde übel.“[54]

Während Trevor-Roper den ehemaligen Rüstungsminister überschätzte, zeichnete er von anderen Angehörigen der NS-Elite ein akkurates Bild. Er porträtierte Göring und seine groteske Prunksucht, auf die er erstmals in den abgehörten Gesprächen des Generals von Thoma gestoßen war; das Thoma-Material hat er in „The Last Days“ aufgenommen. Trevor-Roper zeigte auch ein gutes Verständnis für den Machtkampf zwischen Himmler und Bormann. In „The Last Days“ arbeitet Trevor-Roper den Aberglauben und die Leichtgläubigkeit Himmlers heraus, ebenso aber dessen Effizienz als Administrator und sein Talent für die Auswahl fähiger Untergebener. Er verfolgt die wachsende Macht der SS während des Krieges, ihr Eindringen in den Bereich der Wehrmacht und schließlich, 1943, Himmlers Ernennung zum Reichsinnenminister. Ihre neuen Rollen brachten die SS zunehmend in Konflikte mit den Gauleitern der NSDAP, die naturgemäß die Unterstützung Martin Bormanns fanden, des Leiters der Parteikanzlei. Bormann hat die Position der Gauleiter erfolgreich gegen die SS behauptet und Anfang 1945 seinen Sieg damit krönen können, dass er Himmler, der 1918 nur Fahnenjunker gewesen war, den Oberbefehl über die Heeresgruppe Weichsel zuschob, was ihn in eine angesichts der weit überlegenen Roten Armee hoffnungslose Stellung manövrierte. Hans Mommsen hat in einem 2001 erschienenen Aufsatz Tre-

[53] Vgl. Heinrich Schwendemann, Drastic Measures to Defend the Reich at the Oder and the Rhein. A Forgotten Memorandum of Albert Speer of 18 March 1945, in: Journal of Contemporary History 38 (2003), S. 600–607.

[54] Trevor-Roper, Recherchen, in: Ritter (Hrsg.), Werkbesichtigung, S. 48 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor-Ropers These, im letzten Kriegsjahr habe die Macht der NSDAP wieder zugenommen, durchaus bestätigt[55].

Wie Trevor-Roper in „The Last Days“ die Rolle der Kirchen behandelte, löste die heftigsten Kontroversen aus. So schrieb er: „Die Kirchen machten ihm [Hitler] keine Schwierigkeiten.“ Johann Neuhäusler, Weihbischof von München, hielt dem entgegen: „Zu diesem Urteil konnten Sie meines Erachtens nur in Unkenntnis der Tatsachen kommen.“ Neuhäusler machte Trever-Roper auf sein eigenes Buch zu diesem Thema aufmerksam, ebenso auf das englische Werk „The Nazi Persecution of the Churches“, das allerdings auf Neuhäuslers Material basierte. Der Bischof vermochte Trevor-Roper nicht zu erschüttern; er antwortete: „Nach gründlicher Überlegung bin ich der Überzeugung, daß zwar einzelne Personen – Priester, Pastoren, fromme Christen – aktiv gegen den Nazismus gekämpft haben, […] daß aber die Kirchen selbst, als organisierte Institutionen, Aktionen gegen das Regime weder geplant noch durchgeführt haben, nicht die protestantische und nicht die katholische Kirche. Im ganzen bin ich Ihrer Meinung, daß die Kirche [sic] in der Tat verfolgt wurde, auch daß Sie den Bereich Ihrer geistlichen Zuständigkeit zu verteidigen suchten. Ich kann aber keine Beweise für andersgeartete Opposition finden.“ Trevor-Roper hat die Sätze, die solchermaßen Anstoß erregten, in späteren Auflagen beibehalten[56].

Trevor-Ropers Kommentare zu einigen Aspekten der katholischen Kirche erregten noch mehr Unmut als seine Geringschätzung der kirchlichen Opposition gegen Hitler. Solche Kommentare gehörten nicht zu der eigentlichen Argumentation seines Buches, sie dienten auch nicht als Beweise. Es handelte sich vielmehr um Vergleiche, die helfen sollten, Himmler und Goebbels zu verstehen. So illustrierte er Goebbels’ Propaganda mit einem Hinweis auf die Jesuiten, und um Himmlers Mentalität klarzumachen, brachte er sogar einen Heiligen ins Spiel. Er schrieb: „Josef Goebbels war […] der Vorzugsschüler eines Jesuitenseminars gewesen und bewahrte sich bis ans Ende den besonderen Charakter seiner Erziehung: er war immer imstande zu beweisen, was er beweisen wollte. […] So wie der Jesuit seinem bußfertigen Beichtkind einredet, daß alles in Ordnung sei, daß es gar nicht wirklich gesündigt habe […], so überzeugte Goebbels die Deutschen davon, daß ihre Niederlagen in Wirklichkeit Siege waren […]. Wie die Jesuiten ein Bildungssystem schufen, das auf Verhütung von Erkenntnis abzielte, so schuf Goebbels ein Propagandasystem, ironischerweise ‚Volksaufklärung‘ genannt, das mit Erfolg ein Volk zu glauben überredete, daß Schwarz Weiß sei.“[57]

Pater James Brodrick, Jesuit und Rezensent der englischen katholischen Wochenzeitschrift „The Tablet“, reagierte auf die zitierte Passage mit Empörung:

[55] Vgl. Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, S. 51, S. 55–61 u. S. 67–69; Hans Mommsen, The Indian Summer and the Collapse of the Third Reich. The Last Act, in: Ders. (Hrsg.), The Third Reich Between Vision and Reality. New Perspectives on German History 1918–1945, Oxford 2001, S. 109 f.

[56] Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, S. 45; DP, 729, Dr. Johann Neuhäusler an Trevor-Roper, 7. 1. 1950, Trevor-Roper an Weihbischof Dr. Johann Neuhäusler, 18. 1. 1950.

[57] Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, S. 52 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Hätte Goebbels selber, mit all seiner lateinischen und jesuitischen Hinterlist, […] mehr Böses auf so kurzem Raum über Leute andeuten können, die er nicht mochte? […] Es gibt im übrigen nicht den geringsten Beweis dafür, daß Goebbels seine frühe Erziehung von Jesuiten erhalten hat. Sie sind von Bismarck aus Deutschland vertrieben worden und kehrten erst 1919 zurück […]. Um zu einem anderen Punkt zu kommen: Woher in aller Welt weiß er denn, was jesuitische Beichtväter im Beichtstuhl zu ihren Beichtkindern sagen? Ist er Spion Gottes oder leidet er seit seiner kurzen Verbindung mit dem Geheimdienst unter dem Wahn der Allwissenheit? […] Was die Jesuiten und ihre Schaffung eines Erziehungssystems angeht, das auf die ‚Verhinderung von Erkenntnis abzielt', so fordere ich jedermann, einschließlich des Mr. Trevor-Roper, auf, zu erklären, was das eigentlich heißen soll." Brodrick sprach von den vielen Jesuiten, die im NS-Regime ermordet worden waren, und äußerte seinen Abscheu vor „jedem hinterhältigen und verächtlichen Versuch, des schlimmsten Goebbels wert, auf ihren Gräbern Hakenkreuze aufzurichten"[58].

Brodrick wies auch Trevor-Ropers Versuch zurück, das bei Himmler zu konstatierende Nebeneinander von Massenmord und privaten Tugenden zu erklären, indem er ihn mit einem Großinquisitor verglich. Trevor-Roper hatte geschrieben: „Die Großinquisitoren der Geschichte waren keine grausamen oder ihren Leidenschaften frönenden Männer. […] Sie waren oft von größter Güte zu Tieren, wie der seliggesprochene Robert Bellarmin, der sich weigerte, die Flöhe in seinen Gewändern zu stören. Da sie auf himmlische Glückseligkeit nicht hoffen konnten, sagte er, wäre es unbarmherzig, ihnen jene fleischlichen Genüsse zu verweigern, nach denen allein es sie verlangen konnte. Für Menschen aber, die das Falsche wählten, obgleich sie Gelegenheit hatten, das Rechte anzubeten, war kein Mittel zu drastisch." Brodrick wandte ein, dass Bellarmino nie Inquisitor war und dass er nicht von Flöhen geplagt wurde, sondern von Fliegen, die sich auf seiner Nase niederließen[59].

Nicht nur vom aufgestörten Klerus erhielt Trevor-Roper Briefe, sondern in nicht geringer Anzahl auch von katholischen Laien, zum Beispiel von dem bekannten Romancier Evelyn Waugh. „Sie vermitteln dem unbedarften Leser", schrieb Waugh, „den Eindruck, daß Bellarmino Großinquisitor gewesen ist – also eine rein spanische Funktion ausübte. Er war aber ‚consultor' des Heiligen Stuhls in Rom. Ich kenne keinen Fall, in dem er besonderen Eifer an den Tag gelegt hätte, um eine Todesstrafe zu erreichen. Kennen Sie einen? Kann es sein, daß Sie zu denen gehören, die glauben, daß Galilei verbrannt wurde? Die ganze Passage erinnerte mich sehr an jenen Engländer, der, als man ihm sagte, die Amerikaner hätten nie die Verbrennung Washingtons im Jahre 1812 verziehen, rief, ‚ich hab gar nicht gewußt, daß wir den Burschen erwischt haben'. […] Ich wollte, Sie würden mich zu einem jener jesuitischen Beichtväter dirigieren, die mich davon zu überzeugen versuchen, daß ich ohne Sünde bin. Ich finde, sie schlagen ganz andere Töne an."[60]

[58] J. Brodrick SJ, Jesuits and Nazis, in: The Tablet, 21. 6. 1947.
[59] Trevor-Roper, Hitlers letzte Tage, S. 54; vgl. Brodrick, Jesuits and Nazis.
[60] DP, 355, Brief von Evelyn Waugh, 12. 4. 1947.

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Welle der Kritik, die ihm aus dem katholischen Klerus und aus der katholischen Laienschaft entgegenschlug, beantwortete Trevor-Roper teils mit Widerstand, teils aber auch mit Rückziehern. In der 1950 publizierten zweiten Auflage seines Buchs fand sich die von Brodrick inkriminierte Stelle nach wie vor. Er verteidigte sie in einer Fußnote, in der er sich auf eine zeitgenössische Biographie von Jacopus Fuligatus berief; darin heiße es, bei den lästigen Tierchen habe es sich um Flöhe gehandelt – von Fliegen keine Rede. In vollem Ernst aber zitierte er Bellarmino selber, der geäußert hatte, es sei ein Akt der Barmherzigkeit, Häretiker zu liquidieren, „da sie, lebten sie länger, nur weitere Ketzereien erdenken, andere verführen und dadurch ihre eigene Verdammung um so unwiderruflicher herbeiführen würden“.

Die Parallele zwischen Goebbels und den Jesuiten ließ Trevor-Roper dagegen fallen. Dieser Vergleich hatte mehr Proteste provoziert als jede andere Stelle in „The Last Days“, und der Autor musste entdecken, dass er sich in der Tat auf brüchigem Boden bewegte. Pater Bernard Bassett SJ, der Trevor-Roper aus Oxforder Tagen kannte, versicherte ihm, dass Goebbels nie auf einer von Jesuiten geleiteten Schule gewesen war. Zuvor schon hatte sich Trevor-Roper an F. W. Pick gewandt, aus dessen Biographie des Reichspropagandaministers er die Information entnommen hatte[61]. Das bewog Pick zu weiteren Recherchen und schließlich zu der Feststellung, dass er sich geirrt habe. Goebbels alter Lehrer teilte Pick mit, dass an keiner der Rheydter Schulen, die Goebbels besucht hatte, Jesuiten als Lehrkräfte tätig gewesen waren. So räumte Trevor-Roper in der Einleitung zur zweiten Auflage seines Buches den Irrtum ein und strich aus den Absätzen, in denen er Goebbels in seine Darstellung einführte, vier Hinweise auf die Jesuiten und ihre Einflüsse[62].

Eine deutsche Übersetzung

Was immer aber die Schwächen einzelner Passagen gewesen sein mögen, Trevor-Ropers Buch entzauberte das NS-Regime, wie es noch nie zuvor entzaubert worden war. So gewann es rasch politische Bedeutung. Am 13. Juli 1947 teilte der Privatsekretär des Premierministers dem Privatsekretär des Kanzlers des Herzogtums Lancaster mit, „der Premierminister [Clement Attlee] hat kürzlich H. R. Trevor-Ropers ‚The Last Days of Hitler‘ gelesen und hält dafür, daß diese aufs schwerste belastende Enthüllung des wahren Charakters und der Intrigen der Nazi-Führer die größtmögliche Verbreitung in Deutschland finden sollte. Er hat mir deshalb aufgetragen, mich zu erkundigen, ob das Buch schon übersetzt wurde, und zwar im Hinblick auf eine Veröffentlichung in Deutschland, oder ob Schritte dazu erwogen werden.“[63]

[61] Vgl. F. W. Pick, The Art of Dr. Goebbels, London 1942.

[62] H. R. Trevor-Roper, The Last Days of Hitler, London [2]1950, S. lvi u. S. 18 f., Fußnote zu S. 22 f.; DP, 729, Bernard Bassett SJ an Trevor-Roper, 30. 5. 1947, F. W. Pick an Trevor-Roper, 26. 5. 1948. Die vier Vergleiche mit den Jesuiten sind in der deutschen Ausgabe von 1965 enthalten.

[63] NAUK, FO 938/196, Francis Graham-Harrison an C. M. Anderson, 13. 7. 1947.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Als Attlee nachfragte, hatte im „British Element in the Allied Control Commission for Germany“, das sich in Berlin befand, bereits konstatiert werden müssen, dass Plänen zu einer deutschen Ausgabe des Buches ein übles Geschick beschieden gewesen war. Im November 1946 hatte Trevor-Ropers Verleger Macmillan die Abdruckrechte dem „Director of Information Services in the Control Commission“ angeboten. Am 10. Dezember kam die Antwort, dass man bei den führenden Zeitungen Wiens und in der britischen Zone Deutschlands nachgefragt habe, dass aber diese Blätter den Zeitpunkt für ungünstig hielten: „Gegenwärtig gelte es, nicht zuviel Aufmerksamkeit der Vergangenheit zu widmen, sondern sich auf die positiven Aufgaben des Wiederaufbaus zu konzentrieren.“ Daraufhin wandte sich Macmillan an die „Books Section of the Control Commission“, stieß jedoch wieder auf Ablehnung. Dem zuständigen Mann entging der politische Wert des Buches, und so versäumte er eine große Gelegenheit. Ebenso vergeblich klopfte Macmillan bei der amerikanischen Militärregierung an. Einem Vorschlag Trevor-Ropers folgend, es doch in der Schweiz zu versuchen, verkaufte daher Macmillan die Rechte am 26. Februar 1947 an den Schweizer Verlag Amstutz und Herdeg[64].

David White vom Foreign Office schrieb danach an die Control Commission: „Es ist gewiß eine Kette sehr unglücklicher Umstände, die uns dazu geführt hat, daß wir die deutschen Rechte an diesem Buch nicht bekommen konnten. […] Der Verlag Macmillan tut alles, was er tun kann, um uns zu helfen und den Schweizer Verleger unter Druck zu setzen. Michael Balfour und Robert Birley von der Control Commission waren ebenfalls der Meinung: ‚Das ist die Art Buch, die von den Deutschen gelesen werden sollte.‘“ Schließlich offerierte White dem Schweizer Verlag am 6. September erbärmliche 100 Pfund für eine deutsche Auflage von 20.000 Exemplaren. Amstutz erwiderte, 100 Pfund seien „derart unangemessen, daß [das Angebot] für jeden Verleger kaum einen Gedanken wert ist“. Am 3. Dezember kam Amstutz ins Foreign Office, und White „bot alle Überredungskünste auf“, doch ohne Erfolg. Er kam zu dem Schluss, dass Amstutz „ein sehr eigenwilliger Mann ist und außerordentlich obstinat, […] grundsätzlich gegen jede Sterling-Offerte, die wir ihm machen können. Er ist nur daran interessiert, eine Filiale seines Verlags in Deutschland aufzumachen.“ Im Februar 1948 meldete sich Amstutz erneut und teilte White, für den Fall, dass das Foreign Office Exemplare kaufen wolle, mit, die Schweizer Ausgabe werde im März erscheinen. Indes hat Amstutz seine egoistische Weigerung, die Reeducation der Deutschen seinen Geschäftsinteressen überzuordnen, nichts eingebracht. Nachdem er schließlich Zugang zum deutschen Markt bekommen hatte, klagte er bei Macmillan darüber, dort sei seine Ausgabe von „The Last Days“ nicht gut gegangen; im ganzen Jahr 1951 habe er lediglich 73 Exemplare verkauft[65].

[64] Ebenda, Trevor-Roper an Robert Birley, 15. 5. 1947, Michael Balfour an D. White, G. I (PDM [bzw. PMD]) Section, Foreign Office (German [Educational] Dept.), 27. 5. 1947; BLMA, Briefordner 497/606, Lovat Dickson an Trevor-Roper, 11. 6. 1947.

[65] NAUK, FO 938/196, Foreign Office P. M. D. Section an M. Belfour C. C. G. (B. E.) Berlin, 6. 6. 1947, P. M. D. Section an Verlag Amstutz, 6. 9. 1947, Amstutz an D. H. White, P. M. D. Sec-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dass Trevor-Ropers Buch in Deutschland mit solcher Verzögerung erschien, bedeutete, dass deutsche Leser auf auszugsweise Raubdrucke in der Presse und auf die englische Ausgabe angewiesen waren. Am 23. Februar 1948 richtete die „Information Control Branch“ des „British Element of the Control Commission“ an ihre „Information Centres“ in der britischen Zone eine Umfrage, wie denn die Deutschen auf das Buch reagierten. Nahezu einhellig konstatierten die „Information Centres“ eine große Nachfrage. In Neumünster hieß es beispielsweise, dass „jedermann, der englisch lesen kann, das Buch haben möchte […]. Die meisten Leser bedauern, daß es keine deutsche Ausgabe gibt.“ Deutsche Leser hielten Trevor-Ropers Urteile für objektiv. Das „Information Centre“ in Schleswig berichtete: „Leser sagen, daß das Buch gerecht ist. Der Autor habe versucht, die Dinge leidenschaftslos zu sehen.“ Das Gelsenkirchener „Centre“ meldete allerdings, dass das Buch zwar weithin gelesen werde, „die Leute aber in Gegenwart unseres Personals nur sehr vorsichtige Kommentare abgeben“. In einem anderen Bericht hieß es: „Das Buch wird im allgemeinen ohne Kommentar zurückgegeben. Wenn ein Leser eine Bemerkung macht, dann in dem Sinne, daß ‚Hitler sein Schicksal verdient‘ habe.“ Die „Information Services Control“ für Nordrhein-Westfalen zog das Fazit: „Es handelt sich wahrscheinlich um das am meisten gelesene Buch, das unseren Bibliotheken bislang geliefert wurde.“

Gleichwohl hat das anfängliche Fehlen einer deutschen Übersetzung den Leserkreis naturgemäß eingeschränkt. Wieviel größer wäre die Wirkung des Buches in Deutschland gewesen, hätte die britische Regierung die Rechte für eine deutsche Ausgabe erworben. Als das JIC das Manuskript gebilligt hatte, war auch an eine deutsche Übersetzung gedacht worden, aber das Foreign Office hatte es versäumt, dafür zu sorgen, dass dies auf eine Weise geschah, die den britischen Interessen gedient hätte. So ist der volle Nutzen, den man sich von Trevor-Ropers Untersuchung und der anschließenden Veröffentlichung seines Buches versprochen hatte, nicht erreicht worden[66].

Zusammenfassung

Trevor-Roper kam dazu, „The Last Days“ zu schreiben, weil er für diese Aufgabe der ideale Kandidat war. Er hatte in den dreißiger Jahren das nationalsozialistische Deutschland besucht, er beherrschte die deutsche Sprache und konnte all dies während des Krieges aufs Beste im britischen Nachrichtendienst anwenden, wobei er seine Kenntnis des NS-Regimes permanent vertiefte. Und da er von Beruf und von Geblüt Historiker war, außerdem über die Gabe ungewöhnlich attraktiver Darstellung verfügte, war niemand besser geeignet, die ursprüngliche

tion, 17. 9. 1947 u. 5. 2. 1948, D. H. White an P. S. des Chancellor, 3. 12. 1947; BLMA, Briefordner 526/501, R. F. Allen an Dr. Amstutz, 25. 4. 1952.

[66] NAUK, FO 938/196, Information Centres Section Kiel an HQ Information Centres Section, März 1948, Land N. Rhine/Westphalia, Reader's Reaction to the book „The Last Days of Hitler“; PRISC Branch an Information Centres Control Branch, CCG (BE) ZEO, 4. 3. 1948, Report on „The Last Days of Hitler“ von Trevor-Roper for North Rhine Westphalia.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Untersuchung in ein zeitgeschichtliches Buch zu verwandeln. Seine tief dringende Deutung Hitlers und des Nationalsozialismus ist von späteren Historikern weitgehend bestätigt worden, ebenso seine These von der Neubelebung der NSDAP unter Martin Bormann. Daneben wiegt es nicht schwer, dass er auf Hitlers Rüstungsminister Albert Speer und dessen Schauspielkünste hereingefallen ist. Alles in allem bleibt Trevor-Ropers Buch eine fesselnde und unschätzbare Studie. Es war seine Absicht, ein Buch von bleibendem Wert zu schreiben, und das ist ihm geglückt. Anton Joachimthalers jüngste Arbeit hat nur wenige Detailfehler in Trevor-Ropers Werk ausmachen können. Nach wie vor überwiegen die Stärken des Buches seine Schwächen[67]. Auch wenn Trevor-Roper mit A. J. P. Taylor heftige Kontroversen über Hitler ausfocht, so hat doch niemand „The Last Days" wärmer gepriesen als Taylor, der noch 1968 schrieb: Trevor-Ropers „brillantes Buch zeigte, wie ein bedeutender Historiker zur Wahrheit gelangen kann, selbst wenn ein großer Teil des Materials noch fehlt oder ihm, wie in diesem Fall, absichtlich vorenthalten wird. […] Dies alles war die Leistung eines unvergleichlichen Wissenschaftlers."[68]

[67] Vgl. Anton Joachimsthaler, Hitlers Ende. Legenden und Dokumente, München 1995.
[68] DP, 703, A. J. P. Taylor, Funeral in Berlin, in: The Observer, 29. 9. 1968.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sind die teils massiven Integrationsprobleme der Arbeitsmigranten nur die Folge falschen Zögerns der Bundesregierungen, Deutschland schon in den 1960er und 1970er Jahren zum Einwanderungsland zu erklären? Gegen den in der Ideologisierung nach 1968 entstandenen „Opfer-Plot" von der kapitalistischen Ausbeutung der Migranten – im „Spiegel" erst kürzlich wieder ausgebreitet – wenden sich Hedwig und Ralf Richter. Auf der Basis ihrer Studien über italienische Gastarbeiter im Wolfsburger VW-Werk plädieren die Autoren dafür, die Mitverantwortung der Migranten für das Geschehen stärker zu berücksichtigen und auf diachrone Vergleiche mit der Fremdarbeiterpolitik der NS-Zeit besser zu verzichten.

Hedwig Richter und Ralf Richter

Der Opfer-Plot

Probleme und neue Felder der deutschen Arbeitsmigrationsforschung

Die zeithistorische Forschung zur Arbeitsmigration in Deutschland, um die es in diesem Aufsatz gehen soll, könnte durch die stärkere Einbeziehung dreier Felder an Tiefenschärfe gewinnen: Erstens sollte die Arbeit und mit ihr das Unternehmen ins Blickfeld rücken, das die Migranten beschäftigt. Zwar gibt es wichtige sozial- und politikhistorische Studien zur Arbeitsmigration[1], doch enden die meisten Untersuchungen vor dem Werktor. Die Forschungen, die das Unternehmen in den Blick nehmen, sind häufig methodisch unzureichend[2]. Die Wirt-

[1] Vgl. etwa Michael Bommes/Jochen Oltmer (Hrsg.), Sozialhistorische Migrationsforschung. Gesammelte Aufsätze von Klaus J. Bade, Göttingen 2004; Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland – Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001; Jochen Oltmer (Hrsg.), Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Göttingen 2003; Yvonne Rieker, „Ein Stück Heimat findet man ja immer" – Die italienische Einwanderung in die Bundesrepublik, Essen 2003; Karen Schönwälder, Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Essen 2001. Einen Literaturüberblick zur Forschung der 70er und 80er Jahre bieten Lutz-Rainer Reuter/Martin Dodenhoeft, Arbeitsmigration und gesellschaftliche Entwicklung. Eine Literaturanalyse zur Lebens- und Bildungssituation von Migranten und zu den gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1988. Vgl. zur neueren Forschung auch die Themenhefte Migration in den Zeitschriften Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 2 (2005), H. 3, Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 56 (2005), H. 10, IMIS-Beiträge sowie Prokla 35 (2005), H. 3. – Für Kritik und Anregungen danken wir Ralph Jessen, Jürgen Kocka, Jens Niederhut, Francesco Serratore und Uwe Spiekermann.

[2] Vgl. Knuth Dohse, Ausländerpolitik und betriebliche Ausländerdiskriminierung, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaften 9 (1981), S. 499–527; Anne von Oswald, Volkswagen, Wolfsburg und die italienischen „Gastarbeiter", 1962–1975. Die gegenseitige Verstärkung des Provisoriums, in: Archiv für Sozialgeschichte 42 (2002), S. 55–79; Burkhard Hergesell, Interkulturelle Arbeitsbeziehungen im Betrieb, in: Jan-Otmar Hesse/Christian Kleinschmidt/Karl Lauschke (Hrsg.), Kulturalismus. Neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Eine Zwi-

VfZ 1/2009 © Oldenbourg 2009 DOI 10.1524/vfzg.2009.0033

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schafts- und Unternehmensgeschichtsschreibung ihrerseits hat das Thema vernachlässigt, sodass ihre methodischen Ansätze von der Migrationsforschung kaum genutzt worden sind[3]. Gleiches lässt sich für die Debatten über die Geschichte der Arbeit feststellen, die von der Arbeitsmigrationsforschung zu wenig wahrgenommen werden und ihrerseits die Arbeitsmigration noch nicht entdeckt haben[4].

Zweitens wäre eine stärkere Historisierung der Arbeitsmigrationsforschung in der Bundesrepublik hilfreich[5]. Viele der sozial- und politikgeschichtlichen Studien verstehen sich als Beitrag zur politischen Auseinandersetzung und Entscheidungsfindung, wodurch die historische Perspektive zuweilen in den Hintergrund gerät. Zudem wird möglicherweise die Rolle des Staates im Migrationsprozess durch die enge Verknüpfung der Migrationsforschung mit der Politikberatung überschätzt. Die Debatte um die Arbeitsmigration ist dabei, wie wir zeigen werden, oft normativ und von einer doppelten Kritik geprägt: a) einer aus den 1970er und frühen 1980er Jahren herrührenden Kapitalismuskritik, die teilweise bis heute nachwirkt; b) einer Kritik der Einwanderungspolitik sämtlicher Bundesregierungen, womit meist eine Kritik an der deutschen Gesellschaft und ihrem fehlenden Integrationswillen einhergeht. Dieser Diskurs ist heuristisch aber nicht besonders hilfreich. Es stellt sich vielmehr die Frage, ob nicht die zeithistorische Arbeitsmigrationsforschung in Deutschland innerhalb von Konstrukten agiert, die unser Blickfeld einengen oder gar verzerren[6].

---

schenbilanz der Unternehmensgeschichte, Essen 2002, S. 137–157. Selbst da, wo es explizit um den „Arbeitsmarkt" geht, bleibt die Arbeit außen vor (Tagungsbericht Migration und Arbeitsmarkt vom 17. bis zum 20. Jahrhundert – II. 03. 04. 2008-05. 04. 2008, Bonn, in: H-Soz-u-Kult, 03. 07. 2008, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2168>). Diese Vernachlässigung der Arbeitswelt ist umso erstaunlicher, als Rudolf Braun schon damals in seinem Standardwerk zur italienischen Arbeitsmigration in der Schweiz auf ihre Bedeutung verwies; vgl. ders., Sozio-kulturelle Probleme der Eingliederung italienischer Arbeitskräfte in der Schweiz, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1970. Eine Ausnahme bildet Yano, der sich jedoch auf die Anwerbung konzentriert. Vgl. Hisashi Yano, Arbeitsmigration im Steinkohlenbergbau in der Frühphase der Bundesrepublik, in: Hesse/Kleinschmidt/Lauschke (Hrsg.), Kulturalismus, S. 253–272.

[3] Vgl. Gerold Ambrosius u. a. (Hrsg.), Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen, München 1996; Toni Pierenkemper, Unternehmensgeschichte. Eine Einführung in ihre Methoden und Ergebnisse, Stuttgart 2000; Hartmut Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte. Eine themen- und theorieorientierte Einführung, Paderborn u. a. 2004.

[4] Vgl. etwa Michael S. Aßländer, Von der vita activa zur industriellen Wertschöpfung. Eine Sozial- und Wirtschaftsgeschichte menschlicher Arbeit, Marburg 2005; Jürgen Kocka/Klaus Offe (Hrsg.), Geschichte und Zukunft der Arbeit, Frankfurt a. M./New York 2000.

[5] Vgl. Michael G. Esch/Patrice G. Poutrus, Zeitgeschichte und Migrationsforschung: Eine Einführung, in: Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe 2 (2005), H. 3, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Esch-Poutrus-3-2005> (11. 8.2006), S. 1–3; Harald Kleinschmidt, Menschen in Bewegung. Inhalte und Ziele historischer Migrationsforschung, Göttingen 2002, S. 13.

[6] In einer Tagung der Universitäten Wien und Salzburg 2006 unter dem Titel „Möglichkeiten einer reflexiven historischen Migrationsforschung" wurde nach der Konstrukthaftigkeit nicht nur der Arbeitsmigration, sondern der gesamten bisherigen Migrationsforschung gefragt

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Drittens schließlich kann sich ein Blick auf die Migranten selbst als aufschlussreich erweisen. Ihre Herkunft, ihre Vorstellungen von einem guten Leben, ihre sozialen und strukturellen Einbindungen sind bisher zu wenig berücksichtigt worden[7]. Daher wird auch die Rückkehr – der Lebenstraum, den sich etwa die Mehrheit der italienischen Arbeitsmigranten erfüllte – in der deutschen Forschung zwar hin und wieder angesprochen, jedoch kaum in die Analyse einbezogen[8]. In den 1960er Jahren etwa kehrten knapp 89 Prozent der italienischen Arbeitsmigranten von der Bundesrepublik zurück nach Italien[9]. Dennoch ist eine Arbeit wie die von Arnd Schneider von 1990, die die Rückkehr der Italiener thematisiert, die Ausnahme und wird kaum rezipiert[10].

Wohl nicht zuletzt deshalb, weil die drei genannten Punkte zu wenig Beachtung gefunden haben, dominiert in der Arbeitsmigrationsforschung und im öffentlichen Diskurs ein Erzählmuster, das wir im Folgenden als Opfer-Plot bezeichnen: Der Plot beginnt, überspitzt formuliert, mit der Unterdrückung der Migranten und führt über ihr Protestverhalten zur Integration. Dabei wird in der Erzählung das Ziel, die Integration, nicht immer erreicht, aber immer eingefordert; an diesem Ziel wird der Migrationsprozess gemessen. In der Forschung über die Italiener bei Volkswagen zeigt sich beispielhaft die Genese dieses Opfer-Plots, sein zähes Fortleben und seine Wirkung auf die öffentliche Debatte. Ziel des Aufsatzes ist es, anhand des Volkswagenwerks in Wolfsburg und seiner italienischen Arbeitsmigranten in einem ersten Teil zu exemplifizieren, wie die Arbeitsmigrationsforschung durch diesen Plot geprägt und wie dadurch die Analyse gehemmt wird. Der zweite Teil soll anhand des Volkswagenwerks neue und

(<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=5352>); vgl. auch Esch/Poutrus, Zeitgeschichte und Migrationsforschung, S. 1.

[7] Auch die Gender-Forschung, die sich schon länger der Arbeitsmigrationsforschung angenommen hat, konnte an diesem Defizit kaum etwas ändern; vgl. dazu Monika Mattes, „Gastarbeiterinnen“ in der Bundesrepublik. Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt a. M./New York 2005; vgl. auch Sylvia Hahn, Migration – Arbeit – Geschlecht: Arbeitsmigration in Mitteleuropa vom 17. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, Göttingen 2008.

[8] Vgl. beispielhaft Karen Schönwälder, Migration und Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Rosmarie Beier-de Haan (Hrsg.), Zuwanderungsland Deutschland. Migration 1500–2005, Wolfratshausen 2005, S. 106–119, hier S. 112; vielversprechend klingt die Ankündigung einer Tagung zur „Remigration: Rückkehr in historischer Perspektive“, in der es darum gehen soll, Migration nicht mehr länger „vorwiegend als lineare Prozesse“ zu interpretieren, „an deren Ende die Integration im Aufnahmegebiet stand“; doch widmet sich kein Konferenzbeitrag der Rückkehr von Arbeitsmigranten, http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=10026.

[9] Vgl. zu den Zahlen der Rückkehrer Carlo Masala, Italia und Germania. Die deutsch-italienischen Beziehungen 1963–1969, Köln ²1998, S. 84 u. S. 86. Rieker, „Ein Stück Heimat“, S. 106, nennt Zahlen für die Zeit von 1958 bis 1975. Demnach kehrten im Durchschnitt über 72 % zurück; Rückkehrer, die binnen Jahresfrist zurückgingen, sind nicht berücksichtigt. Dieser Anteil war bei Italienern ausgesprochen hoch.

[10] Vgl. Arnd Schneider, Emigration und Rückwanderung von „Gastarbeitern“ in einem sizilianischen Dorf, Frankfurt a. M. u. a. 1990.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bisher wenig beachtete Felder der Arbeitsmigrationsforschung aufzeigen, die das dominierende Erzählmuster aufbrechen können.

1. Gehemmte Geschichtsanalyse: Das Beispiel Volkswagen

Der Autobauer Volkswagen und seine italienischen Arbeitsmigranten bieten sich aus zwei Gründen für eine Untersuchung an: Zum einen weist die bisherige dichte Forschung über die Italiener in Wolfsburg prototypisch die Defizite der Arbeitsmigrationsforschung auf. Zum anderen können durch die gute Quellenlage und die besondere Situation in Wolfsburg die jeweiligen Handlungsspielräume von Unternehmen, Kommune und Politik und ihre Interdependenzen genau analysiert werden.

Anfang der 1960er Jahre befand sich der Autobauer auf Expansionskurs. Die Jahresproduktion allein der Personenkraftwagen hatte sich während des zurückliegenden Jahrzehnts um 870 Prozent auf 870.000 gesteigert. Im Inland beherrschte Volkswagen fast die Hälfte des Automobilmarktes, und sein Anteil am deutschen Kfz-Export lag bei rund 55 Prozent[11]. Zwar hatte sich die VW-Belegschaft von 1950 (mit rund 15.000 Beschäftigten) bis 1960 (mit 39.000 Beschäftigten) schon weit mehr als verdoppelt, doch das Autowerk expandierte so stark, dass es weitere Tausende von Arbeitern benötigte. An Arbeitskräften mangelte es aber in der Bundesrepublik[12]. Daher beschäftigte das Volkswagenwerk ab 1962 aus Italien angeworbene Arbeiter (siehe Diagramm). Migrantinnen spielten wegen der inoffiziellen, Frauen diskriminierenden Einstellungspraxis des Autobauers keine Rolle. In den 1970er Jahren kamen als weitere Migrantengruppen Tunesier und Jugoslawen zu Volkswagen. Dieser Beitrag beschränkt sich jedoch auf die Italiener, da sie mit zeitweise über 9000 Arbeitern bei weitem die größte Gruppe waren und sich die Migrationspolitik von Unternehmen und Kommune überwiegend auf sie bezog[13]. Zudem ist die Herkunft der Migranten für die Analyse von wesentlicher Bedeutung – daher können Migranten unterschiedlicher Ursprungsländer nicht, wie es zuweilen passiert, in eins gesetzt werden. Selbst der nationalstaatliche Bezugsrahmen erweist sich als problematisch, wenn die engere Herkunftsregion für die Fragestellung relevant wird.

---

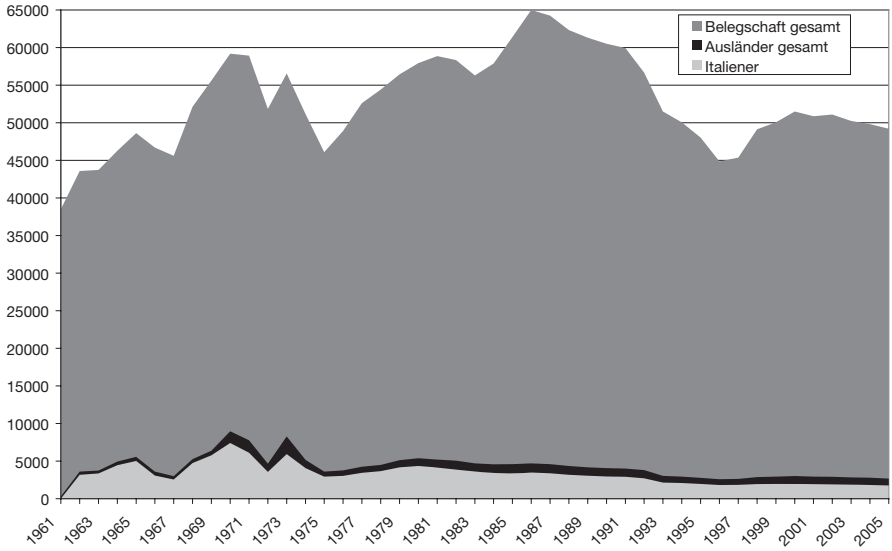
[11] Vgl. Volker Wellhöner, „Wirtschaftswunder", Weltmarkt, Westdeutscher Fordismus. Der Fall Volkswagen, Münster 1996, S. 181; Markus Lupa, Volkswagen Chronik, Wolfsburg 2002, S. 35 u. S. 53–56; Heidrun Edelmann, Heinz Nordhoff und Volkswagen. Ein deutscher Unternehmer im amerikanischen Jahrhundert, Göttingen 2003, S. 96 f. u. S. 139.

[12] Vgl. Wellhöner, „Wirtschaftswunder", S. 139; Edelmann, Nordhoff, S. 189; Aktennotiz „Betrifft: Italienische Gastarbeiter" der Personalabteilung vom 27. 10. 1961, in: Unternehmensarchiv der Volkswagen AG (künftig: UVW), 174/2290; Protokoll der Aufsichtsratssitzung vom 7. 12. 1961, S. 19, in: UVW, 494/1610.

[13] Der Höchststand wurde am 15. 5. 1971 mit 9161 italienischen Arbeitern erreicht (bei 10.957 ausländischen Arbeitsmigranten, darunter 994 Tunesier); Personalstatistik 31. 12. 1991, in: UVW, 677/47; vgl. zur Frauen diskriminierenden Einstellungspolitik von VW Christine von Oertzen, Männerwelt Volkswagenwerk. Frauenarbeit und Geschlechterpolitik in der „Käferstadt", in: Rosmarie Beier (Hrsg.), Aufbau West – Aufbau Ost. Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit, Ostfildern-Ruit 1997, S. 211–217, hier S. 214 und passim.

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Diagramm: Belegschaftsentwicklung im Volkswagenwerk Wolfsburg, 1961–2005



Quelle: Personalstatistik 31. 12. 1991 (UVW, 677/47) und Auskunft der Personalabteilung der Volkswagen AG.

1.1 Der Opfer-Plot in der Forschung über Volkswagen

Die bisherigen Veröffentlichungen über die italienischen Beschäftigten bei Volkswagen in der Nachkriegszeit zeichnen stark zugespitzt folgendes Bild: In unheilvoller Parallele zur NS-Vergangenheit als Unternehmen der Deutschen Arbeitsfront mit Zehntausenden von Zwangsarbeitern ließ Volkswagen Anfang der 1960er Jahre Fremde in ihrem Heimatland auf ihre Tauglichkeit hin selektieren, in Zügen herbei transportieren, für sich arbeiten und hinter einen Zaun sperren[14]. Die Italiener mussten in katastrophalen Massenunterkünften schlafen. Fortbildungs- und damit Aufstiegsmöglichkeiten wurden den Migranten von deutscher Seite systematisch vorenthalten. Dennoch gelang dem Unternehmen die massenweise Anwerbung der Italiener, weil der VW-Chef Heinrich Nordhoff im Bunde mit der katholischen Kirche stand. Der Vatikan schickte Geistliche übers italienische Land, die die unbedarften Dorfbewohner aufforderten, nach

[14] Wichtiger Bestandteil des allgemeinen Opfer-Plots ist die fortbestehende Überzeugung, die Idee für die Anwerbung der Italiener sei von der deutschen Industrie bzw. der Bundesrepublik ausgegangen; vgl. etwa Thomas Bauer/Barbara Dietz/Klaus F. Zimmermann/Eric Zwintz, German Migration. Development, Assimilation, and Labour Market Effects, in: Klaus F. Zimmermann (Hrsg.), European Migration. What Do We Know?, Oxford 2005, S. 197–262, hier S. 206; Klaus J. Bade/Jochen Oltmer, Deutschland, in: Klaus J. Bade/Pieter C. Emmer/Leo Lucassen/Jochen Oltmer (Hrsg.), Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Paderborn u. a. 2007, S. 141–170, hier S. 159. Doch tatsächlich hatte die italienische Regierung die Initiative ergriffen; vgl. Heike Knortz, Diplomatische Tauschgeschäfte. „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953–1973, Köln 2008.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wolfsburg zu gehen. Obendrein musste Volkswagen dank des päpstlichen Einflusses einen geringeren Preis als alle anderen deutschen Unternehmen für die solchermaßen rekrutierten Arbeitskräfte an das deutsche Arbeitsamt zahlen. Doch zeigten die Migranten Protestpotenzial: die Fluktuation war sehr hoch, die Italiener „machten krank", und es brach ein wilder Streik aus. Dank dieser Widerständigkeit gelang ihnen schließlich die Integration in die deutsche Gesellschaft[15].

Es ist erstaunlich, wie sich dieses Erzählmuster immer wieder durchsetzt. Nahe liegende Fragen werden dabei nicht gestellt: Wie konnten im zusammenwachsenden West-Europa der 1960er Jahre solch fragwürdige Rekrutierungsmethoden betrieben, solch prekäre Arbeitsverhältnisse geduldet werden? Wie konnte Volkswagen die gesetzlichen Bestimmungen für Unterbringung und Versorgung so problemlos umgehen, obwohl es sich nolens volens an diese halten musste, solange es die Arbeitskräfte über das bundesdeutsche Arbeitsamt rekrutierte, und obwohl es wie alle Großunternehmen regelmäßig kontrolliert wurde und darüber hinaus besonders im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit stand[16]? Verwunderlich auch die Rolle des Vatikans: Warum half der Heilige Stuhl dem deutschen Automobilkonzern? Wie kam er dazu, die Unkosten-Pauschale, die jedes Unter-

[15] Vgl. zu diesem zugespitzten Bild Anne von Oswald, Volkswagen; dies. u. a., Einwanderungsland Deutschland. A New Look at its Post-war History, in: Rainer Ohliger u. a. (Hrsg.), European Encounters. Migrants, Migration and European Societies since 1945, Aldershot 2002, S. 19–37, hier S. 27 f.; dies., „Stippvisiten" in der „Autostadt". Volkswagen und die italienischen Gastarbeiter, 1962–1975, in: Klaus J. Bade/Jochen Oltmer (Hrsg.), Zuwanderer und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg, Osnabrück 2002, S. 225–252; dies., Labour Migration, Immigration Policy, Integration. A Re-evaluation of the West German Experience, in: Studi Emigrazione, 141 (2001), H. 3, S. 115–130; dies./Barbara Sonnenberger, „Bullenkloster". Leben in „Gastarbeiter"-Unterkünften in den sechziger und siebziger Jahren, in: Sozialwissenschaftliche Informationen 29 (2000), S. 200–207; dies., „Venite a lavorare con la Volkswagen!" Management-Strategien der italienischen Gastarbeiter in der Käferstadt, 1962–1975, in: Stefano Musso (Hrsg.), „Annali" della Fondazione Feltrinelli 1997. Tra Fabbrica e società. Mondi operai nell' italia del Novecento, Mailand 1999, S. 695–740; dies., Arbeitseinsatz der „Gastarbeiter" im Volkswagenwerk (1962–1974/75). Wolfsburger Sonderfall oder bundesdeutscher Normalfall?, in: Katja Dominik u. a. (Hrsg.), Angeworben – eingewandert – abgeschoben. Ein anderer Blick auf die Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland, Münster 1999, S. 83–100; dies./Barbara Schmidt, „Nach Schichtende sind sie immer in ihr Lager zurückgekehrt …" Leben in „Gastarbeiter"-Unterkünften in den sechziger und siebziger Jahren, in: Jan Motte u. a. (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte, Frankfurt a. M./New York 1999, S. 184–214; dies., „Venite a lavorare con la Volkswagen!" „Gastarbeiter" in Wolfsburg 1962–1974, in: Beier (Hrsg.), Aufbau West – Aufbau Ost, S. 198–207. Weitere Publikationen, die die Thesen aufgreifen: Edelmann, Nordhoff, S. 235; Wellhöner, „Wirtschaftswunder", S. 157 f.; Andreas Ehrhardt/Manfred Weule, Leben aus dem Koffer – Italiener bei Volkswagen, in: Geschichtswerkstatt 26 (1992), H. 10, S. 42–50; Dohse, Ausländerpolitik, S. 499–527; Knuth Dohse, Ausländerentlassungen beim Volkswagenwerk, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaften 4 (1976), S. 485–493; Rainer Dombois, Massenentlassungen bei VW, in: Ebenda, S. 432–464. Auch jenseits der Forschung wird dieses Erzählmuster aufgegriffen; vgl. Carola Rönneburg, Grazie mille! Wie die Italiener unser Leben verschönert haben, Freiburg u. a. 2005, besonders S. 79 ff.; „Saure Äpfel bei Volkwagen", in: taz vom 12./13. 2. 2005; „Stadt auf Rädern", in: Frankfurter Rundschau vom 1. 10. 2003.

[16] Vgl. zur Rechtslage Herbert, Ausländerpolitik, S. 203 f.; Heinz Richter, DGB und Ausländerbeschäftigung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (1974), H. 1, S. 35–40, hier S. 35.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nehmen dem bundesdeutschen Arbeitsamt für die Vermittlung einer ausländischen Arbeitskraft bezahlen musste, für Volkswagen herunterzuhandeln?

Bevor diesen Fragen genauer nachgegangen wird, soll zunächst die These vom Vatikan als Arbeitsvermittler behandelt werden. Diese wäre an sich unerheblich, wenn sie nicht in zahlreichen Publikationen unkritisch als ein willkommenes Versatzstück des Opfer-Plots aufgenommen worden wäre. Als Nachweis für die Vatikan-Geschichte gilt ein angeblicher Briefwechsel zwischen dem VW-Chef Nordhoff und dem Vatikan im Zeitraum vom 12. September bis 3. Oktober 1961[17]. Ein schriftlicher Austausch in diesem Zeitraum mit allen zitierten Stellen findet sich in der entsprechenden Akte[18]. Jedoch sind die Korrespondenten nicht Volkswagen und der Vatikan, sondern der Geistliche Bruno Wüstenberg, der im Staatssekretariat des Vatikans arbeitete, und der mit Nordhoff befreundete, jedoch nicht bei VW angestellte Autohändler Gerhard Gumpert. Gumpert, mit dem sich Nordhoff in Sachen Unterbringung und Anwerbung der Arbeitsmigranten beriet, fragte Wüstenberg in Rom, ob dieser bei der Rekrutierung italienischer Arbeiter helfen könne. Wüstenberg antwortete Gumpert, er habe deswegen bei der Caritas und der katholischen Arbeitnehmervereinigung angefragt[19]. Die Überlegungen zur Anwerbung dokumentieren das Unwissen der Beteiligten über den tatsächlichen Anwerbevorgang und werden denn auch schnell fallen gelassen. Die Rekrutierung war nämlich einem streng reglementierten Verfahren unterworfen und konnte nicht über irgendwelche freundschaftlichen Caritas-Netzwerke organisiert werden[20]. So beschritten die Wolfsburger wie andere Großunternehmer auch bei der Anwerbung der Arbeitsmigranten den üblichen Weg über die Bundesanstalt

[17] Vgl. Oswald, Volkswagen, S. 56; dies., Arbeitseinsatz der „Gastarbeiter", in: Dominik u. a. (Hrsg.), Angeworben – eingewandert – abgeschoben, S. 85.

[18] Es handelt sich um die Akte des Vorstandes von 1961, in: UVW, 174/1543/419; Oswald konnte die Aktennummer nicht vollständig angeben, da die Unterlagen damals noch nicht archiviert waren.

[19] Vgl. Oswald, Arbeitseinsatz der „Gastarbeiter", in: Dominik u. a. (Hrsg.), Angeworben – eingewandert – abgeschoben, S. 84; Wüstenberg an Gumpert vom 29. 9. 1961, in: UVW, 174/1543/419. Soweit die Dokumente zeigen, hatte Nordhoff selbst keinen Kontakt zu Wüstenberg. In dem genannten Brief bedankt sich Wüstenberg bei Gumpert, ihm bei der Beschaffung seines neuen Wagens geholfen zu haben. Diese Mitteilung über das längere Zeit zurückliegende Autogeschäft als eine dem Briefwechsel folgende „Dankesgeste von VW" für die Anwerbung der Italiener zu interpretieren, wie Oswald dies tut, verweist auf eine fragwürdige Quellenarbeit. Als zweite Quelle für die These des Vatikans als Arbeitsvermittler dient ein Interview mit einem VW-Mitarbeiter. Vgl. Oswald, Volkswagen, S. 57; dies., Arbeitseinsatz der „Gastarbeiter", in: Dominik u. a. (Hrsg.), Angeworben – eingewandert – abgeschoben, S. 84 f. Alle anderen betroffenen Mitarbeiter in verantwortlichen Stellen und alle ehemaligen italienischen Arbeitnehmer wussten jedoch nichts vom Vatikan. Nur ein ehemaliger italienischer Arbeiter, der die Literatur von Oswald kennt, mit der Anwerbung allerdings nichts zu tun hatte, will davon gehört haben; vgl. Interview mit R. A. (italienischer Arbeiter, Gewerkschafter und Kommunalpolitiker, am 27. 1. 2005, Wolfsburg), S. 8 u. S. 11, und die anderen Interviews zum Thema, in: UVW.

[20] Bei einer vorbereitenden Besprechung wird eine eventuelle Hilfe der katholischen Kirche erwähnt. Aktennotiz über Besprechung in der Bergwerksgesellschaft Walsum mbH am 30. 10. 1961, in: UVW, 153/4/2.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und über die ihr untergeordnete „Deutsche Kommission“ in Verona und deren Zweigstelle in Neapel[21]. Die Bedeutung der katholischen Kirche lag, wie sich zeigen wird, nicht in der Anwerbung, sondern wie andernorts in der Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte.

Volkswagen konnte aber nur deshalb in so kurzer Zeit derartig viele Arbeiter rekrutieren, so lautet die Vatikan-These weiter, weil der Heilige Stuhl nachgeholfen habe[22]. Tatsächlich aber war dies Volkswagen wie vielen anderen Großunternehmen möglich, weil das Werk direkt bei den Kommissionen in Verona und Neapel eigene Leute einsetzte und weil Großunternehmen bei den Italienern beliebter waren als die schlechter zahlenden Kleinbetriebe[23]. Zudem ist die Behauptung falsch, dank des Heiligen Stuhls habe Volkswagen nur 100 DM Vermittlungsgebühr pro Arbeiter an das Arbeitsamt bezahlen müssen[24]. Die Bundesanstalt in Nürnberg hätte sich schwerlich vom Vatikan den für alle Unternehmen geltenden Preis herunterhandeln lassen. Volkswagen bezahlte die übliche Gebühr, die im Übrigen nur 60 DM betrug[25].

Auch die Thesen über die angeblich diskriminierende Unterbringung und inakzeptablen Arbeitsbedingungen bei Volkswagen erweisen sich als nicht Quellen gestützt. Im Gegenteil: Die Wolfsburger Unterkünfte galten allgemein als vorbildlich. Selbst der Berichterstatter des kommunistischen Zentralorgans „LÚnitá“ urteilte in einem ausführlichen Artikel über die Unterbringung der Italiener in Wolfsburg: „Ehrlich gesagt, die beste Anlage, die ich in Deutschland gesehen habe.“[26] Die Arbeitsbedingungen, Löhne und sozialrechtlichen Dienstleistungen

[21] Unterlagen in: UVW, 119/22/2, 174/496/1612, 69/212/3, 237/455 und 174/2290; zum Verfahren der Anwerbung vgl. Helmut Weicken, Anwerbung italienischer Arbeitskräfte, in: Arbeit – Beruf und Arbeitslosenhilfe. Fachzeitschrift für die Aufgabengebiete der Bundesanstalt (1956), H. 3, S. 53–55; Barbara Sonnenberger, Nationale Migrationspolitik und regionale Erfahrung. Die Anfänge der Arbeitsmigration in Südhessen 1955–1967, Darmstadt 2003, S. 67–74.

[22] Vgl. z. B. Oswald, Volkswagen, S. 57; Edelmann, Nordhoff, S. 235.

[23] Volkswagen stellte sogar drei ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Kommission für die Anwerbung ein; Interview M. (italienischer Angestellter im Gesundheitswesen, am 2. 2. 2005, Wolfsburg), in: UVW; Lösch an Richter vom 14. 2. 2005, in: UVW; Interview M. C. (italienischer Mitarbeiter des Sozialwesens, am 11. 5. 2006, Wolfsburg), S. 40, in: UVW; Aktennotiz über Besprechung in der Bergwerksgesellschaft Walsum mbH am 30. 10. 1961, S. 2, in: UVW, 153/4/2; vgl. zur Präsenz und Beliebtheit der Großunternehmen in Verona und Neapel: „Süditalienische Arbeiter auf dem Weg nach Norden“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 8. 1962.

[24] Vgl. Oswald, „Venite a lavorare“, in: Beier (Hrsg.), Aufbau West – Aufbau Ost, S. 201; Oswald, Volkswagen, S. 57; dies., Arbeitseinsatz der „Gastarbeiter“, in: Dominik u. a. (Hrsg.), Angeworben – eingewandert – abgeschoben, S. 85.

[25] Aktennotiz vom 6. 9. 1962, in: UVW, 174/2290; vgl. zu den Kosten der Vermittlungspauschale Weicken, Anwerbung, S. 53; Wilfried Elberskirch, Integrationsprobleme italienischer Arbeitnehmer am Hauptsitz eines Automobilunternehmens. Graduierungsarbeit, Maschinenschrift. Wolfsburg 1974 (UVW, 69/212/3), S. 17; Rolf Weber, Rotation, Integration und Folgelasten, in: Arbeit und Sozialpolitik 27 (1973), H. 6/7, S. 203–216, hier S. 211.

[26] Übersetzung der Autoren aus „Il dramma degli emigrati italiani in Germania – Volkswagen: amara esistenza dei 3000“, in: L’Unità vom 10. 3. 1963.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mussten schon rechtlich denen der deutschen VW-Mitarbeiter entsprechen; teilweise gingen sie, wie im Gesundheitswesen, darüber hinaus[27].

1.2 Wurzeln des Opfer-Plots

Der Ursprung dieser Erzählungen über die italienischen Migranten in Wolfsburg lässt sich gut rekonstruieren und soll anhand der VW-Unterkünfte für die Italiener aufgezeigt werden, die als Beispiel „diskriminierende[r] Unterbringungspolitik gegenüber Ausländern" gelten[28]. Zunächst ist festzuhalten, dass diese Unterkünfte nicht speziell für Ausländer konzipiert waren, sondern schlicht für ledige Arbeiter, die – so hoffte die Volkswagenleitung – Deutsche sein würden[29]. Ledig aber wünschte man sie sich, weil in der Trabantenstadt Wolfsburg der Wohnraum noch wesentlich knapper war als in anderen Städten. Doch aufgrund des Arbeitskräftemangels in der Bundesrepublik entschied sich die Volkswagenleitung für die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, die dann ab 1962 nach Wolfsburg kamen[30]. Bis zu 5000 Italiener wohnten in den Unterkünften, die bis zum Ende der 1960er Jahre immer wieder vergrößert wurden. Dienstleistungen, wie Putzen oder Wäschewaschen, waren in der Miete enthalten. Ein Platz in einem Drei-Bett-Raum kostete 30 DM pro Monat (Vier-Bett-Zimmer wurden nach Intervention des Betriebsrats nach relativ kurzer Zeit abgeschafft); wer wollte, konnte gegen einen Aufschlag in einem Zwei-Bett-Raum oder einem Einzelzimmer wohnen[31]. Nur wenige Italiener entschieden sich für Zimmer außerhalb der Unterkünfte, die wesentlich teurer waren. Der Zuschuss, den das Unternehmen pro Bewohner für laufende Kosten bezahlte, betrug in den 1960er Jahren jährlich rund

[27] Vgl. „Europe's Immigrant Workers Boost Costs, Pose Other Problems", in: Wall Street Journal vom 16. 3. 1964; Übersetzung ohne Titel aus Il Giorno vom 26. 10. 1962, in: UVW, 69/189/2; „Eine Stadt für 4300 Gastarbeiter in Wolfsburg – Die größte Italienersiedlung nördlich des Brenners und die kostspieligste dazu", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 9. 1962; „Italiener flanieren auf der Porsche-Straße", in: Süddeutsche Zeitung vom 16. 5. 1962; „Lo sciopero dei 4.000", in: Sole D'Italia vom 17. 11. 1962.

[28] Oswald/Schmidt, „Nach Schichtende", in: Motte u. a. (Hrsg.), 50 Jahre, S. 189; vgl. Ehrhard/Weule, Leben aus dem Koffer, S. 43 f.

[29] Protokoll der Vorstandssitzung vom 25. 10. 1961, S. 8, in: UVW, 237/455.

[30] Aktennotiz „Unruhen im italienischen Dorf am 4. und 5. November [1962]" (ohne Datierung), in: UVW, 69/189/2; vgl. zur Wohnungsnot in Wolfsburg Bericht „Wohnungsbau in Wolfsburg", S. 2: „Zahl der Familien in Barackenwohnungen" von Pressestelle an Oberbürgermeister Bork vom 20. 10. 1964, in: Stadtarchiv Wolfsburg (künftig: StadtA WOB), HA 8721; Oberbürgermeister an Horn vom 14. 7. 1961, in: Ebenda, HA 25; Protokoll Aufsichtsratssitzung vom 7. 12. 1961, in: UVW, 494/1610; Presseempfang auf der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt a. M. am 10. 9. 1961, in: UVW, 368/81.

[31] Notiz Kostenstelle 1791, Unterkünfte BB vom 29. 8. 1967, in: UVW, 153/1/1; Protokoll der Betriebsratssitzung vom 2. 2. 1962, in: UVW, 119/22/2; vgl. Elberskirch, Integrationsprobleme, S. 59–61. Aufgrund mangelnder Studien ist nur der Vergleich zu den Migranten-Unterkünften bei Ford in Köln möglich, die auch in den 1970er Jahren nicht an das Niveau der VW-Unterkünfte heranreichten; vgl. Jörg Huwer, „Gastarbeiter" im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973, (Examensarbeit, unveröffentlicht) Köln 2004, S. 15.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

900 DM[32]. In Relation zu einem Monatslohn der VW-Migranten von durchschnittlich 740 DM Mitte der 1960er Jahre war die Miete von 30 DM gering[33]. Die zuständigen VW-Mitarbeiter bemühten sich, den Standard der Wohnheime mit Kühlschränken, Waschboxen für Autos, Bocciabahnen, Kino usw. den steigenden Bedürfnissen einer Konsumgesellschaft schrittweise anzupassen[34].

Großes Befremden löste jedoch in der Presse ein Maschendrahtzaun um die Unterkünfte aus, der im Gegensatz zur Attraktivität der Anlage stand[35]. Obwohl eine Umzäunung unternehmenseigener Wohnheime europaweit nicht unüblich war, hatten die Verantwortlichen von Volkswagen lange Zeit Bedenken gegen einen solchen Zaun – nicht zuletzt wegen der NS-Vergangenheit des Werkes, während der KZ-Häftlinge, Fremd- und Zwangsarbeiter in Lagern leben mussten. Die Verantwortlichen des Unternehmens entschieden sich aber schließlich für den Zaun, und zwar aus Sicherheits- und juristischen Gründen: So konnten Besitzer von Unterkünften damals noch für Delikte wie „Kuppelei" zur Verantwortung gezogen werden[36]. Zudem waren bei Ford in Köln mit seinen unkontrollierten Massenunterkünften solch chaotische Verhältnisse entstanden, dass die italienische Regierung interveniert und einen Arbeitsmigrationsstopp für Ford angeordnet hatte[37]. Die meisten Migranten jedoch empfanden den Zaun viele Jahre nicht als anstößig, und von den ehemaligen Bewohnern wurde dieser in Zeitzeugeninterviews auch nicht thematisiert[38]. Als eine Ausländer diskriminierende Maßnahme können sie den Zaun nicht empfunden haben, da auch Deutsche in den Wohnheimen lebten[39]. Dabei erscheint der Zaun aus heutiger Sicht zweifelsohne als ein starker Einschnitt in die Privatsphäre. Er war Ausdruck der für den Kalten Krieg typischen Überwachungs- und Kontrollwut. So registrierte etwa der Werk-

[32] Protokoll Vorstandssitzung vom 8. 6. 1962, zu Punkt 6, in: UVW, 237/455.

[33] Tabelle Zugehörigkeit zu Lohngruppen der italienischen Arbeitnehmer, um 1965, in: UVW, 153/7/1.

[34] Protokoll Betriebsratssitzung vom 12. 8. 1966, in: UVW, 119/23; Jahresbericht Personalleitung 1966, in: UVW, 69/701.

[35] „Italiener flanieren auf der Porsche-Straße", in: Süddeutsche Zeitung vom 16. 5. 1962; „Eine Stadt für 4300 Gastarbeiter in Wolfsburg – Die größte Italienersiedlung nördlich des Brenners und die kostspieligste dazu", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 9. 1962.

[36] Vgl. „Il dramma degli emigrati italiani in Germania", in: L'Unità vom 10. 3. 1963; Rolf Lienau, Die Unterbringung der italienischen Arbeiter des Volkswagenwerkes in Wolfsburg, in: Neues Archiv für Niedersachsen (1966), H. 2, S. 165–168, hier S. 166; Interview G. K. (deutscher Manager Sozialwesen, am 4. 5. 2004, Wolfsburg), S. 11 f., in: UVW; Bauantrag vom 24. 5. 1962, in: StadtA WOB (ohne Signatur); Bauaufsichtsamt 63, Allerwiesen – VW, in: Ebenda.

[37] Telegramm vom italienischen Konsulat in Köln an italienisches Außenministerium in Rom vom 17. 1. 1962, Nr. 1549 (Telegrammi ordinari, Ambasciata e Consolati, Germania, 1962/III, Vol. 36, in: Archivio Storico Diplomatico, Ministero degli Affari Esteri, Rom); „Ford und seine Gastarbeiter", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 8. 1961, in: UVW, 174/2290; Interview G. K., S. 9, S. 11 f. u. S. 14, in: UVW.

[38] Interviews mit italienischen Remigranten, in: UVW.

[39] Protokoll Vorstandssitzung vom 25. 10. 1961, S. 8, in: UVW, 237/455; Aktennotiz „Unruhen im italienischen Dorf am 4. und 5. November [1962]" (ohne Datierung), in: UVW, 69/189/2.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schutz am Eingang der Unterkünfte genau die Gäste und meldete ihm verdächtig erscheinende Personen an das Management weiter[40].

In Wolfsburg setzte die massive Kritik an den Unterkünften und an dem Maschendrahtzaun erst um 1970 ein. Sie fällt zusammen mit der Studentenbewegung, dem damit einhergehenden Politisierungsschub und dem von Ronald Inglehart konstatierten tief greifenden Wertewandel in den westlichen Industrieländern[41]. Viele junge Italiener aus dem linken Spektrum waren Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre nach West-Berlin gezogen. Einige wollten dort als „studenti-operai", als Werkstudenten, ihr Studium fortsetzen[42]. Das Volkswagenwerk bot für sie ein politisches Betätigungsfeld, zumal es schick war, auch einige Zeit selbst als Arbeiter tätig gewesen zu sein[43]. Besonders motivierte sie das Gerücht, „dass in Wolfsburg 11.000 [sic!] Italiener vor den Toren des Volkswagenwerkes im Lager" lebten. So fuhren sie jedes Wochenende nach Wolfsburg „ins Lager, um zu agitieren"[44]. Den VW-Arbeitern fielen sie vor allem durch eine erstaunliche Flugblatt-Produktivität auf. In diesen Blättern diverser K-Gruppen finden sich 1971 – als die meisten Italiener in neuen Wohnheimen ohne Zaun lebten – die ersten Klagen gegen die VW-Unterkünfte und den Zaun[45]. Die Kritik der jungen Kommunisten richtete sich auch an andere Adressen: Die Kirche in Gestalt des unter den Migranten einflussreichen italienischen Geistlichen in Wolfsburg sowie den Betriebsrat und die IG Metall, denen ihre Zusammenarbeit mit der Werkleitung vorgeworfen wurde[46].

---

[40] Z. B. Abschrift einer Aktennotiz vom 2. 10. 1962 vom Werkschutz an Dreyer, Personalleitung, in: UVW, 69/189/2; Meldung Werkschutz an Weiß vom 26. 11. 1970, in: UVW, 153/4/1; vgl. auch Hedwig Richter/Ralf Richter, Italienische „Gastarbeiter" im Ost-West-Konflikt. Kommunistische Propaganda und Überwachung zwischen Italien, BRD und DDR in den 1960er Jahren, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 41 (2008), S. 456–465, hier S. 462.

[41] Vgl. Ronald Inglehart, Wertwandel in den westlichen Gesellschaften: politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten, in: Helmut Klages/Peter Kmieciak (Hrsg.), Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt a. M./New York 1981, S. 279–316.

[42] Vgl. Sonja Haug/Edith Pichler, Soziale Netzwerke und Transnationalität. Neue Ansätze für die historische Migrationsforschung, in: Motte u. a. (Hrsg.), 50 Jahre, S. 259–284, hier S. 275 u. S. 277; Barbara Görres Agnoli, Johannes Agnoli. Eine biografische Skizze, Hamburg 2004, S. 84–86.

[43] Meldung an Weiß vom 26. 11. 1970, in: UVW, 153/4/1; vgl. zum studentischen Aufbruch in Italien Donald Sassoon, The Strategy of the Italian Communist Party. From the Resistance to the Historic Compromise, London 1981, S. 223.

[44] Görres-Agnoli, Johannes Agnoli, S. 84.

[45] Flugblatt (Übersetzung) vom 15. 3. 1971, in: UVW, 153/4/1; Inhaltsangabe PCI-Flugblatt, das am 5. 2. 1971 verteilt wurde (ohne Datierung), und weitere Flugblätter, in: Ebenda; Berichte „Werkschutz Werk Wolfsburg" um den 9. 2. 1971, in: Ebenda; „Italiener bezogen das erste Hochhaus bei Kästorf", in: Wolfsburger Nachrichten vom 20. 10. 1970.

[46] Bericht Nachrichtenstelle Wolfsburg über „Auftreten des angeblichen Journalisten Dr. Boris Iwanow, Italiener, in Wolfsburg", S. 6, vom 10. 10. 1962, in: Hauptstaatsarchiv Hannover (künftig: HStA Hannover), Nds. 100 Acc. 81/97 Nr. 24; Aktennotiz „Deutscher Freiheitssender 904, Sendung vom 27. 10. 1966/19–20 Uhr", in: UVW, 69/184; Interview M. C. (italienischer Mitarbeiter des Sozialwesens, am 11. 5. 2006, Wolfsburg), S. 40, in: UVW; Bericht Ministero degli

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Derlei Kritik wurde auch von engagierten, linken Wolfsburger Bürgern aufgegriffen, die Podiumsdiskussionen, Ausstellungen und andere kulturelle Veranstaltungen zum Thema organisierten[47]. Zwar erreichten diese Wolfsburger nur eine kleine Elite politisierter Italiener, von der noch die Rede sein wird, doch diese Elite gehörte zu den wenigen Migranten, die in Deutschland blieben. Damit sind solche Bürgerinitiativen auf lange Sicht für die Integration der Italiener wohl ebenso wichtig gewesen, wie sie symptomatisch für den Demokratisierungs- und Politisierungsprozess in der Bundesrepublik waren. Zivilgesellschaftliche Gruppierungen dieser Art verdienten im Zusammenhang mit dem Integrationsprozess der Migranten mehr Aufmerksamkeit. Die Vorwürfe um die Unterkünfte aber verschwanden rasch wieder von der Bildfläche, wohl weil sie unter den Arbeitern keine Resonanz fanden und die Bewohner die Kritik nicht bestätigen konnten. In den 1970er Jahren verwiesen allerdings erste wissenschaftliche Studien auf den angeblichen „Ausbeutungscharakter" des Arbeitsverhältnisses zwischen Volkswagen und den Migranten[48].

Die Geschichte von der diskriminierenden Unterbringung erwähnte eine soziologische Studie erst wieder 1982, mit genügend zeitlichem Abstand[49]. Anfang der 1990er Jahre, als in Deutschland eine systematische Migrationsforschung einsetzte, tauchten die Vorwürfe mit interessanten Details versetzt wieder auf: Die VW-Unterkünfte werden mit einem „Gefangenenlager" verglichen, die Italiener seien medizinisch unterversorgt gewesen, der Zwang, in einem Zimmer mit vier Betten schlafen zu müssen, die ungenügende Ausstattung der Wohnheime und katastrophale hygienische Verhältnisse[50]. Solche Statements sind auch deswegen erstaunlich, weil den Italienern bei Volkswagen wie allen anderen Arbeitern die

Affari Esteri (Direzione Generale Emigrazione) an Presidenza del Consiglio dei Ministri (Gabinetto) u. a. „Attività in Germania dell' Istituto Nazionale Confederale di Assistenza (I.N.C.A.)" vom 26. 8. 1965, in: Archivio Centrale dello Stato, PCM, 1962–1964, 15=2 37109-1, Germania = Affari Generali; Flugblatt (Übersetzung) vom 15. 3. 1971, in: UVW, 153/4/1; Brief von 29 Italienern an Direktor vom 22. 9. 1970, in: Ebenda.

[47] Einladung des Jugendforums der Stadt Wolfsburg „Gastarbeiter und deutsche Bevölkerung – Kontaktlosigkeit und Vorurteile" vom 6. 10. 1970, in: UVW, 174/2290; Bericht an di Virgilio (ohne Datierung) mit Auszug aus der Zeitung ‚Corriere d'Italia' vom 17. 10. 1974, in: StadtA WOB, HA 6656; „Vorurteile sollen verschwinden", in: Wolfsburger Nachrichten vom 4. 10. 1969; „Italiener-Probleme sollen gemeinsam gelöst werden", in: Ebenda vom 17. 1. 1971; Kopie der Personalabteilung: „Auszüge aus dem Buch: Deutscher Evangelischer Kirchentag Hannover 1967" (ohne Datierung), in: UVW, 174/2290; Ausländerreferat der Stadt Wolfsburg (Hrsg.), 25 Jahre Ausländerausschuss der Stadt Wolfsburg, Wolfsburg 1999, S. 25.

[48] Vgl. Dohse, Ausländerentlassungen beim Volkswagenwerk, v. a. S. 485; Dombois, Massenentlassungen bei VW; Dohse, Ausländerpolitik.

[49] Vgl. Ulfert Herlyn u. a., Stadt im Wandel. Eine Wiederholungsuntersuchung der Stadt Wolfsburg nach 20 Jahren, Frankfurt a. M./New York 1982, S. 62; einige Details der Ausführungen Herlyns sind nicht richtig, so mussten etwa die Bewohner keinen Pass abgeben; Frauen durften durchaus auf das Gelände, allerdings hatten sie offiziell nur Zutritt zu den Gemeinschaftsräumen – eine Regelung, an die sich die Italiener nicht hielten; Interviews mit italienischen Arbeitsmigranten, in: UVW.

[50] Vgl. Ehrhardt/Weule, Leben aus dem Koffer, S. 42–50.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vorhandene Infrastruktur der medizinischen Versorgung in Wolfsburg zur Verfügung stand und VW ihnen zusätzlich noch einen italienisch sprechenden Arzt und weiteres medizinisches Personal in den Unterkünften zur Verfügung gestellt hatte[51]. Auffällig an der Studie von 1982 ist zudem die weitgehende Abwesenheit eines empirischen Nachweises und die ideologische Einbettung in einen kapitalismuskritischen Ausbeutungsdiskurs.

Diese in den ideologischen Grabenkämpfen der 1970er Jahre gründende Kritik verbanden Forscher häufig mit einer Konstruktion von Kontinuitäten und Parallelen zur NS-Vergangenheit[52]. Bereits Ulrich Herbert verwies auf die Abwegigkeit eines Vergleichs zwischen NS-Zwangsarbeitern in den letzten Kriegsjahren und ausländischen Arbeitskräften der Bundesrepublik[53]. Gewiss ist die Debatte über „Kontinuität oder Bruch" wichtig, dennoch sollte eine angemessene Berücksichtigung der NS-Zeit nicht verwechselt werden mit Reminiszenzen an diese Vergangenheit auch da, wo sie keinen Sinn ergeben.

So stellt eine Untersuchung über die Arbeitsmigranten bei Opel in Rüsselsheim anklagend fest, die Unterkünfte der Ausländer lägen nahe der Stelle, an der im Nationalsozialismus das Lager für Zwangsarbeiter gestanden habe[54]. Das ist keine Aussage über die Qualität der Unterbringung, sondern die Evokation einer Stimmungslage. Da der Begriff des Lagers in Untersuchungen über Arbeitsmigration ohnehin meist negativ besetzt ist, taugt er weniger als analytische denn als moralische Kategorie[55]. Interessant wäre hingegen ein Vergleich mit den zahlreichen Lagern, in denen Flüchtlinge und Vertriebene in der frühen Bundesrepublik leben mussten. Dieser historische Kontext sollte bei einer Beurteilung der Migrantenunterkünfte nicht fehlen. Stattdessen werden häufig heutige Standards an die damaligen Verhältnisse angelegt, um den vermeintlichen Ausbeutungscharakter zu unterstreichen.

Ein weiteres Beispiel für die Konstruktion einer NS-Kontinuität: Die Arbeitsmigration wird in deutschen Überblicksdarstellungen zuweilen in eine historische Linie gestellt, die zumindest fragwürdig ist. Die Genealogie reicht etwa vom Sklavenhandel über die Kolonisation und den Nationalsozialismus bis hin zur Ausbeutung in modernen kapitalistischen Industriegesellschaften[56]. Und immer wieder wird ernsthaft die These diskutiert, die bundesrepublikanische Öffentlichkeit habe die bewusste Strategie verfolgt, die Problematik der NS-Zwangsarbeiter stillschweigend zu übergehen, um erneut ungestört ausländische Arbeiter ausbeuten

[51] Interne Mitteilung Fahrner an Dreyer vom 9. 11. 1962, in: UVW, 69/189/2.

[52] Neben einigen westdeutschen Autoren forcierte auch die DDR-Forschung diesen Diskurs; vgl. Herbert, Ausländerpolitik, S. 184 f.

[53] Vgl. ebenda, S. 185.

[54] Vgl. Oswald/Sonnenberger, „Bullenkloster", S. 201.

[55] Vgl. ebenda, S. 200 f.; Oswald/Schmidt, „Nach Schichtende", in: Motte u. a. (Hrsg.), 50 Jahre, S. 200 f.

[56] Vgl. Petrus Han, Soziologie der Migration. Erklärungsmodelle, Fakten, Politische Konsequenzen, Perspektiven, Stuttgart 2000, S. 64 f.; vgl. auch Johann Woydt, Ausländische Arbeitskräfte in Deutschland vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Heilbronn 1987.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zu können[57]. Auch die jüngst von Roberto Sala aufgestellte These, das deutsch-italienische Anwerbeabkommen von 1955 sei als ein „Erbe des nationalsozialistischen Deutschlands" zu interpretieren, ist wenig überzeugend[58].

Der normative Diskurs in der Migrationsforschung, der den Arbeitsmigranten primär als Opfer darstellt, hat einen weiteren Grund: Wichtige Untersuchungen auf diesem Feld entstanden und entstehen für die Politikberatung oder in deren Umfeld. Und dort gilt es – legitimer Weise – Überzeugungsarbeit zu leisten: Je dramatischer die Situation der Migranten geschildert wird, je mehr sie als Opfer dastehen und nicht auch als eigenwillig und selbstbestimmt Handelnde, desto eher werden politische Entscheidungsträger bereit sein, sich für die Migranten einzusetzen. Hier mag auch die Ursache dafür liegen, dass die Forschung die Mehrheit der Arbeitsmigranten, nämlich die Rückkehrer, in der Regel übergeht. Um die Remigranten ging es den Politikberatern nicht. Denn diese dienten ja gerade als Vorwand für viele Politiker, wenig für die Integration zu tun, weil die Ausländer angeblich ohnehin zurückkehren würden.

Das bis heute dominierende Erzählmuster auch in der öffentlichen Debatte gründet also im kapitalismuskritisch geprägten Diskurs der Jahre nach 1968, in einem Kontinuitätsdiskurs in Bezug auf die NS-Zeit und in einer Politikberatung, die sich für die in Deutschland verbleibenden Arbeitsmigranten einsetzt. Bemerkenswert an diesem Plot ist, wie noch gezeigt wird, die teleologische Ausrichtung: der vorgezeichnete Weg des Migranten von der Unterdrückung bis hin zur späteren Integration in die deutsche Gesellschaft.

1.3 Arbeitsmigrationsforschung als Opfergeschichte und die Quellenproblematik

Migranten sind nach dem dominierenden Plot der zeithistorischen deutschen Arbeitsmigrationsforschung häufig noch immer überwiegend Opfer[59]. Zwar wird

[57] Vgl. Knuth Dohse, Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Berlin 1985, S. 144 u. S. 177; Karen Schönwälder, Migration, Refugees and Ethnic Plurality as Issues of Public and Political Debates in (West) Germany, in: David Cesarani/Mary Fulbrook (Hrsg.), Citizenship, Nationality, and Migration in Europe, London/New York 1996, S. 159–178, hier S. 163; Yvonne Rieker, Südländer, Ostagenten oder Westeuropäer? Die Politik der Bundesregierung und das Bild der italienischen Gastarbeiter 1955–1970, in: Archiv für Sozialgeschichte 40 (2000), S. 231–258, hier S. 243 ff.

[58] Vgl. Roberto Sala, Vom „Fremdarbeiter" zum „Gastarbeiter". Die Anwerbung italienischer Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft (1938–1973), in: VfZ 55 (2007), S. 93–120, hier S. 120. Der empirische Nachweis erscheint recht schwach. Können sporadische Überlegungen der Behörden in Italien und in der Bundesrepublik, auf unproblematische Verfahrensweisen der freiwilligen Arbeitskräfterekrutierung in Italien für Deutschland bis 1942 (wie etwa die für Arbeitsmigranten günstige Geldüberweisungen) zurückzugreifen, als Nachweis eines nationalsozialistischen, „düsteren Hintergrunds" des deutsch-italienischen Anwerbeabkommens von 1955 herangezogen werden? Vgl. ebenda, S. 102 f.

[59] Vgl. z. B. Ursula Mehrländer, Bundesrepublik Deutschland, in: Ernst Gehmacher u. a. (Hrsg.), Ausländerpolitik im Konflikt. Arbeitskräfte oder Einwanderer?, Bonn 1978, S. 115–137, hier S. 115, S. 118 f. u. S. 129; Jan Motte, Gedrängte Freiwilligkeit. Arbeitsmigration, Betriebspolitik

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

inzwischen in neueren Studien auch auf die Problematik dieser Opfergeschichte aufmerksam gemacht, doch werden daraus selten Konsequenzen für die Analyse gezogen. Die Opfergeschichte ist ein historischer Ansatz, der im angelsächsischen Raum bereits vor Jahrzehnten als Fortsetzung der Unterdrückung und Entmündigung beschrieben wurde[60]. Schon in den 1960er Jahren untersuchte die dortige Forschung Fragen, die in der deutschen Arbeitsmigrationsforschung erst seit wenigen Jahren und nur vereinzelt gestellt werden, wie etwa nach der Herkunft oder den Lebensentwürfen der Migranten[61]. Die zu geringe Beachtung der internationalen Forschung in der Bundesrepublik hat bisher auch dazu geführt, dass Fragen der Transfergeschichte nur selten ins Blickfeld geraten. Was etwa brachten die Migranten an kulturellem Erbe von zu Hause mit? Wie wirkte sich das auf ihre neue Heimat aus, was verwarfen sie, was akzeptierten sie an Werten im Aufnahmeland[62]?

An einem Punkt allerdings lässt das übliche Erzählmuster Eigeninitiative und Eigensinn zu: Beim Protest der Migranten gegen die „Ausbeutung". Für die Italiener in Wolfsburg bietet sich hier der wilde Streik im Herbst 1962 an, wobei die Motive der Migranten nicht untersucht werden. Die Schlussfolgerung lautete dennoch: Der wilde Streik sei Ergebnis der schlechten Behandlung durch das Unternehmen gewesen[63]. Die verzögerte Rückkehr aus dem Urlaub etwa oder Vertragsbruch werden ebenfalls als „Formen des Protestes" bezeichnet. Tatsächlich aber gab es für die Italiener ganz andere Gründe, den Vertrag nicht einzuhalten oder später aus dem Urlaub heimzukehren: In Italien mussten die Migranten häufig ihr Feld bestellen und ihr Haus bauen, beides finanziert mit den in

und Rückkehrförderung 1983/84, in: Motte u. a. (Hrsg.), 50 Jahre, S. 165–183, hier S. 174 und passim; Schönwälder, Migration, Refugees and Ethnic Plurality, in: Cesarani/Fulbrook (Hrsg.), Citizenship, S. 163–165 und passim.

[60] Vgl. dazu den Forschungsüberblick in: Jürgen Heideking/Vera Nünning, Einführung in die amerikanische Geschichte, München 1998, S. 90 f. u. S. 106–130; vgl. zu der Kritik auch Nancy Green, Repenser les migrations, Paris 2002.

[61] Bereits 1960 forderte Frank Thistlethwaite Einwanderung als Gesamtprozess zu verstehen, der auch die Verhältnisse im Herkunftsland berücksichtigen müsse; vgl. Heideking/Nünning, Einführung, S. 125 f.

[62] Ausnahmen, die solche Fragen untersuchen, bilden etwa das Heft „Migration", Zeithistorische Forschung 2 (2005), H. 3; vgl. Sonja Haug, Kettenmigration am Beispiel italienischer Arbeitsmigranten in Deutschland 1955–2000, in: Archiv für Sozialgeschichte 42 (2002), S. 123–143; vgl. auch den Beitrag von Marina Hrkac auf der Tagung „Migration und Arbeitsmarkt", Tagungsbericht Migration und Arbeitsmarkt vom 17. bis zum 20. Jahrhundert – II. 03. 04. 2008–05. 04. 2008, Bonn, in: H-Soz-u-Kult, 03. 07. 2008, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2168> u. Tagungsbericht Families, construction of foreignness and migration in 20th century western europe. 15. 05. 2008–16. 05. 2008, Leuven, in: H-Soz-u-Kult, 20. 06. 2008, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=2137>.

[63] Vgl. Wellhöner, „Wirtschaftswunder", S. 158; Ehrhardt/Weule, Leben aus dem Koffer, S. 43 f.; Herlyn u. a., Stadt im Wandel, S. 62; Oswald, Volkswagen, S. 71 f.; dies., „Venite a lavorare", in: Beier (Hrsg.), Aufbau West – Aufbau Ost, S. 204.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Deutschland verdienten Geldern[64]. So wird der den Migranten spärlich zugestandene Eigensinn durch die Dominanz des Erzählmusters oft fehlerhaft interpretiert[65].

Zu dieser Dominanz trägt wesentlich auch ein problematischer Gebrauch der *Oral History* bei. Denn in aller Regel interviewen Forscherinnen und Forscher Migranten, die in Deutschland geblieben sind[66]. Ein erster Vergleich der Aussagen zwischen in Deutschland gebliebenen VW-Migranten und Remigranten zeigt hingegen erhebliche Differenzen in der Erinnerung, wobei die Erinnerungen der Rückkehrer an Volkswagen erstaunlich positiv waren. Hingegen übernahmen die in Deutschland Gebliebenen meist den Diskurs der deutschen Öffentlichkeit[67]. Ein extremer, gleichwohl prototypischer Fall sind die Interviews mit einem in Wolfsburg lebenden Italiener, der in der IG-Metall und später in der Kommunalpolitik Karriere gemacht hatte. Er betonte, wie wichtig es sei, die Geschichte des Aufnahmelandes zu kennen – um sie sogleich auf sein eigenes Leben zu übertragen, indem er sein Interview mit Vergleichen zwischen dem Schicksal der Juden in Nazideutschland und dem seinen in der Bundesrepublik füllte. Der Zeitzeuge berichtete von seiner ersten Zugfahrt als Arbeitsmigrant nach Deutschland: „Heute, wenn ich das so betrachte, das hatte es schon mal in Deutschland gegeben, dass man Leute in Züge setzte und bestimmte, unbestimmte Ziele [...]. Heute kriege ich so einen Geschmack, ich denke, das sollte sich nicht wiederholen, solche Dinge.“[68] Dieser Zeitzeuge hat den Opferdiskurs übernommen und inszeniert sich selbst als passives Objekt[69]. Dank des Zauns um die Unterkünfte

[64] Vgl. Elberskirch, Integrationsprobleme, S. 47; Schneider, Emigration, S. 63; Interview A. G. (italienischer Arbeiter, dann Angestellter im Personalwesen, am 24. 6. 2004, Wolfsburg), S. 9, in: UVW.

[65] Ein signifikantes Beispiel für die Protest-Komponente des Erzählplots ist die Erinnerung an den Streik türkischer Migranten bei Ford in Köln. Dabei werden in vier Beiträgen eines Sammelbandes weniger die Motive oder Erinnerungen der Türken untersucht, vielmehr kommen in kämpferischem Impetus ehemalige „Arbeiter-Studenten“ und andere Mitkämpfer zu Wort. Die Türken scheinen weniger Subjekt der Analyse, als vielmehr Gegenstand von Projektionen zu sein. Vgl. Ein kurzer historischer Augenblick von Widerstand, Selbstbewusstein und unverhoffter Anarchie. Eine WDR-Reportage zum Fordstreik 1973, in: Jan Motte/Rainer Ohliger (Hrsg.), Migration zwischen historischer Rekonstruktion und Erinnerungspolitik, Essen 2004, S. 237–250; Hans-Günter Kleff, Täuschung, Selbsttäuschung, Enttäuschung und Lernen. Anmerkungen zum Fordstreik im Jahre 1973, in: Ebenda, S. 251–257; Günter Hinken, Vom „Gastarbeiter“ aus der Türkei zum gestaltenden Akteur, in: Ebenda, S. 259–272; Vom „Wilden Streik“ bei Ford zur gleichberechtigten Teilhabe in Betrieb und Gesellschaft? Ein Zeitzeugengespräch fast 30 Jahre danach, in: Ebenda, S. 273–287.

[66] Vgl. etwa die Interviews in der ansonsten sehr informativen Studie von Rieker, „Ein Stück Heimat“.

[67] Es handelt sich dabei um 15 Interviews (darunter acht Familien) der Autoren mit insgesamt 23 Italienerinnen und Italienern. Acht Interviews wurden mit Remigranten in den süditalienischen Regionen Apulien, Basilikata und Kalabrien geführt. Sie liegen transkribiert und übersetzt im Unternehmensarchiv der Volkswagen AG.

[68] Interview mit R. A. (italienischer Arbeiter, Gewerkschafter und Kommunalpolitiker, am 27. 1. 2005, Wolfsburg), S. 8 u. S. 11, in: UVW.

[69] Nach Ulrike Jureit, Konstruktion und Sinn. Methodische Überlegungen zu biographischen Sinnkonstruktionen, Oldenburg 1998, S. 30 f., birgt ein unreflektierter Gebrauch von Erinne-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Wolfsburger Italiener gelingt es ihm, das Gelände als eine Art Zwangsarbeitslager vor dem inneren Auge entstehen zu lassen[70]. Seine Erinnerungen verschmelzen mit dem Diskurs seines neuen Heimatlandes und zugleich mit den Erwartungen, die die zahlreichen Interviewpartner an ihn stellen. Bei ihm wird eine weitere Komponente im Opfer-Plot deutlich: Trotz aller Diskriminierung und allen Leides gelingt es mutigen Migranten, sich aus der fremd verschuldeten Unmündigkeit zu befreien. Der befreite Migrant wird zum Musterhelden – womit eine Analyse des sozialen Aufstiegs verhindert wird. Doch an dem Aufstieg, wenn er stattfand, haben möglicherweise nicht nur die Migranten mitgearbeitet, und möglicherweise stand ihm die deutsche Gesellschaft nicht nur im Wege.

Die Quellenproblematik zeigt sich darüber hinaus bei der Auswahl der Betriebe. Denn die kleinen und mittelgroßen Unternehmen sowie Betriebe in der Landwirtschaft haben keine oder nur schwer zugängliche Unterlagen. Dabei gab es gerade in diesen Betrieben häufig miserable Arbeitsbedingungen und entwürdigende Unterkünfte[71]. Die Großunternehmen konnten sich dergleichen kaum leisten, weil sie – anders als die kleineren Betriebe – ständig kontrolliert wurden: von italienischen und deutschen staatlichen Stellen, von Arbeitnehmervertretern und von den Medien[72].

2. Neue Felder für eine Geschichtsschreibung der Arbeitsmigration

Für eine zeithistorische Arbeitsmigrationsforschung jenseits des alten Erzählmusters ist ein genauer Blick auf die Migranten erforderlich, der eine Berücksichtigung der Arbeitswelt impliziert[73] – beides aus historischer Perspektive. Dabei

rungsinterviews die Gefahr, „nicht die Konstruktion an sich zu untersuchen und ihre authentische Sinndeutung offenzulegen, sondern sie lediglich zu reproduzieren“.

[70] Vgl. die Interviews mit R. A. in „Stadt auf Rädern“, in: Frankfurter Rundschau vom 1. 10. 2003; Rönneburg, Grazie mille!, S. 79; Oswald/Schmidt, „Nach Schichtende“, in: Motte u. a. (Hrsg.), 50 Jahre, S. 185, S. 204 und passim; „Die Revolte der Italiener“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 20. 11. 2002; „Saure Äpfel bei Volkswagen“, in: taz vom 12./13. 2. 2005.

[71] Bericht Ministero degli Affari Esteri (Direzione Generale Emigrazione) an Presidenza del Consiglio dei Ministri (Gabinetto) u. a. „Visita in Consolato a Stoccarda del giornalista Angelo Sarto dell' ‚Unità' e ‚Paese Sera'“ vom 17. 7. 1964, in: Archivio Centrale dello Stato, PCM, 1962–1964, 15=2 37109-1, Germania=Affari Generali; Interview mit L. A. (italienischer Arbeiter, dann Gewerkschafter, am 10. 5. 2004, Wolfsburg), S. 13–15, Interview mit Familie G. L. in Melissa am 5. 10. 2004, S. 1–5, Interview mit Familie N. in Laterza am 2. 10. 2004, S. 1, und Interview mit V. T. (italienischer Arbeiter am 4. 10. 2004, Oppido Lucano, Potenza), S. 3, alle in: UVW.

[72] Wirtschaftshistorische Studien haben gezeigt, welche Bedeutung kleine und mittelgroße Unternehmen für die bundesdeutsche Wirtschaft hatten und haben; vgl. dazu etwa Gary Herrigel, Industrial Constructions. The Sources of German Industrial Power, Cambridge 1996.

[73] Der Ansatz der Mikropolitik im Unternehmen bietet sich gerade für die Untersuchung der Arbeitsmigranten im Unternehmen an; vgl. Karl Lauschke/Thomas Welskopp (Hrsg.), Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts, Essen 1994; Thomas Welskopp, Der Betrieb als soziales Handlungsfeld. Neuere Forschungsansätze in der Industrie- und Arbeitergeschichte, in: Geschichte und Gesellschaft 22 (1996), S. 118–142.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

geht es nicht um die Erkenntnis, auch der Migrant habe Eigensinn. Wichtig ist vielmehr, Migrantinnen und Migranten von ihrer Prägung her zu verstehen, von den Strukturen und Weltbildern, die sie bestimmten – Bourdieu hätte hier vom „Habitus" gesprochen. Im Sinne von Thomas Welskopp soll daher ein Konzept des Akteurs genutzt werden, „in dessen Handeln das ‚Strukturelle' selber bereits eingelassen ist", eine Strukturkategorie also, „die nicht ‚vor' dem Handeln liegt, sondern Struktur als im Handeln und durch das Handeln der Akteure hervorgebracht begreift"[74]. Deshalb werden im zweiten Teil die Potentiale dreier Felder vorgestellt, die bisher aufgrund des Opfer-Plots zu wenig in die Analyse einbezogen wurden: erstens die Herkunft und Prägung der Migranten, zweitens ihre Arbeitswelt und drittens ihre Praxis von Abschottung und Integration. Dabei soll berücksichtigt werden, welche Rahmenbedingungen in Wolfsburg Unternehmen, Kommune, Staat und Kirche boten, und welchen Einfluss diese Akteure jeweils besaßen.

2.1 Herkunft und Prägung

Die Mehrheit der italienischen Migranten bei Volkswagen kam aus der agrarisch geprägten Gesellschaft Süditaliens. In der Regel arbeiteten die Männer dort als Kleinbauern oder Tagelöhner. Die Schulbildung war schlecht und dauerte meist nur wenige Jahre. 1962, dem ersten Jahr, in dem angeworbene Italiener bei Volkswagen arbeiteten, waren 64 Prozent der Abwanderer aus dem Süden Analphabeten oder Halbanalphabeten[75]. Bei Volkswagen hatten in den 1960er Jahren mehr als die Hälfte der italienischen Arbeiter keinen Primarschul-Abschluss[76]. Die Studie von Arnd Schneider, die sich mit den Rückkehrern beschäftigt, beschreibt die süditalienischen Verhältnisse in den 1950er Jahren. Es gab dort keine Elektrizität, kein fließendes Wasser; Menschen und Tiere wohnten oft auf engem Raum zusammen[77]. Trotz diverser Landwirtschaftsreformen nach dem Krieg hatte sich eine quasifeudale Elite von Grundbesitzern erhalten[78], die von der Armut und der chronischen Unterbeschäftigung der Menschen profitierte und Hungerlöhne

[74] Thomas Welskopp, Der Mensch und die Verhältnisse. „Handeln" und „Struktur" bei Max Weber und Anthony Giddens, in: Thomas Mergel/Thomas Welskopp (Hrsg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte, München 1997, S. 39–70, hier S. 44 f.; vgl. zum Eigensinn der Migranten auch Jacqueline Knörr (Hrsg.), Childhood and Migration. From Experience to Agency, Bielefeld 2005; Georg Klute/Hans Peter Hahn, Cultures of Migration. Introduction, in: Dies. (Hrsg.), Cultures of Migration. African Perspectives, Berlin 2007, S. 9–27, hier S. 9 f.

[75] Statistik „Wohnorte der italienischen Arbeitnehmer", in: UVW, 69/184; vgl. Rieker, „Ein Stück Heimat", S. 114; Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung (Hrsg.), Erfahrungsbericht 1962, S. 6 u. S. 11.

[76] Vgl. Oswald, Volkswagen, S. 73; Untersuchungsbericht zur Schulsituation, Ausländerreferat vom 2. 5. 1977, in: StadtA WOB, HA 6658.

[77] Vgl. Schneider, Emigration, passim.

[78] Vgl. ebenda, S. 13 u. S. 16; Rieker, „Ein Stück Heimat", S. 27; Paul Ginsborg, A History of Contemporary Italy. Society and Politics 1943–1988, New York u. a. 2003, S. 122, S. 132 f. u. S. 138.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bezahlte. In den 1950er Jahren reichte der Lohn eines Landarbeiters vielfach nicht aus, um seine Familie zu ernähren[79]. Demokratische Regeln spielten kaum eine Rolle, staatlichen oder quasi-staatlichen Autoritäten misstraute die Landbevölkerung ebenso wie den feudalen Arbeitgebern. Die Gesellschaft war entsprechend dem Klientel-System streng patriarchalisch geordnet. Das soziale Leben fokussierte sich auf die Familie[80]. In ihrer Bedeutung kaum zu überschätzen ist die Rolle der katholischen Kirche. Breite Kreise der klerikalen Elite Süditaliens waren bis in die 1960er Jahre nicht Teil einer demokratisch geordneten Zivilgesellschaft, sondern bildeten vielmehr eine Alternative, prägten also ebenso wie die Feudalelite, oft familiär an diese gebunden, eine nicht-demokratische, an der Hierarchie und dem Klientel-System orientierte Praxis der Bevölkerung[81]. Dieser Katholizismus konnte in Süditalien durchaus mit kommunistischen Vorstellungen verschmelzen. Süditalienische Bauern zogen schon in den 1940er und 1950er Jahren mit dem roten Banner in der einen und einem Bild des Dorfschutzheiligen in der anderen Hand übers Feld. Unter diesem doppelten Schutz waren sogar spontane Proteste der Bevölkerung möglich. Der Kommunismus verschmolz hier zu einer eigenartigen Utopie mit religiösen und mystischen Elementen, die tief in der bäuerlichen Kultur gründeten[82].

Der große Traum für die meisten Tagelöhner und Kleinbauern war ein Haus und ein Stück Land. Ein Ziel, das bei den geringen Löhnen oft unerreichbar war[83]. Daher verließen viele Italiener ihre Heimat, um im Ausland Geld zu verdienen. Allein 1962, dem Jahr, in dem Volkswagen die ersten Arbeiter aus dem Süden beschäftigte, wanderten knapp 260.000 Italiener in westeuropäische Industrieländer ab[84]. Der deutsche und der italienische Staat spielten bis Anfang der 1960er Jahre insofern eine Rolle, als sie mit dem deutsch-italienischen Anwerbeabkommen von 1955 den Rahmen für die Migration setzten. Das Abkommen war auf Initiative der italienischen Regierung abgeschlossen worden. Rom hoffte dadurch, die Arbeitslosigkeit und Armut des Südens zu lindern[85]. Es ist jedoch

[79] Vgl. Dagmar Ziegler, Zwischen Familientradition und Schulversagen. Zur Bildungssituation der zweiten Generation süditalienischer Arbeitsemigranten in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1995, S. 21 f.; Schneider, Emigration, S. 16; Mauro Grassi, Die Arbeitsemigration im italienischen Süden und die gesellschaftliche Problematik der Reintegration, Berlin 1980, S. 408 f.; Rieker, „Ein Stück Heimat", S. 27 f. u. S. 90–92.

[80] Vgl. Ginsborg, Italy, S. 122–126; Robert D. Putnam, Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton 1993, S. 177 ff.; Ziegler, Familientradition, S. 41 u. S. 238.

[81] Vgl. Putnam, Making Democracy Work, S. 107.

[82] Vgl. Ginsborg, Italy, S. 122–126.

[83] Vgl. Schneider, Emigration, S. 27; Rieker, „Ein Stück Heimat", S. 39 f.

[84] Vgl. Enrico Pugliese, Italy between Emigration and Immigration and the Problems of Citizenship, in: Cesarani/Fulbrook (Hrsg.), Citizenship, S. 106–121, hier S. 111; Mary Fulbrook, Germany for the Germans?, in: Ebenda, S. 88–105, hier S. 93; Klaus J. Bade, Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Durchgesehene Sonderausgabe, München 2002, S. 315; Livia Novi, Lebenswelten italienischer Migranten, in: Motte u. a. (Hrsg.), 50 Jahre, S. 243–258, hier S. 246; Haug, Kettenmigration, S. 125.

[85] Vgl. Ginsborg, Italy, S. 220–250; Jens Petersen, Italien als Republik 1946–1987, in: Michael Seidlmayer (Hrsg.), Geschichte Italiens. Vom Zusammenbruch des Römischen Reiches bis

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

fraglich, ob die Herkunft mit Begriffen wie „Staat“ oder „Nation“ angemessen analysiert werden kann. Angesichts der beschriebenen Prägung durch den „Mezzogiorno“ und der enormen Auswirkungen dieser Prägung scheint die Region für eine Analyse wichtiger[86].

2.2 Herkunft versus Ankunft im Unternehmen

Arbeitsmigration war für beide Seiten, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, primär eine ökonomisch motivierte Entscheidung. Die Investitionen für die Einstellung ausländischer Arbeitskräfte waren für ein Unternehmen so hoch, dass immer wieder diskutiert wurde, ob sie überhaupt ökonomisch sinnvoll seien[87]. Daher hatte auch das VW-Management ein hohes Interesse am Wohlbefinden der Italiener und an einer niedrigen Fluktuationsrate. Dazu gehörten neben ordentlichen Unterkünften und einer intensiven Betreuung auch der Versuch, die Italiener gut in den Arbeitsprozess einzugliedern[88]. Die meisten Migranten empfanden das geregelte Arbeitsleben bei Volkswagen nach der harten körperlichen Arbeit in ihrer Heimat oder auch nach den Bedingungen in deutschen Kleinbetrieben, in denen manche zuvor gearbeitet hatten, als leicht zu bewältigen[89]. Tatsächlich waren die Italiener bei Volkswagen rasch leistungsstarke Arbeiter[90]. Dennoch war die Eingewöhnung schwierig. Ein größerer Bruch als der zwischen einer landwirtschaftlichen Tätigkeit in der agrarischen südeuropäischen Patronatsgesellschaft und der Arbeit in den Werkhallen eines modernen, fordistischen Betriebs war damals kaum möglich. Es gab daher auch Migranten, die diesen Gegensatz nicht aushielten, unter dem Getöse der Maschinen und dem gigantischen Ausmaß der Hallen litten und Volkswagen bald wieder verließen[91]. Hieraus erklärt sich zum Teil die hohe Fluktuation der Migranten, die im Opfer-Protest-Plot eine wichtige Rolle spielt.

---

zum ersten Weltkrieg, Stuttgart ²1989, S. 499–550, hier S. 515; Rieker, Südländer, Ostagenten oder Westeuropäer?, S. 231–258, hier S. 231 ff.; zuletzt Knortz, Diplomatische Tauschgeschäfte.

[86] Dies trifft sicherlich auch für die Türkei zu, wo ein Großteil der Migranten aus der Ost-Türkei kam; vgl. dazu Roberto Sala, Die Nation in der Fremde. Zuwanderer in der Bundesrepublik Deutschland und nationale Herkunft aus Italien, in: IMIS-Beiträge 29 (2006), S. 99–122, hier besonders S. 117–120, der fordert, innerhalb der Region nochmals stark zu differenzieren.

[87] Vgl. „Europe's Immigrant Workers Boost Costs, Pose Other Problems“, in: Wall Street Journal vom 16. 3. 1964; „Wo sollen die ausländischen Arbeiter wohnen?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. 7. 1965; Weber, Rotation, Integration und Folgelasten, S. 204 u. S. 211.

[88] Vgl. „Ein Italien-Schalter“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 28. 4. 1962; „Il dramma degli emigrati italiani in Germania“, in: L'Unità vom 10. 3. 1963; Quattrosoldi vom Juni 1962.

[89] Interview A. G., S. 2, in: UVW; Vortrag Kugland vom 10. 6. 1964, S. 5, in: UVW, 69/184; vgl. dazu auch Ginsborg, Italy, S. 221; Herbert, Ausländerpolitik, S. 214; Schneider, Emigration, S. 72.

[90] Jahresbericht Personalleitung 1962, S. 1, in: UVW, 69/701.

[91] Vgl. Elberskirch, Integrationsprobleme, S. 30; Vortrag Kugland vom 10. 6. 1964, S. 5, in: UVW, 69/184.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit den Verträgen hatte die Fluktuation in der Autoindustrie, wie oft behauptet wird, wenig zu tun[92]. Die Vertragspolitik des VW-Managements änderte sich nach dem wilden Streik von 1962. War die Werkleitung bis zum Herbst 1962 zufrieden mit den Migranten gewesen, führte die Vertrauenskrise zu einer Doppelstrategie bei der Einstellungspraxis: Italienische Stammbelegschaft ja, aber nur mit erwiesen zuverlässigen Arbeitsmigranten. So kamen zwar um die Jahreswende 1962/63 wie geplant die ersten Italiener, deren Einjahres-Vertrag ausgelaufen war, in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis[93]. Einige Verträge wurden jedoch nicht verlängert – und es wurden in der Folge bei Neueinstellungen von Migranten auch Halbjahresverträge abgeschlossen. Diese ermöglichten eine gewiss nicht unproblematische, rasche Ablösung von Italienern, mit denen die Werkführung unzufrieden war. Die Verlängerung eines solchen Halbjahresvertrags führte jedoch automatisch zu einem unbefristeten Arbeitsverhältnis[94].

Das Volkswagenwerk hatte ein ökonomisches Interesse an langfristiger Beschäftigung seiner Arbeitsmigranten, da die Verantwortlichen mit der Mehrheit der Italiener zufrieden, während Anwerbung und Einarbeitung hingegen teuer waren[95]. Dennoch wiesen die Italiener im Volkswagenwerk einen hohen Fluktuationsgrad auf. Er betrug von 1962 bis 1975 im Durchschnitt rund 56 Prozent und konnte in konjunkturellen Krisenzeiten auf über 80 Prozent hochschnellen. Bei der deutschen Belegschaft betrug er rund fünf Prozent[96]. Gleichwohl bildete Volkswagen keineswegs einen Sonderfall, wie behauptet wird, denn in der ganzen Bundesrepublik wiesen Italiener die höchste Fluktuationsrate auf. Sie wechselten nicht nur häufig die Arbeit, sondern pendelten auch überdurchschnittlich oft zwischen Deutschland und ihrer Heimat. Dafür hatten sie zahlreiche Gründe: die relative Nähe Italiens, der parallele Aufbau eines neuen Lebens in der Heimat oder der Wunsch nach Rückkehr, der aber oft wegen des Geldmangels erneut zur Migration führte. Zudem waren Italiener dank ihrer EWG-Mitgliedschaft anders als etwa die Arbeitsmigranten aus Tunesien oder der Türkei seit Herbst 1961 nicht in ihrer Aus- und Einreise eingeschränkt[97]. Deswegen ist ein Vergleich

[92] Vgl. etwa Wellhöner, „Wirtschaftswunder“, S. 158; Oswald, „Stippvisiten“, in: Bade/Oltmer (Hrsg.), Zuwanderer.

[93] Jahresbericht Personalleitung 1962, S. 1, in: UVW, 69/701; Protokoll Betriebsratssitzung vom 19. 1. 1962, 25. 1. 1963 u. 15. 2. 1963, in: UVW, 119/22/2.

[94] Aktennotiz „Unruhen im italienischen Dorf am 4. und 5. November [1962]“ (ohne Datierung), in: UVW, 69/189/2; Protokoll Vorstandssitzung vom 15. 10. 1963, S. 3, in: UVW, 237/455; Vortrag Kugland am 10. 6. 1964, S. 3, S. 6 u. S. 18, in: UVW, 69/184. Oswald behauptet irrtümlicherweise, die Ein-Jahres-Verträge seien grundsätzlich nicht verlängert worden; vgl. dies., „Stippvisiten“, in: Bade/Oltmer (Hrsg.), Zuwanderer, S. 232.

[95] Eine der wenigen Studien, die einen genauen Blick auf die Personalpolitik von Unternehmen wirft, kommt zu einem ähnlichen Ergebnis; vgl. Yano, Arbeitsmigration im Steinkohlenbergbau, in: Hesse/Kleinschmidt/Lauschke (Hrsg.), Kulturalismus, S. 272.

[96] Personalstatistik 31. 12. 1991, in: UVW, 677/47 (Fluktuation der Italiener=Entlassungen*100/Belegschaftsstärke der Italiener); der Spitzenwert wurde 1971 mit 105,8 % erreicht.

[97] Vgl. Sala, Vom „Fremdarbeiter“ zum „Gastarbeiter“, S. 116 f.; Rieker, „Ein Stück Heimat“, S. 117–119; Dietrich von Delhaes-Günther u. a., Abwanderung von Arbeitskräften aus Italien, der Türkei und Jugoslawien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 12 (1976), S. 3–23.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Fluktuationsraten zwischen Migranten unterschiedlicher Herkunftsländer nicht sinnvoll[98].

Wird die These von der Zwangsrotation, die für ein Unternehmen ökonomisch keinen Sinn ergab, inzwischen vereinzelt auch von deutschen Migrationsforschern in Frage gestellt[99], so ist eine undifferenzierte Betrachtungsweise der Konjunkturpufferthese in Deutschland bisher fast unwidersprochen. Ihr zufolge nutzten die Unternehmen und Aufnahmestaaten die Migranten als Puffer: Lief die Konjunktur gut, mussten sie kommen, lief sie schlecht, mussten sie gehen[100]. Doch ein Unternehmen konnte schon aus rechtlichen Gründen eine solche Politik gar nicht betreiben[101]. Zudem widerspräche auch sie allem unternehmerischen Sachverstand. Ein leitender Mitarbeiter der VW-Sozialabteilung erklärte im Krisenjahr 1966 in einem Stern-Artikel: „Wir haben lieber fleißige Italiener als deutsche Faulpelze. Kommt es zur Rezession, dann fliegen erst die faulen Köpfe – gleichgültig welcher Nationalität."[102] Das prozentual hohe Ausscheiden der Italiener bei VW in Krisenzeiten geht auf Aufhebungsverträge zurück. Durch sie schied der Arbeitnehmer mit einer Ablösesumme in gegenseitigem Einverständnis aus dem Unternehmen aus. Die italienischen Migranten hatten zahlreiche Gründe, solche Aufhebungsverträge eher anzunehmen als ihre deutschen Kollegen[103]. Ein Hauptgrund war ihr Ziel, in kurzer Zeit möglichst viel zu verdienen, um bald wieder in die Heimat zurückkehren zu können. Ein Ausscheiden aus dem Unternehmen mit der Ablösesumme schien für viele der geeignete Zeitpunkt für die ersehnte Rückkehr. Zahlreiche Italiener kamen aber häufig nach ein, zwei Jahren wieder zu VW zurück. Zwar führte das bei den deutschen Kollegen zu Missgunst, da die Italiener dann erneut ein unbefristetes Arbeitsverhältnis erhielten, zugleich aber die Ablösesumme „abkassiert" hatten – doch dem Management, das nicht in der Lage war, eine längerfristige Personalpolitik zu gestalten, kam die italienische Lebensplanung entgegen. Die Personalabteilung richtete ein Verzeichnis von italienischen Remigranten ein. Diese schrieb das Management bei Bedarf an, und oft genug kehrten die Italiener wieder zum norddeutschen Autobauer zurück[104]. Die italienischen Beschäftigten waren also

[98] Vgl. Oswald, Volkswagen, S. 61.

[99] Vgl. z. B. Oswald u. a., Einwanderungsland Deutschland, in: Ohliger u. a. (Hrsg.), European Encounters, S. 22.

[100] Hollifield hat schon Anfang der 1990er Jahre auf die Problematik der Konjunkturpufferthese hingewiesen; vgl. James F. Hollifield, Immigrants, Markets, and States. The Political Economy of Postwar Europe, Cambridge 1992, S. 213–216.

[101] Vgl. Siegfried Bullinger, Ausländerbeschäftigung, Arbeitsmarkt und Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1974, S. 167; Hollifield, Immigrants, Markets, and States, S. 95 f.

[102] „Hochzeit in Alberobello – Alltag in Ulm", in: Stern vom 22. 5. 1966.

[103] Protokoll Betriebsversammlung am 21. 9. 1972, S. 8 f., in: UVW, 119/1196; vgl. „Die Ausländerbeschäftigung bei Volkswagen schrumpft stärker", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. 11. 1974.

[104] Interview mit V. T., S. 7 f., und Interview mit L. A., in: UVW; Rede Borks auf der Betriebsversammlung vom 25. 4. 1969, S. 2, in: UVW, 119/1192/1.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keine passive Verschiebemasse. Auch ein Blick auf die Lohngruppenverteilung (s. Tabelle 1) zeigt, dass das Unternehmen nicht nach Nationalität unterschied. Mitte der 1960er Jahre arbeiteten nur noch rund 12,5 Prozent der Italiener (gegenüber 10,4 Prozent der Deutschen) in der niedrigsten Lohngruppe. Warum den Italienern wesentlich seltener ein Aufstieg gelang als den Deutschen und Arbeitsmigranten anderer Nationalitäten, hatte seine eigenen Gründe, von denen noch die Rede sein wird.

Tabelle 1: Zugehörigkeit zu Lohngruppen der Arbeitnehmer, um 1965

Lohngruppe	Monatlicher Lohn in DM	Italiener in Prozent	Deutsche in Prozent
2	700,04	12,5	10,4
3	732,72	55,2	28,8
4	767,12	24,5	27,6
5	806,68	7,6	23,4
6	861,72	0,2	6,6
Gesamt		100	96,8

Quelle: Statistik Zugehörigkeit zu Lohngruppen der italienischen Arbeitnehmer u. Statistik Zugehörigkeit zu Lohngruppen der deutschen Arbeitnehmer, in: UVW, 153/7/1.

Die Konzentration der Arbeitsmigranten auf hohen Verdienst und baldige Rückkehr erklärt auch die Abschottung vieler Italiener. Da die meisten für ihre Familien in der Heimat arbeiteten, gönnten sie sich selbst nichts, lebten in Sparsamkeit und Askese[105]. Ökonomisch drückte sich diese Zurückhaltung im massiven Geldtransfer von Deutschland nach Italien aus[106]. Anfang der 1960er Jahre überwiesen die Wolfsburger Italiener jährlich rund 16 Millionen Mark, was ca. 50 Prozent des Lohns aller VW-Arbeitsmigranten entsprach[107]. Noch in den 1970er Jahren kam eine Untersuchung über die italienischen VW-Mitarbeiter zu dem Ergebnis, viele der Italiener – selbst einige, die seit 1962 in Wolfsburg lebten – sprächen kaum ein Wort Deutsch und lebten in einer problematischen Isolation[108]. Die Italiener zeigten das typische Profil von Arbeitsmigranten. Dazu gehörte das Bedürfnis nach Zusatzschichten, Nacht- und Wochenendarbeit;

[105] Vgl. Elberskirch, Integrationsprobleme, S. 22; Interview C. P. (italienischer Arbeiter, am 2. 10. 2004, Alberobello), S. 6, in: UVW.
[106] Vgl. Schneider, Emigration, S. 86; Interview L. A. (italienischer Arbeiter und Betriebsrat, am 10. 5. 2004, Wolfsburg), S. 33, in: UVW.
[107] Vortrag Kugland am 10. 6. 1964, S. 6, in: UVW, 69/184; Rede Hugo Borks auf der Betriebsversammlung am 21. 4. 1966, S. 5, in: UVW, 119/1192/1; vgl. dazu auch „Europe's Immigrant Workers Boost Costs, Pose Other Problems", in: Wall Street Journal vom 16. 3. 1964; Ziegler, Familientradition, S. 25; Il Giorno vom 26. 10. 1962, in: UVW, 69/189/2; Helga Kleinhans/Hermann Korte, Die wirtschaftliche und soziale Lage der ausländischen Wohnbevölkerung im Spiegel der jüngeren Ausländerforschung, in: Georg Hansen/Klaus Klemm (Hrsg.), Kinder ausländischer Arbeitnehmer, Essen 1979, S. 155–171, hier S. 161.
[108] Vgl. Elberskirch, Integrationsprobleme, S. 65.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

hinzu kam ein beträchtliches Ausmaß an Schwarzarbeit[109]. Diese Arbeitshaltung führte zwangsläufig zu einer Interessenkollision zwischen den Arbeitsmigranten, die sich auf Lohn und Rückkehr konzentrierten, und den Gewerkschaften, die auf eine kontinuierliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen hinwirkten. Ein Konflikt, der deutschlandweit zu finden war[110].

Die selbst gewählte hohe Arbeitsbelastung erklärt teilweise, warum italienischen Arbeitsmigranten so selten ein beruflicher Aufstieg gelang[111]. Fortbildung und Karriere schien den Migranten nicht dienlich für ihr Lebensziel. Die VW-Werkleitung hatte sich das anders vorgestellt. Schon im Oktober 1961 hieß es in einem Strategiepapier der Personalleitung: „Man hofft, auf die Dauer italienische Führungskräfte zu gewinnen oder heranbilden zu können."[112] Über viele Jahre hinweg bot das Werk, teilweise in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, für Italiener Weiterbildungsmöglichkeiten an. Doch das Interesse auf Seiten der Migranten blieb gering[113]. Der Aufstieg gelang nur einer kleinen Minderheit unter den Italienern[114]. Eine entscheidende Rolle in Fragen der Weiterbildung spielen hingegen Ausgangsbedingungen, an die eine Akzeptanz von Fortbildungsmaßnahmen generell geknüpft ist, nämlich ausreichende schulische Vorbildung, eine fest verankerte Einstellung, die Bildung als Wert anerkennt, Erfahrungen mit Weiterbildungsmaßnahmen und eine klare Aufstiegsmotivation[115]. Eben daran fehlte es den italienischen Arbeitsmigranten oft. Im Vergleich mit Arbeitsmigranten anderer Nationalität hatten überproportional viele Italiener aus dem „Mezzogiorno" eine schlechte Schulbildung und daher wenig Motivation für Weiterbildungsmaßnahmen[116]. Entsprechend sah die Situation auch noch in den

[109] Vgl. „Taxifahrer wehren sich gegen illegale Konkurrenz", in: Wolfsburger Nachrichten vom 2. 3. 1971; Interview Familie V. G. (italienischer Arbeiter und Ehefrau, am 3. 10. 2004, Leveranno), S. 3, Interview Z. (deutscher Arbeiter und Gewerkschafter, am 3. 5. 2004, Wolfsburg), S. 25, und Interview mit M. C. (italienischer Mitarbeiter des Sozialwesens vom 11. 5. 2004 in Wolfsburg), S. 21, in: UVW; vgl. auch Schneider, Emigration, S. 70.

[110] Vgl. „Europe's Immigrant Workers Boost Costs, Pose Other Problems", in: Wall Street Journal vom 16. 3. 1964; Rieker, „Ein Stück Heimat", S. 22.

[111] Vgl. Elberskirch, Integrationsprobleme, S. 42 f.

[112] Aktennotiz Personalabteilung „Betrifft: Italienische Gastarbeiter" vom 27. 10. 1961, S. 1, in: UVW, 174/2290.

[113] Di Virgilio, Ausländerreferat der Stadt Wolfsburg, Bericht über Ausländerbetreuung vom 14. 2. 1974, in: StadtA WOB, HA 6650; Jahresbericht Personalleitung 1972, S. 22, in: UVW, 69/701; Interview A. G., S. 5 u. S. 20, in: UVW; Vortrag Kugland vom 10. 6. 1964, S. 11, in: UVW, 69/184.

[114] Vgl. Elberskirch, Integrationsprobleme, S. 55; vgl. auch Tabelle 1.

[115] Vgl. Eduard Gaugler u. a., Ausländerintegration in deutschen Industriebetrieben, Königstein/Ts. 1985, S. 217–219; Thomas Welskopp, Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1890er bis zu den 1930er Jahren, Bonn 1994, S. 524.

[116] Vgl. Gaugler u. a., Ausländerintegration, S. 167; zur Assimilation bei der beruflichen Stellung auch Frank Kalter/Nadia Granato, Sozialer Wandel und strukturelle Assimilation in der Bundesrepublik. Empirische Befunde mit Mikrodaten der amtlichen Statistik, in: Klaus J. Bade (Hrsg.), Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche. Für den Rat für Migration, Osnabrück 2004, S. 61–81, hier S. 77; „Schwund bei Italienern", in: Der Spiegel

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1980er Jahren aus: Während deutschlandweit etwa 18 Prozent der Griechen und 23 Prozent der Spanier vom ungelernten Arbeiter zum Facharbeiter avancierten, waren es nur 8 Prozent der Italiener[117]. Auch in der Folgezeit blieb die Bildungs- und Aufstiegsquote der Italiener im Vergleich zu Arbeitsmigranten anderer Nationalität niedrig[118]. Diese mangelnde Qualifizierung ist ein weiterer Grund für die hohe Fluktuation, da bei schlechter Qualifikation meist nicht die Arbeit selbst, sondern Verdienstmöglichkeiten und günstige Arbeitsbedingungen ausschlaggebend sind und ein Arbeitswechsel daher oftmals attraktiv erschien[119].

Wichtig ist auch, wie die Arbeitsmigranten die unqualifizierte Arbeit bei Volkswagen einschätzten, die sie überwiegend in die Polsterei, Gießerei, Lackiererei und den Karosseriebau führte, wo sie zusammen mit Deutschen arbeiteten[120]. Die Fließbandarbeit, die im Erzählmuster oft für diskriminierende Arbeitsbedingungen steht, beurteilten die Migranten unterschiedlich. Ein Apulier erklärte über die Bandarbeit: „Mir ging es wie Jesus am Kreuz dort. Die Arbeit war schrecklich."[121] Anders sein Landsmann in der gleichen Halle: „Ich montierte Benzinröhrchen unter den Wagen. Es gab solche Gummis – mit dem Hammer schlug ich sie unten ein. Es war eine wunderbare Arbeit, die mir sehr gefiel."[122] Ein weiterer Remigrant aus der Basilikata verwies ebenfalls selbstbewusst auf seine Fähigkeiten: „Ich beherrschte die Arbeit so sehr, dass ich nicht einmal Hand anlegen musste, und die Arbeit war schon erledigt! Der Meister […] sah mich an und war verblüfft."[123] Ein anderer berichtete von seiner Tätigkeit in der Lackiererei, wo die Arbeit schwer und ungesund war. Er erklärte, er habe sich bei der Arbeit so wohl gefühlt, dass er trotz einer Weiterbildung zum Mechaniker seine alte Aufgabe beibehalten habe. Als Grund nannte er neben der guten Arbeitsatmosphäre den Lohn, der so hoch gewesen sei wie der von Facharbei-

vom 16. 10. 1967; Bericht von Pusch [wohl Niedersächsisches Innenministerium] über Betreuung ausländischer Arbeitnehmer vom 19. 3. 1965, in: HStA Hannover, Nds. 500 Acc. 6/77 Nr. 3; Martin Frey, Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. Ein statistischer Überblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 25 (1982), S. 5–18, hier S. 15; Bullinger, Ausländerbeschäftigung, S. 167; Delhaes-Günther u. a., Abwanderung, S. 6 u. S. 21.

[117] Vgl. Ursula Mehrländer u. a. im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung: Repräsentativuntersuchung '80. Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1981, S. 167.

[118] Vgl. Rieker, „Ein Stück Heimat", S. 114–116. Allerdings sucht Rieker trotz dieses Befundes die Ursachen in der angeblich diskriminierenden Aufnahmegesellschaft und nicht in Prägung und Motivation der Akteure.

[119] Vgl. dazu „Berichte aus der Praxis", in: Gewerkschaftliche Monatshefte 1974, H. 1, S. 47; „Jeder fünfte Gastarbeiter wechselt den Arbeitsplatz", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27. 5. 1966; Welskopp, Arbeit und Macht, S. 309, S. 314 f., S. 524 u. S. 727.

[120] Interviews Familie C. (italienischer Arbeiter, Ehefrau und Sohn, am 2. 10. 2004, Catelloneta), Interview R. L. (italienischer Arbeiter, Interview am 24. 1. 2005, Wolfsburg), S. 7, Interview V. T., S. 6, Interview C. P., S. 3, Interview S. G. (italienischer Arbeiter, am 3. 10. 2004, Santa Maria al Bagno), S. 6, Interview Familie G. (italienischer Arbeiter, Ehefrau, am 3. 10. 2004, Leveranno), S. 4, Interview L. A., S. 20, und Interview M. C., S. 28, alle in: UVW.

[121] Interview S. G., S. 6, in: UVW.

[122] Interview C. P., S. 3, in: UVW.

[123] Interview V. T., S. 6, in: UVW; vgl. Gaugler u. a., Ausländerintegration, S. 150.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tern[124]. Auch bei ihm verhinderte die Konzentration auf den Lohn einen beruflichen Aufstieg. Für viele süditalienische Migranten, so die Schlussfolgerung, hatten Bildung und Weiterbildung in ihrem Lebensentwurf oft nur marginale Bedeutung; das in Deutschland gängige Prestige der verrichteten Arbeit spielte für sie kaum eine Rolle, und die Aufstiegsmotivation war wesentlich geringer als bei Deutschen und Migranten anderer Herkunftsländer.

2.3 Süditalienische Mitbestimmung im Unternehmen

Nicht nur im Bereich der Berufskarriere wirkten sich Herkunft und regionale Prägung stark aus, sondern auch bei der Mitbestimmung im Unternehmen. In der ersten Zeit gab es für Italiener keinerlei Möglichkeit, ihren Unmut zu artikulieren, da ihnen eine eigene Interessenvertretung in Form von Betriebsrat und Gewerkschaftsarbeit fremd war und die deutschen Arbeitnehmervertreter sie ihrerseits noch nicht als Klientel entdeckt und akzeptiert hatten. Ohne Kanalisationsmöglichkeit des Unmuts stauten sich die Probleme und Konflikte an und führten daher zu einem wilden Streik, einer Protestform, die sie aus ihrer Heimat kannten[125]. Zur Analyse des Protests genügt aber nicht der Blick auf das Unternehmen, vielmehr wurden die Migranten im Alltagsleben der Stadt nicht selten diskriminiert. Einige Bar- und Restaurantbesitzer verboten Fremden, ihre Lokale zu betreten, und die Deutschen empfanden die Italiener als Konkurrenz auf dem hart umkämpften Wolfsburger Heiratsmarkt. Im Herbst 1962 kam es vermehrt zu Schlägereien zwischen Deutschen und Migranten. Viele Italiener litten unter der Trennung von der Familie, unter Heimweh, unter dem kalten Klima und der Sprachbarriere[126]. Schließlich eskalierte im November 1962 unter den rund 3000 Migranten die Situation in einem wilden Streik. Auslöser war die Erkrankung eines Italieners, die in der aufgeheizten Stimmung zum Todesfall stilisiert wurde. Befragte Italiener nannten als Ursache des Streiks die verschiedensten Gründe, die zeigen, dass es nicht um eine konkrete Forderung ging, sondern die Unruhen Ausdruck einer aufgestauten, diffusen Unzufriedenheit waren[127].

---

[124] Interview R. L., S. 7 f., in: UVW.

[125] Zu Motiven, Verlauf und Folgen des Streiks vgl. Hedwig Richter/Ralf Richter, Zum Streik der italienischen Arbeitsmigranten im Volkswagenwerk Wolfsburg 1962, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 1 (2008), S. 72–88; vgl. auch Peter Birke, Wilde Streiks im Wirtschaftswunderland. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt a. M. 2007.

[126] Protokoll Stadtratssitzung vom 9. 6. 1971, S. 6 f., in: StadtA WOB (ohne Signatur); „Gruppe Empyreum' protestierte", in: Wolfsburger Nachrichten vom 5. 4. 1968; Leserbrief „Die Ausländer diskriminiert", in: Ebenda vom 16. 4. 1971; Bericht Niedersächsisches Innenministerium vom 2. 10. 1962, in: HStA Hannover, Nds. 100 Acc. 2002/127 Nr. 26; Regierungspräsident an Niedersächsischen Innenminister vom 20. 11. 1962, in: Ebenda, Nds. 100 Acc. 81/97 Nr. 24; „Italienische Gastarbeiter randalierten in Wolfsburg", in: Lüneburger Landeszeitung vom 2. 10. 1962; Bericht durchgegeben von der Polizei Wolfsburg am 1. 10. 1962, in: UVW, 2178/3253.

[127] Fernschrift Nachrichtenstelle Wolfsburg an Niedersächsischen Innenminister vom 5. 11. 1962, in: HStA Hannover, Nds. 100 Acc. 81/97 Nr. 24; Interview M. C., S. 37, in: UVW.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In den bisherigen Untersuchungen dient der Streik vor allem dazu, das Erzählmuster von Unterdrückung und Protest zu unterstützen[128]. Das gelingt auch deshalb, weil die analytischen Möglichkeiten, die die Unternehmensgeschichte bietet, kaum berücksichtigt werden. So konstatiert die bisherige Forschung, das Unternehmen habe den Streik unterdrückt und jegliche Berechtigung dafür negiert. Dabei wird die Öffentlichkeitsarbeit von Volkswagen ins Visier genommen. Aus unternehmenshistorischer Perspektive aber muss hier zwischen der Außenkommunikation eines Unternehmens und der internen unterschieden werden[129]: Die verantwortlichen VW-Mitarbeiter versuchten, nach außen den Vorfall herunterzuspielen[130], was ihnen freilich nicht gelang[131]. Intern aber analysierte die Unternehmensleitung die Ursachen sehr genau, da sie alles tun wollte, um ähnliche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern. Wie die Arbeitnehmervertreter vermuteten sie als Ursache den mangelhaften Kommunikationsfluss zwischen italienischen Beschäftigten und Management sowie Betriebsrat und zogen daraus praktische Konsequenzen[132].

Zur Opfererzählung über die VW-Migranten gehört nicht nur, den wilden Streik von 1962 als Auflehnung gegen die Ausbeutung durch das Unternehmen zu interpretieren, sondern ihn *a priori* als reflektiertes Protestinstrumentarium der Migranten zu verstehen. Zwei Dinge werden bei dieser Interpretation übersehen: Erstens gab es einen solchen Streik der Italiener nur zu Beginn ihrer Beschäftigung im Volkswagenwerk. Zweitens gab es, wie gezeigt, keinen konkreten betriebsimmanenten Grund für die Unruhen. Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter zielten durchaus mit ihrer Analyse in die richtige Richtung, wenn sie auf die mangelnde Kommunikation mit den Italienern hinwiesen. Die Migranten brachten ihre Erfahrungen aus Süditalien mit nach Deutschland, wo die Landbevölkerung großes Misstrauen gegenüber Autoritäten hegte. Der wilde Streik, wie die Migranten ihn aus Italien kannten, ist ein typischer Ausdruck für ein solch vordemokratisches Verhältnis zu Autoritäten: Der Arbeitgeber ist kein

[128] Vgl. Oswald, Volkswagen, S. 71 f.; dies./Schmidt, „Nach Schichtende", in: Motte u. a. (Hrsg.), 50 Jahre, S. 208; Herlyn u. a., Stadt im Wandel, S. 62; Ehrhard/Weule, Leben aus dem Koffer, S. 43–45; Wellhöner, „Wirtschaftswunder", S. 158.

[129] Die Untersuchung von Binnen- und Außenperspektive eines Unternehmens ist ein recht neues Feld, auf dem sich in letzter Zeit viel getan hat. Vgl. Clemens Wischermann u. a. (Hrsg.), Unternehmenskommunikation im 19. und 20. Jahrhundert. Neue Wege der Unternehmensgeschichte, Dortmund 2000; ders. u. a. (Hrsg.), Unternehmenskommunikation deutscher Mittel- und Großunternehmen, Dortmund 2003.

[130] Vgl. „Im Italienerdorf erregten sich die Gemüter", in: Wolfsburger Nachrichten vom 6. 11. 1962; „Italiener in Wolfsburg arbeiten wieder", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. 11. 1962; Personalleitung an Generaldirektion, Frau Metzner vom 3. 12. 1962, in: UVW, 2178/3253.

[131] Aktennotiz „Unruhen im italienischen Dorf am 4. und 5. November [1962]" (ohne Datierung), in: UVW, 69/189/2.

[132] Bericht der Nachrichtenstelle Wolfsburg vom 9. 11. 1962, in: HStA Hannover, Nds. 100 Acc. 81/97 Nr. 24; dpa-Fernschreiben „italiener zwei und schluss" vom 5. 11. 1962, in: UVW, 69/189/2; Protokoll Betriebsratssitzung vom 12. 11. 1962, in: UVW, 119/22/2; Protokoll Betriebsversammlung vom 4. 12. 1962, S. 15, in: UVW, 119/1192/1.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Gegenüber, mit dem man die eigenen Forderungen verhandeln kann. Auch im Betrieb bekamen die leitenden Volkswagen-Mitarbeiter die Auswirkungen der Feudalherrschaft in Süditalien immer wieder zu spüren. Der VW-Personalchef erklärte, die Mitarbeiter bräuchten „viel Geschick und große Geduld, um diesen Leuten das Misstrauen zu nehmen, das sie gegenüber jedem Arbeitgeber offenbar aus den Erfahrungen in der Heimat“ mitbrächten[133]. Eine norditalienische Zeitung fragte nach dem Streik verständnislos: „Wieso haben unsere Arbeiter nicht, bevor sie sich zu einem Streik zusammenrotteten, eine Delegation gewählt, um dem Vorstand ihre Wünsche vorzutragen? Das hätte den demokratischen Regeln einer Verhandlung mehr entsprochen.“[134] Diese Regeln aber kannten die Süditaliener nicht.

Keine Rolle spielten Kommunisten beim Streik, wie zunächst allgemein vermutet worden war. Oft wird in ironischem Ton auf solche Kommunisten-Panik verwiesen und darüber der historische Kontext des Kalten Krieges vergessen[135]. Tatsächlich bemühte sich die Kommunistische Partei Italiens (PCI), die die Arbeitsmigration für eine Bankrotterklärung des kapitalistischen Wirtschaftssystems hielt, intensiv um die italienischen Arbeitsmigranten[136]. Und naheliegenderweise spannte das SED-Regime italienische Migranten für seine Ziele ein, wofür es seine Kontakte zum PCI und zu den italienischen Gewerkschaften nutzte. Hier werden einmal mehr die Interdependenzen in der Geschichte der beiden deutschen Staaten deutlich. Im Jahr 1961, als Volkswagen begann, ausländische Beschäftigte zu rekrutieren, konstatierte der Chef der italienischen Polizei in einem streng vertraulichen Bericht eine verstärkte kommunistische Infiltration der italienischen Arbeiter in der Bundesrepublik, die auch auf die SED zurückzuführen sei[137]. Trotz aller Bemühungen blieb der Erfolg der Kommunisten begrenzt. Der utopisch-mystische, mit dem Katholizismus kompatible Kommunis-

[133] Protokoll 2. Sitzung des Sozialausschusses des Aufsichtsrats am 5. 10. 1962, S. 3, in: UVW, 174/496/1612. Vgl. dazu auch Ziegler, Familientradition, S. 60.

[134] „Lo sciopero di 4.000“, in: Sole D’Italia“ vom 17. 11. 1962.

[135] Vgl. beispielhaft Rieker, Südländer, Ostagenten oder Westeuropäer?, S. 237 und passim. Vgl. dagegen Richter/Richter, Italienische „Gastarbeiter“ im Ost-West-Konflikt.

[136] Vgl. Ginsborg, Italy, S. 232; PCI-Flugblatt, verteilt am 5. 2. 1971 (ohne Datierung), in: UVW, 153/4/1; zu Migration und Kalter Krieg vgl. auch Tobias Wunschik, Migrationspolitische Hypertrophien: Aufnahme und Überwachung von Zuwanderern aus der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, in: IMIS-Beiträge 32 (2007), <http://www.imis.uni-osnabrueck.de/pdffiles/imis32.pdf>, 33–60.

[137] Ministero dell’Interno (Direzione Generale della P. S.) an Ministero degli Affari Esteri (Direzione Generale Emigrazione) „Attività di proselitismo e di agitazione comunista fra i lavoratori italiani nella Repubblica Federale“ vom 17. 2. 1961, in: Archivio Centrale dello Stato, MI, Gabinetto, 1961–1963, Busta 187; Brief Bundesminister des Innern an Niedersächsischen Minister des Innern vom 3. 5. 1956, in: HStA Hannover, Nds. 100 Acc. 1/89 Nr. 147; Landeskriminalpolizeiamt Niedersachsen an Niedersächsischen Innenminister vom 8. 9. 1966, S. 4, in: Ebenda; „Gastarbeiter als Infiltrationsobjekt“, in: Industriekurier vom 6. 9. 1962; vgl. zur Einflussnahme der DDR auf die Arbeitsmigranten Johannes Lill, Völkerfreundschaft im Kalten Krieg? Die politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen der DDR zu Italien 1949–1973, Frankfurt a. M. u. a. 2001, S. 234–257.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mus, wie die Arbeitsmigranten ihn aus Süditalien kannten, hatte wenig mit dem spröden Organisations-Kommunismus nördlich der Alpen zu tun[138].

Vielleicht war es auch dem Einfluss des PCI zu verdanken, dass das Misstrauen gegenüber den Arbeitnehmervertretern zunächst sehr groß war, zumal Gewerkschaften und Betriebsrat beliebte Adressaten kommunistischer Angriffe waren[139]. Dieses Misstrauen beruhte auf Gegenseitigkeit. Die Beschäftigung von Arbeitsmigranten akzeptierte der Betriebsrat nach langem Zögern nur wegen des Bedarfs an Arbeitskräften. Arbeitnehmervertreter in Wolfsburg empfanden die Italiener in den ersten Jahren überwiegend als Konkurrenz, sie fürchteten, die Migranten würden den Deutschen auf die Dauer Arbeitsplätze wegnehmen und um die höheren Lohngruppen konkurrieren[140]. Angesichts des distanzierten Verhältnisses traten über mehrere Jahre hinweg nur wenige Italiener in die IG Metall ein[141]. Doch im Laufe der Zeit entdeckten die Arbeitnehmervertretungen in Wolfsburg die Migranten als eine neue Klientel und setzten zunehmend auf italienische Mitarbeit und Mitbestimmung. Mehr und mehr Italiener wurden daher für die Wahl als Vertrauensmänner vorgeschlagen, um in dieser Funktion zwischen Arbeitnehmern und Werkleitung zu vermitteln[142]. Diese Vertrauensleute, die eine kleine, aber starke italienische Elite bildeten, trugen wesentlich dazu bei, die Forderungen zu kanalisieren und die Italiener schließlich in den Betrieb zu integrieren[143]. Hier wird deutlich, warum es später keinen wilden Streik der Italiener mehr gegeben hat.

Doch bei diesem Integrationsprozess übernahmen die Italiener nicht einfach das vorgegebene deutsche Mitbestimmungsmodell, sondern gestalteten dieses aktiv entsprechend ihrer Prägung um. Dafür bildete sich ein hierarchisch gegliedertes System heraus, an dessen Spitze eine Art Patron stand, der das erste italienische Betriebsratsmitglied im Volkswagenwerk wurde. Er erzählt, er selbst habe eine Gruppe von italienischen Vertrauensleuten aufgebaut – obwohl sie ja offiziell über Wahlen bestimmt wurden[144]. Diese Funktion ging weit über die eines Betriebsrats hinaus und reichte bis in das Privatleben der Italiener hinein. So half er seinen Landsleuten beim Familiennachzug, bei der Schichtzuteilung, bei Wohnungsproblemen usw. Für viele Migranten war er als Orientierungspunkt in

[138] Vgl. Ginsborg, Italy, S. 122–126; Interview M. C., S. 39, in: UVW.

[139] Übersetzung des VW-Personalwesens: Flugblatt vom 15. 3. 1971, in: UVW, 153/4/1; Brief von 29 Italienern an Direktor vom 22. 9. 1970, in: Ebenda.

[140] Protokoll der Betriebsratssitzung vom 7. 5. 1962, vom 15. 12. 1961 und vom 16. 2. 1962, in: UVW, 119/22/2; Protokoll der Betriebsratssitzung vom 19. 1. 1962, in: Ebenda, und vom 11. 4. 1963, in: UVW, 119/22/1.

[141] Vortrag Kugland vom 10. 6. 1964, S. 11, in: UVW, 69/184.

[142] Rede Borks in der Betriebsversammlung vom 7. 3. 1963, S. 11, in: UVW, 119/1192/2; Interview Familie G., S. 4, Interview C. B. (italienischer Arbeiter, am 3. 10. 2004, Nardó), S. 3, Interview L. A., S. 32 f., und Interview A. G., S. 15, alle in: UVW.

[143] Vgl. Elberskirch, Integrationsprobleme, S. 57; Interview Z., S. 18 f., in: UVW; vgl. zur Rolle der Vertrauensleute bei Migranten auch Institut für Gemeinwohl GmbH, Studie zur sozialen und beruflichen Situation ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 1973, S. 219.

[144] Interview L. A., S. 20 f., Interview A. G., S. 8 f., und Interview R. A., S. 17, in: UVW.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dem fremden Land wichtig, manche nannten ihn gar „Vater“[145]. Diese Mitbestimmungs- und Partizipationsstrukturen bezogen die Italiener in den ersten Jahren also weniger in das Gesamtgeschehen des Betriebs ein, vielmehr trugen sie zur Herausbildung einer innerbetrieblichen Parallelwelt bei. Dennoch wurde den Italienern so die Bedeutung der Gewerkschaft und des Betriebsrats deutlich. Anfang der 1970er Jahre waren dann die meisten Italiener in der IG Metall organisiert[146]. Die Migranten sorgten mithin für einen Transfer süditalienischer Strukturen ins Volkswagenwerk[147]. Diese Rekonstruktion sozialer Beziehungen aus dem Herkunftsland ist allgemein kennzeichnend für Migranten und wichtig für ihre Orientierung in der Fremde[148].

2.4 Integrationsbemühungen von Kirche und Kommune

Das hierarchische Patronatssystem musste mit einem konkurrierenden System kollidieren, das sich schon früher in Wolfsburg etabliert hatte: mit dem System des katholischen italienischen Geistlichen in Wolfsburg, Don Enzo Parenti, der sich ebenfalls als eine Art Patron umfassend um die italienischen Migranten bemühte[149]. Parenti war 1962 von der katholischen Kirche in Genua über den Hildesheimer Bischof und unter dem Dach der „Missione Cattolica Italiana“ nach Wolfsburg gesandt worden. Mit ihm hatte das Volkswagenwerk 1962 einen der ersten von 36 italienischen Seelsorgern in der Bundesrepublik[150]. Der junge Geistliche gab eine eigene italienischsprachige Wochenzeitung heraus, er saß dem italienischen Sportverein vor, gründete das Centro Italiano, den bis heute wichtigsten Treffpunkt für Migranten in Wolfsburg, oder suchte Zimmer für seine Landsleute außerhalb der Unterkünfte. Und er feierte mit Hunderten von Süditalienern in den Kantinen der werkseigenen Unterkünfte Gottesdienste. Oft protestierte Parenti energisch zugunsten seiner Landsleute gegen Volkswagen und die Stadt, wie etwa bei der Standortfrage der neuen Wohnanlagen für die Italie-

[145] Interview L. A., S. 18, Interview S. G., S. 6, Interview C. B., S. 6, Interview Familie V. G., S. 5, Interview M. (italienischer Angestellter im Gesundheitswesen, am 2. 2. 2005, Wolfsburg), S. 2, und Interview M. C., Ergänzung am 16. 3. 2005, alle in: UVW.

[146] Vgl. „Gerangel um Sitze im Kontaktausschuss“, in: Wolfsburger Stadtblatt vom 16. 3. 1971.

[147] Vgl. dazu Michel Espagne/Michael Werner (Hrsg.), Transferts. Les relations interculturelles dans l’espace Franco-Allemand (XVIIIe et XIXe siècle). Editions Recherche sur les Civilisations, Paris 1988, S. 12 f.

[148] Vgl. Haug/Pichler, Soziale Netzwerke, in: Motte u. a. (Hrsg.), 50 Jahre, S. 261; Haug, Kettenmigration, S. 143; Claudia Martini, Italienische Migranten in Deutschland. Transnationale Diskurse, Berlin 2001, S. 32–35 u. S. 249–251; Schneider, Emigration, S. 17.

[149] Gumpert an Nordhoff vom 30. 9. 1961, in: UVW, 174/1543/419; Haaf und Dreyer an Arbeitsamt Wolfsburg vom 30. 1. 1962, Anlage „Übersicht über die Ausstattung“, S. 2, in: UVW, 153/9.

[150] Gumpert an Nordhoff vom 30. 9. 1961, in: UVW, 174/1543/419; Haaf und Dreyer an Arbeitsamt Wolfsburg vom 30. 1. 1962, Anlage „Übersicht über die Ausstattung“, S. 2, in: UVW, 153/9; vgl. „Pastor Parenti: Die Lage beruhigt sich“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 8. 11. 1962; „Sorgen mit den Italienern in Wolfsburg“, in: Hannoversche Allgemeine vom 21. 11. 1962; Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung (Hrsg.), Erfahrungsbericht 1962, S. 10; Elberskirch, Integrationsprobleme, S. 63.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ner. Er repräsentierte die Migranten nach außen – bis es der italienischen Gewerkschaftselite in einem langen Machtkampf gelang, seine Positionen zu übernehmen[151]. Dieser Konkurrenzkampf um die Migranten zeigte sich deutschlandweit auch in den italienischen Radioprogrammen, wo kommunistische Sender versuchten, den wesentlich stärker vertretenen katholischen Sendern das Wasser abzugraben[152]. Anfang der 1970er Jahre verließ Parenti Wolfsburg und wurde zum Herausgeber der deutsch-italienischen Zeitung „Corriere d'Italia" in Frankfurt am Main. Doch auch nach seinem Weggang blieb die katholische Kirche vor allem über die Caritas und die „Missione Cattolica Italiana" prägend für die Betreuung der italienischen Migranten[153]. Parentis Rolle wird in keiner Studie zu den Migranten in Wolfsburg angemessen gewichtet. Obwohl Migration zumeist besonders religionsproduktiv wirkt[154], gehören Kirche und Religion bis heute zu den noch wenig erforschten Feldern der Arbeitsmigration[155]. Dabei schrieb bereits das deutsch-italienische Anwerbeabkommen von 1955 die Aufgabe der Arbeiter-Betreuung explizit der Kirche zu, eine Aufgabe, der sie umfassend nachkam[156].

Nicht nur Unternehmen, Gewerkschaft und Kirchen bemühten sich um die Integration der Italiener. Ebenso die Stadt[157]. Auf Anregung von Kommune und Werk wurden von Anfang an italienisch sprechende Beamte, Post- und Bankangestellte etc. beschäftigt. Die Stadt Wolfsburg richtete in den 1970er Jahren beim

---

[151] Vgl. „Wochenzeitung des Centro Italiano. Don Parenti – Priester und Redakteur", in: Wolfsburger Nachrichten vom 4. 3. 1970; „‚Stadt hat für Probleme der Italiener wenig übrig'", in: Wolfsburger Stadtblatt vom 11. 6. 1970; Vortrag Kugland vom 10. 6. 1964, S. 10, in: UVW, 69/184; Einladung Missione Cattolica Italiana zur Eröffnung des Centro Italiano am 13. 9. 1964, und Flugblätter von 1970, in: UVW, 153/4/1; Zeitungsanzeige Wolfsburger Nachrichten vom 12. 11. 1970; Interview G. K., S. 43, in UVW; „Bischof Casullo las heilige Messe", in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 8. 12. 1964; „Bischof Lilje im Italienerdorf", in: Wolfsburger Nachrichten vom 23. 11. 1965.

[152] Vgl. Lill, Völkerfreundschaft im Kalten Krieg?, S. 245.

[153] Interviews mit M. C., in Wolfsburg, S. 36, in: UVW; zum „Corriere d'Italia" siehe Roberto Sala, „Gastarbeitersendungen" und „Gastarbeiterzeitschriften" in der Bundesrepublik (1960–1975) – ein Spiegel internationaler Spannungen, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 2 (2005) H. 3, URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Sala-3-2005>, S. 7.

[154] Vgl. Friedrich W. Graf, Der Protestantismus. Geschichte und Gegenwart, München 2006, S. 20.

[155] Elia Morandi, Italiener in Hamburg. Migration, Arbeit und Alltagsleben vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M. 2004, S. 252 f. u. S. 243–247, erwähnt immerhin knapp die Tätigkeit der italienisch-katholischen Einrichtungen in Hamburg; Mattes, „Gastarbeiterinnen", beschreibt die Rolle katholischer Organisationen; vgl. auch Sala, Die Nation in der Fremde, S. 106 f. Durch die Herausforderungen des Islam hat die Migrationsgeschichtsschreibung die Religion als wichtiges Thema erkannt; vgl. etwa Frédéric Volpi (Hrsg.), Transnational Islam and Regional Security, Cooperation and Diversity Between Europe and North Africa, Routledge 2008; Helga Nagel/Mechthild M. Jansen, Religion und Migration. Die Bedeutung von Glauben in der Migration, Frankfurt a. M. 2007.

[156] Vgl. Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung, Erfahrungsbericht 1962, S. 9.

[157] Zur Bedeutung der Kommunalpolitik für die Unternehmensgeschichte vgl. Berghoff, Moderne Unternehmensgeschichte, S. 235.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Stadtrat einen der ersten „Ausländerausschüsse“ Deutschlands und ein „Ausländerreferat“ ein, das den Migranten bei allen kommunalen Angelegenheiten professionelle Hilfe bot[158]. Hier und im Betriebsrat fand auch die politische italienische Elite mit dem Patron an der Spitze eine institutionelle Heimat. So wurden nach und nach die informellen Netzwerke und die politische Parallel-Vertretung der italienischen Migranten formalisiert und in die deutschen Strukturen integriert. Ein klassischer Vorgang der Akkulturation[159].

VW-Chef Nordhoff bemerkte schon früh, dass es mit den männlichen Migranten allein nicht getan war. Damit fügt er sich in den bundesdeutschen Diskurs ein, der – wie die Forschung jüngst erkannt hat – keineswegs grundsätzlich ablehnend gegenüber den Migranten war. 1965 erklärte Nordhoff, man müsse sich auf „Frauen, Kinder, Familien, Wohnungen, Schulen usw.“ einstellen[160]. Dabei hielt Volkswagen weiterhin an der Praxis fest, keine (deutschen oder ausländischen) verheirateten Frauen einzustellen, was für den Lebensentwurf der italienischen Familien, der meist auf Geldverdienst und Rückkehr zielte, wesentlich problematischer war als für den der meisten damaligen deutschen Familien. VW und Kommune versuchten jedoch, in der Wohnungspolitik die Probleme gemeinsam zu lösen, und teilten die begehrten Familienwohnungen so ein, dass die Migranten nicht isoliert lebten, sondern in Häuser mit überwiegend deutschen Familien zogen. Wolfsburg und Volkswagen wollten auf jeden Fall „Ghettos“ vermeiden, wie sie inzwischen in anderen Städten durch die Isolation ausländischer Familien

[158] Vgl. „‚Per Italiani‘“, in: Wolfsburger Nachrichten vom 28. 4. 1962; Interview mit Familie N., S. 5 u. S. 7, Interview L. A., S. 26 f., in: UVW; „Für alle Fragen der Ausländer ist er zuständig“, in: Wolfsburger Nachrichten vom 4. 1. 1974; Ausländerreferat, Bilanz der Tätigkeit des Ausländerausschusses vom 13. 12. 1974, in: StadtA WOB, HA 6658; Interview mit Smandek vom 10. 6. 1975, in: StadtA WOB, 650, Bd. 1; vgl. zu den Ausländergremien Ulrike Müller, Migration und Lokalpolitik. Ethnographie eines Ausländerrates, Münster 2007.

[159] Vgl. Espagne/Werner (Hrsg.), Transferts, S. 22 u. S. 28; Rudolf Muhs u. a. (Hrsg.), Aneignung und Abwehr. Interkultureller Transfer zwischen Deutschland und Großbritannien im 19. Jahrhundert, Bodenheim 1998, S. 18 f. u. S. 26. Gemeinhin gilt die Partizipationsgeschichte der Migranten in Deutschland als Teil des Opferplots, wobei auch hier kaum die Ursachen analysiert werden, sondern generell angenommen wird, dass „die Verweigerung normaler Partizipationsrechte“ die Ausländer automatisch zur „Selbst- und Fremdausgrenzung“ treibt. Vgl. z. B. Müller, Migration und Lokalpolitik, S. 108; Wolf-Dietrich Bukow/Roberto Llaryora, Mitbürger aus der Fremde. Soziogenese ethnischer Minoritäten, Opladen 1993.

[160] Mitteilung Nordhoff an Haaf, „Betreff: Fremdarbeiter“ vom 19. 2. 1965, Heft 13/1, Personalleitung, in: UVW, 2177/3252. Zum bundesdeutschen Diskurs siehe Schönwälder, Migration und Ausländerpolitik, in: Beier-de Haan (Hrsg.), Zuwanderungsland Deutschland, S. 106–108. Im Zusammenhang mit der Belegschaftsvergrößerung im Kasseler Werk (Altenbauna) sprach Nordhoff von einem „sauren Apfel“, in den man beißen müsse. Oswald hat die Stelle mit dem sauren Apfel herausgenommen und hinter Nordhoffs darauf folgende Aussagen über die notwendige Integration ausländischer Familien gesetzt. Dabei wurde Nordhoff mehrfach falsch zitiert; vgl. Oswald, Volkswagen, S. 61 f. Diese Zitatfälschung ist deswegen interessant, weil die angeblich verweigerte Familien- und Wohnungspolitik für ausländische Familien ein wichtiger Bestandteil des Wolfsburger Opfer-Plots ist und das „saure Äpfel“-Zitat der Hauptzeuge dafür; vgl. „Saure Äpfel bei Volkwagen“, in: taz vom 12./13. 2. 2005.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

entstanden waren[161]. Dem Unternehmen ging es dabei wohl weniger um eine humanitäre Geste, sondern darum, dass zufriedene Migranten bessere Arbeitskräfte waren. Im Verhältnis zu anderen Städten hatten die Italiener in Wolfsburg also nicht deshalb einen geringeren Familiennachzug, weil VW eine „Anti-Eingliederungspolitik" betrieb[162], die in jeder Hinsicht unsinnig gewesen wäre, sondern weil in der Trabantenstadt der Wohnraum extrem knapp war. Der Ausländerbeauftragte der Stadt Wolfsburg, selbst ein Italiener, erklärte, das Problem liege darin, dass Wolfsburg keine Altbauwohnungen habe, die Migranten aber bei gleichem Lohn wie die Deutschen nicht bereit seien, die hohen Mieten für eine Neubauwohnung zu bezahlen[163]. Der Grund für diese Verweigerung der Italiener ist klar: Sie wollten Geld für ihre Rückkehr sparen. Die „L'Unità" konstatierte in den 1960er Jahren nüchtern, auch die Hälfte der deutschen Arbeiter habe schließlich noch kein Heim, und „Wolfsburg ist nicht in der Lage, eine italienische Gemeinde von diesem Ausmaß zu absorbieren"[164].

Auch wenn Jahrzehnte später andere Städte die Vorzüge der Wolfsburger Wohnungspolitik erkannten und versuchten, Migrantenfamilien in eine deutsche Umgebung einzuquartieren, war eine so stark gelenkte Wohnungseinteilung nur in der VW-Stadt möglich: Denn hier befand sich ein Großteil der Wohnungen in der Hand der Kommune und des Werkes, die damit gezielt den Wohnraum zuteilen konnten[165]. Dennoch kam es ganz entgegen der Intention von Stadt und Werk ab den 1970er Jahren zu geschlossenen Familien-Siedlungen von Migranten, da sich die Deutschen weigerten, in neue Wohnblocks des VW-Werks zusammen mit Ausländern einzuziehen[166]. Der Ausländerausschuss der Stadt bemühte sich in der Folge intensiv, die ausländischen Familien auf dem sich entspannenden Wohnungsmarkt zu einem Umzug aus den Häuserblocks zu bewegen[167]. Doch die Familien wollten diese Integration nicht und favorisierten bis in die 1980er Jahre ihre isolierte Lebensweise, während sich zugleich die deutschen

[161] Rede Hugo Borks auf Betriebsversammlung vom 25. 4. 1969, S. 2, in: UVW, 119/1192/1; Protokoll Wohnungsausschuss vom 25. 3. 1964, S. 7, in: StadtA WOB (ohne Signatur); Ausländerausschuss vom 28. 6. 1974, S. 5, in: Ebenda; Protokoll Stadtratssitzung vom 18. 12. 1970, S. 9 f., in: Ebenda.

[162] Oswald, Volkswagen, S. 62.

[163] „Prinzipielle Überlegungen über die Arbeit der Stelle für Ausländerbetreuung" vom Ausländerreferat vom 14. 2. 1974, S. 2, in: StadtA WOB, HA 6650; vgl. dazu „Mehr Wohnungen für Italiener-Familien", in: Wolfsburger Nachrichten vom 5. 2. 1971; Wohnungsausschuss vom 10. 4. 1968, S. 4, in: StadtA WOB (ohne Signatur).

[164] Übersetzung der Autoren aus „Il dramma degli emigrati italiani in Germania – Volkswagen: amara esistenza dei 3000" in: L'Unità vom 10. 3. 1963.

[165] Di Virgilio, Ausländerreferat, „Prinzipielle Überlegungen über die Arbeit der Stelle für Ausländerbetreuung" vom 14. 2. 1974, S. 15, in: StadtA WOB, HA 6650.

[166] Vgl. „In Kästorf bleiben Kinder ‚sprachlos'", in: Wolfsburger Nachrichten vom 9. 3. 1979; „Sie studieren in Kästorf – zwölf Studenten gehen den Sorgen der Italiener nach", in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 3. 7. 1980.

[167] Protokoll Ausländerausschuss vom 20. 3. 1974, S. 2, und vom 28. 6. 1974, S. 5, in: StadtA WOB (ohne Signatur); Ausländerreferat, Bilanz der Tätigkeit des Ausländerausschusses vom 13. 12. 1974, in: StadtA WOB, HA 6658; Protokoll Rat der Stadt vom 29. 5. 1973, S. 6, in: StadtA WOB (ohne Signatur).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bewohner gegenüber einem Zusammenzug zurückhaltend zeigten[168]. Es gab lange Zeit sogar noch Wartelisten der Migranten für die isolierten Wohnungen des Volkswagenwerks, die günstig und zugleich modern ausgestattet waren[169].

Auch in der Bildungspolitik erkannte die Kommune schon Mitte der 1960er Jahre den Handlungsbedarf. Damit gehörte die Stadt zu den ersten in der Bundesrepublik, die dieses Problem systematisch anging[170]. Alle Methoden – auch die, die heute oft als neue Ansätze gegen Integrationsdefizite in die Diskussion eingebracht werden – wurden dabei an den italienischen Schülern durchexerziert: mal Extra-Unterricht auf Italienisch plus Deutschkurse, mal zusätzliches italienisches Lehrpersonal, mal Förderunterricht, mal ein rein integratives Modell, intensivste Hausaufgabenbetreuung, schließlich die Gründung einer deutsch-italienischen Gesamtschule[171]. Das ernüchternde Ergebnis: Die italienischen Wolfsburger Schülerinnen und Schüler stehen heute nicht viel besser da als der bundesrepublikanische Durchschnitt ihrer italienischen Klassenkameraden[172]. Auch im VW-Werk spiegeln sich die mangelhafte Bildung und die dadurch gehemmten Karrierechancen wider. Unter den knapp 2000 italienischen VW-Mitarbeitern in Wolfsburg waren 2004 nur 140 Angestellte und ein Manager, der außertariflich

[168] Interview H. W. (deutscher Mitarbeiter im Sozialwesen, am 16. 3. 2005, Wolfsburg), in: UVW; Protokoll Ausländerausschuss vom 28. 6. 1974, S. 5, in: StadtA WOB (ohne Signatur).

[169] Amt für Wohnungsfragen an Ausländerreferat, „Wohnungen der VW-Siedlungsgesellschaft in der Oebisfelder Straße“ vom 10. 5. 1978, in: StadtA WOB, HA 6650, Bd. 2; Ausländerreferat, Bilanz der Tätigkeit des Ausländerausschusses vom 13. 12. 1974, S. 2, in: Ebenda, HA 6658.

[170] Deutscher Städtetag, Betreuung und Eingliederung ausländischer Arbeitskräfte. Auswertung einer Rundfrage des Deutschen Städtetages, in: Der Städtetag, 1964, H. 8, S. 385–388, hier S. 385.

[171] „Italienerkinder in einer Schulklasse“, in: Wolfsburger Nachrichten vom 4. 5. 1965; „60 Kinder in der Italienerklasse“, in: Ebenda vom 22. 8. 1965; „Italiener-Klasse wächst – Ein neuer Lehrer kommt“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 1. 10. 1965; „Lehrerin Vera Lomonaco aus Neapel“, in: Ebenda vom 4. 11. 1965; „78 Italienerkinder lernen in den Übergangsklassen“, in: Wolfsburger Nachrichten vom 2. 12. 1966; „Für 37 Italienerkinder ist eine Klasse viel zu klein“, in: Ebenda vom 26. 3. 1969; „Noch mehr Förderkurse für die Italienerkinder“, Leserbrief von Schulrat Peter, in: Ebenda vom 16. 7. 1971; Lömker an Balk, Oberstadtdirektor, vom 25. 2. 1969, S. 4, in: StadtA WOB, HA 6649; Protokoll Stadtratssitzung vom 29. 5. 1973, S. 6, und Protokoll Stadtratssitzung vom 2. 7. 1974, S. 29 f., in: Ebenda (ohne Signatur); „Programm für die Kinder lässt noch auf sich warten“, in: Wolfsburger Nachrichten vom 12. 9. 1974; „Schulrat Niefert: Drei Maßnahmen laufen an“, in: Ebenda vom 13. 9. 1974; Ausländerreferat, Bilanz der Tätigkeit des Ausländerausschusses vom 13. 12. 1974, S. 2, in: StadtA WOB, HA 6658; vgl. Elberskirch, Integrationsprobleme, S. 83 f.; Ausländerreferat, Kurzer Untersuchungsbericht zur Schulsituation ausländischer Kinder in Wolfsburg vom 2. 5. 1977, in: StadtA WOB, HA 6658; Protokoll Stadtratssitzung vom 30. 11. 1977, S. 15, in: Ebenda (ohne Signatur); „Schulprobleme in den Griff bekommen“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 29. 6. 1978; „Für viele ausländische Kinder bleibt oft nur die Sonderschule“, in: Ebenda vom 3. 3. 1979; „Chance für Ausländer-Kinder“, in: Ebenda vom 11. 10. 1979; Protokolle des Ausländerausschusses vom 28. 6. 1974, S. 3, vom 13. 11. 1975, S. 2, vom 25. 6. 1985, S. 2, vom 4. 12. 2001, S. 3, vom 4. 6. 2002, S. 3, vom 23. 9. 2003, S. 2, und vom 18. 11. 2003, in: StadtA WOB (alle ohne Signatur); Ausländerreferat der Stadt Wolfsburg (Hrsg.), 25 Jahre Ausländerausschuss, S. 46–48.

[172] Vgl. ebenda, S. 42; Informationen des Ausländerausschuss der Stadt Wolfsburg vom 27. 5. 2005, in: StadtA WOB (ohne Signatur); Rieker, „Ein Stück Heimat“, S. 115 f.; Klaus-Dieter Reetz, Migration und schulischer Misserfolg italienischer Kinder, Berlin 2007.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bezahlt wurde[173]. Die geschilderte süditalienische Prägung der in Deutschland gebliebenen Migrantinnen und Migranten und ihr überkommenes Arbeitsverständnis waren so stark, dass sie sich auch auf die Erziehung und somit auf die nachfolgenden Generationen auswirkten.

Fazit und Ausblick

Bis heute beherrscht das Erzählmuster vom Migranten als Opfer die öffentliche Diskussion. Erst jüngst breitete „Der Spiegel" den alten Plot wieder *en detail* in einem Artikel über Migration in Deutschland aus: die jahrzehntelange Ausbeutung der Migranten, die sture Verweigerung der Bundespolitik, sich zum Einwanderungsland zu erklären, der Bezug zum Nationalsozialismus und schließlich die Befreiung der Migranten aus der fremd verschuldeten Unmündigkeit. Dabei sind der Selbstbefreiung allerdings enge Grenzen gesetzt: eine Selbstbefreiung mit Islam und Kopftuch etwa gilt als hoch problematisch[174]. Diese mit eigenen, höchstaktuellen Normvorstellungen überfrachtete Integrationserwartung ist symptomatisch und verdunkelt die historische Perspektive. Wer aber das alte Erzählmuster verlässt und den Migranten Eigenwillen und eine eigene kulturelle Prägung zugesteht, kann neue Erkenntnisse gewinnen.

Ein analytischer Blick auf die Arbeitswelt zeigt, wie die regionale Herkunft der Migranten ihr Leben dominierte. Es gab kein Arbeitslager im bundesrepublikanischen Wolfsburg, aber süditalienische Patronatsverhältnisse beim fordistischen Autobauer. Im Unternehmen setzten die Arbeitsmigranten ihren Lebensentwurf durch, der sich auf schnellen Verdienst und baldige Heimkehr konzentrierte. Die Integrations- und Abschottungspraxis der Italiener schließlich zeigt ebenfalls, wie diese ihr Leben selbstbestimmt gestalteten und zugleich von Strukturen und ihrer Herkunft geprägt und beschränkt waren. Die Bildung von Einwandererkolonien und die Selbstisolierung der Migranten aber erwies sich für die in Deutschland Gebliebenen als ein wichtiges Durchgangsstadium im Integrationsprozess – für die überwiegende Mehrheit, die Rückkehrer, waren beide Phänomene unabdingbar für den Erhalt ihrer Identität[175]. Sie sind nicht schlicht das Produkt staatlicher Fehlleistungen.

Möglicherweise resultiert die Überschätzung des Staates aus der Politikberatungsfunktion der Migrationsforschung. Der Arbeitsmigrationspolitik waren, wie sich gezeigt hat, enge Grenzen gezogen. Der Fall Volkswagen verweist zudem auf die beschränkten Möglichkeiten der Kommunalpolitik. Selten war eine so enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Stadt möglich wie in Wolfsburg; und beide hatten schon früh das Ziel, eine Stammbelegschaft italienischer Arbeitsmigranten aufzubauen und in die Gesellschaft zu integrieren. Dennoch scheiterten sowohl die Bildungs- als auch die Wohnungspolitik weitgehend. Die

[173] Angaben Betriebsrat, Stand Dezember 2004; vgl. Interview R. L., S. 4, in: UVW.
[174] Vgl. „Die Integrierten", in: Der Spiegel vom 3. 7. 2006.
[175] Vgl. Gaugler u. a., Ausländerintegration, S. 205; Han, Soziologie der Migration, S. 192 f.; Herbert, Ausländerpolitik, S. 235 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ungelösten Probleme der zweiten und der dritten Migrantengeneration sind nicht zuletzt auf eine über Jahrzehnte verweigerte Entscheidung der Migranten zurückzuführen: Was ist die Heimat? Auch hier wurde der Politik die Schuld gegeben: Sie habe den Fehler begangen, an dem Mythos einer Rückkehr festzuhalten[176]. Stattdessen hätte sich die Bundesrepublik auf die dauerhafte Integration der Ausländer einstellen und die Migranten selbst hätten sich frühzeitig für die neue Heimat entscheiden müssen. Doch das verfehlt den Kern des Problems, denn ein Großteil der Migrantinnen und Migranten kehrte tatsächlich zurück. Es ist daher unsinnig, die Rückkehr als „Mythos" zu bezeichnen. In Wolfsburg lebten seit 1962 insgesamt schätzungsweise 60.000 Italienerinnen und Italiener. Heute sind es noch knapp 5300[177]. Die Bundesregierungen konnten in den 1960er und 1970er Jahren nicht ein Land zum Einwanderungsland erklären, dessen Migranten in ihrer Mehrheit gar nicht vorhatten einzuwandern. Selbst wenn sie sich seit den 1960er Jahren auf die dauerhafte Einwanderung von rund 15 Prozent der Migranten eingestellt hätten, wie eine damalige Prognose vorhersagte[178]: Wie macht man eine Ausländerpolitik für 15 Prozent, und keiner weiß – vor allem nicht die Betroffenen selbst – wer zu diesen 15 Prozent gehört? In den 1980er Jahren war der Handlungsspielraum der Bundespolitik durch die zahlreichen EWG-Migranten, die ein Aufenthaltsrecht hatten, noch stärker eingeschränkt[179]. Die Modernisierung des Einwanderungsrechts in den 1990er Jahren schließlich ist gewiss begrüßenswert – die Probleme der Migranten scheinen damit jedoch nicht gelöst worden zu sein.

Wichtig für die künftige Arbeitsmigrationsforschung erscheinen uns folgende Punkte:

1. Wie sah die kulturelle Prägung der Arbeitsmigranten aus, was davon brachten sie in die Aufnahmeländer mit? Welche Handlungsmuster und Handlungsmotive resultierten daraus? Unabdingbar sind dabei die Berücksichtigung der Arbeitswelt und der Rolle von Kirche und Religion. Ein Blick auf die Unternehmen sollte die kleinen und mittelgroßen und vor allem auch landwirtschaftliche Betriebe einschließen, in denen die Arbeitsverhältnisse ganz anders aussahen und aussehen als in den Großunternehmen.
2. Die Rolle des Staates sollte kritisch überprüft und nicht isoliert von Wirtschaft und Gesellschaft analysiert werden. Dazu gehört auch die Berücksichtigung der Interaktion über Staatsgrenzen hinaus und damit eine Einbeziehung von Fragestellungen aus der Transferforschung.

---

[176] Vgl. Rieker, „Ein Stück Heimat", S. 145; Klaus J. Bade, Improvisierte Integration oder „Einwanderungsland Bundesrepublik"? Probleme und Perspektiven, in: Ders., Sozialhistorische Migrationsforschung, Göttingen 2004, S. 389–416, hier S. 389 f.; Ziegler, Familientradition, S. 59–72; Bauer/Dietz/Zimmermann/Zwintz, German Migration, in: Zimmermann (Hrsg.), European Migration, S. 197 u. S. 254.

[177] Stand 30. 6. 2007, Auskunft Stadt Wolfsburg. Vgl. zur bundesrepublikanischen Situation Beatrix Brecht, Analyse der Rückkehr von Gastarbeitern, Berlin 1995, S. 11–16; Rieker, „Ein Stück Heimat", S. 106 u. S. 113.

[178] Vgl. ebenda, S. 144 f.

[179] Vgl. Hollifield, Immigrants, Markets, and States, S. 94 f.; Herbert, Ausländerpolitik, S. 243.

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

3. Statt eines diachronen Vergleichs mit der NS-Zeit, der wissenschaftlich oftmals nicht gewinnbringend ist, scheint ein synchroner Vergleich hilfreich. Wer einen Blick (auch einen historischen) über den Tellerrand wagt, etwa auf die USA, stellt fest: Das Einwanderungsland *par excellence* hatte und hat ganz ähnliche Einwanderungsprobleme wie das angebliche Einwanderungs-Verweigerungs-Land Deutschland. Wichtig ist auch ein Vergleich zwischen Bundesrepublik und DDR, wo Arbeitsmigranten im diktatorischen Staat systematisch diskriminiert, isoliert und per Staatsbeschluss ausgenutzt werden konnten[180]. Eine rein bundesrepublikanische Geschichtsschreibung blendet zudem viele Aspekte des Kalten Krieges aus, die gerade für die Arbeitsmigration relevant sind.
4. Schließlich scheint die Frage brennend, warum es einigen hier gebliebenen Migrantengruppen gelingt, das selbstgewählte Stadium der Isolierung zu überwinden, anderen nicht – vielmehr: warum einige die Isolation aufbrechen, während sich andere dafür entscheiden, sie beizubehalten. Auch das Phänomen der Rückkehr bedarf genauerer Erforschung, gerade weil sie im Lebensentwurf vieler Arbeitsmigranten zentral ist.

Zu diesen Fragen kann die Geschichtsschreibung Wesentliches beitragen. Doch das ist bisher zu wenig geschehen, weil sich die Forschung zu stark auf den Staat konzentriert hat. Diese Konzentration aber erschwert nicht nur eine Analyse, sondern sie entmündigt auch die Migranten.

[180] Vgl. Dennis Kuck, „Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat?“ Ausländische Vertragsarbeitskräfte in der DDR, in: Jan C. Behrends u. a. (Hrsg.), Fremde und Fremd-Sein in der DDR. Zu historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 274–281.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bücher machen Geschichte. Aber wer macht die Bücher? Olaf Blaschke lenkt den Blick auf einen Aspekt, der – wenn überhaupt – gewöhnlich nur am Rande registriert wird: Verlage und Verleger. Welchen Einfluss hatten und haben sie? Wie weit haben sie die Erforschung der jüngsten deutschen Vergangenheit mitgeprägt?

Olaf Blaschke

Die „Hand am Puls der Forschung"

Konjunkturen der Zeitgeschichtsschreibung und ihre Verleger seit 1945

Auf dem deutschen Buchmarkt sind seit 1945 etwa 120.000 deutschsprachige Geschichtsbücher erschienen[1]. Ein guter Teil davon betrifft die Zeitgeschichte. All diese Bücher unterlagen einem Selektionsprozess. Sie mussten von Lektoren und Verlegern, den sogenannten „gatekeepern", geprüft werden, ob sie es wert seien, das Licht der Öffentlichkeit zu erblicken. Dabei passieren natürlich auch Fehler. Ungezählt bleiben die hervorragenden Manuskripte, die nicht publiziert wurden oder erst viele Jahrzehnte später wie etwa von Norbert Elias, Ludwik Fleck und Raul Hilberg. Sie hätten der Forschung Impulse geben, ihre Richtung verändern können. Und es gibt schlechte Manuskripte, die trotzdem publiziert wurden, man denke nur an den Fall Daniel Goldhagen, bei dem sämtliche Qualitätsprüfungsschranken versagten, angefangen bei den ihn promovierenden Politologen über die Agenten und ihre Verlage bis zur Presse. Aber im Großen und Ganzen funktioniert bei den renommierten Verlagen dieser Selektionsprozess recht zuverlässig, sodass wir als Verbraucher ihrem Angebot mit Vertrauen begegnen. Harvard University Press, C. H. Beck und der Fischer Verlag sind Beispiele dafür. Sie hatten Goldhagen einen Korb gegeben[2].

Verleger sitzen jedoch keineswegs nur am Schreibtisch und warten auf eingehende Manuskripte, um ihrem Hauptberuf nachzugehen: sie abzulehnen. Vielmehr akquirieren sie Autoren, betreiben sie aktives und sogenanntes „creative publishing", indem sie Bücher in Auftrag geben oder Buchserien entwerfen.

[1] Beim vorliegenden Essay handelt es sich um das durch einige Argumente und sparsame Zitatnachweise ergänzte Referat, das ich am 21. 5. 2008 im Institut für Zeitgeschichte, München, auf dem Kolloquium „Verlage und Verleger in der Zeitgeschichte" halten durfte, das zu Ehren des 150-jährigen Bestehens des Oldenbourg Verlages veranstaltet wurde. Auf ausschweifende Fußnoten wurde daher verzichtet. Für die Datengrundlage und für weitere Literaturangaben verweise ich auf Olaf Blaschke, Verleger machen Geschichte. Das Historikerfeld und der Buchhandel seit 1945 im deutsch-britischen Vergleich, erscheint in Göttingen 2009; ders./Hagen Schulze (Hrsg.), Geschichtswissenschaft und Verlagswesen in der Krisenspirale? Eine Inspektion des Feldes in historischer, internationaler und wirtschaftlicher Perspektive, München 2006.

[2] Wohl hat das Buch von Daniel Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996, eine interessante Diskussion ausgelöst, und es konzedierten manche renommierten Verleger, dass es veröffentlicht werden musste, aber: „Nicht bei uns".

VfZ 1/2009 © Oldenbourg 2009 DOI 10.1524/vfzg.2009.0034

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dadurch setzen sie Themen und beeinflussen die Debatten unter Wissenschaftlern. Diese jedoch, nicht zuletzt die Historiker, glauben oft, sie alleine würden das bewerkstelligen. Sie sehen sich in einem selbstreferentiellen System und sind gefangen in der Illusion der disziplinären Autonomie. Jede Rezension lässt das erkennen. Diskutiert werden Ansichten und Methoden der Autoren, nicht die Verlage. Kein Rezensent schreibt: Ich bespreche dieses Buch, *obwohl* es bei Böhlau erschienen ist – oder *weil* es bei Böhlau erschienen ist. Trotzdem: Auch der Verlag spielt, bewusst oder unbewusst, eine Rolle bei der Auswahl der Lektüre und ihrer Bewertung. Mehr noch, der Verlag hat darüber entschieden, ob es dieses Buch überhaupt gibt, an dem sich der Rezensent gerade abmüht. Deshalb empfiehlt es sich, daran zu erinnern, dass auch Verleger Geschichte machen, nicht nur Historiker, Schriftsteller oder Ausstellungsmacher[3]. Dies ist das Thema dieses Beitrags – die Leistungen und der Einfluss von Verlegern und Lektoren auf die Wissensproduktion im Historikerfeld seit 1945. Was machten eigentlich die Verleger mit der Zeitgeschichte? Diese systematischen Überlegungen werden dann mit einigen Beispielen in einem chronologischen Teil illustriert, der sich den Konjunkturen der Zeitgeschichtshistoriographie von 1945 bis in die 1980er Jahre widmet. Wie entwickelte sich die Zeitgeschichtsschreibung, und welche Rolle spielten Verleger in ihr?

1. Verleger machen Geschichte: Ihr doppelter Einfluss auf die Geschichtswissenschaft

Das Verlagswesen beeinflusste die Geschichtsschreibung und die Geschichtswissenschaft auf zweifache Weise: unmittelbar und mittelbar. Der unmittelbare Einfluss ist sofort einleuchtend. Indem Verleger durch ihre Entscheidungen und Praktiken an der Produktion bzw. meistens Nicht-Produktion, der Platzierung bzw. Deplatzierung, der Gestalt und Karriere eines Werkes ihren nicht unerheblichen Anteil hatten, übten sie entsprechende intendierte und nicht intendierte Wirkungen aus. In ihren verschiedenen möglichen Rollen als Kaufleute, Mittler und zuvörderst Nicht-Mittler, Selektierer und Sortierer, als *gatekeeper* des Wissens und Wissensproduzenten, kam Verlegern eine Macht zu, die der Gelehrtenstube meist fremd und verborgen blieb. Ihr Einfluss auf die erste Stufe der Buchproduktion war groß. Sie waren es, die entschieden, was sie letztlich in Verlag nehmen wollten, selbst wenn sie ein Herausgebergremium vorschalteten. Aber auch während der Produktion, den Korrekturdurchgängen, früher deutlich sorgfältiger als heute, und bei der Titelfindung sowie schließlich bei der Distribution, der Vermarktung und Rezeption ist der steuernde Einfluss von Verlegern stets präsent.

Die Vermarktung eines Buches war umso erfolgreicher, je vielversprechender und bekannter das sichtbare Verlagssignet war. Die Voraussetzung dafür war, dass

[3] Zur Relevanz des Verlagssignets und seinem Einfluss auf das Rezeptions- und Rezensionswesen vgl. Olaf Blaschke, Reputation durch Publikation. Wie finden deutsche Historiker ihre Verlage? Eine Umfrage, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 55 (2004), S. 598–620.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich das Signet aufgrund der *backlist*, also der bereits im Verlag beheimateten Autoren, des versammelten symbolischen Kapitals, schon zuvor auf dem Markt durchgesetzt hatte, und zwar als positives, mit Prestige behaftetes Gütesiegel. Hier wurden Namen gehandelt, nicht nur kognitive Informationen. Insofern lassen sich Strukturen und Praktiken, mittelbare und unmittelbare Einflüsse, analytisch kaum voneinander trennen.

Das leitet bereits zum mittelbaren Einfluss über, der schwerer zu erläutern ist als der unmittelbare Einfluss, zu dem jeder Autor und zumal jeder Verleger ein Füllhorn an Anekdoten über kuriose angebliche „Zufälle“ und bedeutsame Erstbegegnungen ausschütten könnte. Merkwürdigerweise glauben hier selbst scharfsinnige Strukturhistoriker häufig an den Zufall, während sie ihn bei den von ihnen erforschten historischen Zusammenhängen brüsk zurückweisen. Schon dieses Paradoxon, der blinde Fleck der Akteure im Feld, zeigt, dass der mittelbare Einfluss der eigentlich interessantere ist.

Der Verlagsbuchhandel schuf stets Strukturen, in denen Historiker eine dem Feld vertikal und horizontal homologe Austragungsebene für ihre Positionskämpfe fanden. Was ist mit vertikaler Homologie gemeint? Das lässt sich gut an vertrauten Mechanismen erläutern, die überall wirken: im Kunsthandel, beim Theater, in der Musik- und Filmbranche. Renommierte Plattenfirmen wie Blue Note produzierten Miles Davis und Sonny Rollins. Das „Label“ garantierte die Qualität der Künstler und deren Musik die Qualität des Labels. Berühmte Regisseure finden sich mit gefragten Schauspielern zusammen, weil ein Sydney Pollack einen Robert Redford engagieren kann und umgekehrt ein Redford es nicht nötig hat, bei einem drittklassigen Filmemacher anzuheuern. Ohne irgendeinen Geschichtsprofessor mit Robert Redford vergleichen zu wollen – die Mechanismen der vertikalen Homologiebildung sind dieselben. Historiker versuchen, ihre Darbietungen, ihre wichtigsten Produkte, die Werke, zur Geltung kommen zu lassen, die jedoch von der Wahrnehmungschance des Verlagsnamens abhängt, ähnlich wie ein Schauspieler oder Künstler für sich die beste Plattform sucht. Je besser der Klang des Verlagsnamens, desto höher die Chance auf Wertschätzung. Hierarchisch in ihrem Feld hochstehende Autoren wie der Vorsitzende des Historikerverbandes Gerhard Ritter (1888–1967) fühlten sich tatsächlich am besten aufgehoben in einem angesehenen Verlag wie Oldenbourg, der seit 1859 die Historische Zeitschrift betreute und auch andere renommierte Autoren in der *backlist* führte, mithin ein hohes soziales und kulturelles Kapital mitbrachte. Angesichts dessen hatten es die ab 1945 neu gegründeten Verlage schwer, sich gegen die sogenannten Altverlage durchzusetzen. Durch diesen Mechanismus entstand eine reziproke Reputationsspirale: Die Reputation von Autor und Verlag, das Kapital beider Seiten mehrte sich gegenseitig. Doktoranden mussten sich meist andernorts umsehen.

Die Entscheidungen, die zu einem Verlagsvertrag führten, ja schon die Entscheidung, aus welchem Verlagshause man beim Sortimenter seines Vertrauens nach Neuerscheinungen fragte, verliefen vor dem Dispositiv einer Reputationspyramide mit sehr begehrten Verlagen an der Spitze, die ein hohes Anspruchsniveau erfüllten. Nehmen wir als beliebig gewähltes, aber empirisch abgesichertes

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Beispiel Oldenbourg, eine Art zentraler Orientierungspunkt für andere Verlage. Dissertationsverlage dagegen standen ganz unten. In der Reputationshierarchie rangiert übrigens auch die Internetpublikation noch immer in unteren Regionen. Deshalb brauchen sich Reputationsverlage keine Sorgen zu machen, und junge Autoren tun gut daran, ihr mühevoll erstelltes Manuskript nicht leichtfertig zu vergeben.

Neben dem Vertikalprofil entfaltete sich indes noch ein Horizontalprofil, in Deutschland viel ausgeprägter als etwa in Großbritannien. Horizontal bot sich ein Spektrum von rechts bis links. Das ist im politischen Sinne deutlich sichtbar bis in die 1970er Jahre, man denke etwa an die „Suhrkamp-Kultur" oder an S. Fischer. Aber auch wissenschaftliche Schulen und Tendenzen, Orthodoxie und Häresie, Tradition und Progression wurden im deutschen Verlagsraum seit dem 19. Jahrhundert horizontal abgebildet, während es nur wenige britische Verlage gab, die als Versammlungsorte Gleichgesinnter fungierten. Dort übernahmen konservative Verleger auch marxistische Literatur, was vielen deutschen Verlegern undenkbar erschien. 1961, noch vor der großen Repolitisierung des Buchhandels, hielt Helmut Hiller es für selbstverständlich, dass zu einem Verlagsgesicht eine „Verlagsrichtung" gehöre. Wenn der Verleger aufgrund „seiner Weltanschauung und seiner Wesenseigenheiten bestimmte Vorstellungen von seiner Verlagsarbeit hat, so wird er diese Vorstellungen durch Auswahl aus den Manuskriptangeboten oder durch Aufträge an die Autoren zu realisieren suchen". Auch der wissenschaftliche Verleger verleihe seinem Verlag „eine Richtung nicht nur durch Spezialisierung auf einzelne Gebiete, sondern hier wiederum häufig durch Beschränkung auf bestimmte Lehrmeinungen und Schulen". Verleger und Autor müssten in ihren Ansichten miteinander übereinstimmen[4].

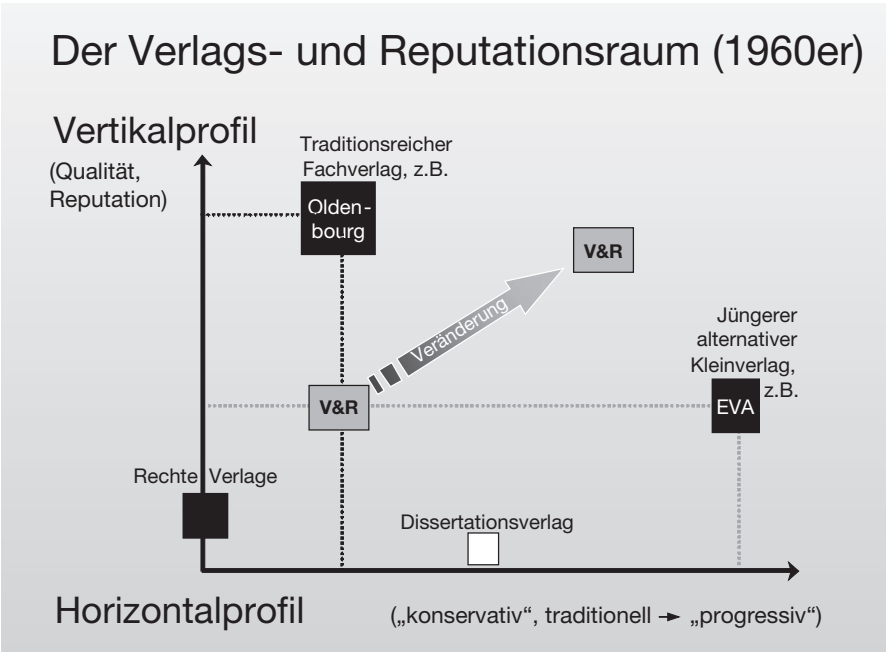
Jeder Verlag in einem Feld hat zu einem bestimmten Zeitpunkt X einen Ort in diesem Kosmos, sagen wir 1960: Oldenbourg, mit viel sozialem und Traditionskapital ausgestattet, aber gediegen konservativ, besetzte fast konkurrenzlos den obersten Rang, dagegen blieb die 1946 gegründete Europäische Verlagsanstalt mit wenigen Autoren auf einem niedrigeren Reputationsniveau, zumal auf dem sozialistischen Flügel beheimatet. Hier erschienen Eugen Kogons „SS-Staat" und Bücher über den Warschauer Ghettoaufstand, Risikoprojekte über Vergangenheiten, die damals nur wenige genau kennen wollten[5]. Rechts würde man Musterschmidt oder die Wissenschaftliche Buchgemeinschaft (seit 1953: Wissenschaftliche Buchgesellschaft) des wegen seiner NS-Vergangenheit entlassenen Historikers Ernst Anrich postieren. Rechtsextreme Verlage wie Grabert oder Türmer stehen außerhalb des Feldes. Die Positionen im Feld waren und sind ständigen

[4] Helmut Hiller/Wolfgang Strauß (Hrsg.), Der deutsche Buchhandel. Wesen, Gestalt, Aufgabe, Gütersloh 1961, S. 61 f.; vgl. ausführlicher Blaschke, Verleger; Olaf Blaschke, Sind deutsche Verlage anders? Ein überfälliges Plädoyer für den Einzug der internationalen Komparatistik in die Buchhandelsgeschichte, in: Monika Estermann/Ute Schneider (Hrsg.), Wissenschaftsverlage zwischen Professionalisierung und Popularisierung, Wiesbaden 2007, S. 179–197.

[5] Vgl. Nicolas Berg, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen 2003; Sabine Groenewold (Hrsg.), Mit Lizenz. Geschichte der Europäischen Verlagsanstalt 1946–1996, Hamburg 1996.

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Veränderungen unterworfen. Vandenhoeck & Ruprecht etwa wanderte in den 1960er Jahren im Feld von einem traditionsreichen kulturprotestantischen Theologieverlag mit geschichtlichem Beiprogramm nach „links“ und bediente die damals progressive Sozialgeschichte, die selbsternannte „kritische“ Geschichtswissenschaft, ohne aber in die Nähe der EVA rücken zu wollen. Dieser Profilveränderung verdankte der Verlag, dass er zugleich aus der Sicht von Historikern, bei den einen früher, bei den anderen zögerlich, vertikal nach oben wanderte, weil er sich zunehmend als renommierter Geschichtsverlag etablierte[6].



Den Akteuren des Feldes sind solche Mechanismen nicht immer voll bewusst. Gleichwohl spiegeln sie sich in den Zwischenzeilen der Verlagskorrespondenzen wider und vor allem in den Praktiken. Danach entscheidet sich auf beiden Seiten, wer zu wem passt. Aber danach entscheidet sich auch, wie Bücher wahrgenommen und diskutiert werden, wie Wissenschaft überhaupt funktioniert. Verleger haben daran einen mittelbaren und unmittelbaren Anteil, den jedoch die Logik der Reputation der im Feld agierenden Berufshistoriker verschleiert, die um Ideen, Originalität und Argumente konkurrieren. Erst in den letzten Jahrzehnten häufen sich die Fälle, in denen Autoren im Vorwort ihren Lektoren und Verle-

[6] Ausführlicher zum Aufstieg von Vandenhoeck & Ruprecht, zu diesen Mechanismen sowie grundsätzlich zum im Hintergrund stehenden Ansatz von Pierre Bourdieu vgl. Olaf Blaschke/Lutz Raphael, Im Kampf um Positionen. Änderungen im Feld der französischen und deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, in: Jan Eckel/Thomas Etzemüller (Hrsg.), Neue Zugänge zur Geschichte der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2007, S. 69–109.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

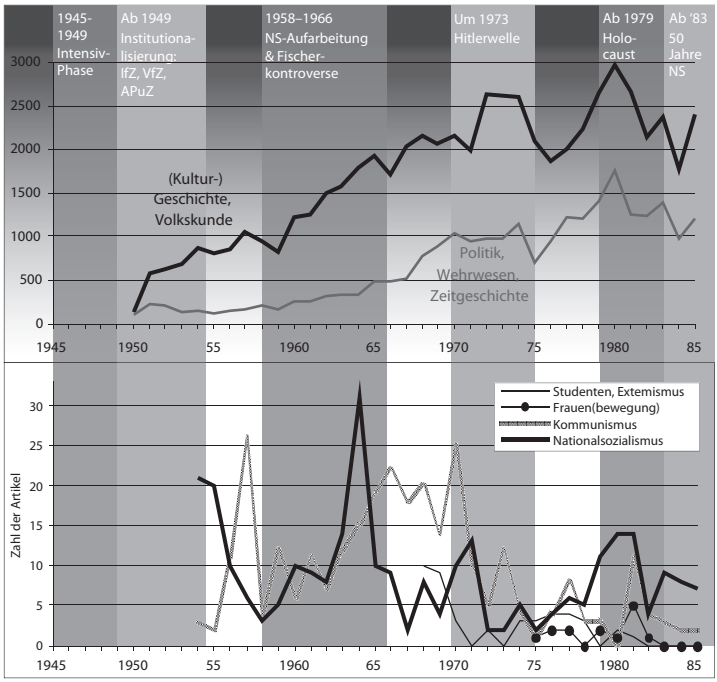
gern danken und es sogar offen legen, wenn die eigentliche Idee zu ihrem Buch vom Verlag ausging. Dies hätte bis in die 1970er Jahre kaum ein seiner Berufsethik gewahrer Universitätshistoriker zugegeben. Gleichwohl strukturierten die intensiven, sich gegenseitig inspirierenden Kontakte, welche Verleger und Historiker pflegten, auch damals das Feld der Zeitgeschichtsschreibung. Denn die primären Medien, durch die sie sich vermittelte und durch die ein Zeithistoriker ein anerkannter Zeithistoriker wurde, waren Bücher und Zeitschriften, bevor sekundäre Medien über einige davon diskutierten. Insofern kommt Verlegern eine wichtige Rolle bei der Zeitgeschichtsschreibung zu, deren Konjunkturen sie genau beobachteten und mit steuerten. Das bedeutet: „Verleger machen Geschichte".

2. Konjunkturen der Zeitgeschichtshistoriographie seit 1945

120.000 selbstständige Geschichtstitel seit 1945 wiesen die Daten des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels nach. Leider sind diese Daten nicht frei von „Verunreinigungen". In der Rubrik Geschichte finden sich nämlich auch zeithistorische Titel, umgekehrt sind in der Rubrik Politik/Zeitgeschichte nicht ausschließlich Bücher zur Zeitgeschichte. Es bräuchte ein DFG-Projekt, um das einmal sauber zu sortieren, und zwar auf der Basis von Obduktionen, nicht nur aufgrund der Einschätzung von Buchtiteln. Indizien für Tendenzen haben wir aber allemal (vgl. nachstehende Grafik).

1. Deutsche Titelproduktion (Kultur)Geschichte und Politik/Zeitgeschichte 1945–1985

2. „Aus Politik und Zeitgeschichte" Nationalsozialismus und andere Themen 1953–1985



Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erster Befund: Geschichte allgemein boomte bis zur berüchtigten Krise des Faches in den 1970er Jahren. Zweiter Befund: Die Linie Politik/Zeitgeschichte nähert sich der Geschichtstitel-Linie. In den 1950er Jahren war, wie eine genauere Inspektion in Stichjahren ergibt, nur jedes zehnte Geschichtsbuch zeithistorisch. Heute ist es jedes dritte, sodass schon der täuschende Eindruck entstanden ist, dass „mehr Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte erscheinen als zu allen übrigen Epochen der Geschichte zusammen“[7]. Welche Konjunkturen durchlief sie tatsächlich? Die Börsenvereinsdaten sind in dieser Hinsicht nicht differenziert genug, da in der einen Geschichtsrubrik alle Epochen von der Antike bis heute enthalten sind. Ihre individuellen Popularitätsschwankungen gehen daher unter. Weder die Mittelalter-Welle (ca. 1982) noch die Hitler-Welle (ca. 1970) könnte man herauslesen.

Präziseren Aufschluss darüber verspricht es, die Beilage zur Wochenzeitung DAS PARLAMENT seit 1953, herausgegeben von der Bundeszentrale für Heimatdienst (später Bundeszentrale für politische Bildung), einer Auszählung zu unterwerfen. Die Beilage *Aus Politik und Zeitgeschichte* (APuZ) setzte Themen, konnte es aber nicht willkürlich tun. In Erfüllung ihres Auftrags zur Bildung mündiger Staatsbürger reagierte sie auf gesellschaftliche Probleme. Ihr Einfluss reichte bis in die Lehrerzimmer. Viele Historiker, die für die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* schrieben, fanden in der APuZ ein Forum, das ihnen noch größere Breitenwirkung sicherte, darunter Hans Rothfels und Karl Dietrich Bracher, Helmut Krausnick und Theodor Eschenburg[8]. Die APuZ kann daher als Seismograph für aktuelle Debatten und auch für den „Zeitgeist“ dienen. Das erhellen einige Proben. Bis 1968 gab es nie einen Artikel über Studenten. Doch plötzlich verfolgte die APuZ das Thema und auch den Linksextremismus intensiv bis in die 1970er Jahre. 1975 wurde erstmals der Feminismus entdeckt, passend zur Frauenbewegung seit den frühen 1970er Jahren. Diese beiden Beispiele demonstrieren, dass die Artikelhäufung zu bestimmten Themen als Gradmesser für deren Attraktivität zu einem benennbaren Zeitpunkt dienen kann. Das erlaubt auch Rückschlüsse auf den Themenkomplex Nationalsozialismus. Unter den 4167 Beiträgen zwischen 1954 und 1992 erschienen etwas mehr Artikel zum Nationalsozialismus (317) als zum Kommunismus/Marxismus (306), dazu kamen Beiträge über den Ersten Weltkrieg, die Weimarer Republik und das Problem der Zeitgeschichte allgemein. Zeitgeschichte beanspruchte mithin einen großen Teil dieser Beilage.

[7] Alexander Nützenadel/Wolfgang Schieder, Zeitgeschichtsforschung in Europa. Einleitende Überlegungen, in: Dies. (Hrsg.), Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa, Göttingen 2004, S. 7–24, hier S. 7. Eine genauere statistische Auswertung bei Olaf Blaschke, Zeitgeschichte gestalten: Verleger und Lektoren, in: Frank Bösch/Constantin Goschler (Hrsg.), Zeitgeschichte und Öffentlichkeit. Der Nationalsozialismus und das zeithistorische Feld, Frankfurt a. M. 2008 (im Druck).

[8] Eigene Auszählung nach: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Gesamtverzeichnis 1953–1992, Bonn 1993. Eine detaillierte Auswertung der APuZ sowie eine Auffächerung nach zeithistorischen Unterthemen (Widerstand, Weltkriege, Judenverfolgung, Hitler) findet sich in Blaschke, Zeitgeschichte, in: Bösch/Goschler (Hrsg.), Zeitgeschichte und Öffentlichkeit.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Konjunktur von Debatten über den Nationalsozialismus zeichnet sich in dieser Grafik deutlicher ab als in der allgemeinen Buchproduktion. Zur besseren Veranschaulichung sind beide Grafiken untereinander platziert und sechs Phasen übergreifend eingezeichnet.

Da die Beilage in den 1950er Jahren weniger als halb so viele Beiträge umfasste wie in den 1990er Jahren, fallen die zeitgeschichtlichen Beiträge der ersten Jahrzehnte um so mehr ins Gewicht. Immerhin ein Viertel der Beiträge beschäftigte sich anfangs mit der Zeitgeschichte. Dann erlahmte der Schwung, Ende der 1950er Jahre waren es nur noch fünf Prozent, bevor Zeitgeschichte ab 1960 für einige Jahre das Beiblatt wie kein anderes Thema bestimmte. 1964, in dem Jahr, in dem mit Fritz Fischer auf dem Berliner Historikertag jene Debatte über die Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs geführt wurde, beanspruchte sie über ein Drittel des Raumes (37 Prozent). Schärfster Konkurrent zeithistorischer Themen war der Kommunismus. Er und der Nationalsozialismus prägten in den ersten Jahrzehnten das Blatt, damit den doppelt antitotalitären Grundkonsens der Bundesrepublik widerspiegelnd. Als die Fieberkurve des Ersten Kalten Krieges um 1970 allmählich fiel, verlor die APuZ das Interesse an diesem Thema. Mitte der 1980er Jahre wurde über den Kommunismus fast überhaupt nicht mehr geschrieben (kein Artikel 1986–1989) – ganz im Unterschied zur NS-Zeit. Inzwischen erschienen auch Themen der neueren Zeitgeschichte.

Gehen wir die prominentesten, im Buchhandel reflektierten Konjunkturphasen von 1945 bis in die 1980er Jahre durch, ohne damit behaupten zu wollen, dass die dazwischen liegenden Debatten wie die Stresemann-Kontroverse unwichtig gewesen seien oder dass andere Formen der Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte sich darin widerspiegeln würden. Die Geschichte des rituellen Erinnerns, der Gedenkstätten und der musealen Aufbereitung der Vergangenheit, die Vergangenheitspolitik und -bewältigung, das kollektive und das kulturelle Gedächtnis, die Diskurse über Opfer und Täter folgten teilweise anderen Zyklen.

1. Während der Jahre 1945 bis 1949 erlebte Zeitgeschichtsschreibung einen kurzen Frühling, man denke etwa an Friedrich Meinecke und vor allem an die Debatten in den vielen neu gegründeten Periodika bis zum großen „Zeitschriftensterben“ nach der Währungsreform[9]. Das könnte man als ersten von sechs Abschnitten bezeichnen, in denen die jüngste Vergangenheit bei Verlegern und auf dem Buchmarkt große Aufmerksamkeit erfuhr, bei Historikern, Sachbuchautoren und in den Medien. Zunächst aber galt die Historiographie der unmittelbar zurückliegenden Jahre unter Berufshistorikern und Verlegern als riskant und unwissenschaftlich. Die *Historische Zeitschrift* hatte zeithistorische Beiträge ausdrücklich abgelehnt[10]. Auch nach ihrer Wiedergründung 1949 blieb sie misstrauisch. Zeitgeschichte im Sinne von Hans Rothfels spielte sich in ihr nicht ab. Das Dritte Reich blieb mit zwei bis fünf Prozent des Raumes konstant unterbeleuch-

[9] Vgl. Reinhard Wittmann, Geschichte des deutschen Buchhandels, München 1999, S. 407–409.
[10] Vgl. Nützenadel/Schieder, Zeitgeschichtsforschung, in: Dies. (Hrsg.), Zeitgeschichte als Problem, S. 10.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tet. Oldenbourg und andere Verlage, die durch ihr Verhalten im Nationalsozialismus belastet waren, rangen um ihre Lizenzierung, aber auch für die belasteten Historiker, die ebenfalls um ihre Entnazifizierung bangten, hieß Zurückhaltung das Gebot der Stunde[11]. Viele Verleger wimmelten Manuskripte wie „Vom Alten Fritz bis Hitler“ vorsichtshalber gleich ab. Zeitgeschichte musste sich ihren Status erst mühsam gegen den Historismus und auch gegen lebensweltliche Risiken erkämpfen.

Überhaupt mussten sich der deutsche Buchmarkt erst wieder erholen und die Akteure sich erneut finden. Das taten sie relativ rasch, ob belastet oder unbelastet, schon aufgrund ihrer persönlichen Loyalitäten. Der wegen seiner Tätigkeit als SS-Rottenführer im Reichssicherheitshauptamt als Universitätshistoriker suspendierte Günther Franz nahm im Dezember 1946 hilfesuchend den Kontakt mit Oldenbourg wieder auf. 1934 hatte er Wilhelm Oldenbourg mit einem Gutachten unterstützt, das zur Ablösung Meineckes als Herausgeber der *Historischen Zeitschrift* führte, weil sie ein Übermaß „nichtarischer Aufsätze“ aufwiese[12]. „Einer Zeitungsnotiz entnehme ich, dass Sie jetzt den Verlag Oldenbourg unter neuem Namen fortführen, dass aber Herr Kommerzienrat Wilhelm Oldenbourg nicht mehr Lizenzträger des neuen Verlages ist. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir sagen würden, ob auch Herr Wilhelm Oldenbourg die Fährlichkeiten der letzten Jahre, in denen ich keine Verbindung mehr mit ihm hatte, überstanden hat und wie es ihm geht.“ Er hätte gerne die letzten Exemplare seines Bauernkriegwerkes, da eine Neuauflage im Augenblick ja doch nicht möglich sei. Oldenbourg erklärte ihm, Lizenzträger des neuen „Leibniz Verlages“ sei „[…] unser langjähriger Lektor, Prof. Dr. Manfred Schröter, Geschäftsführer ist mein ältester Sohn, Dr. Rudolf Oldenbourg. Ich selbst bin als Verleger ausgeschaltet, weil ich als bisheriger Seniorschef der Firma für ihre ganze Produktion während der nationalsozialistischen Aera verantwortlich gemacht wurde, also auch für unsere Schulbücher, die natürlich nicht anders als nationalsozialistisch sein konnten, da sie ja vom Kulturministerium genehmigt werden mussten. Persönlich habe ich zwar mit den Schulbüchern gar nichts zu tun gehabt […] und politisch bin ich ganz unbelastet. […] Der Leibniz Verlag wird die Tradition des R. Oldenbourg Verl. fortführen und wird es sich gewiß zur Ehre anrechnen, Sie später auch zu seinen Autoren zählen zu dürfen.“

Franz benötigte von Oldenbourg Anfang 1947 alte Rezensionen seines Buches über den Bauernkrieg, vor allem aus ausländischen Zeitschriften. Er wolle sie „zu meiner Entlastung benutzen, da sie ja alle […] den ausgesprochen sachlichen, wissenschaftlichen Ton der Darstellung anerkennen, hervorheben, daß es in keiner Weise eine Parteischrift ist. Es ist heute ja leider notwendig, solche an sich

[11] Vgl. zu Oldenbourg zuletzt Tilmann Wesolowski, Verlagspolitik und Wissenschaft. Der R. Oldenbourg-Wissenschaftsverlag in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Diss. Freie Universität, Berlin 2008.

[12] Wolfgang Behringer, Bauern-Franz und Rassen-Günther. Die politische Geschichte des Agrarhistorikers Günther Franz (1902–1992), in: Winfried Schulze/Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2000, S. 114–141, hier S. 116.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

selbstverständlichen Dinge ausdrücklich unter Beweis zu stellen.“ 1950 endlich konnte er Oldenbourg zur Entnazifizierung gratulieren: „Ich kann mir vorstellen, wie froh Sie sein werden, daß Sie von dem Druck dieser unsinnigen Ächtung endlich befreit sind.“ Längst plante man die nächsten, indes unverfänglichen Projekte, vor allem Nachschlagewerke, die, das freute Franz besonders, er nicht mehr unter einem Pseudonym zu publizieren brauchte[13]. Wenn schon die Frühneuzeitforschung lebensweltlich und methodisch der Zeitgebundenheit verfallen blieb, wie sehr traf es dann den Gegenstand Zeitgeschichte? Obacht war die Devise der Nachkriegsjahre.

Als 1958 das 100-jährige Jubiläum des Oldenbourg Verlags gefeiert wurde, erging sich Franz, seit kurzem wieder Lehrstuhlinhaber, gegenüber Wilhelm Oldenbourg in geradezu devoten Lobeshymnen. Damals durften nur Verbands- und Behördenvertreter das Wort ergreifen, nicht die Autoren, daher schrieb er Oldenbourg einen Brief: „Es hat mir immer einen Stich gegeben, wenn heute in den Reden von der ‚Firma‘ die Rede war. Für uns Autoren ist Oldenbourg keine Firma […], sondern ein Verlag, ja nicht einmal ein Verlag, ein Neutrum, sondern ganz persönlich ein Verleger. Ich rechne es zu den grossen Glücksfällen meines Lebens, daß ich in Ihnen, Herr Kommerzienrat Oldenbourg, vor rund 30 Jahren ‚meinen‘ Verleger gefunden habe und daß Sie dies allen Wechselfällen der Zeiten zum Trotz geblieben sind. Sie sind, wenn ich das offen sagen darf, für mich der Idealtyp eines Verlegers, der Verleger an sich, der Verleger so wie er sein soll und immer sein müßte. […] Sie haben sich nie damit begnügt, nur die Bücher zu verlegen, die Ihnen angeboten wurden, sondern Sie haben selbst große Pläne wie Ihre Sammlung ‚Völker und Staaten‘ gefaßt und gefördert. Sie haben stets Ihre Hand am Puls der Forschung gehabt, […] und vielfach neue Forschungen angeregt. Unvergeßlich ist mir das erste Gespräch, das ich nach dem Kriege mit Ihnen im Frühjahr 1946 hatte, zu einer Zeit als Sie keine Lizenz und ich keine Schreiberlaubnis hatte und wo wir damals in Ihrer Wohnung in Solln Pläne erörterten und faßten, die mich und Ihren Verlag dann über ein Jahrzehnt beschäftigen sollten. […] Wissenschaft ist nur möglich, wenn sie Verleger wie Sie als Helfer und Freunde, als Treuhänder des Geistes besitzt.“[14]

Ob Autoren diese emphatische Verlagsverbundenheit, die beim 100-jährigen Jubiläum zum Ausdruck kam, heute, zum 150-jährigen, noch so vortragen könnten, darf bezweifelt werden. Hier hat sich doch vieles verändert. Damals pflegte man noch jahrzehntelange, quasi monogame Verlagsbindungen und hatte noch keine Lebensabschnittsverleger wie heute. Die gemeinsame Solidarität gegen alliierte Zumutungen festigte noch zusätzlich manche Bande, vor allem dann, wenn beide Seiten belastet waren. Man ließ sich nicht fallen, sondern suchte Wege, um wertvolle Manuskripte doch noch zu realisieren, notfalls um inkriminierende Stellen bereinigt. Es herrschte ein Klima der Komplizenschaft zwischen Histori-

[13] Bayerisches Wirtschaftsarchiv, 11 F 5 (Verlag Oldenbourg), 1602: G. Franz an Leibniz Verlag, 13. 12. 1946, Wilhelm Oldenbourg an Franz, 3. 1. 1947, Franz an Oldenbourg, 22. 1. 1947 und 20. 1. 1950.

[14] Ebenda, Franz an Oldenbourg, 7. 7. 1958.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kern und Verlegern. Es gab keine Stunde Null, nur eine Unterbrechung. Die personalen Kontinuitäten waren hoch.

Von der Nachkriegszeit bis in die 1960er Jahre blieb das Personal der Berufshistoriker und das der Verleger weitgehend dasselbe wie vor 1945. Die Namen der Historiker sind bekannt[15]. Die sie betreuenden Verlagsmitarbeiter sind in Vergessenheit geraten: Horst Kliemann (seit 1921 bei Oldenbourg), Wolfgang von Eichborn (Deutsche Verlagsanstalt), Arnold Fratzscher (Koehler, später V&R), Alfred Bruckmann und Albert von Miller (Bruckmann), Herbert Cram (de Gruyter), Gerhard Aengeneyndt (Klett), Hans Korte (Droste), Georg Sund (C. H. Beck), Karl Stoll (Diesterweg), Hans Riepl (Europäische Verlagsanstalt) und andere. Anders als etwa in Großbritannien waren die meisten promoviert, was ihnen dabei half, auf Augenhöhe mit deutschen Universitätsprofessoren zu verhandeln, Menschen, denen ein gesellschaftlicher Status zugewiesen wurde, der auf gleicher Ebene, wenn nicht höher rangierte als der Ministerialrat[16].

2. In einer zweiten Phase ab 1949 fand die außeruniversitäre Institutionalisierung der umstrittenen Zeitgeschichte ihren Ort im Institut für Zeitgeschichte. Die Deutsche Verlagsanstalt mit einer liberalen Tradition ließ sich auf dieses Projekt ein und übernahm die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*[17]. Es gab weitere Ausnahmen, sogar Verleger, die zeitgeschichtliche Manuskripte anregten. Fratzscher von Vandenhoeck & Ruprecht überzeugte Rothfels 1955 davon, ein Buch wie die *Zeitgeschichtlichen Betrachtungen* zusammenzustellen. Vor allem Bermann Fischers Verlag legte größten Wert auf Aufklärung der jüngsten Vergangenheit. 1948 hatte er einen „Marshall-Plan des Geistes“ gefordert. Er veröffentlichte das Tagebuch der Anne Frank und fuhr eigens nach Berlin, um Walther Hofer zu überreden, aus seiner Vortragsreihe im Radio über den Nationalsozialismus ein Taschenbuch zu machen. Fast jedes Schulkind wurde seit 1957 mit diesem Taschenbuch konfrontiert, den Dokumenten zum Nationalsozialismus. 1961 lag die Auflage schon bei 300.000. Die ganze Fischer-Bücherei und die *Fischer Weltgeschichte* resultierten aus dieser aufklärungsfreudigen Gesinnungstradition, später die sogenannte schwarze Reihe vom seit 1976 bei Fischer TB für Geschichte verantwortlichen Walter Pehle. Aber solche demokratisch-progressiven Gesinnungsverleger für kritische Zeitgeschichte, wie sie Fischer, die EVA, Arani und der Colloquiums Verlag förderten, bildeten in den 1950er Jahren noch Ausnahmen.

3. Fast schlagartig änderte sich das nach 1958, dem Ulmer Einsatzgruppenprozess und den Hakenkreuzschmierereien an der Jahreswende 1959/1960, dem 1961 aufmerksam verfolgten Eichmann-Prozess in Jerusalem und während der Fischer-Kontroverse. Wie in den vorangegangenen Phasen waren es nicht nur Berufshistoriker, die Akzente setzten, sondern auch Verleger. Mit der Fischer-Kontroverse

[15] Vgl. Winfried Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1993.
[16] Vgl. Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München ²1968, S. 321.
[17] Vgl. Hermann Graml/Hans Woller, Fünfzig Jahre Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1953–2003, in: VfZ (51) 2003, S. 51–87.

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

setzte ein wahres Wettrennen um Autoren ein. Auf dem Buchmarkt war Zeitgeschichte im Aufwind. Erkennen lässt sich das in der Grafik zur Buchproduktion natürlich nicht, weil ja Konjunkturen aller Epochen darin verborgen sind. Aber in der APuZ-Grafik ist diese Hochphase der Zeitgeschichte fast mit Händen zu greifen.

Verleger beobachteten den Markt, fingen Stimmungen und den „Zeitgeist" ein und versuchten, ihrem Programmprofil entsprechend Bücher zu verhindern oder, jetzt im Fall der Zeitgeschichte, zu fördern. Recht nüchtern beobachtete die Entwicklung noch Gerhard Aengeneyndt vom Klett Verlag, als er sich im März 1960 mit Ritter in Verbindung setzte. „Wie Sie gewiß aus den Tageszeitungen ersehen haben werden, ist in der Öffentlichkeit die Zeitgeschichte z. Zt. die große Mode. Es kann ja auch kein Zweifel darüber bestehen, daß sie in den Geschichtsunterricht einbezogen werden muß, ob aber in dem Umfang, wie vielfach in der Öffentlichkeit verlangt wird, scheint mir noch keineswegs sicher zu sein. Über diese Frage darf ich mir vielleicht gestatten, gelegentlich noch einmal Ihren Rat […] zu erbitten." Man wollte sich beim nächsten Besuch weiter darüber unterhalten[18].

Ein spontaner Beutezug ins Feld der Zeithistoriker lag Aengeneyndt fern. Andere Verlage hatten sich längst aufgemacht, Historiker, selbst wenn sie ihnen unbekannt waren, aufzuspüren und um zeitgeschichtliche Manuskripte zu bitten. Dafür hatte der Verlag Heinrich Scheffler im Januar 1960 ausgerechnet Ritter auserkoren, dem die Zeitgeschichte theoretisch ein Dorn im Auge war. „Erlauben Sie mir bitte eine Anfrage. […] Die [rechtsextremen] Vorfälle der letzten Wochen haben mir vor Augen geführt, daß sehr viel mehr getan werden muß, besonders der jungen heranwachsenden Generation […] mehr über die jüngere deutsche Geschichte zu sagen. Die Pseudogeschichtsschreibung, die sogenannten Tatsachenberichte der großen Illustrierten verzerren in ihrer Sensationsgier nämlich die Perspektiven." Scheffler fragte, ob Ritter bereit wäre, eine *Kleine Geschichte des Nationalsozialismus* zu schreiben, „wobei die Rolle der deutschen Widerstandsbewegungen und natürlich auch der Judenverfolgungen" nicht fehlen dürfe. Ritter antwortete knapp. Er bedauere, dass ihm „infolge großer literarischer Aufgaben, mit denen ich voll beschäftigt bin, leider die Abfassung einer populären Schrift über den Nationalsozialismus nicht möglich ist. Ich empfehle Ihnen, sich einen geeigneten Autor mit Hilfe des Instituts für Zeitgeschichte, München, […] zu suchen. Dort sind ja eine ganze Reihe jüngerer Herren mit ähnlichen Aufgaben beschäftigt." Ein neuer Verlag, der wie Scheffler (gegründet 1949) im Feld wenig etabliert war, hatte, zumal beim Vorsitzenden des Historikerverbandes, keine Chance. Die meisten Historiker hielten sich an die Altverlage mit ihrer bis ins 19. Jahrhundert zurückreichenden Tradition[19].

Die Goldgräberstimmung in der Zeitgeschichte schuf teils paradoxe Beziehungskonstellationen. Hannah Arendt hat niemals erfahren, welche Vergangenheit der

[18] Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA), N1166/370, (NL G. Ritter), Aengeneyndt an Ritter, 14. 3. 1960.

[19] BA, N1166/370, Scheffler an Ritter, 13. 1. 1960, Ritter an Scheffler, 15. 1. 1960.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verlagsleiter bei Piper wirklich hatte, der dort seit 1958 ihr Gesprächspartner war. Hans Rößner, der auch Arendts „Eichmann in Jerusalem“ (1964) betreute, hatte früher mit Eichmann unter demselben Dach im Reichssicherheitshauptamt gearbeitet, und zwar im Ahnenerbe-Projekt, seit 1940 als Abteilungsleiter der Gruppe „Volkskultur und Kunst“. Diese bizarre Verbindung zwischen der jüdischen Philosophin und dem ehemaligen SS-Mann wurde erst 2002 aufgedeckt[20].

Vielfach bedrängt wurde vor allem Fritz Fischer. Als er sein Manuskript über die „deutsche Außenpolitik im Ersten Weltkrieg“ schrieb, war er noch vorsichtig und schickte es gleich an mehrere Verlage. Er hatte nicht damit gerechnet, dass fast alle Häuser es in Verlag nehmen wollten. Manche konkurrierten angestrengt um dieses Buch. Wir kennen es als „Griff nach der Weltmacht“, weil Korte im Verlag Droste diesen zugkräftigen Titel erfand. Auch griffige Titel können die Wahrnehmungschance eines Buches erhöhen und damit Diskussionen auslösen. Mit diesem auch buchhändlerischen Erfolg geriet der Hamburger Professor ins Rampenlicht. Schon 1961 klagte Fischer, er könne sich „oft kaum retten vor der Seuche der ‚Zeitgeschichte-Fortbildungskurse‘ […] vor Lehrern höherer Schulen und Bundeswehr“[21]. Dort und in der Verlagsbranche war er ungleich populärer als im Historikerfeld. Zornige Kollegen wollten ihn gerne „umlegen, einsperren oder unter Polizeiaufsicht stellen“[22]. Die Verleger hingegen rissen sich um Fischer, darunter sogar solche, die nicht nur von ihm, sondern auch von seinen Doktoranden jegliches Manuskript über den Nationalsozialismus sofort publizieren wollten. Solch ein wildes Suchen nach Autoren jeder Art entsprach eigentlich nicht der tradierten deutschen Verlagspraxis. Die Abweichung von dieser Gepflogenheit um 1960 zeigt um so mehr, wie sehr die Verlage den Zeitgeschichtsmarkt bedienen wollten. Bedeutete kritische Zeitgeschichte bis dahin ein unternehmerisches Risiko, entdeckte man nun zunehmend die geschäftliche Chance. Das stellte zwangsläufig die Autonomie der Wissenschaft in Frage. Verleger ermunterten Wissenschaftler zur Arbeit und vergaben, wie allgemein bekannt, Aufträge an Sachbuchautoren. Einige Sachbuchbeispiele aus der sogenannten Hitler-Welle illustrieren das deutlich.

4. Mit Biographien von Eberhard Jäckel und Ernst Deuerlein, mit Artikeln in der Presse und in Zeitschriften setzte 1969 die Hitler-Welle ein, gipfelnd in Joachim Fests „Hitler“ 40 Jahre nach der Machtübernahme, gefolgt von einem Film (1977) über Hitler sowie „Rückblicken“ auf die Hitler-Welle[23]. Herausragend war

[20] Vgl. Michael Wildt, Exkurs: Korrespondenz mit einem Unbekannten. Hannah Arendt und ihr Lektor, SS-Obersturmbannführer Dr. Hans Rößner, in: Lutz Hachmeister/Friedemann Siering (Hrsg.), Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945, München 2002, S. 238–261.

[21] BA, N1422/3 (NL F. Fischer), Ordner 1962/63, K-R, Fischer an Dr. Malanowski, [Leitartikler der] Bremer Nachrichten, 18. 11. 1961.

[22] Ebenda, Ordner 1962/63, A-L, Fischer an Fritz T. Epstein, 14. 6. 1962, der einen Professor zitiert, der diese Drohung einem Studenten Fischers gegenüber äußerte.

[23] Vgl. Eberhard Jäckel, Rückblick auf die sogenannte Hitler-Welle, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 28 (1977), S. 695–710; Anneliese Mannzmann (Hrsg.), Hitlerwelle und

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Fests Biographie von 1973. Wenige wissen, dass auch zu diesem Buch die Anregung von einem Verleger ausging, dem die Serie zum Nationalsozialismus aufgefallen war, die Fest als Redakteur beim RIAS gestaltet hatte. Propyläen legte von Fests „Hitler“ sofort optimistische 200.000 Stück auf. Das Buch wurde zu einem Best- und Longseller. Zum Erfolg mag auch der für damalige Zeiten astronomische Werbeetat beigetragen haben, der sich auf 100.000 DM belief, ähnlich wie ein Jahr später für Harry Valeriens Buch zur Fußball-WM (Südwest Verlag). Das zweite Beispiel im Gefolge der Hitler-Welle sind Sebastian Haffners „Anmerkungen zu Hitler“ von 1978. Warum hatte er sie geschrieben? Rezensenten erliegen leicht dem Vorurteil, den Autor habe eine „Intention“ umgetrieben. Tatsächlich aber fand der Verleger Helmut Kindler Fests Hitler-Film unbefriedigend. Daher machte er sich auf zu Haffner, den er seit 1938 kannte, und bat ihn 1977 darum, „ein kleines Buch zu schreiben, gewissermaßen Anmerkungen zu Hitler. Er war sofort ernsthaft interessiert“[24].

5. Auch das Fernsehdrama „Holocaust“ im Januar 1979 trug dazu bei, dass die jüngste deutsche Geschichte auf dem Buchmarkt boomte. Bei den Sortimentern wurden viele ältere Titel nachgefragt, Eugen Kogons SS-Staat, das Tagebuch der Anne Frank, am meisten Haffners „Anmerkungen zu Hitler“. Es kamen Kunden, berichtete ein Kieler Buchhändler, die seine Buchhandlung sonst nie betreten hatten[25]. Auch der Bedarf nach Walther Hofers NS-Dokumentensammlung stieg sprunghaft. Sie war seit ihrer Erstauflegung 1957 in 150.000 Exemplaren kontinuierlich nachgedruckt worden, seit 1970 allerdings durchschnittlich nur noch mit 25.000 Stück pro Jahr. 1979 betrug die Gesamtauflage immerhin schon knapp 800.000, aber im Folgejahr mussten 50.000 Exemplare nachgelegt werden. 1983 erreichte Hofer die Millionengrenze. Endlich fand sich 1980 auch ein deutscher Kleinverlag, der Raul Hilbergs Buch über die Vernichtung der europäischen Juden publizierte, nachdem es eine Odyssee von dreißig Jahren hinter sich hatte. Doch das Buch war schlecht platziert. Olle & Wolter verschwand bald vom Markt. Erst ab 1990 wurde Hilberg zum Klassiker, weil der Fischer TB die drei Bände übernahm, obwohl Pehle ein Verlustgeschäft befürchtete. In den 1980er Jahren waren verschiedene Verlage wieder eher bereit als in den 1970er Jahren, kritische Literatur zum Nationalsozialismus zu akquirieren oder zu übernehmen. Der Übergang zur sechsten Phase verlief fließend, weil an die Literatur über den Genozid bald die Titel einer voraussehbar lang anhaltenden Phase seit 1983 anschlossen.

historische Fakten. Mit einer Literaturübersicht und einer Materialsammlung zum Neonazismus, Königstein 1979.

[24] Helmut Kindler, Zum Abschied ein Fest. Die Autobiographie eines deutschen Verlegers, München 1991, S. 552.

[25] Vgl. Bernt Engelmann, Gedanken über die amerikanische Fernsehsendung „Holocaust“. Geschichtsbewußtsein durch ein Melodrama? in: Börsenblatt, 16. 5.1979, S. 28 f.; vgl. die Umfrage bei zwölf Sortimentern, in: Ebenda.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

6. Spätestens im Januar 1983, aber auch schon im Vorfeld, begann eine Phase, in der Historiker und Verleger für die nächsten 12 Jahre damit beschäftigt waren, das 50-jährige Gedenken an die zwölf Jahre von 1933 bis 1945 zu verarbeiten. 1988 etwa konkurrierten zahlreiche Monographien und Sammelbände zur Reichspogromnacht aus verschiedenen Verlagen miteinander. Auch andere Massenmedien sowie Museen, Politiker, Stiftungen und Gedenkstätten arbeiteten sich in den 1980er Jahren verstärkt an dem Zivilisationsbruch von 1933 ab. Der kanadische Soziologe Y. Michael Bodemann sprach damals von einer „Epidemie des Gedenkens in Deutschland“[26]. Inmitten dieser langen Phase brach 1986 der Historikerstreit aus, in dem es nicht nur um die Ursachen der Judenvernichtung ging, sondern auch um die Symbolpolitik der Regierung Helmut Kohl wie überhaupt um die öffentliche Erinnerung an die NS-Zeit[27]. Schließlich erfuhr die Genozidforschung einen weiteren Institutionalisierungsschub: 1995 wurde in Deutschland mit dem Fritz-Bauer-Institut in Frankfurt am Main das erste interdisziplinäre Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung des „Holocaust“ eingerichtet und 1998 am Institut für Germanistik in Gießen eine „Arbeitsstelle Holocaustliteratur“. Denn unabhängig vom vorgegebenen Zwölfjahresgedenken erlebte nach der Wiedervereinigung die sogenannte „Holocaustliteratur“ – authentische Erinnerungen der Opfer an die Shoa und fiktionale Verarbeitungen der Shoa – eine neue Konjunktur, vergleichbar besonders mit der „Lawine“ der Erinnerungsliteratur von Lagerüberlebenden während der Jahre 1945 bis 1949 (darunter Kogon), die das Geschehene als geschehen beweisen wollte, aber auch mit der zweiten Phase von Augenzeugenberichten ab Anfang der 1950er Jahre (darunter die Quellensammlung von Léon Poliakov und Josef Wulf, aber auch die Perspektive von Kurt Gerstein) und der dritten Phase von Überlebendenberichten Anfang der 1960er Jahre (darunter Primo Levi, Elie Wiesel)[28]. Für die jüngste Phase war 1992 Ruth Klüger, „Weiter leben“, besonders einschlägig und für Wallstein nach eigener Aussage „von herausragender Bedeutung für die Entwicklung des Verlages“. Inzwischen ist es alleine in Deutschland über 300.000 mal verkauft worden[29]. Heute ist der 1986 gegründete Verlag eine der begehrtesten Adressen unter Geschichtsautoren.

Das gesteigerte öffentliche Interesse an den lebendigen Nahaufnahmen nährte in den frühen 1990er Jahren das verlegerische Interesse an der Zeitzeugenliteratur bis hin zur Unachtsamkeit. Die berühmteste Panne war der allerdings nicht

[26] Y. Michael Bodemann, Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung, Hamburg 1996, S. 85 („Theatre of Memory“ erstmals 1991).

[27] Vgl. Ulrich Herbert, Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, in: Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945, hrsg. von Martin Sabrow, München 2003, S. 94–113.

[28] Vgl. zu den drei ersten Phasen (Beweis, Anrührung/Einwirkung, Vielstimmigkeit) Meike Herrmann, Historische Quelle, Sachbericht und autobiographische Literatur. Berichte von Überlebenden der Konzentrationslager als populäre Geschichtsschreibung? (1946–1964), in: Wolfgang Hardtwig/Erhard Schütz (Hrsg.), Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im 20. Jahrhundert, München 2005, S. 123–146.

[29] Über den Verlag: http://www.wallstein-verlag.de/about.html (20. 8. 2008).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sofort zu durchschauende „Fall Wilkomirski“. Der zur Suhrkamp-Gruppe gehörende Jüdische Verlag übernahm 1995 Binjamin Wilkomirskis „Bruchstücke. Aus der Kindheit 1939–1948“, in denen der Autor sein Schicksal in Majdanek und Auschwitz schilderte. Drei Jahre später entpuppte sich die Geschichte als erfunden, Wilkomirski kenne die Konzentrationslager bloß als Tourist und aus der Literatur. Die international höchst emotional geführte Diskussion um diesen Fall tat der Erinnerungsliteratur jedoch keinen Abbruch[30]. In den letzten Jahren mehren sich auch die Titel der Zwangsarbeitererinnerungen, überdies die authentischen oder fiktionalen Berichte von Mittätern oder Tätern (Traudl Junge, Jonathan Littell etc.) – mit enormen Markterfolgen bis hinein ins Filmgeschäft.

Auch nach Ende der Zwölfjahresphase hat also das Thema Zeitgeschichte, insbesondere der Nationalsozialismus, bei Lesern und mithin Verlegern seinen Stellenwert nicht eingebüßt. Im Gegenteil. Die Bücher zu den zeithistorischen ZDF-Sendungen, die Guido Knopp seit Mitte der 1990er verantwortet, verkaufen sich gut. Britische Verlage sind bereit, Millionen Pfund zu investieren, um von einem Autor wir Richard J. Evans eine mehrbändige Geschichte des Dritten Reiches verfasst zu bekommen. Die deutsche Übersetzung erschien 2006 bei der DVA, dem Verlag, der in den ersten Jahrzehnten so eng mit dem Institut für Zeitgeschichte verbunden war. Da für die buchhändlerisch relevante Phase von 1983 bis 1995 und die unmittelbare Gegenwart die Arbeit mit Primärquellen wie Verlagskorrespondenzen Probleme aufwirft, belassen wir es bei dieser Skizze.

Wer sich für die deutsche Zeitgeschichtsforschung interessiert, sollte, wie gewohnt, die Texte aus- und ihre Kontexte offenlegen. Leider beschränkt sich die Forschung allzu oft auf eine Reproduktion der ideengeschichtlichen Entwicklungslinien. Unüberschaubar groß ist die Literatur etwa über die publizierten Werke der Historiker oder der „Holocaustliteratur“, die sich damit bescheidet, die Inhalte wiederzugeben, zu interpretieren oder gar literarisch zu kritisieren. Statistiken (etwa über den „Boom“ der „Holocaustliteratur“) oder auf Primärquellen gestützte Analysen sucht man indes vergebens. Tatsächlich gehören jedoch auch die Korrespondenzen und Paratexte zu den Kontexten dieser Texte und zu diesen Kontexten wiederum auch die Mittler zwischen Historikern und Öffentlichkeit, ohne die manches Buch nicht, später oder mit entsprechenden Folgen andernorts erschienen wäre. Es gibt Doktoranden, die „exemplarisch“ die Werke von drei Autoren der „Holocaustliteratur“ untersuchen, ohne die Fragen zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontext dieser Bücher beantworten zu können. Drei von wie vielen? Und welche Rolle spielt am einen Ende der Verlag, vielleicht gar der Auftraggeber, am anderen Ende der Markt?

Was für diese Literatur gilt, lässt sich auf die gesamte zeitgeschichtswissenschaftliche Literatur übertragen, die von Rothfels bis heute primär motivgeschichtlich untersucht worden ist. Die Frage bleibt, wem eigentlich welche Inten-

[30] Vgl. Irene Diekmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.), Das Wilkomirski-Syndrom. Eingebildete Erinnerungen oder Von der Sehnsucht, Opfer zu sein, Zürich 2002.

tionen und Leistungen zuzurechnen sind, wer die Trends setzt. Sind es die Autoren alleine, wie Feuilleton und Rezensionen meistens suggerieren? Verlage und Verlagsprofile steuern unser Lektüreverhalten mit, heutzutage oft auch Literaturagenten. Dennoch wird dieser Aspekt meistens ausgeblendet. Verleger nehmen strukturell und unmittelbar Einfluss auf die Selektion und Wahrnehmung unserer Publikationen. Verlegerisches Handeln, ihr Einfluss und dessen Wirkungen gehören in die Zeitgeschichtshistoriographie und sollten nicht unterschätzt werden. Sie haben mit der „Hand am Puls der Forschung“ die Zeitgeschichte mit geprägt. Deshalb lohnt es sich, nicht nur immer wieder die Ansichten von Rothfels und anderer zweifellos wichtiger Autoren der Zeitgeschichte gedankengeschichtlich auszudeuten, sondern ebenso auf deren Umgebung, auf das verlegerische Umfeld und dessen Akteure zu achten. Das kann manche Überraschung bergen.

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Memoiren sind keine erstrangigen Quellen. Sie besitzen aber zumal dann großen historiographischen Wert, wenn es um Selbstdeutung und Selbstverständnis einer historischen Person geht. Entsprechende Aufzeichnungen Sauckels waren bislang unbekannt. Als Thüringer Gauleiter war er nicht nur ein Nationalsozialist der ersten Stunde, als Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz organisierte er seit 1942 auch eines der größten Sklavenheere der Weltgeschichte.

Stephan Lehnstaedt und Kurt Lehnstaedt

Fritz Sauckels Nürnberger Aufzeichnungen

Erinnerungen aus seiner Haft während des Kriegsverbrecherprozesses

1. Fritz Sauckel in der Historiographie

Mit den 24 Angeklagten des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses 1945/46 und ihren Taten hat sich die Geschichtswissenschaft ausführlich beschäftigt. Zu fast allen Beschuldigten liegen monographische Untersuchungen vor, von einigen sind sogar Lebenserinnerungen und Memoiren erschienen. Nachdem seit Neuestem ein Werk zu Hans Fritzsche vorliegt, ist lediglich Fritz Sauckel noch nicht Gegenstand einer Untersuchung geworden[1]. Im Falle Fritzsches mag das lange Warten auf eine Studie nur wenig überraschen; er war kein Nationalsozialist der ersten Stunde oder gar Spitzenfunktionär, sondern Ministerialdirektor und Leiter der Rundfunk-Abteilung im Reichspropagandaministerium. Bei Fritz Sauckel jedoch dürften die Gründe für die fehlende Auseinandersetzung mit seiner Person anderswo zu suchen sein, denn Sauckel ist durchaus zu den Mächtigen des NS-Regimes zu rechnen: Er war seit 1927 Gauleiter in Thüringen und 1932 Chef der ersten NSDAP-Landesregierung in Deutschland. Vor allem aber wurde er am 21. März 1942 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz (GBA). Den westdeutschen Wissenschaftlern jedoch waren lange die Bestände der thüringischen Landesregierung nicht zugänglich, da diese verschlossen in Archiven der ehemaligen DDR lagen. Dazu kommt, dass sich die Historiker erst seit einigen Jahren mit dem Schicksal der Zwangsarbeiter beschäftigen und damit Sauckel indirekt in den Fokus rücken. Da aber biographische Quellen zu dessen Leben bislang weitgehend fehlten, hat sich die Forschung nur in kürzeren Beiträgen verschiedenen Aspekten seiner Karriere gewidmet.

[1] Zu Fritzsche vgl. Max Bonacker, Goebbels' Mann beim Radio. Der NS-Propagandist Hans Fritzsche (1900–1953), München 2007. Strenggenommen gibt es auch für Erich Raeder keine Biographie, aber Carl-Axel Gemzell, Raeder, Hitler und Skandinavien. Der Kampf für einen maritimen Operationsraum, Lund 1965, geht ausführlich auf die Person Raeders ein.

VfZ 1/2009 © Oldenbourg 2009 DOI 10.1524/vfzg.2009.35

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Am 27. Oktober 1894 wurde Ernst Friedrich Christoph Sauckel im unterfränkischen Haßfurt als Sohn eines Postbeamten geboren[2]. Die Oberschule beendete er nicht, stattdessen heuerte er mit 15 Jahren auf einem Segelschiff an und geriet direkt nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs in französische Kriegsgefangenschaft. 1919 kehrte er nach Deutschland zurück, arbeitete in Schweinfurt in der metallverarbeitenden Industrie und stieg kurz nach dem Eintritt in den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund[3] schon bald zu dessen Leiter in Unterfranken auf. Am „Deutschen Tag" in Coburg am 14./15. Oktober 1922 hörte er zum ersten Mal Adolf Hitler reden und war von ihm begeistert. Anfang 1923 nahm er in Ilmenau, wo er sich für vier Semester an der technischen Schule versuchte, Kontakt zur NSDAP auf und rief dort den Deutschen Wanderverein als Tarnorganisation und SA-Ersatz ins Leben, da die nationalsozialistische Partei durch die thüringische Staatsregierung am 15. Juli 1922 verboten worden war[4]. Nach dem Putsch am 9. November 1923 musste Sauckel zunächst untertauchen, da er erfolglos einen bewaffneten Trupp von 22 SA-Männern angeführt hatte, der sich zu Hitler nach München durchschlagen wollte.

Seit Januar 1924 verlegte er den „Deutschen Aar", die erste nationalsozialistische Zeitung Thüringens, für die er am 22. März bei der Gründung des Gaues Thüringen mit der Ernennung zum Gaugeschäftsführer belohnt wurde. Zugleich trat Sauckel wieder der neugegründeten NSDAP mit der Mitgliedsnummer 1.395 bei[5]. Da der zum Gauleiter ernannte Artur Dinter in der Partei wegen seiner sektiererischen nordisch-germanischen Ansichten bald umstritten war[6], sah Sauckel im Juni 1927 die Gelegenheit gekommen, ihn loszuwerden. Er berichtete an die Münchener Parteileitung, dass Dinter seine ideologischen Ansichten auch gegen Hitler durchzusetzen versuche. Ende September wurde Dinter von Hitler seines Amtes enthoben und Sauckel zum Gauleiter ernannt. Unter seiner Leitung konnte die NSDAP bei den Landtagswahlen zulegen und 1929 als kleiner Koalitionspartner in die Regierung eintreten[7], wobei Sauckels Rolle als Fraktionsvorsitzender gegenüber der des Innenministers Wilhelm Frick

[2] Die folgenden Angaben nach Fritz Sauckel, Kampf und Sieg in Thüringen, Weimar 1934; Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ-Archiv), MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen.

[3] Vgl. allgemein Udo Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923, Hamburg 1970.

[4] Vgl. Donald R. Tracey, Der Aufstieg der NSDAP bis 1930, in: Detlev Heiden/Gunther Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, Weimar 1995, S. 49–74, hier S. 49.

[5] Vgl. dazu und zum Folgenden Donald R. Tracey, The Development of the National Socialist Party in Thuringia, 1924–30, in: Central European History 8 (1975), S. 23–50.

[6] Vgl. Claudia Witte, Artur Dinter – Die Karriere eines professionellen Antisemiten, in: Barbara Danckworth u. a. (Hrsg.), Historische Rassismusforschung. Ideologen – Täter – Opfer, Hamburg 1995, S. 113–151.

[7] Vgl. Fritz Dickmann, Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung. Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930, in: VfZ 14 (1966), S. 454–464. Vgl. allgemein Gunther Mai, Thüringen in der Weimarer Republik, in: Detlev Heiden/Gunther Mai (Hrsg.), Thüringen auf dem Weg ins „Dritte Reich", Erfurt 1997, S. 11–40.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

als eher gering einzuschätzen ist[8]. Aufgrund dieser – wenngleich nur kurzen[9] – Regierungsbeteiligung, den steten Wahlerfolgen und der ständig wachsenden Mitgliederzahl der NSDAP in Thüringen galt Sauckel für Hitler, mit dem er stets nur unterwürfig verkehrte, bald als einer der beliebtesten und fähigsten Gauleiter[10]. Die Wahlerfolge der Partei in Mitteldeutschland führten im Sommer 1932 zur ersten nationalsozialistischen Regierung im Reich – unter dem Vorsitzenden der thüringischen Landesregierung Sauckel[11]; Hitler zeigte sich über dessen Verdienste sehr erfreut und unterstützte ihn fürderhin mit zahlreichen Besuchen in Weimar[12].

Im Mai 1933 wurde Sauckel unter Aufgabe seines Amtes als Regierungschef zum Reichsstatthalter ernannt[13]. Mit dieser soliden Machtbasis versuchte er in den Jahren bis zum Krieg, „sein" Thüringen weiter im Sinne der NSDAP zu gestalten. Mehrere Sammelbände[14] sowie seit neuestem eine Monographie[15] beleuchten neben der thüringischen Geschichte im Dritten Reich auch einige Aspekte von Sauckels Politik, so etwa die Gründung der „Wilhelm-Gustloff-Werke" durch „Arisierung" der Simson-Betriebe in Suhl[16], die Agrarpolitik in der Rhön[17], aber auch die kulturellen Ambitionen des

[8] Vgl. Günter Neliba, Wilhelm Frick und Thüringen als Experimentierfeld für die nationalsozialistische Machtergreifung, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 75–97. Zur Biographie Fricks siehe ders., Wilhelm Frick. Der Legalist des Unrechtsstaates. Eine politische Biographie, Paderborn 1992.

[9] Über die Koalition mit der NSDAP siehe die Erinnerungen von Georg Witzmann, Thüringen von 1918–1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958.

[10] Vgl. Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 199.

[11] Vgl. Bernhard Post, Vorgezogene Machtübernahme 1932: Die Regierung Sauckel, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Weg, S. 147–182

[12] Vgl. Holm Kirsten, „Weimar im Banne des Führers". Die Besuche Adolf Hitlers 1925–1940, Köln 2001, hier S. 122; Volker Mauersberger, Hitler in Weimar. Der Fall einer deutschen Kulturstadt, Berlin 1999.

[13] Vgl. zum Folgenden Jürgen John, Der NS-Gau Thüringen 1933 bis 1945. Grundzüge seiner Struktur- und Funktionsgeschichte, in: Justus H. Ulbricht (Hrsg.), Klassikerstadt und Nationalsozialismus. Kultur und Politik in Weimar 1933 bis 1945, Weimar 2002, S. 25–52; Bernhard Post, Thüringen unter nationalsozialistischer Herrschaft 1932–1945. Staat und Verwaltung, in: Andreas Dornheim u. a. (Hrsg.), Thüringen 1933–1945. Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft, Erfurt 1997, S. 9–52; Willy A. Schilling, Die Entwicklung des faschistischen Herrschaftssystems in Thüringen 1933–1939, Berlin 2001.

[14] Vgl. Heiden/Mai (Hrsg.), Weg; Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen; Ulbricht (Hrsg.), Klassikerstadt; Dornheim u. a. (Hrsg.), Thüringen 1933–1945. Sehr gut auch der Überblick von Bernhard Post/Volker Wahl (Hrsg.), Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verfassung in Thüringen 1920 bis 1995. Veröffentlichungen aus Thüringischen Staatsarchiven, Bd. 1, Weimar 1999.

[15] Vgl. Willy Schilling, Hitlers Trutzgau. Thüringen im Dritten Reich, Bd. 1, Jena 2005, und Bd. 2, Jena 2007.

[16] Vgl. z. B. Rüdiger Stutz, „Der Kulturstadt einen neuen Lebensstrom einzuflößen." Fritz Sauckel und die Gustloff-Werke in Weimar, in: Ulbricht (Hrsg.), Klassikerstadt, S. 64–76.

[17] Vgl. Joachim S. Hohmann, Thüringens „Rhön-Plan" als Beispiel nationalsozialistischer Agrar- und Rassenpolitik, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 293–312;

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Machthabers[18]. Dabei zeigte sich, dass Sauckel mit dieser Machtbasis in Thüringen und seiner wohlgelittenen Stellung bei Hitler auch auf Reichsebene einen erheblichen Einfluss geltend machen konnte, der den vieler anderer Gauleiter deutlich überstieg[19]; als skrupelloser und zugleich pragmatischer Machtpolitiker richtete er darüber hinaus die Verwaltung Thüringens ganz auf Gauleitung und Reichsstatthalter-Behörde – also mithin auf seine Person – aus[20].

Der Zweite Weltkrieg beendete Sauckels Karriere nicht – im Gegenteil. War seine Ernennung zum Reichsverteidigungskommissar des Wehrkreises IX (Kassel) noch direkt mit dem Amt des Gauleiters verbunden, so war das Amt des Generalbeauftragten für den Arbeitseinsatz (GBA) am 21. März 1942 eindeutig eine Bestätigung seiner besonderen Stellung gegenüber dem „Führer" und auch seines Organisationstalentes; Sauckel war nun endgültig ein „Mächtiger" des Reiches. Hitlers Vertrauen in seinen thüringischen Gefolgsmann wurde nicht enttäuscht: in gut drei Jahren ließ Sauckel über fünf Millionen Zwangsarbeiter nach Deutschland deportieren. Dies ist mittlerweile intensiv erforscht worden, wenngleich eine Monographie zur Dienststelle des GBA weiterhin fehlt[21]. Die Einschätzung von Sauckels Tätigkeit als GBA durch die Anklage beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess war deutlich: Er wurde als „der größte und grausamste Sklavenhalter seit den ägyptischen Pharaonen" bezeichnet[22]. Die Richter verurteilten ihn dafür zum Tode. Das Urteil wurde am 16. Oktober 1946 vollstreckt.

Andreas Dornheim, Landwirtschaft und nationalsozialistische Agrarpolitik in Thüringen, in: Ders. u. a. (Hrsg.), Thüringen 1933–1945, S. 113–149.

[18] Vgl. z.B. Karina Loos, Das „Gauforum" in Weimar. Vom bewußtlosen Umgang mit nationalsozialistischer Geschichte, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 333–348; Markus Fleischhauer, „Eine neue Klassik bauen" – Kulturelle Konzepte Fritz Sauckels, in: Ulbricht (Hrsg.), Klassikerstadt, S. 77–90; Burkhard Stenzel, „Tradition, Volkstum, Heimat und Rasse". Grundzüge der regionalen Kultur- und Kunstpolitik im nationalsozialistischen Thüringen (1932–1945), in: Dornheim u. a. (Hrsg.), Thüringen 1933–1945, S. 53–111.

[19] Vgl. den ausgezeichneten Forschungsüberblick von Jürgen John/Gunther Mai, Thüringen 1918–1952. Ein Forschungsbericht, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 553–590, hier S. 573 f. Auch sie weisen an dieser Stelle auf die Forschungslücke in Bezug auf Sauckel hin. Siehe ferner John, NS-Gau, in: Ulbricht (Hrsg.), Klassikerstadt, S. 44 ff.

[20] Ähnlich ging z. B. auch der Gauleiter Martin Mutschmann in Sachsen vor; vgl. Andreas Wagner, Mutschmann gegen von Killinger. Konfliktlinien zwischen Gauleiter und SA-Führer während des Aufstiegs der NSDAP und der „Machtergreifung" im Freistaat Sachsen, Beucha 2001.

[21] Vgl. neben zahllosen Regional- und Lokalstudien vor allem Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001; Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart 2001. Mit dem Arbeitseinsatz als Instrumentarium der Kriegswirtschaft beschäftigt sich – ohne allerdings auf Sauckel einzugehen – Walter Naasner, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition, Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard 1994.

[22] Der Nürnberger Prozeß. Das Protokoll des Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, 14. November 1945–1. Oktober 1946. Amtlicher Text

Der Nationalsozialismus in Thüringen ist relativ gut erforscht; dies gilt auch für den Zwangsarbeitereinsatz während des Zweiten Weltkriegs. Gleichwohl beschränken sich die Untersuchungen zu Sauckel selbst auf knappe biographische Essays in Sammelbänden[23]. Lediglich Steffen Raßloff hat vor kurzem einen ausführlicheren Überblick vorgelegt, doch bei seiner eher populärwissenschaftlichen Einführung in Sauckels Leben handelt es sich nicht um eine wissenschaftliche Biographie[24]. Nur das Kapitel über die Jugend und die Studienjahre stützt sich überwiegend auf Archivalien, während ansonsten auf die vorhandene Literatur zurückgegriffen wird. Die Ursache für das Fehlen einer monographischen Untersuchung dürfte auch in den wenigen Selbstzeugnissen des thüringischen Gauleiters zu suchen sein. Überliefert sind hauptsächlich Reden und ideologische Aufsätze[25], während Tagebücher, Briefe oder Lebensläufe nicht vorhanden sind. Hauptquelle aller biographischen Aufsätze war ein 20 Seiten langer Lebenslauf aus der Haftzeit in Nürnberg[26], der für den Gerichtspsychiater Douglas M. Kelley angefertigt wurde und vom 15. bis 17. Oktober 1945 datiert[27]. Eine quellenkritische Würdigung dieses Schriftstücks blieb allerdings aus, was umso nötiger wäre, da die gut lesbare lateinische Schreibschrift erkennbar nicht von Fritz

in deutscher Sprache, Nürnberg 1948 (künftig: IMT), hier Bd. 19: 19. Juli 1946–29. Juli 1946, S. 461, Verhandlung vom Freitag, 26. Juli 1946. Mit Sauckel in Nürnberg beschäftigt sich – mit deutlich marxistischem Einschlag – Manfred Weißbecker, „Meine Hände weiß ich rein von Blutschuld und fremden Gut". Sauckel in Nürnberg: Ein Charakterbild, in: Bulletin für Faschismus- und Weltkriegsforschung 27 (2006), S. 22–43.

[23] Vgl. Manfred Weißbecker, Fritz Sauckel. „Wir werden die letzten Schlacken unserer Humanitätsduselei ablegen …", in: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Stufen zum Galgen. Lebenswege vor den Nürnberger Urteilen, Leipzig 1996, S. 297–331; Peter W. Becker, Fritz Sauckel – Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, in: Ronald M. Smelser/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, Darmstadt [4]1990, S. 236–245. Die 1987 in Jena verfasste Diplomarbeit von Beate Breitlauch, Fritz Sauckel. Eine biographische Skizze, ist nicht veröffentlicht.

[24] Vgl. Steffen Raßloff, Fritz Sauckel. Hitlers „Muster-Gauleiter" und „Sklavenhalter", Erfurt 2007. Die manchmal weitgehenden Behauptungen Raßloffs betreffend etwa Sauckels Zugehörigkeit zur Kriegsjugendgeneration sind oft nur unzureichend belegt und müssen teilweise als Spekulation zurückgewiesen werden.

[25] Vgl. Sauckel, Kampf; Fritz Sauckels Kampfreden. Dokumente aus der Zeit der Wende und des Aufbaus, ausgewählt u. hrsg. von Fritz Fink, Weimar 1934.

[26] IfZ-Archiv, Fa 190, Bl. 49–68 (Kopie). Ferner wurden noch die Aussagen und Vernehmungen Sauckels vor dem und durch den Nürnberger Gerichtshof ausgewertet.

[27] Der Lebenslauf, IfZ-Archiv, Fa 190, wird u. a. verwendet von Weißbecker, Sauckel, in: Pätzold/Weißbecker (Hrsg.), Stufen zum Galgen, S. 297–331, und er stellt auch für Raßloff, Sauckel, die biographische Hauptquelle dar; in diesem Buch erfolgt zudem eine Edition des Textes (S. 117–131). Kelley veröffentlichte über seine Begegnungen mit den Angeklagten das noch heute lesenswerte Buch: Douglas M. Kelley, 22 Männer um Hitler. Erinnerungen des amerikanischen Armeearztes und Psychiaters am Nürnberger Gefängnis, Olten o. J. Seit kurzem liegen die Aufzeichnungen eines weiteren Psychiaters vor, der mit den Angeklagten im Gefängnis sprach; seine Notizen über Sauckel charakterisieren diesen recht treffend. Vgl. Leon Goldensohn, Die Nürnberger Interviews. Gespräche mit Angeklagten und Zeugen, hrsg. von Robert Gellately, Düsseldorf 2005, S. 271–284.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Sauckel selbst stammt. Es ist denn auch ein Text seiner Frau Elisabeth Sauckel[28], die für die Abfassung wohl auf ihr zur Verfügung stehende persönliche Dokumente und frühere Lebensläufe zurückgriff. Ob er etwas über dessen Persönlichkeit aussagen kann, ist fraglich. Bisher waren also außer dem erwähnten Kelley-Text und einigen Briefen sowie vielen amtlichen Akten fast keine anderen biographisch verwertbaren Aufzeichnungen bekannt[29].

2. Die Nürnberger Aufzeichnungen Fritz Sauckels

Die Verfasser haben jedoch im März 2006 von Siegfried Sauckel, dem 1930 geborenen Sohn Fritz Sauckels, eine Kopie von dessen bislang unbekannten Aufzeichnungen aus der Nürnberger Haft erhalten und dem Archiv des Instituts für Zeitgeschichte übergeben[30]. Die 292 Seiten handschriftlicher, mit Bleistift getätigter Notizen stellen einen Lebenslauf Sauckels von dessen Rückkehr aus französischer Kriegsgefangenschaft 1919 bis etwa zum Jahr 1935 dar. Sie befanden sich bislang im Privatbesitz seiner noch lebenden Kinder, wobei alle zumindest eine Kopie des Originals hatten. Offensichtlich sollte der Text als eine Art von Memoiren für eine spätere Veröffentlichung dienen; auf diese Tatsache weisen die mehrfach vorhandenen Einschübe hin, in denen Sauckel dazu auffordert, an der jeweiligen Stelle eine seiner Reden oder etwa seine Regierungsbilanz von 1932/33 einzufügen.

Das Dokument zeigt, dass der Verfasser kein Mann der Schrift war. Argumentation, Wortwahl und Satzbau entsprechen eher der mündlichen Form einer Rede, auch wenn die Orthographie – von Eigennamen abgesehen – weitgehend korrekt ist. Darüber hinaus sind an einigen Stellen Zitate, etwa aus der Bibel, von Schiller oder von Sophokles als Beleg eingefügt. Da Sauckel hier ohne jede Referenz arbeiten musste, wurden nicht wenige von ihnen entstellt oder nur sinngemäß wiedergegeben. Die spezifische Eigenart der Quelle bringt es zudem mit sich, dass nicht wenige Datums- und Zahlenangaben falsch sind, da sich der Nürnberger Häftling keinerlei Aufzeichnungen oder Veröffentlichungen als Hilfsmittel bedienen konnte und sämtliche Daten aus der Erinnerung niederschrieb. Gerade die „politischen" Zahlen sind teilweise völlig überhöht bzw. irreführend, um deren argumentative und propagandistische Wirkung zu verstärken, und zum Teil auch absolut unplausibel, etwa wenn Sauckel von 1,75 Millionen thüringischen Einwohnern spricht, von denen 500.000 Männer arbeitslos gewesen seien.

[28] Siegfried Sauckel, Sohn Fritz Sauckels, hat in dem Dokument eindeutig die Schrift seiner Mutter identifiziert. Diese Tatsache entging z. B. auch Raßloff, Sauckel.

[29] Die wichtigsten Bestände sind neben den Akten des Nürnberger Prozesses im Staatsarchiv Nürnberg der Nachlass Fritz Sauckel (N 1582, früher Kleine Erwerbungen 848) im Bundesarchiv Koblenz; dort liegen vor allem Familienpapiere und Schriftstücke. Das Thüringische Hauptstaatsarchiv Weimar verwahrt die Akten der NSDAP-Gauleitung und der Regierung bzw. des Reichsstatthalters in Thüringen (hier sind zahlreiche Reden Sauckels erhalten) sowie Dokumente der Dienststelle des GBA. An persönlichen Unterlagen gibt es nur diverse Mitgliedsausweise, Grunderwerbsfragen sowie Versicherungs- und Bankangelegenheiten.

[30] IfZ-Archiv, MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen. Der Band 1 umfasst die Seiten 1–150, in Band 2 sind die Seiten 151–292 enthalten.

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Aufgrund dieses Mangels an konkreten Gegebenheiten sind im Text wenig neue biographische Fakten niedergelegt, sondern vor allem Sauckels Beurteilungen des Zeitgeschehens und seine politischen Erfolge in Thüringen. Daneben erläutert der Verfasser aber auch auf vielen Seiten seine politischen und ideologischen Ansichten und kommentiert die Ereignisse während der Weimarer Republik.

So ist die Niederschrift insgesamt vor allem ein groß angelegter Versuch, das eigene Leben und die eigene Bedeutung positiv und unter dem Signum der Selbstlosigkeit darzustellen, zusammen mit dem stetig wiederkehrenden Hinweis auf die „Legalität" des Handelns in der Weimarer Zeit. Eine Beschäftigung mit der Anschuldigung der Sklavenarbeit findet fast gar nicht statt, dafür aber umso intensiver mit der Vorhaltung des Antisemitismus: Sauckel selbst behauptet, nie Antisemit gewesen zu sein. Im letzten Absatz seiner Aufzeichnungen verweist der ehemalige Gauleiter darauf, dass er nur nach Auftrag gehandelt habe. Jegliche eigene Verantwortung für die Verbrechen der Nationalsozialisten lehnt er entschieden ab. Er folgt damit den bekannten Versatzstücken der Rechtfertigung fast aller NS-Funktionäre und Täter.

Aufschlussreich sind darüber hinaus die Passagen, in denen Sauckel schildert, warum er sich der NSDAP anschloss und wie er verschiedene Parteiführer einschätzt. Zudem wird in einem abschließenden Teil auch seine Politik als Gauleiter und Vorsitzender der thüringischen Landesregierung einer eingehenden Würdigung unterzogen. Dieser Teil der Erinnerungen findet sich als Edition im Anschluss an den vorliegenden Text, da er nicht nur für die Beurteilung Sauckels Relevanz hat, sondern auch einige interessante Aspekte zur thüringischen Geschichte während der Jahre 1927 und 1934 aus der Perspektive eines Verantwortlichen behandelt.

Zu Beginn seiner Aufzeichnungen schildert Fritz Sauckel zunächst seine Sicht auf die innenpolitische Lage Deutschlands nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft. Die Niederlage im Ersten Weltkrieg und den anschließenden Friedensschluss von Versailles erlebte auch er als Trauma. Die Ursache für die deutsche Niederlage sieht Sauckel vor allem in der Uneinigkeit des Volkes, der Zersplitterung der Arbeiter in verschiedene politische Lager und im Mangel an nationaler Gesinnung[31]. Nur deshalb habe es gelingen können, dass die Juden ihre „Fremdherrschaft" während der Weimarer Zeit über Deutschland ausübten – dies ist nur eines der zahlreichen antisemitischen Einsprengsel, die Sauckels Selbststilisierung, er sei nie Antisemit gewesen, bereits ad absurdum führen. Seine Gleichsetzung des Judentums, das er nicht religiös, sondern rassisch definiert, mit dem Marxismus ist ebenso platt wie damals weitverbreitet[32]. Wenn Sauckel nun die deutschen Juden im Verbund mit Moskau eine internationale Lösung der sozialen Frage anstreben sah[33], dann offenbart sich dem Leser schnell, dass der Verfasser dieser Aufzeichnungen aus voller Überzeugung und

[31] Ebenda, S. 10–64.
[32] Ebenda, S. 65–80.
[33] Ebenda, S. 56–64.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schon in frühen Jahren ein Judenfeind gewesen ist, der – natürlich – deren Vernichtung nicht gebilligt haben will.

Die Rettung Deutschlands vor den Juden konnte für Sauckel nur mittels Volksrecht und Rassenpolitik geschehen; diese zwei von ihm kaum näher definierten Prinzipien seien unabdingbares Lebensrecht der Völker und für deren Selbstbestimmung unerlässlich[34]. In diesem Sinne will der spätere Gauleiter lediglich als nationaler Sozialist gesehen werden, dem stets vor allem das Wohl der deutschen Arbeiter am Herzen gelegen sei[35]. Das NS-Regime wird hier zum Volksstaat verklärt, seine Anhänger sind keinesfalls Unmenschen, sondern vaterlandsliebende Männer, die nur das Beste für ihre Heimat wollten. Diese Apologie sollte aber nicht leichtfertig als nachträgliche Rechtfertigung abgetan werden, vielmehr ist sie ein stereotypes Charakteristikum in den Aussagen vieler früher Anhänger der „Bewegung" wie etwa dem schwäbischen Gauleiter Karl Wahl[36] oder den meisten anderen Mitangeklagten des Nürnberger Prozesses[37]. Viele von ihnen fühlten sich als Idealisten und handelten in der Überzeugung, dies für das Wohl ihres Landes zu tun; die Idealisierung der eigenen Bewegung entspricht auch in Sauckels Fall der aufrichtigen Überzeugung, eine gute Idee sei von wenigen Fehlgeleiteten – wie etwa Himmler – schlecht ausgeführt worden.

Dieser umfangreichen, aber vor Wiederholungen strotzenden Darlegung der eigenen politischen und ideologischen Anschauungen, die schon fast die Hälfte der Niederschrift umfasst, folgt ein autobiographisch-ereignisgeschichtlicher Teil. Dennoch scheinen auch die Bemerkungen über die eigene Mentalität relevant, denn hier wird die unredigierte – wenn auch nicht ohne apologetische Absicht verfasste – Selbstwahrnehmung eines nationalsozialistischen Spitzenpolitikers geschildert, die in solcher Form sehr selten ist. Ausführlich stellt Sauckel dann seine Aktivitäten und Ansichten während des Ilmenauer Studiums in Weimar dar, das vom Besuch Hitlers und dessen Rede gekrönt und dann nach wenigen Semestern auch beendet wird[38]. Seine Verlobung und der anschließende Urlaub in Schweinfurt Anfang der 1920er Jahre bieten Sauckel vor allem Gelegenheit zu politischen Gesprächen mit der Familie, in denen die Verantwortung des Einzelnen für die Gemeinschaft ausführlich erörtert wird[39]; seiner Heirat widmet er dagegen nur wenige Zeilen[40]. Wesentlich wichtiger sind ihm dagegen die im Herbst 1923 geschlossenen Parteifreundschaften sowie die Ereignisse beim Hitler-Putsch in München am 8./9. November 1923. Sauckel schildert hier seine

[34] Ebenda, S. 82–88.
[35] Ebenda, S. 23 f. u. S. 42 ff.
[36] Vgl. Bernhard Gotto, Die Erfindung eines „anständigen Nationalsozialismus", in: Peter Fassl (Hrsg.), Das Kriegsende in Schwaben. Wissenschaftliche Tagung der Heimatpflege des Bezirks Schwaben und der Schwäbischen Forschungsgesellschaft am 8./9. April 2005, Augsburg 2006, S. 263–283.
[37] Vgl. Richard Overy, Verhöre. Die NS-Elite in den Händen der Alliierten 1945, München ²2002, S. 196.
[38] IfZ-Archiv, MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen, S. 110–127.
[39] Ebenda, S. 130–147.
[40] Ebenda, S. 148.

Freude darüber, dass Hitler überlebte, und auch, wie für ihn die Einheit mit den Gesinnungsgenossen als Gebot der Stunde trotz des Misserfolges und des anschließenden Parteiverbotes im Vordergrund stand[41]. Die in Sauckels Augen erfolgreiche Arbeit im nächsten Jahr sowie die engagiert geführten Wahlkämpfe zeigten ihm vor allem, dass die gesamte NSDAP vom Beispiel Thüringen – und mithin von ihm und seinem Eifer – viel hätte lernen können[42].

Aufschlussreich in Bezug auf Sauckels Gemütszustand in den Jahren des NSDAP-Verbots ist die recht detailliert geschilderte Episode über spiritistische Erweckungserlebnisse am Küchentisch[43]. Er berichtet dort über ein Ereignis während seiner Zeit in Ilmenau. Eines Abends erzählte Sauckel seinen ebenfalls anwesenden Freunden, dass er am nächsten Tag eine Rede in einer kommunistischen Hochburg in Elgersburg zu halten habe. Seine Tischgenossen fürchteten um seine Gesundheit und schlugen ihm vor, „den Tisch [zu] befragen". Das Möbelstück bewegte sich nun angeblich ohne Zutun von außen, worauf Sauckels Freund Johannsen erklärte, er verfüge über Kräfte des Magnetismus, während seine Freundin Irma als Medium geeignet sei. In Trance schrieb diese nun Sätze auf ein Blatt Papier, die mit „Der, der es gut mit euch meint" überschrieben waren: Sauckel wurde zugeraten, am nächsten Tag seinen Auftritt wahrzunehmen. Diese Sitzungen wiederholten sich bis Ende 1924, wobei „Der, der es gut mit euch meint" über das Medium Irma hauptsächlich völkisch-nationale Gedanken absonderte. Sauckel sieht in diesen Erlebnissen sowie in den Niederschriften aus diesen Seancen einen Scheideweg für sein weiteres Leben. Vor allem wegen der bei diesen Sitzungen erhaltenen Ermunterungen will er in der Zeit des NSDAP-Verbots beschlossen haben, sein künftiges Schaffen ganz in den Dienst von Partei und Führer zu stellen. Der Spiritismus als Krisensymptom der Moderne: Sauckel fand keinen anderen Weg, die persönlichen und gesellschaftlichen Probleme lösen zu können, als die Zuflucht zu Ratschlägen aus einer „höheren" Sphäre[44].

Bei den spiritistischen Treffen wurde vor allem von Ludendorff und Hitler als den geeigneten Führern für Deutschland gesprochen. Beide verehrte Sauckel, sodass er sogar erfolglos versuchte, Hitler während dessen Landsberger Haft zu besuchen. Die Aufwartung bei Ludendorff kam vor allem deshalb nicht zustande, weil Sauckel sich davor fürchtete, von dem Feldherrn nach seinem Kriegsdienst gefragt zu werden, den er ja nicht geleistet hatte; sein Freund Johannsen vermittelte aber immerhin einen Briefwechsel, der aber wohl nicht sehr inhaltsreich war – jedenfalls berichtet Sauckel darüber nicht weiter[45]. Bemerkenswert immerhin, dass der Nürnberger Häftling Ludendorffs politische Bedeutungslosigkeit

[41] Ebenda, S. 149–160.
[42] Ebenda, S. 161–170.
[43] Ebenda, S. 171–185.
[44] Zu den apokalyptischen Visionen, Weltuntergangs-Szenarien und Erlösungsvorstellungen jener Zeit vgl. Klaus Vondung, Die Apokalypse in Deutschland, München 1988, sowie Jürgen Brokoff, Die Apokalypse in der Weimarer Republik, München 2001.
[45] IfZ-Archiv, MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen, S. 192–197.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der „dämonischen Persönlichkeit“ von dessen Frau Mathilde von Kemnitz zuschreibt, die sich und ihren Gatten mit ihrer völkisch-germanischen Privatreligion ins ideologische Abseits manövriert habe[46]. Interessanterweise wird gerade der Spiritismus der Familie Ludendorff von Sauckel wahrgenommen und wie im eigenen Falle als ein – wenngleich irregeleiteter – Versuch registriert, die Zeitläufe positiv zu beeinflussen[47]. Aber auch Hitlers Verbrechen werden auf andere nationalsozialistische Funktionäre abgewälzt: „Hitler ohne Goebbels und Himmler, die ja auch wie Bormann und andere erst Jahre später kamen, wäre die lichtvollste Gestalt der deutschen Geschichte geworden“[48] – auch dies eine bekannte Feststellung vieler Nationalsozialisten nach dem Kriege. Zur Einsicht, dem falschen Mann und der falschen Ideologie gefolgt zu sein, kam Sauckel selbst in seiner Nürnberger Zelle nicht. Stattdessen werden auch hier übernatürliche Kräfte ins Spiel gebracht: „Aus Goebbels eigenem Munde weiß ich, dass seine Mutter die dunkle Gabe des zweiten Gesichts besaß.“[49] In diesem Sinne war es – für Sauckels Weltbild gewissermaßen selbstverständlich – „Der, der es gut mit euch meint“, der ihm nahe legte, sich als Zeitungsmacher zu betätigen. Gemeinsam mit seiner Frau machte sich Sauckel in Weimar an die Herausgabe des „Deutschen Aar“, der wegen seines geringen Absatzes der ganzen Familie finanzielle Entbehrungen abverlangte[50]. Dennoch blieb man bis zum Ende des NSDAP-Verbots 1925 als Verleger tätig.

Sauckel macht vor den Schilderungen seiner Karriere als nationalsozialistischer Berufspolitiker einen längeren Einschub[51], in dem er erneut Teile seiner Weltanschauung darlegt. Offensichtlich ist dieser Textabschnitt der Gerichtsverhandlung in Nürnberg in der Zeit vom 28. bis 31. Mai 1946 geschuldet. Sauckel war an diesen Tagen in den Zeugenstand gerufen und von den Anklägern hart attackiert worden. Besonders der französische Strafverfolger Jacques B. Herzog charakterisierte Sauckels Weltsicht – trotz dessen heftigen Widerspruchs – als verbrecherisch[52]. Diametral entgegengesetzt schildert sich der thüringische Gauleiter, der

[46] Ebenda, S. 201 f. Vgl. zu Mathilde Ludendorff Ilse E. Korotin, Die politische Radikalisierung der Geschlechterdifferenz im Kontext von „Konservativer Revolution“ und Nationalsozialismus. Mathilde Ludendorff und der „Völkische Feminismus“, in: Volker Eickhoff/Ilse E. Korotin (Hrsg.), Sehnsucht nach Schicksal und Tiefe. Der Geist der Konservativen Revolution, Wien 1997, S. 105–127.

[47] Zur völkischen Bewegung und zu anderen okkulten Zirkeln vgl. Hermann Gilbhard, Die Thule-Gesellschaft. Vom okkulten Mummenschanz zum Hakenkreuz, München 1994; Ulrich Nanko, Die deutsche Glaubensbewegung. Eine historische und soziologische Untersuchung, Marburg 1993; Hubert Cancik, „Neuheiden“ und totaler Staat. Völkische Religion am Ende der Weimarer Republik, in: Ders. (Hrsg.), Religions- und Geistesgeschichte der Weimarer Republik, Düsseldorf 1981, S. 176–212.

[48] IfZ-Archiv, MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen, S. 204 f.

[49] Ebenda, S. 202.

[50] Ebenda, S. 187–207 (mit Einschüben).

[51] Ebenda, S. 214–233.

[52] Vgl. IMT, Bd. 14: 16. Mai 1946–28. Mai 1946, S. 662, u. Bd. 15: 29. Mai 1946–10. Juni 1946, S. 230. Herzog hielt Sauckel dabei eine Aussage vor, die dieser als „erzwungen“ ablehnte. Interessanterweise wurde von der Anklage nicht auf dessen Befragung im Gefängnis Wiesbaden

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Liebe – wie im Christentum – als sein eigenes „Lebensgrundgesetz" bezeichnet. Diese Liebe soll Sauckel gemäß allen Menschen, Freunden und Feinden, selbst Marxisten und Juden, gegolten haben[53]. Dennoch müsse die höchste Liebe dem eigenen Volk gelten, und das war es auch, was den Nationalsozialismus in Sauckels Augen ausmachte und worin er die größten Übereinstimmungen mit seinen eigenen Ansichten sah: Die Liebe zum eigenen Volk, ohne Hass auf andere. Angesichts seiner Funktionen, die Sauckel im NS-Regime wahrnahm, war er natürlich über dessen Verbrechen informiert oder führte sie in einer zentralen Position, als Generalbeauftragter für den Arbeitseinsatz, selbst durch. Dennoch glaubte er, sie mit seiner Auffassung von Menschenliebe vereinbaren und eine eigene, völkisch geprägte „moralische Ökonomie" entwickeln zu können, die dem Geltungsbereich „des Menschen" enge Grenzen setzte; innerhalb dieser Schranken aber konnte Sauckel mit gutem Gewissen von Menschenliebe sprechen.

Nach diesem Exkurs kehrt Sauckel zu den damaligen Ereignissen in Thüringen zurück. Auf den folgenden Seiten erläutert er, warum er sich Artur Dinter anschloss, obwohl er dessen politische Ansichten für sektiererisch hielt[54]. Gleichwohl bot dieser ihm 1925 den Posten eines Gaugeschäftsführers an, den der Familienvater wegen des unregelmäßig gezahlten Gehalts von monatlich kärglichen 120 RM[55] und seiner Schulden aus der zurückliegenden Verlagsliquidation nicht ablehnte; die Finanzsituation der Sauckels – inzwischen war der nach den beiden Idolen des Vaters, Ludendorff und Hitler, benannte Sohn Erich-Adolf geboren – blieb desolat. Sauckel stellt sich dennoch als erfolgreichen Manager dar, der angesichts der an die Parteizentrale zu leistenden Abgaben stets erfolgreich, aber nur mit größter Mühe die für die thüringische NSDAP notwendigen Mittel aufbringen konnte, wohingegen sich Dinter nach Sauckels Ansicht für derlei Dinge überhaupt nicht interessierte. Doch auch in anderer Hinsicht war Dinter für die lokale Parteiorganisation eine schlechte Wahl, denn es kam zu schweren internen Zerwürfnissen. Sauckel hingegen betrachtet sich als den wahren Führer der NSDAP, er hielt sich letztlich alleine für den Mitgliederzuwachs sowie für einen erfolgreichen Auftritt Hitlers in Weimar im April 1925 verantwortlich. Erneut hörte Sauckel ihn sprechen, und erneut war er begeistert von dessen Rhetorik[56]. Bei dieser Kundgebung stellte sich der NSDAP-Chef demonstrativ hinter den Gauleiter Dinter, der auch noch sämtlichen Ruhm ob der so geglückten Veranstaltung in Weimar für sich selbst einstrich und Sauckel nicht einmal Hitler

durch das OMGUS (Office of Military Government for Germany, United States) am 25. 7. 1945 zurückgegriffen. Sauckel hatte hier u. a. zugegeben, dass von 5.300.000 ausländischen Zivilisten in Deutschland mindestens $^3/_4$ zwangsweise arbeiteten. Vgl. IfZ-Archiv, OMGUS, AG 1945-46-21/5, Befragung Sauckels vom 25. 7. 1945 (identisch in: Ebenda, AG 1945-46-3/2 und CAD 3/157-2/1).

[53] So charakterisierte sich nach dem Krieg auch Gauleiter Wahl. Vgl. Gotto, Erfindung, in: Fassl (Hrsg.), Das Kriegsende in Schwaben, S. 263–283.

[54] IfZ-Archiv, MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen, S. 235–242.

[55] Im Lebenslauf für Major Kelley ist von 150 RM die Rede, in: IfZ-Archiv, Fa 190, Bl. 58.

[56] IfZ-Archiv, MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen, S. 242–251.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

vorstellte. Auch wenn es nicht explizit gesagt wird, war Sauckel deswegen schwer gekränkt, zumal er sich wohl schon zu diesem Zeitpunkt Hoffnungen auf eine Nachfolge Dinters machte.

3. Zur Textauswahl

Die nun folgenden letzten 41 Seiten der Aufzeichnungen Sauckels sind hier als Dokument Nr. 1 ediert[57]. Die Auswahl schildert den Aufstieg der NSDAP in Thüringen ab dem Jahr 1926 bis hin zu den ersten Regierungsjahren ab 1933. Obwohl Sauckel nur sparsam Datumsangaben macht, dürfte das Ende der chronologischen Schilderung seines „Aufbauwerkes" etwa auf Anfang 1935 zu datieren sein. Der Abschnitt umfasst mithin die Zeit, in der Sauckel Gauleiter und damit auch wirklich Politiker wurde; dargestellt ist also vor allem dessen Karriere vom unbedeutenden Nationalsozialisten im Schatten Artur Dinters zum Provinzfürsten und Leiter der ersten NSDAP-Regierung in Deutschland. Gewürdigt und beschrieben werden dabei natürlich vor allem die Leistungen und die Verdienste des Verfassers für diesen überraschenden, selbst im damaligen Deutschland spektakulären Aufstieg seiner Partei.

In der edierten Passage finden sich zudem kritische Urteile über damalige Akteure – unter anderem Röhm, Himmler, Goebbels, Frick und Bormann. Sauckel liefert recht subjektive Deutungen aus Sicht des lokalen Machthabers, bei Hitler durchaus wohlgelitten, aber dennoch nicht auf einer Stufe mit den Vorgenannten stehend. Mit einem gewissen Groll werden hier Rechnungen beglichen, die angesichts der herrschenden Verhältnisse vorher nicht diese Rolle gespielt haben dürften. Sauckel zeigt sich dabei wieder einmal als uneinsichtiger, überzeugter Anhänger seines „Führers". Die ganze Katastrophe des Zweiten Weltkriegs mit seinen Millionen von Opfern will er allein den schlechten Einflüssen auf Hitler zuschreiben, den selbst eigentlich keine Schuld am Geschehen träfe.

Wenn Sauckel abschließend „im Angesicht des Galgens" seine Tätigkeit in Thüringen und sein Leben noch einmal kurz bilanziert und zusammenfasst, wird vor allem deutlich, dass der vormalige thüringische NSDAP-Gauleiter jedes Schuldbewusstsein mit einem übersteigerten Selbstwertgefühl kompensierte. Sein Einsatz als Landtagsabgeordneter, Regierungschef und Reichsstatthalter wird ausschließlich positiv beurteilt, jede Verbindung mit den Verbrechen der Nationalsozialisten wird dagegen ignoriert. Bezeichnend ist daher auch, dass die Arbeit als Generalbeauftragter für den Arbeitseinsatz völlig ausgespart wird. Offensichtlich wusste selbst Sauckel, dass ein Verklären in diesem Falle nicht möglich ist[58].

Das völlige Unverständnis gegenüber seinem Todesurteil zeigt besonders Dokument Nr. 2, betitelt „Mein Vermächtnis für das deutsche Volk". Sauckel listet hier

[57] Ebenda, S. 252–292. Die Seitenzahlen werden in der Edition gesondert ausgewiesen. Sauckels Fehler bei Zeichensetzung und Rechtschreibung wurden stillschweigend korrigiert.

[58] Auch in den Vernehmungen für den Prozess weigerte Sauckel sich vehement, seine Schuld für den Arbeitseinsatz anzuerkennen und schob diese auf Albert Speer. Vgl. Overy, Verhöre, S. 87 u. S. 132 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unmittelbar vor seiner Hinrichtung vier Punkte auf, wie der Wiederaufbau des besiegten Landes zu realisieren sei. Seine Vorschläge waren 1946 von geradezu erschreckender Weltfremdheit, aber ganz vom Geiste des Nationalsozialismus geprägt: Voll Technikbegeisterung und Fortschrittsglaube schlug Sauckel etwa Gezeitenkraftwerke und die Lösung von Energieproblemen mittels Windkraftwerken vor. Der typische NS-Voluntarismus offenbarte sich hier: ganz Deutschland müsse mit anpacken, dann könnte man auch diese Herausforderungen meistern. Visionäre Kraft kann diesen Aussagen kaum zugebilligt werden, eher Realitätsverlust bzw. Verharren im alten Denken. Die Gewinnung von neuem Land durch Aufschütten der Meere ist schließlich kaum etwas anderes als eine Fortsetzung der nationalsozialistischen „Lebensraum"-Politik mit anderen Mitteln, und auch die Produktionssteigerung bei Leichtmetallen zeigt eine weitergedachte Autarkiepolitik des Vierjahresplans. Immerhin hebt selbst dieser Blick in die Zukunft Sauckel von seinen Mitangeklagten ab, denn nur selten galten deren Gedanken dem künftigen Schicksal ihres Landes[59]. Hier schrieb ein Mann, der – vom eigenen Überlebenswillen abgesehen – ganz offensichtlich davon überzeugt war, dass Deutschland nicht auf einen Politiker wie ihn verzichten könne. Die Niederschrift des Vermächtnisses blieb unvollständig. Zu den stichwortartigen Vorschlägen wollte Sauckel noch eine Einleitung schreiben, nach nur zwei Sätzen bricht diese ab. Offenbar ist der Text unmittelbar vor der Hinrichtung des Verfassers, auf den 16. Oktober 1946, zu datieren.

Der Text des Dokuments Nr. 1, abgeschlossen kurz vor dem Urteilsspruch, wurde vom Verfasser nicht nochmals gelesen oder gar lektoriert. Die vorhandenen Brüche in den Aufzeichnungen, wahrscheinlich verursacht vom Prozessverlauf, lassen keine chronologische Berichterstattung entstehen, sodass das Manuskript auch eine Auseinandersetzung mit den Vorwürfen der Anklage darstellt. Dennoch macht gerade diese Tatsache den Text für die Historiker besonders wertvoll, zumal aus dem Nürnberger Zellentrakt keine weiteren Aufzeichnungen der Hauptkriegsverbrecher vorliegen – sieht man ab von Hans Frank und Albert Speer, der seinen Text später umformulierte[60]. Frank schreibt aber vor allem eine Geschichte der NSDAP und bleibt dabei, anders als Sauckel, sehr distanziert und unpersönlich. So ist für den vorliegenden Text zwar einige quellenkritische Arbeit notwendig, um die tatsächlichen Empfindungen und Beweggründe Sauckels aus seiner Rechtfertigungsschrift herauszufiltern, aber die offensichtliche Eile bei der Niederschrift und die fehlenden Korrekturen erlauben doch an vielen Stellen eine verhältnismäßig direkte Sicht auf das Selbstverständnis und die Selbstdeutung des thüringischen Gauleiters. Sauckel stellt außerdem relativ ungeschminkt seine psychischen Befindlichkeiten zur Schau, wenn er etwa über seine Angst vor Himmler und Goebbels berichtet, aber auch seine Schüchternheit und

[59] Vgl. ebenda, S. 196.
[60] Vgl. Hans Frank, Im Angesicht des Galgens. Deutungen Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse. Geschrieben im Nürnberger Justizgefängnis, München 1953; Speers Aufzeichnungen in: Albert Speer, Erinnerungen, Berlin 1969.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

leichte Empfindlichkeit werden deutlich; erkennbar wird auch die Leichtgläubigkeit dieses Politikers, erinnert sei an das Tischerücken während der Seance. Gleichwohl ist die Suche nach spiritistischer Hilfe und Erfüllung auch ein Anzeichen für eine als äußerst bedroht wahrgenommene Umwelt, deren Krise für ihn anders nicht mehr lösbar schien[61]. Auch deshalb schwankte Sauckel zunächst zwischen verschiedenen Spielarten der völkischen Bewegung, wie sie Dinter oder Ludendorff repräsentierten, bis auch er sich schließlich auf Hitler festlegte. Es scheint, dass sich Sauckel bei aller Neigung zu Entlastung und Apologie doch kaum verstellen konnte. Auch Passagen wie die über die Liebe als angeblicher Grundsatz Sauckels und des Nationalsozialismus' sind aufschlussreich. Derartige Abschnitte führen angesichts ihrer offensichtlichen Verkennung jeglicher Realität zunächst deutlich die Rechtfertigungstendenz der Niederschrift vor Augen; andererseits erlauben sie aber auch ein klares Bild auf die Eigenwahrnehmung eines führenden Nationalsozialisten mit „lauteren, hehren Idealen". Die Quelle besitzt darüber hinaus Relevanz für die Geschichte der NSDAP in der Weimarer Republik, denn für den Aufstieg des Nationalsozialismus kam Thüringen eine Schlüsselstellung zu; schließlich war es das erste Land mit einer Regierungsbeteiligung der NSDAP, die später sogar allein das Kabinett stellte.

In erster Linie aber bieten die vorliegenden Aufzeichnungen die seltene Möglichkeit, die politischen Einschätzungen eines Spitzenfunktionärs während der Weimarer Republik sowie dessen Beweggründe, sich der NSDAP anzuschließen, ebenso ausführlich wie gleichzeitig relativ ungefiltert zu erforschen. Die retrospektive Beurteilung des eigenen Lebens, die Bewertung der Freunde und Gegner, die Rechtfertigung der politischen Überzeugungen und die Sicht auf die „Systemzeit" offerieren dem Forscher wichtige Einsichten zu Thüringen und zu Fritz Sauckel. Es steht zu hoffen, dass sich nun ein Biograph findet.

Dokument Nr. 1

(S. 251) So kam dann das Jahr 1926 heran. Im Sommer dieses Jahres fand seit 1923 der erste Parteitag (S. 252) und zwar in Weimar statt. Aus allen Teilen des Reiches waren etwa achttausend Teilnehmer einschließlich der Thüringer gekommen[62]. Seine Vorbereitung und technische Durchführung war meine erste große organisatorische Leistung. Mit Lastwagen, aber auch zu Fuß und mit dem Fahrrad waren die Teilnehmer zum Teil in wochenlangen Fußmärschen nach Weimar gekommen. Es war noch die Zeit des reinsten Idealismus. Zum ersten Male sah ich mehrere der bedeutenden Führer aus den verschiedenen deutschen Gauen und aus der Reichszentrale der Partei, denn über Thüringens Grenzen hinaus

[61] Diese Suche nach einem politischen Erlöser stellt Klaus Schreiner, Wann kommt der Retter Deutschlands? Formen und Funktionen politischen Messianismus in der Weimarer Republik, in: Saeculum 49 (1998), S. 107–160, dar.

[62] 3. und 4. 7. 1926; vgl. Tracey, Aufstieg, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 63. In Thüringen (neben Braunschweig und Mecklenburg – Schwerin) hatte Hitler kein Redeverbot. Der Polizeibericht spricht von 7–8.000 Teilnehmern, das Thüringer Parteiblatt „Der Nationalsozialist" von 10.000; vgl. Kirsten, Weimar, S. 27, Anm. 116 u. 117.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kam ich damals nicht, außerdem ging es mit mir noch sehr bescheiden zu[63]. Selbst bei dieser Gelegenheit habe ich mit Hitler kein Wort gesprochen und selbst bei keiner Veranstaltung teilgenommen[64], denn als Geschäftsführer hatte ich mehrere Tage und Nächte hindurch für den Ablauf der zahlreichen Veranstaltungen, Besprechungen usw. nach einem genauen Minutenprogramm zu sorgen und außerdem in dem kleinen Weimar und seiner Umgebung für die Unterbringung, Verpflegung der Teilnehmer zu sorgen. Vom Stroh für die SA in den Sälen bis zum Hotelbett der einzelnen Koryphäen. Das war recht schwer und eine im höchsten Maße undankbare Aufgabe. Die Komplimente machte Dinter[65]. So hatte ich (S. 253) die Arbeit und den Ärger. Das gehört aber unvermeidlich zu solchen Aufgaben. Ich erfüllte meine Pflicht ja um der Sache willen, an die ich glaubte, ohne Anerkennung und Dank zu fordern, denn Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun. Es ist für mich eine Genugtuung, dass dieser erste Parteitag[66] für viele Idealisten der alten Garde ein unvergessliches Erlebnis jener Jahre im guten Sinne geworden ist. Viele Teilnehmer haben es mir Jahre später bestätigt. Damals spielten weder Goebbels noch Bormann, noch Himmler in der Partei eine Rolle, sie waren gar nicht bekannt, wenigstens mir nicht. Auch diese Tage vergingen, ohne dass ich mit Hitler oder anderen außerthüringischen Prominenten ein persönliches Wort gesprochen hatte. Dieser erste Parteitag in Weimar 1926 nach der Neugründung der Partei stand vollkommen im Zeichen der nationalen und sozialen Synthese dieser beiden großen, die Völker zutiefst bewegenden Begriffe. Er wurde zu einem Tag der Proklamation der grenzenlosen Liebe zu all den deutschen Volksschichten[67], deren einziger Reichtum in ihrer gesunden Arbeitskraft, in ihrem guten Willen, diese für ihr Leben, ihre Familie, ihr Volk treu und in ehrlicher, fleißiger Arbeit einzusetzen, bestand. Ihr Vertrauen durfte (S. 254) nicht getäuscht werden. Sie mussten in der ganzen Nation und in dem zu errichtenden Volksstaat die Garantien erhalten, die ihnen Friede, Arbeit und Brot, sowie den selbstverständlichen Anteil an den höheren

[63] Sauckel beschreibt sich als „zu schüchtern und zu zurückhaltend“ (IfZ-Archiv, MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen, S. 193) und attestiert sich „Hemmungen“ (ebenda, S. 195) und „zu große Hemmungen“ (ebenda, S. 204 u. S. 287); vgl. Hitlers Charakterisierung von 1942, der ihm „außerordentliche Befangenheit“ bescheinigt, in: Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, Stuttgart ²1965, S. 324. Kelley bezeichnet Sauckel als „charaktermäßig äußerst unreif“, „klein an Leib und Seele“ und gleichsam stolz darauf, durch den Nürnberger Prozess zur Prominenz der NSDAP gerechnet zu werden; vgl. Kelley, Männer, S. 208 u. S. 210.

[64] Vgl. Kirsten, Weimar, S. 29. Gauleiter Dinter, dessen Stellvertreter Hans Severus Ziegler und Sauckel hielten am späteren Abend Ansprachen auf vier größeren Begrüßungsfeiern.

[65] Gemeint ist wohl, dass Dinter als Gauleiter den Dank für Sauckels Engagement einsteckte. Anlässlich eines Auftritts Hitlers im März 1925 ärgerte er sich, dass Dinter ihn nicht Hitler vorgestellt hatte; IfZ-Archiv, MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen, S. 248; vgl. auch ebenda, S. 280: er sei „leicht empfindlich“.

[66] Gemeint: Der erste Parteitag nach Wiederzulassung der NSDAP.

[67] Die „Liebe“ der Hitleranhänger fand ihre Grenzen im Umgang mit jüdischen Bürgern und Andersdenkenden, die in z. T. blutige Auseinandersetzungen verwickelt wurden, bei denen es zu einem Toten kam; vgl. Kirsten, Weimar, S. 31 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Gütern eines Volkes, an dem Fortschritt der Kultur und an der Hebung der allgemeinen Lebensbedingungen gewährleisteten. So allein hat dann auch der nationale Gedanke einen rechten Sinn und vermählt sich mit dem sozialen zu einem hohen, sittlichen Staatsbegriff der Zukunft. Dann erst ist der Lebenskreis eines Volkes geschlossen, wenn alle seine Glieder der gleichen Fürsorge für ihre Lebens- und Daseinsvoraussetzungen teilhaftig werden, wenn es in einem Volke weder „Proletarier noch Enterbte" gibt, sondern alle Söhne und Töchter sich als die Kinder einer guten Mutter fühlen können, die jedem einräumt, was ihm an Gaben und Leistungen zukommt, ihnen ihren Platz gönnt, den sie sich verdienen, deren größte Liebe aber jenem Kind gehört, das es am schwersten im Leben zu haben scheint.

In diesem Sinne wurde jener Reichsparteitag eine Absage deutscher Arbeiter – denn diese stellten damals die meisten Teilnehmer – an Klassenkampf und Bürgerkrieg, an Kommunismus und bolschewistische (S. 255) Weltrevolution und zu einem Bekenntnis zu Volk und Vaterland sowie zu echter sozialister [sic] Gesinnung und Verpflichtung.

Am Ende des Jahres 1926 fanden Neuwahlen zum Thüringer Landtag statt[68]. Sie brachten infolge der Unbeliebtheit Dr. Dinters einen starken Rückschlag. Die Mandate sanken von den ehemaligen acht des völkischen Blockes auf zwei nationalsozialistische[69]. Es war ein harter, aber gerechter Misserfolg. Es war die Quittung für Uneinigkeit und Eigenbrötelei und schließlich dafür, dass Dr. Dinter ein ganz anderer Mensch war als jener, für den er sich ausgegeben hatte. Von dieser Wahl ab ließ sich Dr. Dinter fast überhaupt nicht mehr im Landtag sehen, steckte aber sehr wohl seine Diäten ein. Das brachte ihn um den Rest seines Ansehens. Allerdings zur Niederlegung seines Mandats konnte er nicht veranlasst werden. So war nur noch Marschler, der treue Mitarbeiter von mir, als Abgeordneter im Landtag als Vertreter der NSDAP. Allein seine Stimme war ausschlaggebend für alle Abstimmungen zwischen links und rechts bei allen Vorlagen und Gesetzen[70]. Von dieser Zeit ab habe ich Tag und Nacht mich dem Studium der Gesetze, Verordnungen, (S. 256) Staatsaufbau, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eingehend kümmern müssen. Welch ein Glück, dass ich gerade in Gefangen-

[68] Sauckel irrt. Die Wahlen fanden am 30. 1. 1927 statt.

[69] Der Völkisch-Soziale Block (Vereinigte Völkische Liste), gemeinsame Liste der völkischen Parteien nach dem NSDAP-Verbot, hatte 1924 sieben Sitze gewonnen; IfZ-Archiv, MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen, S. 166, und im Lebenslauf, in: IfZ-Archiv, Fa 190, Bl. 59, beziffert Sauckel die Mandate ebenfalls mit acht. Wenngleich Dinter sowohl wegen seiner politischen als auch religiösen Eskapaden sehr umstritten war, (IfZ-Archiv, MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen, S. 241 u. S. 247), so ist Sauckels monokausale Zuweisung der Wahlniederlage Ausdruck der Abneigung und nicht Analyse des Hintergrundes; vgl. Tracey, Aufstieg, in: Heiden/Mai (Hrsg), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 55–61 u. S. 68.

[70] Dies kannte Marschler schon aus der vorigen Legislaturperiode; vgl. Willy Marschler, Denkschrift über die Tätigkeit der National-Sozialistischen Arbeiter-Partei im Thüringer Landtage 1924/27, Weimar o. J. [1927], S. 3 ff.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaft neben manchen anderen Fächern eingehend Volkswirtschaft gelesen hatte, denn wir Nationalsozialisten in Thüringen konnten keine frisch-fröhliche Opposition treiben, wie es die Partei in den anderen deutschen Ländern sich leisten konnte und der parlamentarische Kampf dies bedingte.

Thüringens Industrien lagen schwer darnieder. Auf dem Thüringerwald war das Leben karg und arm. Die Bevölkerung litt unter schlechten Löhnen. Die Hauptabnehmer der Thüringer Spielwaren-, Puppen-, Glas-, Porzellan-, Kleineisen-, Textilindustrien waren die Einkaufskonzerne der Großwarenhäuser. Diese zahlten Spottpreise und sie bedingten Hungerlöhne, hauptsächlich für die Heimindustrien. Ich hatte es mir mit meinen Freunden zur Lebensaufgabe gemacht, diese Verhältnisse des Elends abzuschaffen, ihre Ursachen so lange zu bekämpfen, bis sie beseitigt waren. Aus diesem Grund gab es für mich und meine Mitarbeiter auch keine sinnlose Opposition, sondern eine Mitarbeit bei allen vernünftigen (S. 257) Vorschlägen im Landtag, die geeignet waren, den Nöten der Bevölkerung abzuhelfen. Es war uns gleich, ob diese Vorlagen von rechts oder links kamen. Zahlreiche eigene Vorschläge wurden von uns ausgearbeitet, eingebracht und konsequent vertreten. So arbeitete ich als Geschäftsführer der Partei, wenn ich auch selbst nicht Abgeordneter war, eng mit Marschler zusammen. Selbstverständlich wirkte sich diese positive und vernünftige Politik aus. Die Ortsgruppen wurden zahlreicher, die Mitgliedschaft wuchs beständig. Zwar die Nationalsozialisten im Reich verkannten unsere Thüringer Arbeit. Sie warfen mir sogar Verrat vor, weil ich bisweilen mit links, bisweilen mit rechts abstimmen ließ. Man sagte, wir hatten [sic] keine konsequente Kampfstellung in Thüringen. Ich aber blieb der Auffassung, dass es unsere Pflicht war, bestens dem Volke zu dienen. Es war oft recht schwer für mich. Nur Hitler stützte unsere Haltung, denn ich hatte sie in einer Denkschrift begründet. Mitte 1927 kam es zum Ausscheiden Dr. Dinters aus der Partei[71], es war eine Erlösung. Nach oft für mich verzweiflungsvollen Wochen wurde ich *auf stürmischen Vorschlag* [Hervorh. i. Orig.] vieler thüringischer Parteigenossen zum Gauleiter von Thüringen ernannt. (S. 258) Meine erste Maßnahme war, von den etwa dreitausend Mitgliedern[72] des Gaues die Hälfte von den Listen zu streichen. Alles was sich an zweideutigen politischen Existenzen, unsauberem sozialen Treibholz und Opportunisten jener Zeit angesammelt hatte und das öffentliche Ansehen der Partei und ihre Einigkeit belastete, veranlasste ich zum Ausscheiden. Dies zeigte sofort eine wunderbare Wirkung. Andere, bessere, angesehenere Elemente aller Stände, besonders Arbeiter ersetzten jene nicht nur bald wieder, sondern der Zustrom wuchs ständig. Sowohl den linken wie den rechten Parteien im Landtag schien nun der Zeit-

[71] Hier irrt Sauckel erneut. Dinter wurde im September 1927 von Hitler als Gauleiter abgesetzt und Sauckel, seit dem Frühjahr Stellvertreter Dinters, eingesetzt. Aus der Partei wurde Dinter erst im Oktober des Folgejahres ausgeschlossen; vgl. dazu Witte, Dinter, in: Danckworth u. a. (Hrsg.), Historische Rassismusforschung, S. 113–151.

[72] Vgl. Tracey, Development, S. 38 f. Die Mitgliederzahl hatte sich 1927 von 720 auf gerade 1.324 erhöht, im Jahr darauf auf 1.637.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

punkt gekommen, das unbequeme nationalsozialistische Mitglied des Landtages und seine entscheidende Stimme „das Zünglein an der Waage“ loszuwerden. In der Hoffnung nunmehr, infolge des Gauleiterwechsels – ich war in der Öffentlichkeit bei den Bürgerlichen nicht sehr bekannt, vor allem politisch nicht gewertet –, hofften die Bürgerlichen, die nationalsozialistischen Stimmen zu erobern, denn sie hielten den Gauleiterwechsel und meine Berufung für eine Schwächung der NSDAP. Ende 1929 gab es also Neuwahlen in Thüringen. Lange hatte ich damit gerechnet. Zwei Jahre hatte ich Zeit gehabt, die Parteiorganisation auszubauen, und durch ihr anständiges öffentliches (S. 259) Auftreten hatte sich ihr Ansehen in allen thüringischen Bevölkerungskreisen befestigt. Ich duldete weder Raufereien noch irgendwelche Beleidigungen unserer politischen Gegner, vermied peinlich jeden niedrigen, persönlichen politischen Kampf. Alle Anstrengungen waren darauf gerichtet, die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zu bessern. Politische Kundgebungen gestaltete ich zu vaterländischen Feierstunden mit Musik und Gesang umrahmt aus. Gegnerische Versammlungen wurden gemieden und auch nicht angegriffen. Das Auftreten der SA vollzog sich in mustergültiger Ordnung, Sauberkeit und Manneszucht. Die Judenfrage wurde, da es in Thüringen nur wenig Juden gab, es war ein armes Land, nur wenig erörtert[73]. Mit den Kirchen standen wir auf bestem Fuße, eine Anzahl angesehener Geistlicher trat sogar in die Partei ein. Oft nahmen Ortsgruppen geschlossen in jenen Jahren an kirchlichen Feiern teil. Es hatte sich so in Thüringen ein eigener Stil der NSDAP herausgebildet, der in großen Zügen auch in Thüringen bis zum Zusammenbruch beibehalten wurde. Man nannte uns deshalb in Parteikreisen, die meine Bemühungen eines würdevollen Stiles und positiver politischer Einstellung auch in der Kampfzeit zu den politischen großen und Alltagsfragen missbilligten oder verkannten, die thüringischen Zaunkönige[74]. Aber bei den Wahlen Ende 1929 erlebten alle Beteiligten eine große (S. 260) Überraschung.

[73] Vgl. Carsten Liesenberg, „Wir täuschen uns nicht über die Schwere der Zeit…“. Die Verfolgung und Vernichtung der Juden, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 443–462, hier S. 444: In Thüringen waren 1925 ca. 3.603, 1933 ca. 2.882 Einwohner jüdischer Herkunft, das entsprach etwa 0,22% der Bevölkerung gegenüber etwa 0,9 % reichsweit. Bereits in der Legislaturperiode 1924–1927 brachten die nationalsozialistischen Abgeordneten antisemitische Anträge ein; vgl. Marschler, Denkschrift, S. 21 ff. u. S. 27–32. Frick verfocht nach seiner Ernennung zum Minister den Antisemitismus der Partei mit weiteren erfolglosen legislativen Vorstößen, die dann nach der Machtübernahme im Reich verwirklicht wurden; vgl. Liesenberg, „Wir täuschen uns nicht“, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 447 f., u. a. Verbot des Schächtens, Entlassung jüdischer Beamter, Verhinderung so genannter Mischehen. Sauckel setzte bereits 1935 erstmals im Dritten Reich die „Arisierung“ einer jüdischen Firma durch. Vgl. Horst Lange, REIMAHG – Unternehmen des Todes, Jena 1984, S. 32–38.

[74] Das tertium comparationis dürfte neben der geringen Größe dieser Vögel (IfZ-Archiv, MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen, S. 274) deren Tarnfärbung gewesen sein: schwarze und braune Querstreifen auf Flügel und Schwanz; die thüringischen Nationalsozialisten waren wegen ihres Stützungskurses der schwarzen Minderheitsregierung und nicht wegen des sonst üblichen oppositionellen Krawallverhaltens als nicht vollwertig braun anerkannt; siehe ebenda, S. 168.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Von 23 000 Stimmen 1927 waren sie auf fast 112 000 angestiegen[75]. Wenn auch die Stimmenzahl für ein Mandat erhöht worden war, um den damaligen sogenannten Splitterparteien überhaupt die Erringung eines Mandats zu erschweren, so zogen diesmal die Nationalsozialisten geschlossen mit sechs Abgeordneten in den Thüringer Landtag ein. Alle Gegner hatten einen solchen Erfolg für unmöglich gehalten. Die Linke war außer sich, die Rechte ebenso. Wiederum war die Lage so, dass ohne diese sechs nationalsozialistischen Abgeordneten keine Entscheidung fallen konnte, denn diese sechs Stimmen gaben den Ausschlag. Ohne sie konnte weder die geschlossenen Rechte noch die geschlossene Linke einen Antrag durchbringen. Die bürgerliche Seite bestand nunmehr auf Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten. Die Lage des Landes war sehr schwierig. Die Steuereingänge waren infolge der sich verschlechternden Wirtschaftslage stark zurückgegangen, die Aufstellung des Haushaltsplanes unendlich schwierig, ohne neue Steuern überhaupt nicht durchführbar. Die öffentlichen Kosten der Verwaltung mussten eingeschränkt, der Beamtenapparat, der zu groß war, zum Teil abgebaut werden. Diese Verantwortung sollten nun die Nationalsozialisten übernehmen. Es war eine durchaus unpopuläre Aufgabe, welche der neuen Regierung bevorstand. Zum ersten Male erstattete ich Hitler selbst einen eingehenden (S. 261) mündlichen Bericht über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes. Ich hatte gehört, dass die Führer der Partei auf dem Standpunkt standen: Unter keinen Umständen dürfe sich die Partei auf die Übernahme einer Verantwortung in einer Regierung jetzt einlassen, auch nicht in Thüringen. Hatte man doch schon vorher unsere Thüringer sachliche Arbeit im Landtag als parteischädigend bezeichnet. Allein ich trug dem Führer vor, dass, wenn wir uns der Verantwortung entzögen, dies kein Mensch in Thüringen verstehen könne. Wir hätten einen Wahlkampf geführt, uns an den Wahlen beteiligt und müssten nun auch für unsere Weltanschauung einstehen. Würden wir ablehnen, käme sicher bald wieder zu Neuwahlen, wir wären die allein Schuldigen und kein vernünftiger Mensch würde uns nach so einem großen Erfolg seine Stimme mehr geben. Das sah der Führer ein[76]. Er bestimmte mich zur Führung der Fraktion, wie es die anderen Abgeordneten vorgeschlagen hatten. Als Minister wurde Dr. Frick, ein höherer Beamter aus der bayrischen Regierung vorgeschlagen[77], zum weiteren Mitglied der thüringischen Regierung Willy Marschler

[75] Vgl. Post/Wahl (Hrsg.), Thüringen-Handbuch, Bd. 1, S. 244: 27.946 Stimmen (1927), S. 246: 90.159 Stimmen (1929).

[76] Sauckel überschätzt seine Einflussnahme auf Hitler, der die Regierungsbeteiligung taktisch viel geschickter erpresste; vgl. Dickmann, Regierungsbildung, S. 461 f.

[77] Sauckels Nürnberger Mitangeklagter Frick war seit 1926 als Beamter am Oberversicherungsamt in München tätig und damit kein Regierungsbeamter. Er war Mitglied des Reichstages seit 1924, seit 1928 Vorsitzender der NSDAP-Reichstagsfraktion; vgl. Neliba, Frick, S. 40 f. u. S. 44. Sauckel fühlte sich von Hitler zurückgesetzt, wie Darstellung und Wortwahl nahelegen. Hitlers Diktum, dass „ein kleiner Parlamentarier“ nicht infrage gekommen sei, in: Dickmann, Regierungsbildung, S. 461. Sauckel blieb nur der Posten des Fraktionsvorsitzenden.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und zwar als Staatsrat[78]. Die sehr positiven Leistungen, die sich aus der Regierungsbeteiligung der Thüringer Nationalsozialisten ergaben, sind in einer kleinen Schrift von mir dokumentenmäßig niedergelegt worden. Es war eine sehr schwierige Koalition, aber sie hat sich für jene Zeit bestens bewährt, (S. 262) ihre positiven Resultate verursachten im ganzen Reiche Aufsehen und warben für die Partei. Es wurde streng nach der Verfassung regiert[79] (Die von mir erwähnte Schrift würde am besten hier eingefügt, da sie ein sehr klares Bild über die damaligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse vermittelt.)[80]. Nachdem unter sehr schweren Bedingungen die Finanzen des Landes und andere Krisen durch die Verantwortungsfreude von Fraktion und Minister der NSDAP und durch loyale Zusammenarbeit[81] geregelt waren, entstanden im Frühjahr 1931 Schwierigkeiten. In einigen Fragen konnte keine Einigkeit mehr erzielt werden. So schlossen sich bezeichnenderweise die Linke und die Rechte zusammen, so kam es zum Sturz von Frick und Marschler[82]. Unter Duldung durch die Linke sollte das Rumpfkabinett weiterregieren. Ein Jahr lang stand nun die Fraktion der NSDAP in Opposition, und zwar in schärfster. Das Ziel war die Auflösung des Landtages. Aber trotzdem bemühten wir uns im Sinne des Landes und seiner Bewohner, positive Politik auf vernünftiger Basis zu betreiben[83]. Unsere Gegner waren ganz blind. Nun schadete der Rechten ihr neues Bündnis mit der Linken und der letzteren ging es umgekehrt ebenso. Jedermann aber wusste, dass durch die positive Haltung und Politik der NSDAP in Thüringen die Ordnung im Staatshaushalt möglich geworden war. Um diesen Vorteil zunichte zu machen, versuchten nun Linke wie Rechte, Fallen zu stellen, wo sie nur konnten. (S. 263) Ich tat ihnen

[78] Eine Eigenheit der thüringischen Verfassung waren die Minister ohne Geschäftsbereich, die für eine Dauer von 15 Jahren die ehemaligen sieben Freistaaten Thüringens vertraten nach der Verfassung vom 11. 3. 1921, § 71.

[79] Hier klingt die Erinnerung an den Legalitätskurs an (IfZ-Archiv, MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen, S. 236 u. S. 247, Lebenslauf, in: Ebenda, Fa 190, Bl. 59), auf den Hitler seine Anhänger in der Furcht vor einem weiteren Verbot der NSDAP eingeschworen hatte. Zum Konfrontationskurs innerhalb der Koalition, den Frick mit seinen Verordnungen, Erlassen etc. führte, siehe Neliba, Frick, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 79–91.

[80] Vgl. Der Kampf um Thüringen. Ein Bericht über die Tätigkeit des ersten nationalsozialistischen Staatsministers und der thüringischen nationalsozialistischen Landtagsfraktion, hrsg. von der Gauleitung Thüringen der NSDAP, o. O., o. J. [Weimar 1932], eine 32-seitige Broschüre, davon fünf Seiten Fotos.

[81] Der DVP-Fraktionsführer Witzmann erinnert sich, dass Loyalität von der NSDAP eingefordert werden musste; vgl. Witzmann, Thüringen, S. 158 ff. Es war umgekehrt häufiger der Fall, dass die NSDAP die Loyalität der Koalitionspartner strapazierte; vgl. Neliba, Frick, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 78 ff. u. S. 81ff.

[82] Auslöser war allerdings ein Artikel Sauckels in der Gau-Zeitung „Der Nationalsozialist", der die Koalitionspartner der DVP mit Verbalinjurien überschüttete; vgl. Weißbecker, Sauckel, in: Pätzold/Weißbecker (Hrsg.), Stufen zum Galgen, S. 307 mit Anm. 44. Dem daraufhin von den Linksparteien eingebrachten Mißtrauensvotum gegen Frick und Marschler musste sich die DVP anschließen; vgl. Witzmann, Thüringen, S. 175 f.

[83] Witzmann, in: Ebenda, S. 179 f., erinnert sich allerdings an eine randalierende und pöbelnde NSDAP-Fraktion.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aber nicht den Gefallen, den Arbeitern ungebührliche soziale Verschlechterungen mit aufzuerlegen, wie etwa Erhöhung der Mieten, wie es die Bürgerlichen wollten, oder zuzustimmen, den Bauern neue, schwere Lasten aufzuerlegen, wie es die Linke vorschlug. Solche Taktik sollte uns unsere Stimmen in beiden Lagern kosten, denn wir wollten ja die Volksgemeinschaft. Schon unsere Stimmenthaltung sollte uns bei solchen Fragen diskreditieren. Wir fielen nicht darauf herein. Unsere Versammlungen im Land waren alle überfüllt. Trotz des Bündnisses zwischen „Unterkapitalisten und Kapitalisten" erzwangen wir die Auflösung des Landtages im Frühsommer 1932. Die Neuwahlen brachten einen Zuwachs von 6 auf 26 Sitzen im neuen Landtag. So waren wir mit einem Schlag die weitaus stärkste Partei. Alle Parteien hatten viele Stimmen verloren bis auf uns und die Kommunisten; diese hatten sich von acht Sitzen auf 10 verbessert. Dieser gewaltige Wahlsieg führte zu einer Regierungsbildung. So wurde ich am 26. August 1932 mit absoluter Mehrheit zum thüringischen Ministerpräsidenten[84] gewählt. Ich hatte mit der Methode einer positiven verantwortungsbewussten Politik gegen [sic] Volk und Land Recht behalten. Hitler erkannte dies an, indem er mir für die Regierungsverhandlungen freie Hand gab und mich selber den Parteien und der eigenen Fraktion als Chef der neuen Landes- (S. 264) regierung vorschlug. Ich selbst machte aus ernster Einsicht sofort Frieden mit meinen bisherigen bürgerlichen Gegnern. Die Deutschnationalen unterstützten uns freiwillig, sie hatten zwei Mandate. Der Landbund, der bisher die stärkste nicht-marxistische Partei dargestellt hatte, entsandte auf meinen Vorschlag einen Staatsrat in die Regierung, war also an ihr beteiligt[85]. Das Erbe allerdings, das ich und die neue Regierung übernehmen mussten, war ein trostloses. Die gesamte wirtschaftliche Lage hatte sich in ganz Deutschland unheilvoll verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen hatte im Reiche sieben Millionen[86] überschritten. Ein großer Teil davon erhielt keine Arbeitslosenunterstützung mehr, da diese nur für eine gewisse Zeit gewährt wurde. Sie erhielten nur noch eine geringe Wohlfahrtsunterstützung. Diese musste von den Gemeinden aufgebracht werden. Viele Gemeinden aber waren nicht mehr in der Lage, selbst diese geringen Beträge an jene Unglücklichen auszuzahlen. Es hatte sich in diesem Elend eine eigene Moral herausgebildet. Es galt nämlich als unmoralisch in jener Zeit, wenn zwei Mitglieder einer

[84] Sauckel selbst bestimmte nach seiner Ernennung zum Reichsstatthalter Marschler aufgrund des Gesetzes über die Amtsbezeichnung des Vorsitzenden der Thüringischen Landesregierung vom 8. 5. 1933 zum „Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Thüringischen Landesregierung", das damit in gewisser Weise die Verfassungsänderung vom Oktober 1933 vorwegnahm, die das bisherige Kollegialprinzip der Landesregierung aufhob; vgl. Jürgen John, Grundzüge der Landesverfassungsgeschichte Thüringens 1918 bis 1952, in: Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen (1993), H. 3, S. 49–113, hier S. 68 f. Im Lebenslauf lautet die Amtsbezeichnung „Vorsitzende(r) der thüringischen Landesregierung", in: IfZ-Archiv, Fa 190, Bl. 58.

[85] Zur Regierungsbildung war die NSDAP mit 26 von insgesamt 61 Mandaten auf einen Koalitionspartner angewiesen; vgl. Post/Wahl (Hrsg.), Thüringen-Handbuch, Bd. 1, S. 247 f.

[86] Sauckels Zahl ist propagandistisch. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im Februar 1932 lag bei knapp 6,13 Millionen; im Jahresdurchschnitt waren es 5,6 Millionen; vgl. Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1933, S. 297.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Familie Arbeit oder Verdienst hatten. Schon am ersten Tag meines Dienstantrittes suchte mich eine Kommission des Innenministeriums auf und zeigte mir an, dass die Tochter eines im Amt befindlichen Regierungsrates ebenfalls im Ministerium (S. 265) beschäftigt sei. Sie war eine ausgezeichnete Stenotypistin. Solches „Doppelverdienertum“ sei nicht tragbar. Der Vater hat dann selbst für die Entlassung seiner Tochter gesorgt. Die Familie war kinderreich. Der tüchtigen Tochter aber wurde ihr fleißiger Beitrag für die Entlastung der Familie als unzulässig und unsozial angerechnet. Wie krank und elend müssen ein System und eine Wirtschaft sein[87], wenn solche Verhältnisse Arbeit und Verdienst für viele Millionen unmöglich machen und gleichzeitig durch Wucher und Schiebung in wenigen Händen sich große Reichtümer ansammeln. (Hier werden am besten meine Regierungserklärung vom August 1932 und meine Rundfunkansprache vom Nov. 1932 über die Lage in Thüringen als beste Zeit- und Tatsachenschilderungen eingefügt, aus dem Buch Fritz Sauckels Kampfreden zu entnehmen)[88]. Die damaligen wirtschaftlichen Zustände waren, wie sich aus der hier voll zitierten Rundfunkrede ergibt, beispiellos. Es war ja Frieden, aber der Absatz deutscher Waren war in der Welt gestoppt, Deutschlands Wirtschaft am Rande des Abgrundes. Das Land Thüringen hatte damals rund 1 750 000 Einwohner, davon waren 500 000 Männer arbeitslos[89]. Man stelle sich die Lage ihrer (S. 266) Familien und die Rückwirkung auf die Gesamtwirtschaftslage und auf die Finanzen des Landes und seiner Gemeinden vor. Waren doch eben eine Anzahl Gemeinden nicht mehr in der Lage, den Ärmsten der Armen, den Ausgesteuerten, die geringsten Mittel zur Linderung ihrer Not zukommen zu lassen.

Auf meinen Vorschlag beschlossen wir neuen Minister bei unserer ersten Kabinettssitzung, auf weit über ein Drittel unseres Ministergehaltes so lange zu verzichten, bis eine Besserung der Arbeitsverhältnisse eingetreten sei[90]. Die freiwerdenden Beträge wurden in der Tat der „produktiven Erwerbslosenfürsorge“ zugeführt. Wir waren uns klar, dass dies weniger als einen Tropfen auf den heißen Stein bedeutete, aber es war ein Zeichen unserer Einsicht und ein Beispiel für viele. Ich war mir sofort klar, dass wir in kürzester Zeit erledigt sein und vor dem Ausbruch der Verzweiflung der Massen der Arbeitslosen stehen würden, wenn es

[87] Sauckel erwähnt nicht, dass nach Hitlers Machtübernahme Reichsgesetze zur Senkung der Arbeitslosigkeit erlassen wurden, mit denen Ehefrauen zur Aufgabe von Arbeit genötigt werden sollten, u. a. das Ehestandsdarlehensgesetz mit der Entlassung verheirateter Frauen aus dem öffentlichen Dienst; vgl. § 63 des Deutschen Beamtengesetzes vom 26. 1. 1937, in: RGBl. I, S. 39.

[88] Vgl. Sauckel, Kampfreden, S. 13–15 u. S. 22–36. Sauckel irrt in der Datierung der Reden. Es sind der 8. 9. und der 2. 12. 1932.

[89] Vgl. Jürgen John, Rüstungswirtschaftlicher Strukturwandel und nationalsozialistische Regionalpolitik, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 213–246, hier S. 216, Anm. 7. 1931 betrug der Höchststand an Arbeitslosen in Thüringen während der Weimarer Republik insgesamt ca. 159.000 Personen.

[90] Vgl. Post, Machtübernahme, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Weg, S. 160 mit Anm. 74. Die Minister verzichteten sogar auf mehr als die Hälfte ihres Gehalts, allerdings nur bis kurz nach Hitlers Machtantritt.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht gelänge, Arbeit unter jeder Bedingung zu schaffen und ganz klein anfangend, zäh, Schritt für Schritt, Kaufkraft neu zu schaffen, das war nur möglich durch Schaffung neuer Werte, neuer Güter, und diese in Umlauf zu setzen, Güter und Geld. Der Hunger (S. 267) von Hunderttausenden musste gestillt werden, der Verfall des Bauernstandes, des Mittelstandes aufgehalten und die Industrie mit Aufträgen versorgt werden. Arbeit, Arbeit, Arbeit, alles schrie nach Arbeit. Kein Wort mehr von Streiks, kein Wort mehr von Aussperrung. Vergessen war die Parole „Wenn Dein starker Arm es will, stehen alle Räder still“[91]. Die waren stille stehen geblieben und es gab keinen starken Arm, der sie wieder in Gang zu setzen vermochte. Die Streikkassen der Gewerkschaften waren leer. Die Unterstützungen an die arbeitslosen Mitglieder hatten sie erschöpft. So beschlossen wir im September 1932 im thüringischen Kabinett als erste in Deutschland zwei große Aktionen im Rahmen der Möglichkeiten des Landes. Wir riefen die Gesamtbevölkerung und alle Wirtschaftskräfte im Lande dazu auf. Nämlich ein

1. Arbeitsbeschaffungsnotprogramm.
2. Eine große allgemeine Hilfsaktion für die von der Not am schwersten heimgesuchten Gebiete des Thüringer Waldes, wo ganze Distrikte für [sic] ihre Bevölkerung ohne Arbeit waren. Noch vor Wintereinbruch mussten diese mit Waren, vor allem mit Nahrungsmitteln versorgt werden. Kaufen konnten sie keine Vorräte, die Kredite aber waren restlos erschöpft. Für jede gewährte Unterstützung sollte auch eine nützliche, notwendige Arbeit geleistet werden, denn neben dem Hunger nach Nahrung war ein Hunger nach allen Bedarfsgegenständen (S. 268) des täglichen Lebens aufs höchste gestiegen, von der Wohnung bis zum Esslöffel. Infolge der öffentlichen Finanznot waren auch in Wald, Feld und Fluren der Gemeinden wichtige Arbeiten unterblieben. So gab es wohl Arbeit in Hülle und Fülle. Nur kein Geld stand zur Verfügung, Handel und Wandel waren zusammengeschrumpft. Das System jener Zeit fesselte jede natürliche Initiative und zwang die Menschen zum Feiern, die Betriebe zum Stillstand. Es war eine Zeit der Verwahrlosung aller Werte.

Wir ließen in unseren Anstrengungen nicht locker. Nach endlosen Bemühungen gelang es endlich, etwa zehn Millionen für Notstandsarbeiten im Staatshaushalt bereitzustellen. Diese Millionen durften nur für solche Arbeiten eingesetzt werden, durch die neue Arbeitslose wieder zu Verdienst und Brot kamen. Sie wurden als zusätzliche Kredite gegeben für Reparaturen an Häusern, Einrichtung neuer Wohnungen, Verbesserung von schlechten Wegen, Trainierung [sic] von Wiesen und so weiter. Siehe, es funktionierte. Die Initiative vieler Gemeinden, dann vieler Privater war angeregt, man fasste Mut und Vertrauen, so wurde aus den zehn Millionen unserer (S. 269) Regierung zwanzig, dreißig und vierzig Millionen, das gab nun einen Anfang, eine Arbeit zog die andere nach sich. Die ersten paar tausend Arbeiter konnten wieder einkaufen, der Kaufmann konnte wieder Waren bestellen und bezahlen. Die Ladentüren der Geschäfte gingen wie-

[91] Diesen Kampfruf der Arbeiterbewegung zitiert Sauckel noch einmal in der falschen Reihenfolge (IfZ-Archiv, MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen, S. 17), ein weiteres Mal jedoch richtig (ebenda, S. 29).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der laufend auf und zu. Vertrauen kam und wuchs. So entstand in Thüringen langsam aber sicher die Umkehr des Prozesses der Schrumpfung der Produktion zum neuen Anlauf. In Berlin hatte ich ein passendes Grundstück erworben, das „Thüringenhaus“[92]. Dort wurden thüringische Industrie- und Handwerksprodukte ausgestellt, es wurde geworben, es gelang; zu den Notstandsarbeiten kamen neue Aufträge für die gewerbliche Wirtschaft. Ein Anruf für Thüringer Spielwarenpuppen und Christbaumschmuck nebst einer Ausstellung brachte schon für Weihnachten die ersten Aufträge. Der augenblicklichen, schrecklich drohenden Not aber in den Waldgebieten steuerten wir durch eine sehr großzügig organisierte Hilfsaktion. Sie wurde unter dem Namen (S. 270) Hilfsaktion für den Thüringer Wald[93] [bekannt]. Jeder, der einen Lastwagen oder Personenwagen nebst Benzin zu stellen vermochte, wurde dazu aufgefordert, dies an einem oder mehreren Sonntagen freiwillig und nach Vermögen umsonst zu tun. Dann wurde zu Gaben aufgefordert. Die Bauern gaben Nahrungsmittel, die Geschäftsleute gaben notwendige Bedarfsgüter, der Staat Brennholz und so weiter. Wer etwas geben konnte, gab. Alle Güter wurden sorgfältig gesammelt und registriert. In den Notgebieten der Bedarf der notleidenden Familien festgestellt, in den Gemeinden Lager vorbereitet. Der Gau Thüringen selbst in Zonen eingeteilt. An einem Sonntag stieg die erste Aktion. Vier Kolonnen, jede fast tausend Fahrzeuge, fuhren in die für sie bestimmten Zonen, beladen mit so viel, als sie nur konnten mit den Gaben einer hochgesinnten Bevölkerung. Jedes Fahrzeug war geschmückt. Die NSDAP führte die Aktion durch[94]. Es war kein Almosengeben, sondern ein Fest des wiedererwachten gegenseitigen Vertrauens, der Volksgemeinschaft. (S. 271) Dreimal wurde diese Aktion durchgeführt, viel unmittelbare Not wurde so gelindert. Auch viel Geld war trotz aller Not gespendet worden. Alle Anstrengungen aber waren darauf gerichtet, durch neue Arbeit neue Werte zu schaffen. Besonders groß war der Erfolg bei der Bereinigung der Rhönhuten. Auf der Rhön gab es viele Wiesen, diese waren mit größeren und kleineren Basaltsteinen und Brocken übersäht. Es wuchsen auf diesen Huten oder Hochwiesen gute Gräser und würzige Kräuter, aber sie waren als Weiden für Vieh nicht zu gebrauchen. Die Kinder brachen sich die Beine und zu mähen waren diese Wiesen wegen all der Steine unmöglich. Es war aber sicher, dass, wenn diese großen Flächen von all diesem Geröll bereinigt würden, sehr große Flächen wertvoller Futterwiesen für neue Viehherden gewonnen würden. Das bedeutet Neugewinnung von Milch, Fleisch und Fett. So wurde aus freiwilligen jungen Arbeitslosen ein freiwilliger

[92] Vgl. John, Strukturwandel, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 229 mit Anm. 66; Beschluss der Landesregierung vom 30. 5. 1933, Eröffnung am 23. 9. 1933, in: Sauckel, Kampf, S. 41. Es diente Sauckel nach seiner Ernennung zum GBA als Berliner Residenz; vgl. John, NS-Gau, in: Ulbricht (Hrsg.), Klassikerstadt, S. 51.

[93] Es war die „Winternothilfe Thüringen“, die auf einen Aufruf von Reichspräsident und -regierung zurückging; vgl. Post, Machtübernahme, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Weg, S. 161 mit Anm. 83. Das Einsammeln der Spenden erfolgte mit Hilfe der Reichswehr.

[94] Diese Aktion der Landesregierung deutet Sauckel als Verdienst der NSDAP um.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeitsdienst gebildet[95]. Auf der Rhön begann neues Leben sich zu regen und große Flächen Weidelandes wurden gewonnen, neue Bauernhöfe entstanden. Die Dörfer selbst konnten ihre Viehherden vergrößern, neue Nahrung konnte gewonnen werden. Alles aber war nur ein kleiner Anfang, aber es ging weiter. So wurde (S. 272) immerhin in Thüringen aus kleinsten Anfängen und unter oder trotz verzweifelter Lage schon 1932 ein Arbeitsbeschaffungsprogramm[96] in die Tat umgesetzt und weitergeführt.

In großem Umfang wurde dann von uns mit dem Wohnungs- und Siedlungsbau begonnen. Alle Siedlungshäuser wurden mit Gärten umgeben. In der Ausführung dieses Programmes hat sich besonders Marschler verdient gemacht, der einwandfrei und honorig arbeitende Siedlungsgesellschaften organisierte. Marschler und ich schufen auf meine Bitte und Vorschlag eine Stiftung, die „Sauckel-Marschler-Hausstiftung". Ihr Zweck war, für arme, aber tüchtige, kinderreiche Familien Einfamilienhäuser zu bauen. Sie waren mit Gärten und Stallung für Kleintiere versehen. Die Familien benötigten kein Anlagekapital, sondern mussten eine ihren Verhältnissen angepasste Miete zahlen, außerdem mussten sie nach bestimmten Regeln das Haus sauber und instand halten[97]. Viele angesehene Firmen haben für diese Stiftung Beträge gestiftet, so dass sofort in zahlreichen Ortschaften und Städten Thüringens mit dem Bau solcher Häuser begonnen werden konnte. Nach zwanzig Jahren waren die Häuschen Eigentum der Familien. Mit dem Mietertrag wurden teils neue Häuser gebaut, teils die Reparaturen gezahlt. Da aber die Häuser neu waren und gut in (S. 273) Stand gehalten wurden, konnten im Lauf der Jahre umso mehr neue Häuser gebaut werden. Die Familien mussten vier Kinder und einen guten Leumund haben. Sie brauchten keine Parteigenossen zu sein. Außerdem durften sie kein eigenes Vermögen haben, das sollten sie ja jetzt erst erwerben. Sie sollten, weil ein kinderreicher Vater mehr Sorgen und Pflichten hat, eine Möglichkeit bekommen, Eigentum zu erwerben. Ist das nicht ein schönerer Sozialismus als jener, der enteignet. Viele Häuser der Sauckel-Marschler-Stiftung stehen heute noch in Thüringen und viele bäuerliche Siedlungshöfe haben wir ebenfalls geschaffen. *(Hier einfügen aus Fritz Sauckels Kampfreden diejenigen, die die Einweihung von Sauckel-Marschler-Häusern betref-*

[95] Vgl. John, Strukturwandel, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 221. Gründung des Landesarbeitsdienstes als eingetragener Verein am 17. 9. 1932. Bilder von der Meliorisierung der Rhönhuten in: Heiden/Mai (Hrsg.), Weg, S. 250 ff.

[96] Vgl. Post, Machtübernahme, in: Ebenda, S. 160. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm wurde am 2. 12. 1932 vorgelegt.

[97] Vgl. Detlev Heiden, Von der Kleinsiedlung zum Behelfsheim. Wohnen zwischen Volksgemeinschaft und Kriegsalltag, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 349–374, hier S. 354 mit Anm. 20. Die Stiftung wurde Anfang 1934 mit einem Kapital von 500.000 RM gegründet; bis 1937 waren gerade 150 Häuser errichtet worden, danach fast keine mehr. Berechtigt waren erbgesunde Familien mit Nachweis durch Gesundheitsämter und arischer Abstammung mit Nachweis durch Landesamt für Rassewesen. Vgl. die in Sauckels Auftrag erstellte Broschüre von Bruno Nowack, Thüringens Weg vom Elendsgau zum gesunden – frohen – starken Trutzgau Hitler-Deutschlands, o. O. [Weimar] 1938, S. 15: 1938 noch immer 150 Häuser.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

fen)[98]. [Hervorh. i. Orig.] Selten habe ich glücklichere Menschen als jene Väter, Mütter und Kinder gesehen als die, welche nach langer Not und Arbeitslosigkeit in ein solches Häuschen einzogen, weinend vor Glück. Eifrig wurden die Gärten bestellt und ein neues Leben begonnen. Mir aber ist damals offenbar geworden, dass Liebe, echte Begeisterung, Beharrlichkeit und fester, guter Wille alles zu schaffen vermögen, jede Not zu überwinden in der Lage sind, wenn sich alle diese Imponderabilien (S. 274) mit uneigennütziger Einmütigkeit vermählen. Aber keine dieser Tugenden darf dabei fehlen. Das ist eben das Geheimnis des Erfolges. Denn allein ihre Zusammenfassung schafft jene einzigartige Voraussetzung für jeden wirtschaftlichen Erfolg, für jede große Leistung, die für eine menschliche Gemeinschaft von bleibendem Wert sein soll, nämlich das Vertrauen. (Hier einfügen aus Fritz Sauckels Kampfreden: Arbeit, Leistung und Vertrauen)[99]. Aus diesem Vertrauen kommt [sic] auch das Selbstvertrauen und damit die Kraft zu erhöhter Leistung und größerer Verantwortung.

Nannte man uns auch die kleinen Thüringer Zaunkönige. Wir schafften Tag und Nacht an unserem Werk. Die thüringer Bevölkerung aber ging mit uns. Die Arbeitslosenziffer stieg nicht mehr, sie ging zurück, schon bevor Adolf Hitler am 30. I. 1933 die Macht übernahm[100]. Wir hatten einen eigenen Anteil an dem Umschwung der Verhältnisse. Unsere Devise war kleiner Anfang, stetige Initiative, immer vorwärts! Friede, Arbeit, Brot, das war unser Programm. Als wir antraten zur Regierung, wurde uns zugemutet, wir sollten den Beamten langsam das zwölfte Monatsgehalt abziehen, sollten Löhne verringern, diese und jene Institutionen, (S. 275) hauptsächlich Theater und Kunststätten schließen, Kultureinrichtungen abbauen. Wir haben das abgelehnt; denn das hätte nur neue Not bedeutet und besonders vielen Menschen jene Impulse geraubt, die gerade in der Not allein imstande sind, den Menschen an die höheren sittlichen, moralischen Kräfte des Glaubens, der Hoffnung, der Liebe, der Schönheit zu erinnern und ihn zu befähigen, sein Schicksal zu meistern. Nein, solche Maßnahmen weiteren Abbaus lehnten wir ab und riefen vielmehr die Kräfte der gemeinsamen Selbsthilfe auf. Das war unser Sozialismus, wir enteigneten nicht, sondern wir vermittelten den guten Willen aller für alle für ein gemeinsames Werk. Kein Gedanke an Krieg, an Verbrechen, an Judenverfolgung, an Haß, sondern allerdings stures, festes Vorangehen auf dem Weg, unter allen Umständen und mit allen Mitteln Arbeit zu organisieren, die verschütteten Wege freizulegen, Ver-

[98] Es existiert nur eine Rede vom 21. 3. 1934 zu diesem Anlass; vgl. Sauckel, Kampfreden, S. 173–175.

[99] Die Rede vom 7. 5. 1933 trägt die Überschrift: Wille, Leistung und Vertrauen, in: Ebenda, S. 63 f.

[100] Vgl. John, Strukturwandel, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 216. Anm. 7. Die Arbeitslosigkeit hatte in Thüringen von Ende 1931 bis Ende 1932 um ca. 44.000 auf 115.000 abgenommen: Dieser Rückgang ist weniger auf die Initiativen der Regierung Sauckel zurückzuführen, die gerade vier Monate im Amt war, als vielmehr auf den generellen Rückgang der Arbeitslosigkeit im letzten Quartal 1932. Vgl. Post, Thüringen, in: Dornheim u. a. (Hrsg.), Thüringen 1933–1945, S. 20 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trauen zu schaffen. Denn Arbeit war da, je größer eine Not ist, desto mehr Arbeit ist nötig, sie zu bannen. Man muß nur jene Schranken beseitigen, welche die Arbeit hindern und hemmen. Die größten Hemmnisse sind Hass und Misstrauen. (S. 276) Nie habe ich in meinem Leben eine andere Politik zu treiben versucht, als wie [sic] ich sie hier als unbestreitbare Wahrheit geschildert habe. Im Laufe der dieser Periode folgenden Jahre bis zum Ausbruch des Krieges habe ich kein anderes Streben gekannt, als meinem Gau Thüringen einen ersten Platz zu sichern[101], sowohl auf allen Gebieten der Wirtschaft als auch des kulturellen Fortschrittes. Mit großen Mitteln haben wir die künstlerischen und kulturellen Traditionen Thüringens gefördert und Theater, Kunstinstitute des Staates und der Gemeinden auf den denkbar höchsten Stand gebracht. Größte Förderung ließen wir aber auch dem thür[ingischen] Bauerntum und dem Handwerk angedeihen. Auch hierfür zeugen meine entsprechenden Ansprachen in meinen Kampfreden[102] und jene Rechenschaftsberichte[103], die wir jährlich erstellten und druckten, um sie der breiten Öffentlichkeit vorzulegen. Neben vielen Zehntausenden neuer Wohnungen wurden in allen thüringischen Städten neue öffentliche Gebäude errichtet, allein in Weimar der große, mächtige Platz des Führers[104] mit seinen Bauten, das neue Haus Elephant[105] anstelle des alten, gefährlich baufälligen, die schöne Nietsche [sic]-Gedächtnishalle[106] mit Forschungsinstitut. Das neue Kreishaus, das Gauärzte- und Gesundheitshaus, neue Schulen, neue, moderne hygienische Industriebauten, eine neue Gartenstadt und so weiter. Fertig in der Planung waren [sic] (S. 277) ein großer, drei Kilometer langer, einige hundert Meter breiter künstlicher See zur Belebung der mittelthüringischen Landschaft und zur Schaffung von Möglichkeiten aller Art von Wassersport für die Bevölkerung. So war es ähnlich in den anderen thüringischen Städten. Die Dörfer wetteiferten mit der Verschönerung ihrer Heimstätten, die Fluren wurden gepflegt, die Bewässerungssysteme verbessert und ausgebaut. In der so genannten armen Rhön wurde eine Bahnstrecke erweitert und so neue Distrikte dem Verkehr besser zugänglich gemacht. In stärkstem Maße aber wurde das ganze thüringische Straßennetz in allen Teilen verbessert und ausgebaut. Nach zähen Verhandlungen gelang es mir, dass wichtigste Reichsautobahnstrecken und Kreu-

[101] Vgl. dazu Nowack, Trutzgau, herausgegeben zur „Volksabstimmung“ und „Wahl“ des Großdeutschen Reichstages am 10. 4. 1938.

[102] Vgl. Sauckel, Kampfreden, S. 75 f. (vom 10. 6. 1933), S. 87 (vom 17. 6. 1933), S. 123–127 (vom 1. 10. 1933), S. 159 u. S. 160 (jeweils vom 21. 1. 1934).

[103] Vgl. etwa Sauckel, Kampf. Gedruckte Jahresberichte sind nicht überliefert.

[104] Das „Gauforum“ mit dem „Platz Adolf Hitlers“ geht auf eine Initiative Sauckels vom Mai 1933 zurück; vgl. Loos, Gauforum, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 335 u. S. 338; Christiane Wolf, „Zentralpunkt nationalsozialistischen Lebens“ – Der „Platz Adolf Hitlers“ in Weimar, in: Ulbricht (Hrsg.), Klassikerstadt, S. 157–167, hier S. 162 ff.

[105] Das alte Hotel, Hitlers Quartier während seiner Weimar-Aufenthalte, wurde 1937 für baufällig erklärt und, um zwei Nachbarhäuser erweitert, bis 1938 umgebaut; vgl. Loos, Gauforum, in: Heiden/Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, S. 338, Anm. 20.

[106] Vgl. Andrea Dietrich, „Geistige Weihestätten“. Der zweite Erweiterungsbau des Goethe-Nationalmuseums und die Nietzsche-Gedächtnishalle, in: Ulbricht (Hrsg.), Klassikerstadt, S. 145–156, hier S. 151. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es Planungen dazu.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zungspunkte nicht außerhalb Thüringens zu liegen kamen und an dem Gau Thüringen vorbei führten, sondern mittendurch nach Ost und West, nach Nord und Süd. Diese Kämpfe waren für mich sehr schwer; denn die Konkurrenz der Nachbargaue um diese Linie [war] besonders stark. Es waren Werke des Friedens, des Fortschrittes und der sozialen Zufriedenstellung, die wir in Thüringen begonnen und ausgeführt hatten. Krieg konnte meine Pläne und Herzenswünsche (S. 278) auf dem Gebiete der sozialen Leistungen nur stören. Krieg konnte für mich und meine Freunde nur Unglück bedeuten, denn Krieg musste alle diese Pläne und ihre Durchführung zum Scheitern bringen. In aller Erinnerung standen vor uns die Folgen des ersten Weltkrieges. Unser Volk aber hätte uns mit Recht zum Teufel gejagt, wenn es auch nur vermutet hätte, wir würden die finsteren Dämonen eines gefahrvollen, vernichtenden Krieges über es heraufbeschwören.

Mit dem besten und reinsten Gewissen kann ich vor Gott, der Welt, meinem Volk und meinen Kindern bezeugen, dass mir nicht einmal der Gedanke gekommen ist, der Führer, der seinerseits im gewaltigsten Ausmaß die Verwirklichung sozialer und wirtschaftlicher Programme im ganzen Reich begonnen hatte, könne seinerseits das neue Reich ohne Not in einen furchtbaren Angriffskrieg hineinhetzen und nicht nur sein eigenes, großes wirtschaftliches, soziales, kulturelles Wirtschaftsprogramm in Frage stellen, sondern die Existenz des eigenen Volkes freventlich aufs Spiel setzen. Ich war eines solchen Gedankens vollkommen unfähig und hätte ihn, wenn er geäußert worden wäre, für die schwerste Beleidigung eines Menschen gehalten, der von der Vorsehung berufen war, das deutsche Volk von Klassenkampf, Bürgerkrieg und Selbstauflösung sowie (S. 279) aus größtem wirtschaftlichen und sozialen Elend zu erlösen. Das war mein Glaube, meine tiefste und innerste Überzeugung. Ich sah ihn immer im Lichte der Niederschriften des „Der, der es gut mit Euch meint". Ich sah die Beseitigung des Massenelends in Deutschland. In meinem eignen Gau war ich selbst maßgeblich daran beteiligt. Ich arbeite[te] mit aller Kraft, deren ich fähig war, die gesteckten großen sozialen und wirtschaftlichen Ziele zu erreichen. Sieben Jahre lang verzichtete ich auf jeden Tag Urlaub und meine nicht von den Bürogeschäften beanspruchte Zeit nutzte ich, um von Baustelle zu Baustelle, von Ort zu Ort die Pläne zu fördern, deren Verwirklichung eben für die Menschen meines Gaues Fortschritt, Arbeit und Brot, Glück und Frieden bedeuten sollte. Krieg konnte hier nur stören und zerstören. Alle thüringischen Städte, ja viele Dörfer ernannten mich ohne jede geringste Bemühung zu ihrem Ehrenbürger und sandten mir wertvolle künstlerische Urkunden darüber, ohne all mein Zutun. Denn nie in meinem Leben habe ich mich um ein Amt beworben, um kein einziges. Stets wurde ich ohne mein (S. 280) geringstes Bemühen berufen. Sei es um das Amt des Gaugeschäftsführers, sei es um das des Reichsstatthalters[107] usw.

Mit anderen hohen Führern der Partei hatte ich wenig Berührungspunkte und sah sie nur selten. Die Gabe leichter Unterhaltung war mir nicht verliehen. Mein Kopf war immer voll von meinen Thüringer Aufgaben. Davon wollten die andern

[107] Weißbecker, Hände, S. 41f., verweist jedoch auf Sauckels „Intrigen" gegen Dinter, Fritz Wächtler (Volksbildungsminister im Kabinett Sauckel), Frick u. a.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht viel wissen. Man sprach mit leichtem Spott vom Mustergau Thüringen. Eine Schwäche habe ich, ich bin leicht empfindlich. Mein persönliches Glück suchte ich in meiner Familie. Kind um Kind wuchs heran. Zeiten großer Entbehrungen folgten solche des wirtschaftlichen, persönlichen Wohlstands oder wenigstens der Sorglosigkeit. Reichtum habe ich weder erstrebt noch gesammelt, meine Welt war mein Aufgabenbereich, mein Glück meine Familie. Nicht immer verdient man alles Glück, vielleicht auch nicht alles Leid, aber alles sind Prüfungen zur Bewährung der Persönlichkeit, dies ist die volle Wahrheit und die Erkenntnis meines Lebens. Drei Männer der Partei habe ich nie lieben, nie verstehen lernen [sic] und bin ihnen nie nahe gekommen, ja ich habe sie gefürchtet – Goebbels, Bormann und Himmler. (S. 281) Himmler lernte ich flüchtig so um 1927 das erste Mal kennen. Ich war in München zu einer Tagung gewesen und war schon in einem Wagen des Zuges nach Jena am Fenster. Da kam jemand auf mich zu, fragte, ob ich Sauckel sei, und forderte mich auf, eine Düte [sic] mit Eiern seinen Verwandten mit nach Weimar zu nehmen. Ich sagte ihm, dass ich selbst schwere Koffer hätte und in Jena von einem Bahnhof zum anderen müsste, das sei beschwerlich. Ja, mir als Parteigenossen müssen Sie den Gefallen schon tun. Er kam in den Wagen und legte Eier und Adresse auf meinen Platz. Er stellte sich vor, „er sei Himmler", das war mir aber damals noch kein Begriff, aber ich habe mich riesig geärgert. Dieser Himmler ist mir auch nie sympathisch geworden. Einmal sah ich ihn ohne seine scharfe Brille, da schien mir das Gesicht fast mongolischer Züge ähnlich. Nie konnte ich dies Gesicht vergessen. Natürlich niemals konnte ich hinter Himmler einen Verbrecher, einen furchtbaren Dämonen erkennen. Sein Ehrgeiz aber, der war offenbar, ebenso später sein Machtstreben. Meine Sorge war, (S. 282) Himmler könnte eines Tages die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei auflösen und an deren Stelle allein den „Orden der SS" setzen, um selbst Nachfolger Hitlers zu werden[108]. Nie habe ich mich mit Himmler über persönliche Dinge unterhalten. Wir haben überhaupt nicht eine halbe Stunde zusammen alleine verplaudert. Diese wenigen Male waren nur dienstlich und nicht freundlich. Das eine Mal, als er mir eröffnete, dass nach Weimar keine Kaserne für die Leibstandarte (ein SS-Bataillon), sondern ein Konzentrationslager käme. Der Führer hatte versprochen, nach Weimar eine solche Abteilung zu legen. Als Gelände vom Reich gekauft war, da erklärte plötzlich Himmler, das Regiment Leibstandarte müsse beieinander bleiben, er könne keine Abteilung davon nach Weimar legen, sondern er brächte eine ähnliche, neue Formation[109], allerdings müsse er auch eine Art Konzentrationslager, das nur ihm unterstünde, auf jenem Gelände unterbringen. Er berief sich auf seine Vollmachten und die Unwiderruflichkeit dieser Maßnahme. Als das thüringische Innenministerium einige Male im Lager die Einhaltung baupolizeilicher Vorschriften nachzuprüfen

[108] Nach einer Aussage von Walther Funk im Nürnberger Prozess soll Sauckel Himmler vorgeworfen haben, er habe die SS zum Staat im Staate gemacht, in: IMT, Bd. 13: 3. Mai 1946–15. Mai 1946, S. 154.

[109] Die SS-Totenkopfstandarte. Sauckels Schilderung der Vorgeschichte und Gründung von Buchenwald deckt sich mit seiner Darstellung, in: IMT, Bd. 14, S. 673 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

(S. 283) versuchte, wurde dem Ministerium mitgeteilt, dass das Lager Buchenwald eine Reichseinrichtung darstelle, dass Himmler in seiner Eigenschaft als Chef der deutschen Polizei selbst zuständig wäre und über eine eigene polizeiliche Baubehörde von Reichswegen verfüge. Diese würde von sich aus die Einrichtungen des Lagers nach reichseinheitlichen Grundsätzen überprüfen, die Landesbehörden seien für dieses Lager daher in keiner Weise zuständig, die Lagerverwaltung ihm alleine verantwortlich. Einen zweiten Zusammenstoß hatte ich mit Himmler, als er mich angriff, ich verhätschelte und lobte meine Beamten zu sehr, sowohl die der Arbeitsbehörden als auch die der allgemeinen Verwaltung. Das seien doch alles unzuverlässige Bürokraten und die meisten davon seien doch rote und schwarze Brüder. Ich habe diese Herabsetzung energisch abgewiesen und ihm erklärt, es handle sich hier um ordentliche, zuverlässige und vorbildlich pflichtbewusste deutsche Männer von großem Können, ich hielte es für meine Pflicht, diese Männer gegen ungerechtfertigte Angriffe zu schützen, denn sie leisteten ausgezeichnete Arbeit[110]. Da kehrte mir Himmler den Rücken. Einen dritten Zusammenstoß (S. 284) hatte ich mit ihm, als er mir in einem vorhielt, man dürfe sich nicht auf den Führer berufen, sondern müsse in allem den Führer aus dem Spiele lassen. Ich hatte mich nämlich öffentlich darauf berufen – und zwar in einer Ansprache an die Industriellen im Kaiserhof in Berlin – dass der Führer mit der Niederlegung der Stacheldrahtzäune um die Lager der Ostarbeiter[111] durchaus einverstanden sei und deren gute Arbeitsleistungen durchaus anerkenne.

Noch eine ernste Differenz hatte ich mit ihm, als es darum ging, das Lager Buchenwald zu vergrößern und in das Lager mitten durch den Ettersburger [sic] Wald eine Eisenbahn zu legen[112]. War mir schon von Anfang an die Existenz dieses Lagers bei Weimar unsympathisch[113], denn es war mir ja ursprünglich eine repräsentative Truppe, d. h. Soldaten anstatt eines solchen Lagers versprochen worden, so war mir eine weitere Schädigung des Ettersburger [sic] Forstes im Interesse vor allem auch der Weimarer Bevölkerung, die diesen Wald sehr liebte, zuwider. Himmler lehnte meine Einwände brüsk ab, versicherte aber höhnisch, dass er nach dem Krieg das Lager von Weimar entfernen würde, aber dann nichts

[110] Vgl. die Aussage von Max Timm, Ministerialrat in Sauckels Arbeitseinsatz-Behörde, im Nürnberger Prozess, wonach Sauckel allgemein als beamtenfreundlicher Gauleiter galt; IMT, Bd. 15: 29. Mai 1946–10. Juni 1946, S. 231.

[111] Vgl. ebenda, S. 288.

[112] Erweiterung und Bahn (1942/43) dienten der Produktion von Gewehren; die SS schloss mit dem „Fritz-Sauckel-Werk" in Weimar einen Vertrag über die Vermietung von Produktionsstätten und Häftlingen ab; vgl. Konzentrationslager Buchenwald, 1937–1945. Begleitband zur ständigen historischen Ausstellung, Göttingen 1999, S. 140.

[113] Von einem nachhaltigen Widerstand Sauckels gegen Buchenwald kann keine Rede sein; vgl. ebenda, S. 25 ff. Schilling, Trutzgau, Bd. 1, S. 67 f., bleibt jedoch den Beleg für seine These schuldig, die Entscheidung für den Ettersberg sei im Sinne Sauckels gewesen. Ebenso verfährt Raßloff, Sauckel, S. 81, wonach dieser Buchenwald (mitsamt SS-Bewachung) zur „Profilierung Thüringens als ‚Mustergau'" instrumentalisierte.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mehr (S. 285) für Weimar tun könne. Mir sollte es recht sein. Zum SS-Obergruppenführer wurde ich 1934[114] vom Führer ehrenhalber [sic] ernannt und zwar aus folgendem Grund.

Ein SA-Brigadeführer, der Röhm sehr nahe stand, hatte begonnen, sich wüsten Gelagen hinzugeben. Eines Tages im Frühjahr 1934 ließ er sich in Meiningen schlimme Belästigungen Meininger Geschäftsleute zuschulden kommen und zerschlug dabei einen Bäckerladen. Für mich war das nicht nur eine schwere Schädigung des Ansehens der Partei, sondern auch ein Hausfriedensbruch. Ich wies als damaliger Reichsstatthalter die thüringische Landesregierung an, den SA-Brigadeführer sofort zu verhaften und einzusperren. Schon am nächsten Tage bekam ich von Röhm die Aufforderung, den Täter sofort zu entlassen. Ich lehnte dies ab, denn vor dem Gesetz waren alle gleich, außerdem galt der Grundsatz, der vom Führer und Heß immer wieder in der Öffentlichkeit bekannt gegeben war, dass Parteigenossen, insbesondere Führer, die sich strafbar machen würden, schärfer beurteilt und (S. 286) bestraft werden müssten als einfache Menschen. Diesen Grundsatz wandte ich an und gab Röhm entsprechend Bescheid. Daraufhin wurde ich von Röhm, ich war damals ehrenhalber SA-Gruppenführer, mittels Beschlusses eines Ehrengerichtes, das aus hohen SA-Führern bestand, aus der SA „cum infamia“ ausgeschlossen und die thür[ingischen] SA-Männer angewiesen, mir jeden Verkehr und Kameradschaft abzusagen. Grund: Unkameradschaftliches Verhalten. Diese Lage war für mich gefährlich, da ich bei Bestätigung nun auch den Ausschluß aus der Partei zu gewärtigen hatte. Da ich aber nur im Interesse der Sauberkeit der Partei gehandelt hatte, musste meine Maßnahme anerkannt werden. Röhms Vorgehen gegen mich wurde nach Wochen abgelehnt und es erfolgte danach meine Ernennung zum SS-Obergruppenführer e. h. Selbstverständlich habe ich nie irgendwelche Befugnisse ausgeübt, noch eine aktive Stellung in der SS gehabt. Niemals aber glaubte ich an eine verbrecherische Tätigkeit der SS. Hatte es doch (S. 287) Himmler verstanden, alles, was Rang und Namen in Deutschland hatte, Industrielle, hohe Beamte, Künstler, Wissenschaftler, einstige Offiziere, Grafen, Prinzen, Barone mit Ehrentiteln der SS auszuzeichnen und dadurch die SS mit einer besonders vornehmen Glorie zu versehen. Ich erinnere mich, dass an einem Reichsparteitag anlässlich einer Einladung Himmlers zu einem besonderen Abend der Kameradschaft des SS-Führerkorps auch meine liebe Frau und ich eingeladen waren. Wir bekamen keinen Platz und es schwirrte derartig von hohen Namen und Titeln, dass meine Frau, die Arbeitertochter, und ich, der alte Parteigenosse, still das Zelt verließen, weil wir fühlten, da gehörten wir nicht hin[115]. Wir waren sehr traurig. Allein daraus geht hervor, dass man gar nicht an irgendwelche verbrecherischen Motive irgendwelcher Art denken konnte bei einer Organisation, welche die Vornehmheit und den Adel in jeder

[114] Vgl. Post/Wahl (Hrsg.), Thüringen-Handbuch, Bd. 1, S. 624: Die Ernennung zum SS-Gruppenführer datiert vom 5. 5. 1934, die zum SS-Obergruppenführer vom 30. 1. 1942. Sauckel nennt im Nürnberger Prozess ebenfalls das Jahr 1934 als Datum der Ernennung zum Obergruppenführer, in: IMT, Bd. 15, S. 72.

[115] IfZ-Archiv, MS 2033/1–2, Fritz Sauckel, Nürnberger Aufzeichnungen, S. 214–233.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Beziehung gepachtet zu haben schien. Mir tat dies lediglich innerlich weh und es war dies der Anlass, dass meine (S.288) beiden ältesten Söhne, die andern waren oder sind ja noch Kinder, nicht in die SS eintraten, als sie militärdienstpflichtig wurden, denn sie sollten mitten im Volke wurzeln. Ich kann damit und will nichts gegen die unendlich anständigen und tapferen Formationen der SS und Polizei sagen. Aber mir und vielen alten Parteigenossen war diese Einstellung Himmlers ein Gräuel, nicht weil wir ihn für einen Verbrecher hielten, wohl aber als vom Hochmut und Ehrgeiz besessen. Heiderich [sic] war in der Partei wohl allgemein verhasst. Er war kein Nationalsozialist, sondern ein eiskalter Streber.

Mit Goebbels bin ich nie auf einem guten Fuß gewesen. Ich hielt ihn für einen Verräter und vom geistigen Hochmutsteufel besessen. Wir hatten gar keine Berührungspunkte[116]. Ich konnte keine Rede von ihm hören. Aber ich sagte mir, es gibt halt auch solche Menschen und gegen seine Stellung war ich machtlos und als Neidling wollte ich nicht erscheinen. Dort, wo Goebbels war, führte er das Wort und (S. 289) nicht nur über sich selber. Was vermochte ich thüringischer Zaunkönig schon gegen den Berliner Heros.

Bormann kam im Jahr 1927 in meine Geschäftsstelle in Weimar. Er wollte unbedingt eine leitende Stelle dort in meinem Gau haben. Als ich ihm erklärte, ich könne ihn nicht bezahlen, da verpflichtete er sich zu freiwilliger, kostenloser Mitarbeit. Außerdem besaß er ein kleines Auto, das er mit zur Verfügung stellen wollte. Das konnte ich nicht verweigern. Er war ungeheuer eifrig. Nach einiger Zeit verlangte er, ich solle den Gaugeschäftsführer, den ich hatte, der ebenfalls lange umsonst gearbeitet hatte und nun ein Hungergehalt ähnlich wie ich empfing, entlassen und ihn, Bormann, mit dieser Stelle beauftragen, musste ich dies schon aus Anstand ablehnen. Als ich dies wiederholt tat, ging Bormann gekränkt nach München[117]. Dort fand er auf Grund früherer Beziehungen Anstellung in der obersten SA-Führung. Allein schon auf Grund seines Charakters hat Bormann mir meine Haltung nie (S. 290) verziehen, sondern mich immer, wenn auch ohne Worte, es mich fühlen lassen. Nie fiel zwischen uns später ein freundliches Wort, es ist begreiflich. So lebte ich mein Eigenleben in meinem Gau. Nie habe ich meine Gesinnung geändert. Im Jahre 1934 und zwar im Mai[118] wurde ich von Hindenburg durch von ihm unterzeichnete Urkunde zum Reichsstatthalter von Thüringen ernannt. Ich wollte nun die Regierung nicht selbst weiterfüh-

[116] Selbst zu der Zeit, als Goebbels Beauftragter für den totalen Kriegseinsatz war, gab es keine Zusammenarbeit; vgl. Aussage von Max Timm, in: IMT, Bd. 15, S. 236 f.

[117] Sauckel kann sich nicht eingestehen, dass Bormann sich gegen ihn durchsetzte. Nach der Angabe in: IMT, Bd. 5: 9. Januar 1946–21. Januar 1946, S. 346, die auf dem amtlichen Reichstagshandbuch von 1943 basiert, war Bormann seit 1. 4. 1928 Gaugeschäftsführer von Thüringen. Unpräzise Zeitangabe ohne Beleg bei Jochen von Lang, Der Sekretär. Martin Bormann. Der Mann, der Hitler beherrschte, Augsburg ^{4}2005, S. 49 f.

[118] Sauckel irrt. Es war der 5. 5. 1933. Lebenslauf, in: IfZ-Archiv, Fa 190, Bl. 60: Mai 1933. Nicht nur hier, auch in: Sauckel, Kampf, S. 166, zeigt er unverhüllt den Stolz des Emporkömmlings, indem er dort die Verleihungsurkunde ganzseitig abbilden lässt.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ren[119], denn ich hielt es für nötig, der thüringischen Landesregierung eine Selbstständigkeit im Interesse des Landes und seiner Bevölkerung zu sichern. Dadurch konnten die Reichsinteressen nicht geschädigt werden, denn dafür war ich ja als Reichsstatthalter da. Leider wurde diese Gewaltenteilung nicht in allen Ländern eingeführt[120]. Mein heiligstes Bestreben war und blieb, den Gau Thüringen verwaltungsmäßig, wirtschaftlich, kulturell vorbildlich und mustergültig zu organisieren und auszubauen. Es ist auch meine feste Überzeugung, dass es meinen Mitarbeitern gelungen ist, mit mir und nach meinen Ideen in dem schönen Thüringer Land (S. 291) auf allen Lebensgebieten neues Leben zu entfachen, die Wirtschaft zu heben und zu fördern. In allen Teilen des Landes wurde bis zum Ausbruch des Krieges auf das eifrigste gebaut. Große Industrieaufträge aus dem Reich und aus vielen Ländern waren für die thüringischen Industriezweige durch viele verschiedene Werbeorganisationen gewonnen worden. Die thüringischen Spielwaren-, Glas-, Porzellan-, Keramik-, Textil-, Kleineisenindustrien, die als reine Exportindustrien vorher vollkommen zum Erliegen gekommen waren, blühten im Lauf der Jahre des Hitlerregimes mächtig auf und hatten Aufträge in Hülle und Fülle. Ein Krieg konnte diese Entwicklung nur stören. Keiner wollte ihn, weder die Bevölkerung noch ich[121]. Ein Angriffskrieg von deutscher Seite wäre uns allen als vollkommen wahnsinnig und unmöglich erschienen. Niemand konnte glauben, dass Deutschland in wenigen Jahren würde eine Rüstung schaffen können, die genügen würde, allein einen Angriff unserer ehemaligen Gegner abzuwehren, die nicht abgerüstet (S. 292) hatten, sondern von uns als hoch gerüstet angesehen werden mussten.

Alle meine Aussagen vor Gericht und mein Schlusswort entsprechen daher und selbstverständlich der lautersten Wahrheit[122].

Bis zur letzten Stunde meines Daseins wird mich die felsenfeste Überzeugung beherrschen, dass ich mit heißem Herzen alles getan habe, um meine irdischen Aufgaben mit vollem, unermüdlichen Einsatz meiner geistigen und körperlichen, seelischen Kräfte bestens zu erfüllen und in schwerer Zeit meinem über alles geliebten deutschen Volk zu dienen. Ich habe mich streng auf die mir übertragenen Aufgaben beschränkt. War das eine Schwäche von mir? Ich muß diesen Vorwurf ablehnen. Jeder öffentliche Aufgabenkreis und jeder Beruf nimmt seine Persönlichkeiten, die sie ausüben, voll in Anspruch. Es liegt nicht in der Macht der einzelnen Aufgabenträger, die Verantwortung anderer zu übernehmen, noch

[119] Das so genannte erste Reichsstatthaltergesetz (Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 7. 4. 1933, RGBl. I, S. 173.) schloss dies in § 2 Abs. 1 ohnehin aus.

[120] Sauckel spielt offenbar auf Preußen an, dessen Reichsstatthalter zwar Hitler war, der die Amtsführung aber an den preußischen Ministerpräsidenten Göring abgegeben hatte. Mit dem so genannten zweiten Reichsstatthaltergesetz vom 30. 1. 1935 (RGBl. I, S. 65) war den Reichsstatthaltern die Leitung einer respektive der Eintritt in eine Landesregierung gestattet, was jedoch nach der Ausschaltung der Länder keinen Machtzuwachs mehr bedeutete.

[121] Vgl. Weißbecker, Hände, S. 28 f., mit gegenteiligen Belegen.

[122] Sauckels Schlusswort im Nürnberger Prozess datiert vom 31. 8. 1946, woraus sich ein terminus post quem für diese letzten Seiten seiner Niederschrift ergibt; vgl. IMT, Bd. 22: 27. August 1946–1. Oktober 1946, S. 450 ff.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Orientierungen zu erhalten, die jene selbst nicht geben wollen oder auch nicht können bzw. dürfen, wenn es ihnen strengstens untersagt ist.

Dokument Nr. 2

Fritz Sauckel

Mein Vermächtnis für das deutsche Volk.

I. Die Eroberung eines neuen deutschen Landes durch Arbeit an der Nordsee.
   Verwertung aller Schutt- und Abraumhalden Deutschlands.
II. Gewinnung gewaltiger Energiemengen durch die Kraft des Windes
III. Gewinnung zusätzlicher Energie durch den Wechsel von Ebbe und Flut.
IV. Erzeugung von Aluminium in Kombination von I. II. und III. aus Lehm zum Ersatz anderer Metalle zur Herstellung zahlreicher Lebensgüter.

Einleitung

Trotz ungeheurer Opfer an Gut und Blut hat das deutsche Volk den letzten Krieg verloren, vor allem Land, Rohstoffe, Energiequellen. Dazu kommt, daß in absehbarer Zukunft die Vorkommen lebenswichtigster Bodenschätze sich erschöpfen müssen.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hermann Graml, dem langjährigen Chefredakteur der VfZ, zum 80. Geburtstag

Altbayerischer Herkunft, näherte sich Hermann Graml der Stadt München, die sein ganzes berufliches Wirken bestimmte, doch auf Umwegen: In Miltenberg am Main wurde er am 10. November 1928 geboren, auf dem schwäbischen Schloß Edelstetten des Fürsten Esterhazy wuchs er auf, in Günzburg an der Donau machte er 1947 das Abitur. Dazwischen lagen zeittypische, aber prägende Generationserfahrungen: Alt genug, um den Zweiten Weltkrieg, Verführung und Brutalität der nationalsozialistischen Ideologie und Diktatur noch bewußt zu erleben, war er zu jung, um an die Front zu müssen. Allerdings wurde er im Januar 1944 noch als Luftwaffenhelfer eingezogen, kam wenige Wochen vor Kriegsende in den Arbeitsdienst und danach für ein halbes Jahr in amerikanische Gefangenschaft.

Sein ziviles Berufsleben begann an der Universität München, doch noch nicht als Student, sondern im Aufbaudienst, bevor er schließlich vom Sommersemester 1948 bis zum Wintersemester 1954 an den Universitäten München und Tübingen die Fächer Geschichte, Germanistik, Geographie und Politikwissenschaft studierte. In München prägten ihn besonders der große Neuhistoriker Franz Schnabel, aber auch der Mediävist Johannes Spörl – Hermann Graml konzentrierte sich hier also keineswegs auf die Zeitgeschichte, sondern auf die Epochen bis zum 19. Jahrhundert, was man in Gesprächen sofort merkt, ist er doch selbst außerhalb seines eigenen Fachgebiets historisch umfassend gebildet – auch dies übrigens generationstypisch; trotzdem sollte es vorbildhaft für heutige Generationen sein.

In Tübingen fand er zwei akademische Lehrer, die wohl stärker als alle anderen seine wissenschaftliche Laufbahn beeinflußt haben, und zwar auf doppelte Weise: Hans Rothfels und Theodor Eschenburg. Rothfels, der 1939 über England in die USA emigriert war, hatte 1951 einen Ruf nach Tübingen angenommen. Durch sein wegweisendes, bald nach dem Krieg zunächst in den USA veröffentlichtes Werk „Die deutsche Opposition gegen Hitler“, das Hermann Graml später mit einer Einleitung neu herausgegeben hat, prägte er für Jahrzehnte die Widerstandsforschung, wobei er sich durch diese Darstellung des „anderen“, des „besseren“ Deutschland auch gegen die Kollektivschuldthese wandte. Rothfels war es, der durch seine „Zeitgeschichtlichen Betrachtungen“ die Zeitgeschichte als 1917 beginnende Epoche, aber auch als Epoche der Mitlebenden definierte. Er trug wesentlich zur Etablierung des Fachs bei, zumal als einer der beiden Herausgeber der 1953 gegründeten, im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte herausgegebenen „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ sowie als langjähriger Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts.

Weckte Rothfels das Interesse Hermann Gramls für die Erforschung der NS-Diktatur, des Widerstands, der Außenpolitik und der Militärgeschichte, so der große Politikwissenschaftler und Publizist Theodor Eschenburg schon früh die Neugier auf die Nachkriegszeit. Eschenburg war mit Rothfels Herausgeber der „Vierteljahrshefte“, auch er gehörte dem Wissenschaftlichen Beirat des Instituts

VfZ 1/2009 © Oldenbourg 2009 DOI 10.1524/vfzg.2009.0036

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

für Zeitgeschichte an: Aus der akademischen Lehre bei diesen beiden dominierenden Persönlichkeiten wurde daher bald berufliches Engagement, war Hermann Graml doch von 1953 bis 1957 als Wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Zeitgeschichte angestellt. Seine Mitarbeit am Institut hat er danach nur einmal für drei Jahre unterbrochen, als er 1957 bis 1960 Redakteur bei der von Radio Free Europe herausgegebenen Zeitschrift „Hinter dem Eisernen Vorhang" (der späteren „Osteuropäischen Rundschau") wurde.

1960 holte ihn der damalige Direktor Helmut Krausnick als Wissenschaftlichen Mitarbeiter an das Institut zurück, in dessen Diensten er bis 1993 blieb, als er offiziell in den Ruhestand ging. Doch ist dies ein Datum ohne jede praktische Bedeutung, denn tatsächlich ist Hermann Graml, der mit dem Bundesverdienstkreuz und 2002 mit der Ehrendoktorwürde der Ludwig-Maximilians-Universität München ausgezeichnet wurde, bis heute als Wissenschaftler im Institut tätig: Fast täglich sitzt er dort an seinem Schreibtisch, forscht, publiziert, redigiert, übersetzt – ohne daß er eine Planstelle beanspruchen würde: Für das Institut geradezu eine ideale Lösung.

Zwanzig Jahre gehörte Hermann Graml seit 1973 der Redaktion der Vierteljahrshefte an, sechzehn Jahre war er von 1977 bis 1993 ihr Chefredakteur. In diesen Jahrzehnten hat er maßgeblichen Einfluß auf Gestaltung und Niveau dieser auflagenstärksten deutschen geschichtswissenschaftlichen Zeitschrift gewonnen, er hat zu ihrem internationalen Renommee erheblich beigetragen, gehen doch etwa 700 Exemplare ins Ausland – von den USA bis Japan. Allein in dieser Funktion hat Hermann Graml Wesentliches geleistet, doch selbstverständlich liegt die unverzichtbare Dokumentation für die Bedeutung eines Gelehrten in seinem wissenschaftlichen Werk. Was sich nicht äußert, das ist nicht, hat Hegel einmal bemerkt.

Hermann Graml aber hat sich geäußert. Und wenn das Institut für Zeitgeschichte bereits in den 1950er und 1960er Jahren zur international führenden Institution geworden ist, dann hat Hermann Graml daran nicht allein durch sein Wirken im Institut, sondern auch durch sein Œuvre erheblichen Anteil. Zu seinem Werk gehören acht selbständig erschienene Schriften, darunter sechs größere Monographien, ein halbes Dutzend größere Abhandlungen, 60 wissenschaftliche Aufsätze, ein Dutzend Herausgeberschaften und viele Dutzend wissenschaftliche Gutachten für Gerichte und Behörden, darunter bereits in den 1950er Jahren zahlreiche wichtige Expertisen zur Verfolgung deutscher und polnischer Juden.

Zu den prägenden Erfahrungen, die methodisch insbesondere die minutiöse Rekonstruktion zeitgeschichtlicher Probleme aus den Quellen betreffen, gehörte für Hermann Graml die enge Zusammenarbeit mit Helmut Krausnick, der von 1959 bis 1972 Direktor des Instituts und Honorarprofessor an der Ludwig-Maximilians-Universität München war. Mit ihm erarbeitete Graml die ersten empirischen Beiträge zur Widerstandsforschung. Krausnick (Jahrgang 1905) gehörte wie seine Vorgänger Hermann Mau und Paul Kluke zu den wenigen Vertretern seiner Generation, die in den 1950er und 1960 Jahren die Zeitgeschichtsforschung etablierten; außerhalb des Instituts an den Universitäten waren das

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

damals nur wenige: v. a. Hans Rothfels in Tübingen, Hans Herzfeld in Berlin, Max Braubach in Bonn, Karl Dietrich Erdmann in Kiel sowie von den damals Jüngeren auf sehr unterschiedliche Weise vor allem Karl Dietrich Bracher, Gerhard Schulz, Rudolf Morsey, Andreas Hillgruber, Walther Hofer sowie Ernst Nolte.

Der Hauptteil der jüngeren Generation konzentrierte sich im Institut für Zeitgeschichte: Thilo Vogelsang, Hans Buchheim, Helmut Heiber, Martin Broszat, Lothar Gruchmann, Hans-Dietrich Loock, Hans Mommsen, Hellmuth Auerbach und eben Hermann Graml. Sie alle waren zwischen 1922 und 1930 geboren und leisteten Pionierarbeit – eine Pionierarbeit, die ihnen nach der Katastrophe, den unvorstellbaren Massenverbrechen, den materiellen, politischen und moralischen Verheerungen der nationalsozialistischen Diktatur auch ein moralisches Anliegen war. Doch wußte diese Generation nur zu gut, daß die moralische Empörung allein nicht ausreicht, daß sie zur wissenschaftlichen Erklärung nichts beiträgt. Die Zeitgeschichte mußte vielmehr nach Prinzipien strengster Wissenschaftlichkeit betrieben werden, sollte sie ihr Ziel erreichen, und die objektive Erforschung mit der politisch-moralischen Aufklärung verbinden.

Hermann Graml zählt in mehreren Forschungsschwerpunkten zu den Vorreitern. Bereits 1953 veröffentlichte er eine Abhandlung über den „9. November 1938“, sie verband das Anliegen wissenschaftlich fundierter Information und politischer Aufklärung über das Judenpogrom, das in Deutschland unter aller Augen stattfand. Die Schrift erreichte bis 1962 acht Auflagen. Bis zu seinem ebenfalls mehrfach aufgelegten, zuerst 1988 bei dtv publizierten, auch ins Englische übersetzten Buch „Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich“ hat sich Hermann Graml immer wieder mit dieser grausigen Thematik befaßt. Zwar ähneln sich bei seinem ersten und seinem letzten einschlägigen Buch die Titel, doch handelt es sich beim letztgenannten Werk um eine konzise Gesamtdarstellung, die von der Entwicklung des rassistischen Antisemitismus bis zum Genozid führt: In diesem Weg sieht Graml anders als ein Teil der neueren Forschung keine kriegsbedingte, improvisierte Radikalisierung. Vielmehr will er zeigen, „wie die unerbittliche Logik der Radikalität dieses Antisemitismus schon vor Kriegsbeginn in der NS-Bewegung die Tendenz zur Ermordung der Juden freisetzte“. Und in diesem Sinne greift Graml, wenn es sein muß, immer wieder auch zur spitzen Feder, beispielsweise in einem Beitrag von 1992, der betitelt ist: „Irregeleitet und in die Irre führend. Widerspruch gegen eine ‚rationale‘ Erklärung von Auschwitz“.

Dabei ist sich Graml bewußt, daß „eine solche Vergangenheit durch Erzählung und Analyse selbstverständlich nicht ‚bewältigt‘ werden kann, sofern unter Bewältigung so etwas wie Tilgung verstanden wird. Dennoch dürfen wir uns die Beschäftigung mit dem Thema nicht ersparen [...] Um mit einer Last, wie sie der deutschen Nation von den Machthabern des Dritten Reiches aufgebürdet wurde, wenigstens leben zu können, müssen wir die im politischen Verbrechen gipfelnden Irrtümer und Irrwege zumindest erkannt, die entstandene Schuld zumindest anerkannt haben.“

Der zweite Bereich, in dem Hermann Graml zu den Pionieren zählt, ist die Widerstandsforschung. Seine Beschäftigung mit diesem Thema beginnt mit zwei

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

größeren Abhandlungen aus dem Jahr 1965, nämlich: „Die deutsche Militäropposition vom Sommer 1940 bis zum Frühjahr 1943“ und dem gemeinsam mit Helmut Krausnick verfaßten Beitrag „Der deutsche Widerstand und die Alliierten“ – ein Themenfeld, das von anderen Autoren erst sehr viel später wieder beackert worden ist. Es folgten Studien über Hans Oster, die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstands und den konservativen Widerstand. Wie im Falle der Judenverfolgung hat Hermann Graml sich von dem durch ihn mitbegründeten „klassischen“ Weg der Widerstandsforschung nicht abbringen lassen, als im Institut unter der Ägide von Martin Broszat – mit dem er sonst eng zusammenarbeitete – andere Zugänge und Methoden erprobt wurden: So wurde beispielsweise im Projekt „Bayern in der NS-Zeit“ nach den vielen Schattierungen von Anpassung und Resistenz geforscht, die unterhalb der klaren Definition des politischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus angesiedelt waren.

Der dritte Schwerpunkt, in dem Hermann Graml zu den angesehensten deutschen Zeithistorikern gehört und der ebenfalls etwas über seinen Charakter verrät, sind die internationalen Beziehungen bzw. die deutsche Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Als dieser zentrale Forschungsbereich seit den späten 1960er Jahren außer Mode kam, hielt er mit wenigen anderen Kollegen völlig unbeirrt an ihm fest: freundlich und nachsichtig, wohl wissend, daß Moden nicht von Dauer sind. Die Aura der Milde, die ihn umgibt, hat Hermann Graml weder wissenschaftlich, noch politisch oder moralisch je daran gehindert, klar Position zu beziehen, wenn er es für notwendig hielt; in solchen Fällen steht ihm auch schwereres Geschütz zu Gebote.

Dem Themenbereich der internationalen Beziehungen hat Graml mehrere Bücher, Abhandlungen und Aufsätze gewidmet. Sein in den „Vierteljahrsheften“ 1970 veröffentlichter Aufsatz „Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung“ war Teil einer Kontroverse und wurde gleichwohl wegweisend. 1969, als es kaum eine vergleichbare wissenschaftliche Darstellung gab, veröffentlichte er das Buch „Europa zwischen den Kriegen“, das mit fünf Auflagen bis 1982 und zwei weiteren Fassungen ein wissenschaftlicher Bestseller wurde: Das Werk behandelt vor allem die europäische Außenpolitik von der kollektiven Friedensordnung 1919 bis zu ihrer endgültigen Auflösung durch Hitlers Angriff auf Polen 1939. Das in präziser Diktion und mit souveräner Kennerschaft verfaßte Werk stellt bis heute eine der besten problemorientierten Analysen der internationalen Beziehungen der Zwischenkriegszeit dar. In einem weiteren Werk zu diesem Themenbereich ergänzte er die weitgespannte Makroanalyse: Der längere Zeit als fast zwangsläufig dargestellte „Weg bis an die Schwelle des Krieges“ wird durch eine außerordentlich spannende, aus archivalischen und gedruckten Quellen erstellte Mikroanalyse der wesentlichen Stationen, die zum Krieg führten, fortgesetzt. Das Buch trägt den Titel „Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939“ (1990).

2001 erschien ferner seine Monographie „Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher“. Das Buch ist eine außerordentlich kritische Analyse der deutschen Außenpolitik von 1930 bis 1933, die die Revisionspolitik dramatisch verschärfte, Stresemanns Ver-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ständigungskurs gegenüber Frankreich beendete und keinerlei Rücksicht auf die westlichen Staaten mehr nahm. Insofern sieht Graml nicht nur – wie üblich – in der Innen-, sondern auch in der Außenpolitik Brünings und Papens einen scharfen Bruch, zumindest Franz von Papen verortet er als außenpolitischen Wegbereiter Hitlers

Hermann Graml hat seine Forschungen zur Außenpolitik schon früh auf die Nachkriegszeit ausgedehnt. Zu erwähnen sind hier sein Buch „Die Alliierten und die Teilung Deutschlands“, das 1941 einsetzt und 1948 endet, oder seine klar konturierte und pointierende Abhandlung über die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, die 1983 in einem Sammelwerk veröffentlicht wurde, sein Beitrag über die internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik 1949 bis 1955 für eine Enquêtekommission des Deutschen Bundestages oder sein Aufsatz über die „Legende von der verpaßten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952“. Auch dieser vor fast dreißig Jahren in den „Vierteljahrsheften“ veröffentlichte Beitrag wurde bis in die jüngste Zeit hinein durch neue Quellen aus russischen Archiven im Urteil bestätigt.

Obwohl die Forschung und Redaktionsarbeit für ihn Priorität besaß, hat Hermann Graml sich getreu dem aufklärenden Impetus, der der Zeitgeschichte innewohnen sollte, immer auch um die Popularisierung wissenschaftlicher Erkenntnisse bemüht und streitbar gegen Revisionisten oder neonazistische Schriften Stellung bezogen. So hat er sich entschieden, aber wissenschaftlich auch zum Zweiten Weltkrieg und zur Rolle der Wehrmacht geäußert. Mit einem Kollegen des Instituts für Zeitgeschichte, Johannes Hürter, hat er in den „Vierteljahrsheften“ eine wissenschaftliche Kontroverse ausgetragen und die moralische Integrität von Angehörigen der Militäropposition und des Widerstands von 20. Juli 1944, insbesondere Henning von Tresckows, mit Vehemenz verteidigt. Dabei hat Graml zu Recht eine historische Kontextualisierung des Urteils gefordert und auf die spezifischen Zwangslagen und Handlungsbedingungen des Widerstands verwiesen.

Auch zahlreiche Vorträge Hermann Gramls dienten der öffentlichen Verbreitung zeitgeschichtlicher Kenntnisse. Schließlich hat er eine ganze Reihe von Werken herausgegeben, die Bestandsaufnahmen oder wissenschaftlich fundierte, zugleich aber für einen breiteren Leserkreis gedachte Darstellungen liefern. So ist er Mitherausgeber der in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte veröffentlichten 30-bändigen dtv-Reihe „Deutsche Geschichte der neuesten Zeit“, die von 1815 bis zur Gegenwart führt. Zu nennen sind auch wichtige Nachschlagewerke, etwa die „Enzyklopädie des Nationalsozialismus“, die er 1997 mit Wolfgang Benz und Hermann Weiß herausgegeben hat und die größtenteils im Institut für Zeitgeschichte verfasst worden sind. Er ist im übrigen Mitherausgeber der beiden Bände der Fischer-Weltgeschichte, die die Nachkriegszeit behandeln.

Als Pionier der Zeitgeschichtsforschung seit den 1950er und 1960er Jahren verkörpert Hermann Graml im Institut für Zeitgeschichte die damals begründete Tradition, deren unverzichtbare Elemente er bis heute lebendig hält.

Horst Möller

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Krise der Arbeitsgesellschaft 1973–1989

Eine Sektion des Instituts für Zeitgeschichte auf dem 47. Deutschen Historikertag in Dresden

In der Geschichte der Bundesrepublik stellen die 1970er Jahre eine Zäsur dar. Die moderne Industriegesellschaft geriet in eine Krise, die bis heute prägend ist. Mit den Veränderungen der Arbeitsgesellschaft vor rund 40 Jahren beschäftigte sich eine Sektion auf dem 47. Deutschen Historikertag in Dresden am 3. Oktober 2008. Unter Leitung von Andreas Wirsching (Augsburg) ging das Podium auf bestimmte Aspekte des Wandels ein.

Die Veränderung der Wirtschaftsstruktur hin zur Dienstleistungsgesellschaft und das Anwachsen prekärer Beschäftigungsverhältnisse nannte Wirsching als kennzeichnend für die Krise, die beginnend mit dem Ölpreisschock von 1973 erstmals die Verwundbarkeit des bundesdeutschen Arbeitsmarktes gezeigt habe. Im Bewusstsein der Zeitgenossen wuchs sich die Beschäftigungskrise zu einer Krise der Arbeitsgesellschaft aus, zumal deutlich wurde, wie groß die Bedeutung der Erwerbsarbeit für soziale Teilhabe und politische Partizipation war. In der Historiografie habe dieses Thema aber dennoch erst in den letzten Jahren Beachtung gefunden.

Angst vor dem „Ausstieg" der Jugend

Thomas Raithel (München) stellte die in den 1970er Jahren ansteigende Jugendarbeitslosigkeit als transnationales Thema dar, das sowohl in Deutschland als auch in Frankreich ähnliche Reaktionen hervorrief. Zwar war die Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik mit maximal elf Prozent im Jahr 1984 wesentlich niedriger als in der Fünften Republik, in der 1985 etwa ein Viertel der Jugendlichen keinen Arbeitsplatz hatten, dennoch sei das Thema in Deutschland wesentlich stärker in der Öffentlichkeit präsent gewesen. Gründe für diese Unterschiede erkannte Raithel vor allem in den differierenden arbeitsrechtlichen und demografischen Strukturen, in der schlechten Integration der Migranten in die französische Gesellschaft und in der größeren Rücksichtnahme auf Jugendliche in Deutschland. Das Bild der arbeitslosen Jugend habe sich in beiden Staaten während der Krise gewandelt. In Deutschland habe sich eine Diskussion entwickelt, die den „gesellschaftlichen Ausstieg" der Jugend als Gefahr erkannte und daher eine aktive Arbeitsmarktpolitik unterstützte.

In vergleichender Perspektive beschäftigte sich Thomas Schlemmer (München) mit der Langzeitarbeitslosigkeit anhand der Bundesrepublik und Italien. In beiden Ländern wurde das Problem seit den 1980er Jahren als besorgniserregend erkannt. Während in der Bundesrepublik vor allem das Alter in Kumulation mit anderen Faktoren wie geringer Qualifikation oder Behinderung zu Langzeitarbeitslosigkeit führte, waren in Italien hauptsächlich viele junge Männer und Frauen erwerbslos. Der öffentlichen Diskussion in Deutschland über „Neue Armut" begegnete die Regierung Kohl spät mit Vorruhestands- und Integrations-

VfZ 1/2009 © Oldenbourg 2009 DOI 10.1524/vfzg.2009.37

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

programmen, die jedoch nicht den erhofften Erfolg hatten. In Italien gab es ebenfalls Versuche, der Langzeitarbeitslosigkeit mit politischen Initiativen zu begegnen, die jedoch vielfach halbherzig blieben. Dass Langzeitarbeitslosigkeit dennoch nicht zu Armut führen musste, hatte viel mit der Bedeutung familiärer Netze zu tun, die den fragmentierten italienischen Sozialstaat stützten.

Der Bedeutung der Krise für die Gewerkschaften in Deutschland und Großbritannien ging Kim Christian Priemel (Frankfurt/Oder) nach. In beiden Ländern mussten die Arbeitnehmervertreter ein Absinken des Organisationsgrades hinnehmen. Während in der Bundesrepublik das Konsensmodell in den Arbeitsbeziehungen herrschte, existierte im Vereinigten Königreich ein Konfliktmodell. Exemplarisch stellte der Referent den Wandel an Hand des Druckgewerbes dar. Hier hatten sich bereits in den 1950er Jahren tiefgreifende Veränderungen durch neue Fertigungstechniken bemerkbar gemacht. Konzentration, Kontraktion, Konkurrenz, flexible Entlohnung und Entlassungen waren die Folgen. Die zersplitterte Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien konnte sich nicht auf eine einheitliche Linie einigen und verlor dadurch an Verhandlungsmacht. Ausbleibende Fusionen führten zu einem weiteren Legitimationsverlust, hinzu kamen die rechtlichen Einschränkungen der Gewerkschaftsmacht unter der Regierung Thatcher.

Fruchtbar interdisziplinär

In seinem Kommentar stellte Winfried Süß (Potsdam) die Bedeutung der Fragen nach der Grundspannung zwischen Kapital und Arbeit sowie nach den Lebenschancen in der modernen Gesellschaft als Hauptthema der Sektion heraus. Der interdisziplinäre Ansatz zwischen Geschichtswissenschaft, Wirtschaftsforschung und Soziologie sei fruchtbar, auch wenn die Beiträge stark auf die politischen Akteure zentriert gewesen seien. Die Fragen nach der Rolle Europas, nach Ethnizität und Geschlecht müssten weiter verfolgt werden.

In der Diskussion stellte Schlemmer heraus, dass es lange Zeit keine europäische Kompetenz im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, aber dennoch einen regen Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den europäischen Staaten in den 1970er und 1980er Jahren gegeben habe. Raithel betonte, dass die Krise vor dem Erwartungshorizont der Vollbeschäftigung wahrgenommen wurde.

Der geplante, aber kurzfristig ausgefallene Beitrag des Volkswirtschaftlers Gebhard Flaig (München) hätte der Sektion vermutlich weitere Impulse verleihen können. Dennoch kann dem positiven Fazit Winfried Süß' zugestimmt werden. Der verfolgte interdisziplinäre Ansatz erscheint in der Tat zukunftsweisend.

Jörn Retterath

(Der Oldenbourg Verlag hatte die Besucher der Sektion aufgefordert, eine Notiz über die Veranstaltung des IfZ zu schreiben; die beste sollte in den VfZ veröffentlicht werden – als zweiter und dritter Preis war die kostenlose Teilnahme an der Schreibwerkstatt des IfZ ausgesetzt. Jörn Retterath hat den Wettbewerb gewonnen.)

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Schreib-Praxis

Das Institut für Zeitgeschichte und der Oldenbourg-Verlag organisieren zum dritten Mal ein anwendungsorientiertes Schreibseminar (7.–11. September 2009)

1. Zielsetzung

Die Universitäten vermitteln zwar die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens, legen aber auf die sprachliche Präsentation der Forschungsergebnisse nicht zuletzt deshalb weniger Wert, weil diesbezügliche Schulungen sehr zeitaufwändig sind und deshalb von den Lehrstühlen nicht mehr geleistet werden können. Die Initiative des Instituts für Zeitgeschichte und des Oldenbourg-Verlags setzt bei diesen Defiziten an. Das Seminar soll die Sprach- und Darstellungskompetenz jüngerer Historikerinnen und Historiker stärken, ihr Problembewusstsein wecken und ein Forum bieten für die praktische Einübung der entsprechenden Techniken. Ziel ist mit anderen Worten: Gutes wissenschaftliches Schreiben zu lehren.

Die Redakteure der Reihen des Instituts und insbesondere die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte haben laufend mit Manuskripten zu tun, die zwar wissenschaftlich hochwertig sind, aber im Hinblick auf die sprachliche Gestaltung oft sehr zu wünschen übrig lassen. Sie verfügen deshalb auf diesem Feld über langjährige Erfahrungen und große Kompetenz bei der Arbeit mit Texten, die sie an ihre künftigen Autoren weitergeben wollen.

2. Ablauf

Schwerpunkt des Seminars sind praktische Übungen, die sich insbesondere auf neuralgische Punkte wissenschaftlicher Abhandlungen beziehen: Einstieg in das Thema einer Studie, Vernetzung verschiedener Argumente, richtiger Gebrauch von Stilmitteln wie Bilder und Vergleiche, prägnante Zusammenfassung und Präsentation von Thesen und Ergebnissen. Darüber hinaus soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass verschiedene Textgattungen den Einsatz unterschiedlicher Darstellungsformen notwendig machen. Diese Differenzierung soll etwa durch die Erarbeitung von Rezensionen oder durch die Diskussion ausgewählter Aufsätze erlernt und eingeübt werden. Das Seminar umfasst Lehrveranstaltungen im Plenum ebenso wie Einzel- oder Gruppenarbeit, wobei die von den Seminarteilnehmern verfassten Werkstücke unter der Anleitung eines erfahrenen Redakteurs intensiv diskutiert werden.

3. Anmeldung, Unkostenbeitrag, Ort und Zeitpunkt des Seminars

Das Seminar beginnt am späten Nachmittag des 7. September 2009 und dauert bis zum 11. September. Interessenten wenden sich mit Angaben zur Person und zu ihrem bisherigen Studiengang (inhaltliche Schwerpunkte und besondere Interessen, Thema von Magister- oder Zulassungsarbeit bzw. der Dissertation, Name des Betreuers) bis zum 30. Mai 2009 an das *Institut für Zeitgeschichte, Redak-*

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 80636 München. Voraussetzung für die Teilnahme ist die Entrichtung einer Seminargebühr in Höhe von 75 Euro und die Übernahme der Reisekosten. Alle übrigen Leistungen werden vom Institut für Zeitgeschichte erbracht. Um die nötige Arbeitsatmosphäre zu gewährleisten, soll das Seminar in großer Abgeschiedenheit stattfinden. Bestens dafür geeignet ist die Bildungsstätte des ehemaligen Zisterzienserklosters Aldersbach bei Passau, das die nötigen Räumlichkeiten für Unterricht und Unterbringung bietet und verkehrstechnisch mühelos zu erreichen ist.

Thomas Schlemmer und Hans Woller

Jahrgang 57 (2009), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2009_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte